Gesetz-

und

Verordnungsblatt

für das

Königreich Sachsen

vom Jahre 1853.

1stes bis 22stes Stück.

Mit Königl. Sächs. allergnädigstem Privilegio.

Dresden,

gedruckt und zu haben in der Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold und Söhne.

Inhaltsverzeichniß
des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen
vom Jahre 1853.

I. In chronologischer Ordnung.

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
1852.	1853.				
20 Nov.	24 Febr.	Bekanntmachung des Oberappellationsgerichts, einige Rechtssätze in Bezug auf den Kostenvorstand betr.	2	14	27 u. 28
22 Dec.	10 Mai	Bekanntmachung des Oberappellationsgerichts, einen Rechtssatz in Bezug auf rechtzeitige Erhebung des Protestes wegen verweigerter Zahlung domicilirter trockner Wechsel und Anweisungen betr.	6	31	71 u. 72
29 Dec.	31 Jan.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Uebergangssteuern von Branntwein, Bier und Malz im Königreiche Württemberg betr.	1	1	1 u. 2
31 Dec.	31 Jan.	Bekanntmachung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen, das Hauptsteueramt in Riesa als Elbzollgericht betr.	1	5	7
1853.					
3 Jan.	31 Jan.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern betr.	1	2	2—5
12 Jan.	31 Jan.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr von Kobalt und Erzstufen betr. . . .	1	3	5
14 Jan.	31 Jan.	Verordnung des Cultusministeriums über die Anwendung des Rescripts vom 19ten Juni 1812, die Kirchenfalsa betreffend, in der Oberlausitz	1	6	7 u. 8
15 Jan.	31 Jan.	Verordnung des Finanzministeriums, die Ermäßigung der Gebühren für die amtliche, telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens betr.	1	4	6
20 Jan.	31 Jan.	Allerhöchste Verordnung, die Ertheilung von Erfindungsprivilegien (Patenten) betr.	1	7	8—14
24 Jan.	24 Febr.	Verordnung der Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen, die Mitwirkung der Grund- und Hypothekenbehörden bei Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue betr. . .	2	8	15—18
25 Jan.	24 Febr.	Verordnung des Ministeriums des Innern an sämmtliche Kreisdirectionen, die Form der Heimathsscheine für das Ausland ꝛc. betr.	2	15	28—30

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
31 Jan.	24 Febr.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Uebergangsabgabe und Steuerrückvergütung von Bier und Branntwein im Großherzogthume Hessen betr.	2	9	18 u. 19
4 Febr.	24 Febr.	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Landtagswahl für den 9ten bäuerlichen Wahlbezirk betr.	2	10	19
5 Febr.	24 Febr.	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Neustadt bei Stolpen	2	11	20 u. 21
10 Febr.	24 Febr.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die telegraphische Verbindung des Königreichs Sachsen mit der Schweiz betr. .	2	13	27
10 Febr.	24 Febr.	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Beitritt der Regierung des Großherzogthums Meklenburg-Schwerin zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden betr.	2	16	30
11 Febr.	24 Febr.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Uebergangsstraßen für Getränke und Malz im Königreiche Württemberg betr.	2	12	21 — 26
22 Febr.	31 März	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Zwenkau	3	17	31 u. 32
26 Febr.	31 März	Verordnung der Ministerien der Justiz und des Innern, die Beschränkungen der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit betr. .	3	18	33 u. 34
28 Febr.	31 März	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Anlegung von Branntweinbrennereien betr.	3	19	35
7 März	10 Mai	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Geithain	6	30	70 u. 71
15 März	31 März	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Errichtung zweier Kohlenwerksinspectionen betr.	3	20	36
16 März	31 März	Verordnung des Justizministeriums, die Erweiterung des Art. 45 der mit der Königl. Preußischen Regierung getroffenen Uebereinkunft über die Leistung gegenseitiger Rechtshülfe vom 14ten October / 30sten November 1839 betr.	3	21	37
19 März	31 März	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Beitritt der Regierung des Großherzogthums Meklenburg-Strelitz zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden betr.	3	22	37 u. 38
24 März	10 Mai	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung der Sparcassenordnung für Rötha	6	29	69 u. 70
26 März	22 April	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Erhebung einiger Postexpeditionen zu Postämtern betr.	5	25	65 u. 66
29 März	22 April	Verordnung des Justizministeriums, die Untersuchungen gegen Militärpersonen betr.	5	24	65
31 März	8 April	Allerhöchste Verordnung, Erleichterungen des Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins betr.	4	23	39 — 63
7 April	22 April	Decret des Ministeriums des Innern wegen Bestätigung eines Nachtrags zu den unter dem 9ten October 1848 confirmirten Statuten der Oelhandelsbörse zu Leipzig	5	26	66

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
11 April	22 April	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Waffen- und Munitionsvorräthe bei Privatpersonen betr.	5	27	66 u. 67
11 April	22 April	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Erbauung einer Eisenbahn von Zwickau nach Cainsdorf betr.	5	28	67 u. 68
20 April	6 Juli	Verordnung des Ministeriums des Innern, eine mit der Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Regierung wegen der Uebernahme Ausgewiesener abgeschlossene Uebereinkunft betr.	7	35	75 u. 76
26 April	6 Juli	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung der Statuten für die Sparcasse zu Jöhstadt	7	36	76 u. 77
30 April	10 Mai	Verordnung des Finanzministeriums, den theilweisen Wegfall der Zuschläge zu den directen Steuern auf das Jahr 1853 betr.	6	32	72 u. 73
4 Mai	10 Mai	Allerhöchste Verordnung, einige Abänderungen des Vereinszolltarifs betr.	6	33	74
6 Mai	6 Juli	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die telegraphische Verbindung des Königreichs Sachsen mit Belgien und Frankreich betr.	7	34	75
25 Mai	6 Juli	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Beibringung der Reifezeugnisse behufs der Aufnahme auf die Forstacademie zu Tharandt betr.	7	37	78
30 Mai	6 Juli	Verordnung des Justizministeriums an sämmtliche Criminalbehörden, die Abgabe von Exemplaren confiscirter und zu vernichtender Preßerzeugnisse an das Ministerium des Innern betr.	7	38	78
9 Juni	12 Aug.	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung des Statuts für die Sparcasse zu Riesa	10	41	149 u. 150
18 Juni	6 Juli	Allerhöchste Verordnung, die Fortdauer und Erweiterung der mit mehreren deutschen Staaten abgeschlossenen Zoll-, Handels- und Steuer-Verträge betr.	8	39	79—146
29 Juni	6 Juli	Allerhöchste Verordnung, den Steuersatz vom inländischen Rübenzucker und die Eingangszollsätze vom ausländischen Zucker und Syrup für den Zeitraum vom 1sten September 1853 bis Ende August 1855 betr.	9	40	147 u. 148
1 Juli	12 Aug.	Berichtigung des Ministeriums des Innern, einen Fehler in dem zwischen dem Zollvereine und der Ottomannischen Pforte im Jahre 1851 vereinbarten, und Seite 331 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1851 abgedruckten neuen Zolltarife betr.	10	50	162
14 Juli	12 Aug.	Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen, die Erlaubnißertheilung zur Binnenschifffahrt auf der Elbe und den Nachweis der Fertigkeit im Schwimmen als Bedingung der Erlangung des Schifferpatents betr.	10	44	153—155
18 Juli	12 Aug.	Verordnung des Justizministeriums, die Erwerbung von Grundstücken durch Militärpersonen betr.	10	42	150 u. 151
18 Juli	12 Aug.	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Beitritt des Königreichs Württemberg und der freien Stadt Frankfurt a. M.			

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
		zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden betr.	10	43	151, 152, 182
18 Juli	12 Aug.	Decret des Gesammtministeriums wegen Bestätigung der Statuten des Actienvereins zur Grubenräumung in der Stadt Dresden	10	47	158 u. 159
21 Juli	12 Aug.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Eröffnung des Betriebstelegraphen der Sächsisch-Böhmischen und der Sächsisch-Schlesischen Staatseisenbahn für die allgemeine telegraphische Correspondenz betr.	10	45	156 u. 157
21 Juli	12 Aug.	Verordnung des Finanzministeriums, die weitere Ermäßigung der Gebühren für die telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens betr.	10	46	157 u. 158
28 Juli	12 Aug.	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes vom 2ten Juni 1852 in Bezug auf die Albertsbahn betr.	10	49	160 — 162
28 Juli	27 Aug.	Verordnung der Ministerien des Innern und der Finanzen, die Ablösung der auf Trennstücken haftenden Oblastenantheile betr.	11	52	164 — 167
29 Juli	12 Aug.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Richtung mehrerer Zweigbahnen zur Verbindung der Kohlengruben mit der vom Bahnhofe Zwickau nach Cainsdorf führenden Eisenbahn betr.	10	48	160
13 Aug.	27 Aug.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, den freien Verkehr zwischen dem Harz-Leine-District des Herzogthums Braunschweig und den übrigen Theilen des Zollvereins betr.	11	53	168
16 Aug.	27 Aug.	Verordnung des Finanzministeriums, die Vertretung der Revierbetriebsanstalten und Cassen beim Regalbergbaue in Rechtsangelegenheiten betr.	11	51	163
18 Aug.	22 Sept.	Decret des Gesammtministeriums wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse der Parochie Niederschönau . . .	14	61	184 u. 185
18 Aug.	22 Sept.	Decret des Gesammtministeriums wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Frauenstein	14	62	185 — 187
19 Aug.	6 Sept.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Eröffnung des Betriebstelegraphen der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn für die allgemeine Staats- und Privat-Correspondenz betr. .	12	54	169
24 Aug.	6 Sept.	Bekanntmachung des Justizministeriums, die Abgabe von Patrimonialgerichten betr.	12	55	170 u. 171
25 Aug.	6 Sept.	Verordnung des Justizministeriums an sämmtliche Untergerichte, die Einlieferung von Inhaftaten in die Straf- und Correctionsanstalten betr.	12	56	172
26 Aug.	22 Sept.	Allerhöchste Verordnung, den von der deutschen Bundesversammlung unterm 12ten Juni 1845 gefaßten Beschluß wegen des Standesverhältnisses der Gräflichen Familie Bentinck betr.	14	60	183
27 Aug.	14 Sept.	Verordnung des Justizministeriums, die mit den vereinigten Staaten von Nordamerica wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern getroffene Uebereinkunft betr.	13	57	173 — 180

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
29 Aug.	14 Sept.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Uebergangsstraßen für Getränke und Malz im Königreiche Württemberg betr.	13	58	181
8 Sept.	24 Oct.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Erweiterung des Paßkartenrayons betr.	15	65	191
9 Sept.	14 Sept.	Verordnung des Finanzministeriums, den Eingangszoll für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mühlenfabrikate betr. . .	13	59	181 u. 182
9 Sept.	22 Sept.	Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Wiederaufhebung der Bestätigung des Altenbacher Braunkohlenbauvereins betr.	14	64	190
16 Sept.	22 Sept.	Allerhöchste Verordnung, anderweite Zollerleichterungen zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins betr.	14	63	187 — 189
19 Sept.	24 Oct.	Verordnung des Justizministeriums, die mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung wegen der in Strafsachen erwachsenden Kosten getroffene Uebereinkunft betr.	15	66	191 — 193
21 Sept.	24 Oct.	Verordnung des Finanzministeriums, die Bestimmung der Einnehmergebühr bei der außerordentlichen Gewerbe- und Personalsteuer auf das Jahr 1853 betr.	15	68	194
22 Sept.	24 Oct.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Direction der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn betr.	15	67	193
22 Sept.	12 Nov.	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung der Sparcassenordnung für Siebenlehn	19	79	259 u. 260
1 Oct.	24 Oct.	Bekanntmachung, die Anleihe der Stadt Plauen betr. . . .	15	69	195
1 Oct.	24 Oct.	Verordnung des Cultusministeriums, das Ausschreiben der katholischen Kirchenanlage betr.	15	72	197
6 Oct.	24 Oct.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Bestellung von Commissarien zu Landtagswahlen betr.	15	71	196 u. 197
7 Oct.	24 Oct.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, den Beitritt der Regierungen des Königreichs Hannover und des Großherzogthums Oldenburg zu der, der allgemeinen Münzconvention vom 30sten Juli 1838 sub B angefügten besonderen protocollarischen Uebereinkunft vom nämlichen Tage betr.	15	70	196
13 Oct.	24 Oct.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Benutzung des Betriebstelegraphen zu Mittweida für die allgemeine Correspondenz betr.	15	73	198
13 Oct.	11 Nov.	Verordnung des Finanzministeriums, die zu dem Gesammtzollvereine gehörigen deutschen Bundesstaaten und Gebietstheile betr.	16	74	199 — 201
20 Oct.	11 Nov.	Verordnung des Finanzministeriums, den Eingangszoll für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate betr.	16	75	201 u. 202
22 Oct.	11 Nov.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Ablösung der Naturalleistungen an Pfarr- und Schullehne betr.	16	76	202 — 204
25 Oct.	11 Nov.	Verordnung des Cultusministeriums, die Provocation auf Ablösung aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Natural-			

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
		leistungen, Lehngeldberechtigungen und Dienste betreffend, welche Kirchen, Stiftungen, Geistlichen, Lehrern und Kirchendienern zustehen	18	78	257 u. 258
29 Oct.	10 Dec.	Allerhöchstes Decret wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcassenanstalt zu Radeburg	20	85	264 u. 265
2 Nov.	5 Nov.	Allerhöchste Verordnung, Abänderungen des Vereinszolltarifs betr.	17	77	205 — 256
3 Nov.	10 Dec.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Bestellung eines Landtagswahlcommissars betr.	20	81	261
7 Nov.	12 Nov.	Verordnung des Finanzministeriums, den Eingangszoll für Reis betr.	19	80	260
7 Nov.	10 Dec.	Verordnung des Justizministeriums an sämmtliche Untergerichte, die Beschleunigung der nach § 18 der Ausführungsverordnung zum Preßgesetze vom 14ten März 1851 zu erstattenden Anzeigen betr.	20	82	261 u. 262
14 Nov.	10 Dec.	Verordnung der Ministerien der Justiz und des Innern, den Transport von Schüblingen und die Einlieferung von Sträflingen und Correctionärs in die bezüglichen Anstalten betr.	20	84	263
15 Nov.	10 Dec.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die erweiterte Anwendbarkeit des Oesterreichisch-Preußischen Handels- und Zollvertrags betr.	20	83	262
17 Nov.	10 Dec.	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Staatsvertrag wegen gegenseitiger Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehöriger des anderen Staats betr.	20	86	265 — 269
22 Nov.	10 Dec.	Bekanntmachung des Finanzministeriums, die Vereinigung der Steuerbezirke Hohnstein und Pirna betr.	20	87	269 u. 270
29 Nov.	23 Dec.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Beschleunigung der Einlieferung geisteskranker Personen in die Heilanstalt zu Sonnenstein betr.	21	92	275 u. 276
	1854.				
29 Nov.	4 Jan.	Decret des Ministeriums des Innern wegen Bestätigung der Statuten des Actienvereins für Gasbeleuchtung der Stadt Zwickau	22	93	277
	1853.				
1 Dec.	10 Dec.	Verordnung des Ministeriums des Innern, den für Provocationen auf Ablösungen für den 31sten December 1853 anstehenden Präclusivtermin betr.	20	88	270 — 272
1 Dec.	23 Dec.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Bestellung eines Landtagswahlcommissars betr.	21	89	273
3 Dec.	23 Dec.	Allerhöchste Verordnung über die Bestrafung der Vergehen gegen die Zollgesetze der durch Handels- und Zollvertrag mit dem Zollvereine verbundenen Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Staaten	21	90	273 u. 274
6 Dec.	23 Dec.	Verordnung des Ministeriums des Innern, die Cautionen der Auswanderungsagenten betr.	21	91	275

Tag der Ausstellung.	Tag der letzten Absendung.	Inhalt.	Stück.	Num.	Seite.
	1854.				
17 Dec.	4 Jan.	Verordnung des Ministeriums des Innern, den Beitritt der Regierung der Landgrafschaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Hamburg zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden betr. .	22	94	277 u. 278
22 Dec.	4 Jan.	Allerhöchste Verordnung, den wegen Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins abgeschlossenen Vertrag betr.	22	95	278 — 281
30 Dec..	4 Jan.	Allerhöchste Verordnung, die Eingangszollsätze vom ausländischen Syrup betr.	22	96	281 u. 282
—	—	Berichtigung .	.	—	— 182

Inhaltsverzeichniß
des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen
vom Jahre 1853.

II. in alphabetischer Ordnung.

	Tag.	Seite.	Paragraph.
A.			
Ablösung der auf Trennstücken haftenden Oblasten — wie selbige zu bewerkstelligen ist	28 Juli	164 fg.	1 — 7
— aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Naturalleistungen ꝛc., welche Pfarr- und Schullehnen zustehen — welche Grundsätze bei hierauf bezüglichen Provocationen zu beobachten sind	22 Oct. 25 Oct.	202 fg. 257 fg.	
— Präclusivtermin für Anbringung der dießfallsigen Provocationen .	1 Dec.	270	
— aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Grundlasten und Dienstbarkeiten — Präclusivtermin für Anbringung der hierauf bezüglichen Provocationen	1 Dec.	270 fg.	
Ablösungsrenten, im früheren Steuerbezirke Hohnstein zu entrichtende, — deren Erhebung soll durch eine Nebeneinnahme zu Schandau bewerkstelligt werden	22 Nov.	270	
Abtrennungen von Grundstücken, s. Grundstücksabtrennungen.			
Abtretungen von Gerichtsbarkeiten, s. Gerichtsbarkeiten.			
Actienverein zur Grubenräumung in der Stadt Dresden, s. Dresden.			
Agenten für gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen — inwiefern selbige zu Betreibung dieses Geschäfts um Concessionsertheilung nachzusuchen haben	3 Jan.	2 fg.	1 — 10
— nach welchem Zeitpunkte die Zurückgabe der von selbigen bestellten Cautionen gestattet ist	6 Dec.	275	
Albertsbahn, zwischen Dresden und Tharandt zu erbauende, — Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes vom 2ten Juni 1852 in Bezug auf selbige	28 Juli	160 fg.	1 — 5
— durch welche Ortschaften selbige geführt wird	" "	162	4
Altenbach — Wiederaufhebung der Bestätigung des dasigen Braunkohlenbauvereins	9 Sept.	190	
America, s. Nordamerica.			
Anleihe, s. Plauen.			
Anzeigen, von den Untergerichten nach § 18 der Ausführungsverordnung zum Preßgesetze vom 14ten März 1851 zu erstattende, — deren Beschleunigung	7 Nov.	261 fg.	
Auerbach, Postexpedition, — erhält die Eigenschaft eines Postamtes . .	26 März	65	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Ausfuhr von Kobalt und Erzstufen aus dem Königreiche Sachsen — ist wiederum gestattet	12 Jan.	5	
Ausländer — unter welchen Bedingungen selbige Erfindungspatente in hiesigen Landen erlangen können	20 Jan.	8 fg.	1—22
— in hiesigen Landen sich aufhaltende, — wie deren Heimathsscheine beschaffen sein müssen	25 Jan.	28 fg.	
Ausland — Form der Heimathsscheine für Inländer zum Gebrauche daselbst	25 Jan.	28 fg.	
Auslieferung von Verbrechern, gegenseitige, — Uebereinkunft mit den vereinigten Staaten von Nordamerica hierüber	27 Aug.	173 fg.	
Auswanderer — welchen Personen und unter welchen Bedingungen selbigen die gewerbmäßige Beförderung derselben nach überseeischen Hafenplätzen gestattet ist	3 Jan.	2 fg.	1—10
Auswanderungsagenten — nach welchem Zeitpunkte die Zurückgabe der von selbigen bestellten Cautionen gestattet ist	6 Dec.	275	
Auszuweisende — Beitritt der Regierungen der Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen deren Uebernahme	10 Febr. 19 März	30 37	
— Uebereinkunft mit der Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Regierung wegen deren Uebernahme	20 April	75 fg.	
— Beitritt des Königreichs Württemberg und der freien Stadt Frankfurt a. M. zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 über die gegenseitige Verpflichtung zur Uebernahme derselben	18 Juli	151 fg.	
— Zusammenstellung derjenigen Staaten, welche dem oberwähnten Staatsvertrage bis jetzt beigetreten sind	" "	182	
— Beitritt der Regierung der Landgrafschaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Hamburg zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme derselben	17 Dec.	277 fg.	
B.			
Beerdigung verstorbener hülfsbedürftiger Angehöriger eines anderen Staats — Vertrag mehrerer deutschen Regierungen über die gegenseitige Verbindlichkeit hierzu	17 Nov.	265 fg.	
Belgien, Königreich, — Verbindung der dasigen Telegraphenstationen mit den hiesigen	6 Mai	75	
Bentinck, Gräfliche Familie, — inwiefern derselben die Rechte des hohen Adels und der Ebenbürtigkeit zustehen	26 Aug.	183	
Bergbau = Regal- = — Vertretung der Revierbetriebsanstalten und Cassen dabei in Rechtsangelegenheiten	16 Aug. 1852.	163	
Bier, in das Königreich Württemberg eingeführtes, — Uebergangssteuer dafür	29 Dec. 1853.	1 fg.	1—6
— auf welchen Straßen dessen Einfuhr stattfinden soll	11 Febr. 29 Aug.	21 fg. 181	
— in das Großherzogthum Hessen eingeführtes, — Uebergangsabgabe und Steuerrückvergütung dafür	31 Jan.	18 fg.	1—3
Böhmisch-Sächsische Eisenbahn — Eröffnung des Betriebstelegraphen derselben für die allgemeine telegraphische Correspondenz	21 Juli	156 fg.	1—9
— Ermäßigung der Gebühren dabei	" "	157 fg.	1—3

	Tag. 1852.	Seite.	Paragraph.
Branntwein, im Königreiche Württemberg eingehender, — Uebergangssteuer dafür	29 Dec.	1 fg.	1 — 6
— — auf welchen Straßen dessen Einfuhr erfolgen soll	1853. 11 Febr. / 29 Aug.	21 fg. / 181	
— in das Großherzogthum Hessen eingeführter, — Uebergangsabgabe und Steuerrückvergütung dafür	31 Jan.	18 fg.	1 — 3
Branntweinbrennereien — welche gesetzliche Vorschriften bei deren Anlegung maaßgebend sind	28 Febr.	35	1 — 4
Braunkohlenbau, s. Altenbach.			
Braunschweig, Herzogthum, — der freie Verkehr zwischen dem Harz-Leine-District und den übrigen Theilen des Zollvereins tritt wieder ein	13 Aug.	168	
Brennereien — Verfahren bei deren Anlegung	28 Febr.	35	1 — 4
Bundesbeschluß vom 12ten Juni 1845 — die Standesverhältnisse der Gräflichen Familie Bentinck betr.	26 Aug.	183	

C.

Cainsdorf — welche Ortschaften durch Erbauung einer Eisenbahn von Zwickau bis dahin berührt werden	11 April	67 fg.	1 — 3
— Richtung mehrerer Zweigbahnen zur Verbindung der Kohlengruben mit der vom Bahnhofe Zwickau dahin führenden Eisenbahn	29 Juli	160	
Cautionen, von Auswanderungsagenten zu bestellende, — wenn deren Zurückgabe erfolgen darf	6 Dec.	275	
Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn — Eröffnung des Betriebstelegraphen derselben für die allgemeine Staats- und Privat-Correspondenz	19 Aug. / 13 Oct.	169 / 198	
— — — — Sitz der Direction derselben	22 Sept.	193	
Commissarien zu Leitung von Landtagswahlen — deren Bestellung	4 Febr. / 6 Oct. / 3 Nov. / 1 Dec.	19 / 196 fg. / 261 / 273	
Communicationswege — aus welchen Gründen die Grund- und Hypothekenbehörden bei Abtrennungen von Grundstücken zu deren Anlegung mitzuwirken haben	24 Jan.	15 fg.	1 — 6
Concessionen zu Anlegung von Brennereien — welche Behörden zu deren Ertheilung autorisirt sind	28 Febr.	35	4
Correctionärs — inwiefern bei deren Einlieferung in die Straf- und Versorganstalten auf die Sonn- und Festtagsfeier Rücksicht zu nehmen ist	14 Nov.	263	
Criminalbehörden — selbige haben ein Exemplar von confiscirten Preßerzeugnissen an das Ministerium des Innern abzugeben	30 Mai	78	
Criminalsachen — Uebereinkunft mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung wegen der darin erwachsenden Kosten	19 Sept.	191 fg.	
Crimmitzschau, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	

D.

Denunciant von heimlichen Waffen- oder Munitionsvorräthen — dessen Belohnung	11 April	66 fg.	4

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Depeschen, s. Telegraphische Correspondenz.			
Dienstbarkeiten — Präclusivtermin für Provocationen auf deren Ablösung	1 Dec.	270 fg.	
Dismembrationen von Grundstücken zu Anlegung öffentlicher Straßen oder Communicationswege — inwiefern die Grund- und Hypothekenbehörden hiervon zu benachrichtigen sind	24 Jan.	15 fg.	1 — 6
— von Grundstücken, künftige, — Beschränkungen der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit dabei	26 Febr.	33 fg.	1 — 4
Dresden, Stadt, — Bestätigung der Statuten des Actienvereins zur Grubenräumung in selbiger	18 Juli	158 fg.	
E.			
Eingangszoll für Reis, s. Zoll.			
Einnehmergebühren bei der außerordentlichen Gewerbe- und Personalsteuer auf das Jahr 1853 — Bestimmung hierüber	21 Sept.	194	1
Eisenbahn, von Zwickau nach Cainsdorf anzulegende, — welche Ortschaften durch deren Bahnrichtung betroffen werden	11 April	67 fg.	1 — 3
— — Richtung mehrerer Zweigbahnen zur Verbindung der Kohlengruben mit selbiger	29 Juli	160	
— zwischen Dresden und Tharandt zu erbauende, — Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes vom 2ten Juni 1852 in Bezug auf selbige .	28 Juli	160 fg.	1 — 5
— welche Ortschaften durch deren Bahnlinien berührt werden . . .	" "	162	4
— Chemnitz-Riesaer, — Eröffnung des Betriebstelegraphen derselben für die allgemeine Staats- und Privat-Correspondenz	19 Aug. 13 Oct.	169 198	
— deren Direction hat künftig ihren Sitz in Chemnitz	22 Sept.	193	
Eisenbahnen, Sächsisch-Böhmische und Sächsisch-Schlesische, — Eröffnung des Betriebstelegraphen derselben für die allgemeine telegraphische Correspondenz	21 Juli	156 fg.	1 — 9
— Ermäßigung der Gebühren dabei	" "	157 fg.	1 — 3
Elbschifffahrt — inwiefern zu deren Betreibung besondere Erlaubniß einzuholen ist	14 Juli 1852.	153 fg.	1 — 7
Elbzollgericht, dem Hauptsteueramte zu Riesa übertragenes, — welchen District dasselbe umfaßt	31 Dec. 1853.	7	
Erfindungsprivilegien — welche Grundsätze bei deren Ertheilung beobachtet werden sollen	20 Jan.	8 fg.	1 — 22
Erzeugnisse, innere, — Vertrag zwischen einigen zum Zollvereine gehörenden Staaten über deren gleiche Besteuerung	18 Juni	80, 141	
Erzstufen — Aufhebung des Verbots der Ausfuhr derselben aus dem Königreiche Sachsen	12 Jan.	5	
F.			
Fassa = Kirchen- = — Anwendung des Rescripts vom 19ten Juni 1812 über selbige in der Oberlausitz	14 Jan.	7	
Forstacademie zu Tharandt, s. Tharandt.			
Frankenberg, Posterpedition, — erhält die Eigenschaft eines Postamtes	26 März	65	
Frankfurt a. M., freie Stadt, — Beitritt derselben zum Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 über die Verpflichtung zur Uebernahme von Auszuweisenden	18 Juli	151 fg.	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Frankreich, Kaiserreich, — die dasigen Telegraphenstationen werden mit den hiesigen in Verbindung gesetzt	6 Mai	75	
Frauenstein, Stadt, — Bestätigung des Regulativs für die dasige Sparcasse	18 Aug.	185 fg.	
G.			
Gasbeleuchtung zu Zwickau, s. Zwickau.			
Gebühren für die amtliche telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens — deren Ermäßigung	15 Jan.	6	
— für die allgemeine telegraphische Correspondenz — weitere Ermäßigung derselben	21 Juli	157 fg.	1—3
Geisteskranke — Beschleunigung der Einlieferung derselben in die Heilanstalt zu Sonnenstein	29 Nov.	275 fg.	1—5
Geithain, Stadt, — Bestätigung des Regulativs für die dasige Sparcasse	7 März	70 fg.	
Gerichtsbarkeiten — inwiefern die Bekanntmachung vom 26sten April 1838 über deren freiwillige Abtretung als maaßgebend zu betrachten ist	24 Aug.	170 fg.	
Gerichtsbehörden — inwiefern selbige die nach § 18 der Ausführungsverordnung zum Preßgesetze vom 14ten März 1851 zu erstattenden Anzeigen über Confiscation und Vernichtung eines Preßerzeugnisses zu beschleunigen haben	7 Nov.	261 fg.	
Gesetz- und Verordnungsblatt — ob und inwiefern den Gutsherren, welche ihre Gerichtsbarkeit an den Staat freiwillig abgetreten haben, ein Exemplar davon zu verabfolgen ist	24 Aug.	170 fg.	
Getreide — Aufhebung des Eingangszolls für selbiges	9 Sept. 20 Oct.	181 fg. 201	
Gewerbe- und Personalsteuer, im Jahre 1853 zu entrichtende, — welcher Erlaß dabei gewährt wird	30 April	72 fg.	1, 3
— Einnehmergebühren dabei	21 Sept.	194	1
Gruben — deren Räumung in der Stadt Dresden, s. Dresden.			
Grund- und Hypothekenbehörden — aus welchen Gründen selbige von Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue zu benachrichtigen sind	24 Jan.	15 fg.	1—6
— — was selbige bei Dismembrationen von Grundstücken hinsichtlich der Beschränkung der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit zu beobachten haben	26 Febr.	33 fg.	1—4
— — haben der Eintragung der Erwerber von Grundstücken als neuer Besitzer in das Grund- und Hypothekenbuch um der militärischen Eigenschaft derselben willen keinen Anstand zu geben	18 Juli	150 fg.	
Grundlasten — Präclusivtermin für Provocationen auf deren Ablösung	1 Dec.	270 fg.	
Grundsteuer, im Jahre 1853 zu entrichtende, — welcher Erlaß dabei gewährt wird	30 April	72	1, 2
Grundsteuern, im bisherigen Steuerbezirke Hohnstein gefällige, — deren Erhebung wird künftig durch eine Nebeneinnahme zu Schandau erfolgen	22 Nov.	270	
Grundstücke — können von activen Militärpersonen durch Kauf oder einen anderen Vertrag unter Lebenden erworben werden	18 Juli	150 fg.	
— ob und inwieweit die Ablösung der auf Trennstücken haftenden Oblastenantheile bewerkstelligt werden kann	28 Juli	164 fg.	1—7
Grundstücksabtrennungen — Beschränkungen der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit dabei	26 Febr.	33 fg.	1—4

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue — Nothwendigkeit der Benachrichtigung der Grund- und Hypothekenbehörden hiervon . . .	24 Jan.	15 fg.	1—6
Gutsherren — unter welchen Voraussetzungen selbigen nach freiwilliger Abtretung von Gerichtsbarkeiten an den Staat ein Exemplar des Gesetz- und Verordnungsblattes zu verabfolgen ist	24 Aug.	170 fg.	
H.			
Hainichen, Postexpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Hamburg, freie Stadt, — deren Beitritt zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden	17 Dec.	277 fg.	
Handels- und Zollvertrag zwischen Oesterreich und Preußen vom 19ten Februar 1853	18 Juni	80, 104 fg.	
— — Beitritt der Herzogthümer Modena und Parma, ingl. des Fürstenthums Liechtenstein zu selbigem	15 Nov.	262	
Hannover, Königreich, — dessen Beitritt zu der, der allgemeinen Münzconvention vom 30sten Juli 1838 sub B angefügten besonderen protocollarischen Uebereinkunft vom nämlichen Tage	7 Oct.	196	
Harz-Leine-District, s. Braunschweig.			
Heimathsscheine, zum Gebrauche im Auslande bestimmte, — wie selbige künftig abzufassen sind	25 Jan.	28 fg.	
Hessen, Großherzogthum, — Erhöhung der Uebergangsabgabe von dem daselbst aus anderen Zollvereinsstaaten eingehenden Biere	31 Jan.	18 fg.	1—3
— welche Steuerrückvergütung bei der im Großen erfolgenden Ausfuhr von Bier und Branntwein aus dem gedachten Großherzogthume eintritt	„ „	19	3
— Homburg, Landgrafschaft, — Beitritt der dasigen Regierung zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden	17 Dec.	277 fg.	
Hohenstein bei Chemnitz, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Hohnstein, Stadt, — die daselbst bestandene Bezirkssteuereinnahme wird eingezogen und deren Bezirk mit dem Steuerbezirke Pirna vereinigt	22 Nov.	269 fg.	
— die Erhebung der Grundsteuern und Ablösungsrenten in dem dasigen Bezirke soll durch eine Nebeneinnahme zu Schandau bewerkstelligt werden	„ „	270	
Homburg, s. Hessen-Homburg.			
Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner sich vorfindenden Einlage- und Quittungsbücher der Sparcassen zu Frauenstein, Geithain, Jöhstadt, Neustadt, Niederschönau, Radeburg, Riesa, Rötha, Siebenlehn und Zwenkau — ist zulässig	18 Aug. 7 März 26 April 5 Febr. 18 Aug. 29 Oct. 9 Juni 24 März 22 Sept. 22 Febr.	187 71 77 21 185 265 150 70 260 32	
Hülsenfrüchte — Aufhebung des Eingangszolls für selbige	9 Sept. 20 Oct.	181 fg. 201	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
J.			
Inhaftaten, mit Ungeziefer behaftete, — sind vor deren Einlieferung in die Straf- und Correctionsanstalten einer Reinigung zu unterwerfen .	25 Aug.	172	
Inhibition der in die Sparcassen zu Frauenstein, Geithain, Jöhstadt, Neustadt, Niederschönau, Radeburg, Riesa, Rötha, Siebenlehn und Zwenkau eingezahlten Gelder und Zinsen — ist unstatthaft	18 Aug. 7 März 26 April 5 Febr. 18 Aug. 29 Oct. 9 Juni 24 März 22 Sept. 22 Febr.	187 71 77 21 185 265 149 70 260 32	
Inspectionen für den Kohlenbergbau — deren Errichtung	15 März	36	
Jöhstadt, Stadt, — Bestätigung der Statuten für die dasige Sparcasse .	26 April	76 fg.	
K.			
Karten, s. Paßkarten.			
Katholiken — Ausschreiben für die von selbigen im Jahre 1853 zu entrichtende Kirchenanlage	1 Oct.	197	
Kirchenanlage, katholische, dießjährige, — Ausschreiben dafür . . .	1 Oct.	197	
Kirchen-Falsa — Anwendung des Rescripts vom 19ten Juni 1812 über selbige in der Oberlausitz	14 Jan.	7	
Kobalt — Aufhebung des Verbots der Ausfuhr desselben aus dem Königreiche Sachsen	12 Jan.	5	
Kohlenbergbau — Anstellung zweier sachverständiger Beamten zu dessen Beaufsichtigung	15 März	36	
Kosten, in strafrechtlichen Untersuchungen erwachsende, — Uebereinkunft mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung hierüber . . .	19 Sept.	191 fg.	
Kostenvorstand, nicht geleisteter, — welche Rechtssätze das Oberappellationsgericht bei Entscheidungen von Streitigkeiten über die Sistirung des Verfahrens wegen desselben zu beobachten pflegt	1852. 20 Nov.	27 fg.	
Kranke und hülfsbedürftige Angehörige eines anderen Staats — Vertrag mehrerer deutschen Regierungen wegen deren gegenseitiger Verpflegung	1853. 17 Nov.	265 fg.	
— s. Geisteskranke.			
L.			
Landtag, künftiger, — Bestellung von Commissarien zu Leitung der hierauf bezüglichen Wahlen	4 Febr. 6 Oct. 3 Nov. 1 Dec.	19 196 fg. 261 273	
Lehngeldberechtigungen der Kirchen- und Schullehne, auf einseitigen Antrag ablösbare, — welche Grundsätze bei Provocationen auf deren Ablösung zu beobachten sind	22 Oct. 25 Oct.	202 fg. 257 fg.	
— Präclusivtermin für Anbringung der desfallsigen Provocationen . .	1 Dec.	270 fg.	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Leipzig, Stadt, — Bestätigung eines Nachtrags zu den unter dem 9ten October 1848 confirmirten Statuten der dasigen Oelhandelsbörse .	7 April	66	
Lichtenstein, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Liechtenstein, Fürstenthum, — tritt dem zwischen Oesterreich und Preußen unterm 19ten Februar 1853 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage bei	15 Nov.	262	
M.			
Malz, in das Königreich Württemberg eingeführtes, — Uebergangssteuer dafür	1852. 29 Dec.	1 fg.	1—6
— auf welchen Straßen die Einfuhr desselben erfolgen soll . .	1853. (11 Febr. (29 Aug.	21 fg. 181	
Meerana, Posterpedition, — erhält die Eigenschaft eines Postamtes .	26 März	65	
Mehl — Aufhebung des Eingangszolls für selbiges	(9 Sept. (20 Oct.	181 fg. 201	
Meiningen = Sachsen- =, Herzogthum, — Uebereinkunft mit der dasigen Regierung wegen der in strafrechtlichen Untersuchungen erwachsenden Kosten	19 Sept.	191 fg.	
Meklenburg-Schwerin und Meklenburg-Strelitz, Großherzogthümer, — Beitritt der dasigen Regierungen zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden . . .	(10 Febr. (19 März	30 37	
Militärpersonen — inwiefern deren persönliche Verhältnisse zuvörderst zu erörtern sind, wenn selbige wegen gemeiner Verbrechen zur Untersuchung gezogen werden	29 März	65	
— active, — sind zu Erwerbung von Grundstücken durch Kauf oder einen anderen Vertrag unter Lebenden befugt	18 Juli	150 fg.	
Militärpflichtige, nach überseeischen Häfen auswandernde, — sind von den Auswanderungsagenten nicht zu befördern	3 Jan.	2 fg.	1—10
Mittweida, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Modena, Herzogthum, — tritt dem zwischen Oesterreich und Preußen unterm 19ten Februar 1853 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage bei	15 Nov.	262	
Mortificationsverfahren, wegen verlorener oder untergegangener Actien, Interimsscheine, Zinsen- und Dividendenscheine des Actienvereins zur Grubenräumung in der Stadt Dresden einzuleitendes, — was dabei zu beobachten ist	18 Juli	159	19
Mühlenfabrikate — Aufhebung des Eingangszolls für selbige . .	(9 Sept. (20 Oct.	181 fg. 201	
Münzconvention vom 30sten Juli 1838, allgemeine, — Beitritt der Regierungen des Königreichs Hannover und des Großherzogthums Oldenburg zu der derselben sub B angefügten besonderen protocollarischen Uebereinkunft	7 Oct.	196	
Munition, in Verwahrung von Privatpersonen befindliche, — inwiefern das Aufbewahrungslocal für desfallsige Vorräthe der Ortspolizeibehörde anzumelden ist	11 April	66 fg.	1—4

	Tag.	Seite.	Paragraph.
N.			
Naturalleistungen an Kirchen- und Schullehne, auf einseitigen Antrag ablösbare, — welche Grundsätze bei Provocationen auf deren Ablösung zu beobachten sind	22 Oct.	202 fg.	
	25 Oct.	257 fg.	
— Präclusivtermin für Anbringung der desfallsigen Provocationen . .	1 Dec.	270 fg.	
Neustadt bei Stolpen — Bestätigung des Regulativs für die dasige Sparcasse	5 Febr.	20 fg.	
Niederschönau, Parochie, — Bestätigung des Regulativs für die dasige Sparcasse	18 Aug.	184 fg.	
Nordamerica, vereinigte Staaten, — Uebereinkunft mit selbigen wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern	27 Aug.	173 fg.	
O.			
Oberappellationsgericht — welche Rechtssätze dasselbe bei Entscheidungen von Streitigkeiten über die Sistirung des Verfahrens wegen noch nicht geleisteten Kostenvorstandes, — über rechtzeitige Erhebung des Protestes wegen verweigerter Bezahlung domicilirter trockner Wechsel und Anweisungen zu beobachten pflegt	1852.		
	20 Nov.	27 fg.	
	22 Dec.	71 fg.	
Oberlausitz, Markgrafthum, — Anwendung des Rescripts vom 19ten Juni 1812 über die Kirchen-Falsa daselbst	1853. 14 Jan.	7	
Oblasten, bei Dismembrationen von Grundstücken auf Trennstücke gelegte, — ob und inwieweit deren Ablösung erfolgen kann	28 Juli	164 fg.	1—7
Oelhandelsbörse zu Leipzig, s. Leipzig.			
Oelsnitz, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Oesterreich, Kaiserreich, — Uebereinkunft mit der dasigen Regierung wegen der Uebernahme Auszuweisender	20 April	75 fg.	
— — dessen Handels- und Zollvertrag mit der Krone Preußen vom 19ten Februar 1853	18 Juni	80, 104 fg.	
— — Beitritt der Herzogthümer Modena und Parma, ingleichen des Fürstenthums Liechtenstein zu obigem Vertrage	15 Nov.	262	
— — in welcher Weise die Vergehen gegen dessen Zollgesetze bestraft werden	3 Dec.	273 fg.	
Oldenburg, Großherzogthum, — tritt der Uebereinkunft, welche zwischen der Königlich Sächsischen und mehreren anderen deutschen Regierungen wegen Legitimation der Reisenden durch Paßkarten abgeschlossen worden ist, bei	8 Sept.	191	
— — Beitritt der dasigen Regierung zu der, der allgemeinen Münzconvention vom 30sten Juli 1838 sub B angefügten besonderen protocollarischen Uebereinkunft vom nämlichen Tage	7 Oct.	196	
Ottomannische Pforte — Berichtigung eines Fehlers in dem zwischen selbiger und dem Zollvereine im Jahre 1851 vereinbarten, und Seite 331 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1851 abgedruckten Zolltarife	1 Juli	162	
P.			
Parma, Herzogthum, — tritt dem zwischen Oesterreich und Preußen unterm 19ten Februar 1853 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage bei	15 Nov.	262	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Parochiallasten, gewisse, auf einseitigen Antrag ablösbare, — welche Grundsätze bei Provocationen auf deren Ablösung zu beobachten sind . .	22 Oct. 25 Oct.	202 fg. 257 fg.	
— Präclusivtermin für Anbringung der hierauf bezüglichen Provocationen	1 Dec.	270 fg.	
Paßkarten — Beitritt der Regierung des Großherzogthums Oldenburg zu der zwischen mehreren deutschen Staaten abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Legitimation der Reisenden durch selbige	8 Sept.	191	
Patente für Schiffer zur Binnenschifffahrt auf der Elbe — deren Beschaffenheit	14 Juli	153 fg.	1—7
— s. Privilegien.			
Patrimonialgerichte — ob und inwieweit die Bekanntmachung vom 26sten April 1838 über deren Abgabe zur Zeit noch maaßgebend ist	24 Aug.	170 fg.	
Personalsteuer, s. Gewerbe- und Personalsteuer.			
Pfarrlehne — welche Grundsätze bei Provocationen auf Ablösung der auf einseitigen Antrag ablösbaren Naturalleistungen an selbige zu beobachten sind	22 Oct. 25 Oct.	202 fg. 257 fg.	
— Präclusivtermin für Anbringung der desfallsigen Provocationen .	1 Dec.	270 fg.	
Plauen, Stadt, — deren Anleihe	1 Oct.	195	
Polizeisachen — Uebereinkunft mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung wegen der darin erwachsenden Kosten	19 Sept.	191 fg.	
Postexpeditionen zu Auerbach, Crimmitzschau, Frankenberg, Hainichen, Hohenstein bei Chemnitz, Lichtenstein, Meerana, Mittweida, Oelsnitz, Radeberg, Roßwein, Schwarzenberg, Werdau, Zschopau — werden zu Postämtern erhoben	26 März	65 fg.	
Presse — Beschleunigung der nach § 18 der Ausführungsverordnung zum Gesetze vom 14ten März 1851 von den Untergerichten zu erstattenden Anzeigen über Confiscation und Vernichtung eines desfallsigen Erzeugnisses	7 Nov.	261 fg.	
Preßerzeugnisse, wegen ihres verbrecherischen Inhalts confiscirte und zu vernichtende, — Abgabe eines Exemplars davon an das Ministerium des Innern	30 Mai	78	
Preußen, Königreich, — Erweiterung des Art. 45 der mit der dasigen Regierung getroffenen Uebereinkunft vom $\frac{\text{14ten October}}{\text{30sten November}}$ 1839 über die Leistung gegenseitiger Rechtshülfe	16 März	37	
— — dessen Handels- und Zollvertrag mit der Krone Oesterreich vom 19ten Februar 1853	18 Juni	80, 104 fg.	
— — Beitritt der Herzogthümer Modena und Parma, ingleichen des Fürstenthums Liechtenstein zu obigem Vertrage	15 Nov.	262	
Privilegien für neue Erfindungen — welche Grundsätze und Normen bei deren Ertheilung, Verlängerung und Aufhebung maaßgebend sein sollen	20 Jan.	8 fg.	1—22
Proteste, wegen verweigerter Bezahlung trassirter Wechsel erhobene, — inwiefern der dabei im § 41 der deutschen Wechselordnung ausgesprochene Grundsatz auch auf Proteste, welche bei domicilirten trocknen Wechseln und Anweisungen erfordert werden, Anwendung finden soll	1852. 22 Dec.	71 fg.	
Provocationen auf Ablösung aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Naturalleistungen ꝛc., welche Pfarr- und Schullehnen zustehen — welche Grundsätze die Ablösungsbehörden dabei zu beobachten haben . .	1853. 22 Oct.	202 fg.	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Provocationen — Aufforderung der Kirchen- und Schulinspectionen und resp. Collaturbehörden zu Einreichung derselben bei der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen	25 Oct.	257 fg.	
— auf Ablösung aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Grundlasten und Dienstbarkeiten — Präclusivtermin für deren Anbringung	1 Dec.	270 fg.	
Pyrmont, Fürstenthum, — Vertrag wegen Fortdauer des Anschlusses desselben an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins	22 Dec.	278 fg.	
R.			
Radeberg, Posterpedition, — erhält die Eigenschaft eines Postamtes	26 März	65	
Radeburg, Stadt, — Bestätigung des Regulativs für die dasige Sparcassenanstalt	29 Oct.	264	
Rechtsangelegenheiten — Vertretung der Revierbetriebsanstalten und Cassen beim Regalbergbaue in selbigen	16 Aug.	163	
Rechtshülfe, gegenseitige, — Erweiterung des Art. 45 der mit der Königl. Preußischen Regierung getroffenen Uebereinkunft vom $\frac{\text{14ten. October}}{\text{30sten November}}$ 1839 wegen deren Leistung	16 März	37	
Rechtssätze des Oberappellationsgerichts bei Streitigkeiten über die Sistirung des Verfahrens wegen noch nicht geleisteten Kostenvorstandes — über rechtzeitige Erhebung des Protestes wegen verweigerter Bezahlung domicilirter trockner Wechsel und Anweisungen	1852. 20 Nov. 22 Dec.	27 fg. 71 fg.	
Regalbergbau, s. Bergbau.			
Reifezeugnisse zum Behufe der Aufnahme auf der Forstacademie zu Tharandt — wer selbige auszustellen hat	1853. 25 Mai	78	
Reis — Einstellung des Eingangszolls dafür	7 Nov.	260	
Reisende — Beitritt des Großherzogthums Oldenburg zu der zwischen mehreren deutschen Staaten abgeschlossenen Uebereinkunft wegen deren Legitimation durch Paßkarten	8 Sept.	191	
Requisitionen in strafrechtlichen und polizeilichen Untersuchungen — Uebereinkunft mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung wegen der deshalb erwachsenden Kosten	19 Sept.	191 fg.	
Revierbetriebs-Anstalten und Cassen — deren Vertretung beim Regalbergbaue in Rechtsangelegenheiten	16 Aug.	163	
Riesa, Hauptsteueramt, — demselben wird die Function eines Elbzollgerichts übertragen	1852. 31 Dec.	7	
— Stadt, — Bestätigung der Statuten für die dasige Sparcasse	1853. 9 Juni	149 fg.	
— Chemnitzer Staatseisenbahn — Eröffnung des Betriebstelegraphen derselben für die allgemeine Staats- u. Privat-Correspondenz	19 Aug. 13 Oct.	169 198	
— — — — Sitz der Direction derselben	22 Sept.	193	
Rötha, Stadt, — Bestätigung der dasigen Sparcassenordnung	24 März	69 fg.	
Roßwein, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Rübenzucker — Uebereinkunft zwischen den zum Zollvereine gehörenden Staaten über dessen Besteuerung	18 Juni	80, 101 fg.	
— inländischer, — Steuersatz dafür während eines zweijährigen Zeitraums	29 Juni	147	1

	Tag.	Seite.	Paragraph.
S.			
Schiffer — haben sich über ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Betriebe der Elbschifffahrt, ingl. über die Fertigkeit im Schwimmen auszuweisen	14 Juli	153 fg.	1—7
Schlesisch-Sächsische Eisenbahn — Eröffnung des Betriebstelegraphen derselben für die allgemeine telegraphische Correspondenz	21 Juli	156 fg.	1—9
— Ermäßigung der Gebühren dabei	„ „	157 fg.	1—3
Schönau, s. Niederschönau.			
Schüblinge — inwiefern bei deren Transport auf die Sonn- und Festtags-feier Rücksicht zu nehmen ist	14 Nov.	263	
Schullehne — welche Grundsätze bei Provocationen auf Ablösung der auf einseitigen Antrag ablösbaren Naturalleistungen an selbige zu beobachten sind	22 Oct.	202 fg.	
	25 Oct.	257 fg.	
— Präclusivtermin für Anbringung der desfallsigen Provocationen . .	1 Dec.	270 fg.	
Schwarzenberg, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben . . .	26 März	65	
Schweiz, Republik, — Verbindung der dasigen Telegraphenstationen mit den hiesigen	10 Febr.	27	
Siebenlehn, Stadt, — Bestätigung der dasigen Sparcassenordnung . .	22 Sept.	259 fg.	
Sonnenstein, Heilanstalt, — aus welchen Gründen die Ablieferung geistes-kranker Personen in selbige zu beschleunigen ist	29 Nov.	275 fg.	1—5
Sparcassen, s. Frauenstein — Geithain — Jöhstadt — Neustadt — Nieder-schönau — Radeburg — Riesa — Rötha — Siebenlehn — Zwenkau.			
Staatsangehörige, in einem anderen deutschen Staate sich aufhaltende, hülfsbedürftige, erkrankte oder verstorbene, — Staatsvertrag der hiesigen Regierung mit mehreren anderen deutschen Regierungen wegen gegenseitiger Verpflegung und Beerdigung derselben	17 Nov.	265 fg.	
Staatseisenbahn, s. Eisenbahn.			
Ständeversammlung, s. Landtag.			
Steuern und Abgaben, directe, — welche Erlasse bei deren Erhebung im Jahre 1853 gewährt werden	30 April	72 fg.	1—7
Steuerverein — Uebereinkunft zwischen den zu selbigem gehörenden Staaten und denen zum Zollvereine gehörenden wegen Erleichterung des unmittelbaren Verkehrs zwischen beiden Vereinsgebieten durch Zollbefreiungen und Zollermäßigungen	31 März	39 fg.	1—3
— — anderweite Zollerleichterungen zwischen selbigem und den Staaten des Zollvereins	16 Sept.	187 fg.	
Sträflinge — inwiefern bei deren Einlieferung in die Straf- und Versorg-anstalten auf die Sonn- und Festtagsfeier Rücksicht zu nehmen ist .	14 Nov.	263	
Strafen der Vergehen gegen die Zollgesetze der durch Handels- und Zollver-trag mit dem Zollvereine verbundenen Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Staaten — deren Beschaffenheit	3 Dec.	273 fg.	
Straßen, öffentliche, — Mitwirkung der Grund- und Hypothekenbehörden bei Grundstücksabtrennungen zu deren Anlegung	24 Jan.	15 fg.	1—6
Syrup, ausländischer, — Eingangszoll dafür während eines zweijährigen Zeitraums	29 Juni	147 fg.	2
	30 Dec.	281 fg.	1 u. 2
T.			
Tabak — Vertrag zwischen einigen zum Zollvereine gehörenden Staaten über dessen gleiche Besteuerung	18 Juni	80, 143 fg.	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Tarif, s. Zolltarif.			
Telegraphenstationen, hiesige, — deren Verbindung mit denen der Schweiz	10 Febr.	27	
— — deren Verbindung mit denen Belgiens und Frankreichs . . .	6 Mai	75	
Telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens, amtliche, — Ermäßigung der Gebühren dabei	15 Jan.	6	
— — allgemeine, — Bestimmungen über Benutzung des Betriebstelegraphen der Sächsisch-Böhmischen und der Sächsisch-Schlesischen Staatseisenbahn für selbige	21 Juli	156 fg.	1 — 9
— — Ermäßigung der Gebühren dabei	" "	157 fg.	1 — 3
— — Eröffnung des Betriebstelegraphen der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn für selbige	19 Aug. 13 Oct.	169 198	
Tharandt, Forstacademie, — welche Realschulen Reifezeugnisse über die wissenschaftliche Vorbildung der daselbst Aufzunehmenden ausstellen können	25 Mai	78	
Transport von Schüblingen, Sträflingen und Correctionärs — inwiefern dabei auf die Sonn- und Festtagsfeier Rücksicht zu nehmen ist . .	14 Nov.	263	
Trennstücke — ob und inwieweit die auf selbigen haftenden Oblastenantheile zur Ablösung gelangen können	28 Juli	164 fg.	1 — 7
Türkei, s. Ottomannische Pforte.			

U.

Ueberfahrtsverträge, mit Auswanderern abzuschließende, — welche Erfordernisse selbige enthalten müssen	3 Jan.	2 fg.	1 — 10
Uebergangsabgabe von dem in das Großherzogthum Hessen aus anderen Zollvereinsstaaten eingehenden Biere — wird erhöht	31 Jan.	18 fg.	1 — 3
— von Wein und Tabak — Vertrag zwischen einigen Zollvereinsstaaten über deren Gemeinschaftlichkeit	18 Juni	80, 143 fg.	
Uebergangssteuer, von dem im Königreiche Württemberg aus anderen Vereinsstaaten eingehenden Branntweine und Malze zu entrichtende,	1852.		
— deren Erhöhung	29 Dec.	1 fg.	1 — 6
— auf welchen Straßen die Einfuhr von Branntwein, Wein, Obstmost, Bier und Malz nach dem Königreiche Württemberg erfolgen soll .	1853. 11 Febr. 29 Aug.	21 fg. 181	
Unmündige, ohne Begleitung ihrer Aeltern nach überseeischen Häfen reisende, — sind von den Auswanderungsagenten nicht zu befördern .	3 Jan.	2 fg.	1 — 10
Untersuchungen, gegen Militärpersonen wegen gemeiner Verbrechen verhängte, — aus welchen Gründen die Untersuchungsgerichte zuvörderst die persönlichen Verhältnisse solcher Angeschuldigten zu erörtern haben	29 März	65	
Unterthanen, in einem anderen deutschen Staate sich aufhaltende, hülfsbedürftige, erkrankte oder verstorbene, — Vertrag der hiesigen Regierung mit mehreren anderen deutschen Regierungen über deren gegenseitige Verpflegung und Beerdigung	17 Nov.	265 fg.	

V.

Verbrechen, gemeine, — aus welchen Gründen die Untersuchungsgerichte zuvörderst die persönlichen Verhältnisse der Militärpersonen zu erörtern haben, wenn letztere wegen derselben zur Untersuchung gezogen werden	29 März	65	
Verbrecher, mit Ungeziefer behaftete, — sind vor deren Einlieferung in die Straf- und Correctionsanstalten einer Reinigung zu unterwerfen .	25 Aug.	172	

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Verbrecher — Uebereinkunft mit den vereinigten Staaten von Nordamerica wegen gegenseitiger Auslieferung derselben	27 Aug.	173 fg.	
Vergehen gegen die Zollgesetze der durch Handels- und Zollvertrag mit dem Zollvereine verbundenen Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Staaten — welche Strafen hierüber festgesetzt sind	3 Dec.	273 fg.	
Verjährung unerhobener Zinsen und Dividenden bei dem Actienvereine zur Grubenräumung in der Stadt Dresden — was desfalls festgesetzt ist	18 Juli	159	17
Vorstand = Kosten- =, nicht geleisteter, — welche Rechtssätze das Oberappellationsgericht bei Entscheidungen von Streitigkeiten über die Sistirung des Verfahrens wegen desselben zu beobachten pflegt . .	1852. 20 Nov.	27 fg.	
W.			
Waffen, in Verwahrung von Privatpersonen befindliche, — das Aufbewahrungslocal für Vorräthe an dergleichen Gegenständen soll der Ortspolizeibehörde angezeigt werden	11 April	66 fg.	1 — 4
Wahlen zum künftigen Landtage — Bestellung von Commissarien zu deren Leitung	4 Febr. 6 Oct. 3 Nov. 1 Dec.	19 196 fg. 261 273	
Wahnsinnige — aus welchen Gründen die Einlieferung derselben in die Heilanstalt zu Sonnenstein zu beschleunigen ist	29 Nov.	275 fg.	1 — 5
Waldeck, Fürstenthum, — Vertrag der Staaten des größeren deutschen Zollverbandes mit der dasigen Regierung wegen Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens . .	22 Dec.	278 fg.	
Wechselordnung, deutsche, — inwiefern der im § 41 derselben aufgestellte Grundsatz in Bezug auf rechtzeitige Erhebung des Protestes wegen verweigerter Bezahlung trassirter Wechsel auch auf diejenigen Proteste angewendet werden soll, welche bei domicilirten trocknen Wechseln und Anweisungen erfordert werden	1852. 22 Dec.	71 fg.	
Wein — Vertrag zwischen einigen zum Zollvereine gehörenden Staaten über dessen gleiche Besteuerung	1853. 18 Juni	80, 143 fg.	
Werdau, Postexpedition, — erhält die Eigenschaft eines Postamtes . .	26 März 18 Aug.	65 187	
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die in den Sparcassenordnungen zu Frauenstein, Geithain, Jöhstadt, Neustadt, Niederschönau, Radeburg, Riesa, Rötha, Siebenlehn und Zwenkau enthaltenen Rechtsnachtheile — ist unstatthaft	7 März 26 April 5 Febr. 18 Aug. 29 Oct. 9 Juni 24 März 22 Sept. 22 Febr.	71 77 21 185 265 150 70 260 32	
Württemberg, Königreich, — Erhöhung der Uebergangssteuer von dem daselbst aus anderen Zollvereinsstaaten eingehenden Branntweine und Malze	1852. 29 Dec.	1 fg.	1 — 6
— auf welchen Straßen die Einfuhr von Getränke und Malz dahin erfolgen soll	1853. 11 Febr. 29 Aug.	21 fg. 181	
— tritt dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 über die Verpflichtung zur Uebernahme von Auszuweisenden bei	18 Juli	151 fg.	

3.

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Zeugnisse über die wissenschaftliche Vorbildung der auf der Forstacademie zu Tharandt Aufzunehmenden — deren Beibringung	25 Mai	78	
Zoll = Eingangs- = — dessen Erhebung für Reis wird einstweilen eingestellt	7 Nov.	260	
Zollgesetze der durch Handels- und Zollvertrag mit dem Zollvereine verbundenen Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Staaten — in welcher Weise die Vergehen gegen selbige bestraft werden	3 Dec.	273 fg.	
Zolltarif für die Jahre 1846—1848, bis jetzt in Kraft verbliebener, — Abänderungen dabei	4 Mai	74	
— vom Jahre 1854 an geltender	2 Nov.	205 fg.	
— zwischen dem Zollvereine und der Ottomannischen Pforte im Jahre 1851 vereinbarter, und Seite 331 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1851 abgedruckter, — Berichtigung eines Fehlers darin	1 Juli	162	
Zollverein, deutscher, — Erhöhung der Uebergangssteuer von dem im Königreiche Württemberg aus anderen Zollvereinsstaaten eingehenden Branntweine und Malze	1852. 29 Dec.	1 fg.	1—6
— auf welchen Straßen die Einfuhr von Getränke und Malz in das Königreich Württemberg stattfinden soll	1853. 11 Febr. / 29 Aug.	21 fg. / 181	
— — Uebergangsabgabe und Steuerrückvergütung von Bier und Branntwein im Großherzogthume Hessen	31 Jan.	18 fg.	1—3
— — Uebereinkommen zwischen den dazu gehörenden Regierungen und denen des Steuervereins wegen Erleichterung des Verkehrs zwischen beiden Vereinsgebieten durch Zollbefreiungen und Zollermäßigungen	31 März	39 fg.	1—3
— — Vertrag unter A zwischen den dazu gehörigen Staaten Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau, und der freien Stadt Frankfurt über Fortdauer und Erweiterung desselben, vom 4ten April 1853	18 Juni	79, 81 fg.	
— Uebereinkunft unter Aa zwischen obgenannten Staaten wegen Besteuerung des Rübenzuckers, vom 4ten April 1853	" "	80, 101 fg.	
— Handels- und Zollvertrag unter B zwischen Oesterreich und Preußen, vom 19ten Februar 1853	" "	80, 104 fg.	
— Vertrag unter C zwischen Preußen, Sachsen und den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten wegen Fortsetzung des Vertrags vom 8ten Mai 1841 über die gleiche Besteuerung inländischer Erzeugnisse, vom 4ten April 1853	" "	80, 141	
— Vertrag unter D zwischen Preußen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, den außer Preußen und Kurhessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten, Braunschweig und Oldenburg über die gleiche Besteuerung von Wein und Tabak, sowie den gegenseitig freien Verkehr mit diesen Artikeln und die Gemeinschaftlichkeit der Uebergangsabgaben von denselben, vom 4ten April 1853 . .	" "	80, 143 fg.	
— —, Steuersatz vom inländischen Rübenzucker und Eingangszollsätze vom ausländischen Zucker und Syrup auf einen Zeitraum von zwei Jahren	29 Juni / 30 Dec.	147 fg. / 281 fg.	1, 2 / 1 u. 2

	Tag.	Seite.	Paragraph.
Zollverein — der freie Verkehr zwischen dem Harz-Leine-District des Herzogthums Braunschweig und den übrigen Theilen desselben tritt wieder ein	13 Aug.	168	
— — Aufhebung des Eingangszolls für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mühlenfabrikate	9 Sept. 20 Oct.	181 fg. 201	
— — anderweite Zollerleichterungen zwischen den dazu gehörigen Staaten und denen des Steuervereins	16 Sept.	187 fg.	
— — welche deutsche Bundesstaaten und Gebietstheile zu selbigem gehören	13 Oct.	199 fg.	
— — Beitritt der Herzoglichen Regierungen von Modena und Parma, ingl. des Fürstenthums Liechtenstein zu dem zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage vom 19ten Februar 1853	15 Nov.	262	
— — Vertrag wegen Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten desselben	22 Dec.	278 fg.	
Zschopau, Posterpedition, — wird zum Postamte erhoben	26 März	65	
Zucker, ausländischer, — Eingangszoll dafür während eines zweijährigen Zeitraums	29 Juni	147 fg.	2
Zweigbahn, s. Eisenbahn.			
Zwenkau, Stadt, — Bestätigung des Regulativs für die dasige Sparcasse	22 Febr.	31 fg.	
Zwickau, Stadt, — durch welche Ortschaften die von dieser Stadt bis Cainsdorf zu erbauende Eisenbahn geführt wird	11 April	67 fg.	1 — 3
— — Richtung mehrerer Zweigbahnen zur Verbindung der Kohlengruben mit der vom dasigen Bahnhofe nach Cainsdorf führenden Eisenbahn	29 Juli	160	
— — Bestätigung der Statuten des Actienvereins für die dasige Gasbeleuchtung	29 Nov.	277	

Gesetz-und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

1stes Stück vom Jahre 1853.

№ 1) Bekanntmachung,

die Uebergangssteuern von Branntwein, Bier und Malz im Königreiche Württemberg betreffend;

vom 29sten December 1852.

Auf Grund der neuerdings im Königreiche Württemberg ergangenen Gesetzesvorschriften wegen Besteuerung gewisser Consumtionsgegenstände werden, unter Beziehung auf die Beilage B. zu der die Uebergangsabgaben betreffenden Verordnung vom 27sten December 1841 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1841, Seite 287), folgende Bestimmungen hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

1. Die Uebergangssteuer im Königreiche Württemberg von dem daselbst aus anderen Zollvereinsstaaten eingehenden Branntweine und Malze ist

   a) beim Branntweine auf 10 fl. 40 kr. für den Württembergischen Eimer von der Normalstärke, zu 50 Grad nach dem Alcoholometer von Tralles bei 12,44 Grad Reaumur,

   b) beim Malze auf 24 kr. für den Simri

erhöht worden.

2. Die Uebergangssteuer vom Biere bleibt unverändert

   3 fl. für den Württembergischen Eimer braunes } Bier.
   2 fl. für den Eimer weißes }

3. Die Einfuhr von Branntwein, Wein, Obstmost, Bier und Malz nach dem Königreiche Württemberg kann nur auf den diesem Verkehre eröffneten, annoch bekannt zu machenden Uebergangsstraßen erfolgen.

4. Die Uebergangssteuern von Branntwein, Bier und Malz sind in Mangel eines Uebergangsscheins am ersten Württembergischen Eintrittsorte zu entrichten.

Sind aber übergangssteuerpflichtige Transporte von Uebergangsscheinen begleitet und ist bei Branntwein überdem in den Uebergangsscheinen der Alcoholstärkegrad jedes Gebindes nachgewiesen, auch eine steueramtlich versiegelte Probeflasche für jedes Gebind oder für

mehrere Gebinde von gleichem Weingeiſtgehalte beigefügt, ſo können die Uebergangsſteuern bei der im Uebergangsſcheine bezeichneten Steuerſtelle im Innern Württembergs entrichtet werden.

5. Für den aus dem Königreiche Württemberg ausgeführten Branntwein wird die Steuer, nach Erfüllung der deshalb vorgeſchriebenen Controlevorſchriften, mit drei Vierteln des oben (1 a) angegebenen Uebergangsſteuerſatzes und für ausgeführtes Bier die Malzſteuer nach Maaßgabe des bezahlten Abgabebetrags vergütet.

6. Zur Ausfertigung von Uebergangsſcheinen ſind im Königreiche Württemberg ausſchließlich die Haupt- und Nebenzollämter Iſter Claſſe, zur Erledigung von Uebergangsſcheinen aber und zur Erhebung der Uebergangsſteuern, außer den genannten Aemtern, auch die Grenzacciſeämter an den Uebergangsſtraßen ermächtigt.

Dresden, am 29ſten December 1852.

Finanz-Miniſterium.

Behr.

Schäfer.

№ 2) Verordnung,

die gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern betreffend;

vom 3ten Januar 1853.

Das Miniſterium des Innern findet im öffentlichen Intereſſe, insbeſondere zum Schutze ſowohl der aus dem Königreiche Sachſen wegziehenden, als der ausländiſchen durch Sachſen paſſirenden Auswanderer für nöthig, über die gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern eine obrigkeitliche Aufſichtsführung eintreten zu laſſen, zu welchem Ende hierdurch Nachſtehendes verordnet wird:

§ 1. Die Annahme von Schiffspaſſagieren und die gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern nach überſeeiſchen Hafenplätzen (Auswanderungs-Agentur) iſt vom 1ſten Mai 1853 an nur denjenigen geſtattet, welchen hierzu von der Kreisdirection desjenigen Bezirks, in welchem das Geſchäft betrieben werden ſoll, Conceſſion ertheilt worden iſt.

Wer vom gedachten Zeitpunkte an Agenturgeſchäfte der obbezeichneten Art betreibt, ohne dazu Conceſſion erlangt zu haben, verfällt für jeden Contraventionsfall in eine Polizeiſtrafe bis zu 50 Thalern — — oder verhältnißmäßigem Gefängniß.

§ 2. Conceſſionen der im § 1 erwähnten Art ſind nur an ſelbſtſtändige, unbeſcholtene Inländer zu ertheilen, welche nachweiſen, daß ſie von einem zur Beförderung von Auswanderern nach den Geſetzen des betreffenden Einſchiffungsplatzes berechtigten Schiffsrheder, Expedienten oder Mäkler und unter rechtlicher Vertretung des letzteren ermächtigt ſind, Ueber-

fahrtsverträge abzuschließen. Jede derartige Concession schließt den Vorbehalt des Widerrufs in sich und unterliegt nachstehenden für den Geschäftsbetrieb gültigen Bedingungen.

§ 3. Ueberfahrtsverträge dürfen von den Agenten nur mit Personen abgeschlossen werden, welche mit einem zur überseeischen Reise gültigen amtlichen Reisepasse versehen sind.

Insbesondere dürfen Agenten Personen, welche sich der Militärpflicht oder einer Bestrafung entziehen wollen, nicht befördern; eben so wenig dürfen dieselben Unmündige, wenn sie nicht in Begleitung ihrer Eltern reisen, ohne beigebrachte elterliche oder obervormundschaftliche Genehmigung, ingleichen Personen, welche mit ekelhaften oder ansteckenden Krankheiten behaftet sind, und Hülfsbedürftige, welche nicht von einem für sie sorgenden Angehörigen begleitet werden, zur Beförderung übernehmen.

§ 4. Die Ueberfahrtsverträge sind unter ausdrücklicher Aufführung aller wesentlichen Verabredungen schriftlich in deutscher Sprache abzufassen, und demjenigen, mit welchem sie abgeschlossen werden, in einem Exemplare zuzustellen.

Es ist darin insbesondere anzugeben:

1) Vor- und Zunamen, Wohnort und Alter des Passagiers und der ihn begleitenden Angehörigen,
2) Name des Schiffseigners, Rheders oder Mäklers, in dessen Auftrage der Vertrag abgeschlossen wird,
3) Ort und Tag des Vertrags,
4) Abfahrts- und Bestimmungsort,
5) der Tag, an welchem der Passagier am Abfahrtsorte einzutreffen hat,
6) der Betrag des bedungenen Ueberfahrtsgeldes unter getrennter Aufführung der Gebühren des Schiffsmaklers und der am Bestimmungsorte beim Eintritte ins Land etwa zu entrichtenden persönlichen Abgaben (z. B. des Armengeldes, Kopf- oder Spitalgeldes),
7) ob und wie viel der Passagier auf die bedungenen Ueberfahrtsgelder und Nebenkosten bereits bezahlt hat,
8) ob und für welche Reisebedürfnisse der Passagier selbst zu sorgen hat (z. B. Messer und Gabeln, Löffel, Betten ꝛc. ꝛc.),
9) wie viel an Reiseeffecten nach Maaß und Gewicht der Passagier unentgeldlich mitnehmen kann, und wie viel an Ueberfracht zu bezahlen ist,
10) ob für die Ein- und Ausschiffung noch besondere Zahlung zu leisten ist,
11) ob die Beförderung in der Kajüte, oder im Zwischendecke erfolgen soll, hiernächst bei indirecter Beförderung nach außereuropäischen Häfen,
12) welcher Zwischenhafen angelaufen werden soll,
13) ob die Beförderung nach dem Zwischenhafen und die Weiterbeförderung von dort ab mit einem Dampf- oder Segelschiffe, ob mit oder ohne Beköstigung stattfinden,

und ob auf der Weiterreise und in welchem Hafen nochmals ein Wechsel des Schiffs stattfinden soll,

14) ob in den Zwischenhäfen die Verpflegung der Passagiere auf Rechnung des Expedienten erfolgt und an wen sich der Passagier deshalb in den Zwischenhäfen zu halten hat,

15) ob die Lebensmittel gekocht oder ungekocht geliefert werden,

16) wie lange höchstens der Aufenthalt in den Zwischenhäfen dauern soll,

17) ob der Schiffsexpedient die Haftung für alle Unglücksfälle nach der Einschiffung, für die Kosten der Rettung der Passagiere und ihrer Effecten, ihrer Beförderung nach dem Bestimmungsorte und ihrer Unterhaltung bis zur Ausschiffung in letzterem, sowie für verhältnißmäßigen Ersatz erweislicher Verluste an den auf das Schiff gebrachten Effecten übernommen hat.

§ 5. Ueber die abgeschlossenen Ueberfahrtsverträge hat der Agent genaue Verzeichnisse zu führen, in welchen außer den im § 4 erwähnten wesentlichen Verabredungen auch die von dem Passagier beigebrachte Reiselegitimation mit Angabe der ausstellenden Behörde und des Tags der Ausstellung aufzuführen ist.

Diese Verzeichnisse, sowie die sonstigen, auf das Agenturgeschäft bezüglichen Bücher, Listen und Correspondenzen sind den zuständigen Behörden auf Erfordern jeder Zeit unweigerlich zur Einsicht vorzulegen.

Jeder Agent muß ferner im Besitze aller an den Einschiffungsplätzen, nach welchen er Auswanderer dirigirt, geltenden Verordnungen über das Auswanderungswesen sein und dieselben den Auswanderern, sowie den Behörden auf Verlangen vorlegen.

§ 6. Den Agenten ist nicht gestattet, von dem Auswandernden für seine persönlichen Bemühungen eine besondere Gebühr zu fordern. Sie haben sich deshalb lediglich an den Auftraggeber zu halten.

§ 7. Zur Sicherstellung etwaniger, aus der ungenauen Erfüllung der in §§ 3—6 gedachten Verpflichtungen entstehenden Vertretungsansprüche, ingleichen der nach § 8 verwirkten Strafen ist von den Agenten eine Caution bei der Ortsobrigkeit zu bestellen, deren Höhe von der Kreisdirection bei der Concessionsertheilung nach den einschlagenden Verhältnissen bestimmt wird, bis auf Weiteres aber die Höhe von 500 Thalern nicht übersteigen soll.

§ 8. Die Nichtbeachtung der nach gegenwärtiger Verordnung den Agenten obliegenden Verpflichtungen zieht, abgesehen von etwaniger criminneller Ahndung, polizeiliche Bestrafung bis zu 50 Thalern, und im Wiederholungsfalle nach dem Ermessen der Kreisdirection die Entziehung der Concession nach sich. Insbesondere tritt die Entziehung der Concession dann ein, wenn der Agent oder dessen Untergebene sich nachweislich durch Vorspiegelung falscher Thatsachen eine Verleitung zur Abschließung von Ueberfahrtsverträgen,

oder sonst, namentlich bei Geldangelegenheiten eine Uebervortheilung der Auswanderer schuldig gemacht haben sollten.

§ 9. Die erfolgte Ertheilung einer Concession für Auswanderungsagenten ebenso, wie deren Zurücknahme ist von der betreffenden Kreisdirection öffentlich bekannt zu machen.

§ 10. Mit Ausnahme der von den Agenten zur Zurechtweisung der ankommenden Auswanderer beauftragten Personen, welche vorher der Polizeibehörde zu präsentiren, und, wenn dieser ein Bedenken nicht beigeht, mit einer besonderen Legitimation zu versehen sind, ist jede Vermittelung dritter Personen zwischen Agenten und Auswanderern, namentlich das Aufsuchen und Aufgreifen der Auswanderer auf Straßen, Bahnhöfen, in Gasthöfen und wo es sonst geschieht, um Passagiere für ein gewisses Unternehmen zu gewinnen, oder diejenigen, welche für ein solches gewonnen sind, demselben abspenstig zu machen, oder den Agenten oder Gastwirthen gegen Vergütung Passagiere zuzuweisen, bei Strafe bis zu 20 Thalern oder verhältnißmäßigem Gefängniß verboten.

Die Polizeibehörden haben die Ausführung dieser Vorschriften nachdrücklichst zu überwachen.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, am 3ten Januar 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. v. Beust.

Demuth.

№ 3) Bekanntmachung,

die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr von Kobalt und Erzstufen betreffend;

vom 12ten Januar 1853.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird das in der Anmerkung 1 zur Position 7 der zweiten Abtheilung des in der durch Verordnung vom 28sten Juli 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom gedachten Jahre, Seite 299) modificirten Weise bis auf Weiteres fortbestehenden Zolltarifs für 1846 bis 1848 ausgesprochene Verbot der Ausfuhr des Kobalts und der Erzstufen aus dem Königreiche Sachsen hiermit aufgehoben, so daß demnach die allgemeinen Tarifbestimmungen bei der gedachten Position auch in Sachsen zur Anwendung zu bringen sind.

Hiernach haben sich die Zoll- und Steuerbehörden, sowie alle Betheiligte zu achten.

Dresden, am 12ten Januar 1853.

Finanz-Ministerium.
Behr.

Schäfer.

№ 4) Verordnung,

die Ermäßigung der Gebühren für die amtliche, telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens betreffend;

vom 15ten Januar 1853.

Um den Behörden des Landes bei deren amtlicher Correspondenz vermehrte Gelegenheit zu Benutzung des Staatstelegraphen zu geben, hat mit Sr. Majestät Allerhöchster Genehmigung das Finanzministerium beschlossen, die dermaligen, mittelst Allerhöchster Verordnung vom 13ten September 1850 und Verordnung vom 27sten November 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1850, Seite 227 und vom Jahre 1852, Seite 319) festgesetzten Gebühren für die telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens in nachstehender Weise zu ermäßigen und festzustellen:

1. Für jede Sächsische Staatsdepesche (§ 14 der Allerhöchsten Verordnung vom 13ten September 1850) sowie für jede von einer inländischen Behörde aufgegebene Depesche zwischen den Stationen Dresden, Leipzig, Chemnitz, Riesa und der demnächst zu eröffnenden Station Zwickau ist nur die Hälfte der ordnungsmäßigen Gebühr zu erheben, mithin:

	bis zu	20	Worten einschließlich	—	Thlr.	10	Ngr.	—
von 21	= =	50	= =	—	=	20	=	—
= 51	=	100	=	1	=	—	=	—

und für je 50 Worte zehn Neugroschen mehr.

2. Die § 1 gedachten Depeschen sind jederzeit mit dem Amtssiegel beziehendlich des Absenders oder der absendenden Behörde zu versehen.

3. Im Uebrigen bleiben alle wegen der telegraphischen Correspondenz bisher ertheilten Bestimmungen — insbesondere auch die, die Gebührenfreiheit der Telegraphendienstcorrespondenz und der Depeschen in Sicherheitspolizei- oder Criminaluntersuchungssachen betreffende Disposition im § 26 der Allerhöchsten Verordnung vom 13ten September 1850 — in Kraft.

4. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten Februar laufenden Jahres in Wirksamkeit.

Dresden, den 15ten Januar 1853.

Finanz-Ministerium.
Behr.

Opelt.

№ 5) Bekanntmachung,
das Hauptsteueramt in Riesa als Elbzollgericht betreffend;

vom 31sten December 1852.

Nach Errichtung eines Hauptsteueramts in Riesa (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 285) ist zur Erleichterung der Rechtshülfe in Elbzollgerichtsangelegenheiten für angemessen befunden worden, dem gedachten Hauptsteueramte zugleich die Function eines Elbzollgerichts zu übertragen und ihm zu solchem Zwecke denjenigen Theil des bisherigen Elbzolldistricts des Hauptsteueramts in Meißen,

welcher bei der Merschwitzer Elbüberfahrt, diese eingeschlossen, beginnt und längst der beiderseitigen Ufer bis zur Landesgrenze abwärts sich erstreckt,

zuzuweisen. Derselbe wird daher

vom 1sten Februar 1853 ab

vom Elbzollgerichte und Hauptsteueramte in Meißen abgetrennt und dem Elbzollgerichte und Hauptsteueramte in Riesa, als dessen künftiger Elbzolldistrict, mit der Bestimmung überwiesen, daß selbiges innerhalb des bezeichneten Gebiets in alle diejenigen Befugnisse und Verpflichtungen eintritt, welche durch Artikel 26 der Elbschifffahrtsacte vom 23sten Juni 1821 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1822, Seite 95) und §§ 46 und 47 der Additionalacte vom 13ten April 1844, sowie durch die wegen deren Publication erlassene Verordnung vom 16ten November 1844 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1844, Seite 277), ingleichen durch die Verordnungen vom 6ten Februar 1845 und 21sten Februar 1846 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1845, Seite 39 und vom Jahre 1846, Seite 4) festgestellt sind.

Zur Nachachtung der Behörden, der Elbschiffer und aller sonstigen Betheiligten wird daher Solches von den unterzeichneten Ministerien hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, am 31sten December 1852.

Die Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen.

Dr. Zschinsky. Frhr. v. Beust. Behr.

Schäfer.

№ 6) Verordnung
über die Anwendung des Rescripts vom 19ten Juni 1812, die Kirchen-Falsa betreffend, in der Oberlausitz;

vom 14ten Januar 1853.

Da das Rescript vom 19ten Juni 1812, die Kirchen-Falsa betreffend (Cod. Aug. 3te Fortsetzung 1ster Band Seite 180), den allgemeinen Zweck hat, den Mißbrauch einer zur

Förderung der Sittlichkeit bestehenden kirchlichen Einrichtung zu verhüten und die einer gottesdienstlichen Versammlung schuldige Achtung sicher zu stellen, dessen Ausführung in sämmtlichen Landestheilen, einschließlich der Oberlausitz, mithin schon in der betreffenden Anordnung selbst begründet, in Folge wiederholter Wahrnehmungen aber auch nothwendig erscheint, so verordnet das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts hierdurch: daß besagtes Rescript fürohin auch in der Oberlausitz in Anwendung kommen soll.

Die Geldbüßen, welche hiernach von solchen Personen, die sich falsche Angaben zu Schulden kommen lassen, zu erlegen sind, haben die Pfarrer zum Besten der Kirche, wo die Trauung vollzogen worden ist, durch die Kirchväter von den Schuldigen einzuziehen, wenn aber die Erlegung derselben verweigert werden sollte, bei der Collaturbehörde auf deren Einbringung anzutragen.

Dresden, den 14ten Januar 1853.

Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts.
Frhr. v. Beust.

Schreyer.

№ 7) Verordnung,

die Ertheilung von Erfindungsprivilegien (Patenten) betreffend;

vom 20sten Januar 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

haben für nöthig befunden, die hinsichtlich der Ertheilung von Erfindungsprivilegien (Patenten) — im Einklange mit den zwischen den Zollvereinsstaaten deshalb vereinbarten, durch die Bekanntmachung vom 31sten Juli 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 77) veröffentlichten Bestimmungen — sowie hinsichtlich des Verfahrens bei darauf bezüglichen Streitigkeiten bestehenden Grundsätze und Normen, zu Beseitigung der darüber unter den Betheiligten, wie bei den Behörden mehrfach vorwaltenden Zweifel und Irrthümer, im Zusammenhange zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und zugleich durch einige neue Bestimmungen zu ergänzen und verordnen zu dem Ende, wie folgt:

1. Ein Patent (Erfindungsprivilegium) wird nur für wirklich neue und eigenthümliche Gegenstände, d. h. für solche ertheilt, welche vor dem Tage der Patentertheilung weder innerhalb der deutschen Bundesstaaten ausgeführt, gangbar oder auf irgend eine Weise bekannt, noch in öffentlichen Werken des In- und Auslandes so beschrieben sind, daß darnach die Ausführung durch jeden Sachverständigen erfolgen könnte.

Von der Patentirung ausgeschlossen sind Arzneimittel jeder Art und Arzneibereitungsmethoden, Schönheitsmittel, Nahrungsmittel, einschließlich der zum Verzehren bestimmten Luxusartikel, alle Muster, Façons und allgemeine wissenschaftliche Grundwahrheiten.

2. Patente für Verbesserungen an bereits privilegirten Gegenständen werden zwar ertheilt, können aber, so lange das Privilegium für den Hauptgegenstand noch läuft, nur dann ausgeübt werden, wenn der damit Betheilte das Recht zur Benutzung der ursprünglichen Erfindung von dem Inhaber des dafür ertheilten Privilegiums erworben hat.

3. Sowohl In- als Ausländer können um ein Patent nachsuchen. Ausländer, welche nicht in einem Staate des deutschen Bundes die Staatsangehörigkeit besitzen, haben einen in Sachsen wohnhaften und staatsangehörigen Patentträger sofort bei Anbringung des Gesuchs zu bezeichnen, auch dessen Einverständniß beizubringen. Derselbe wird, wenn das Patent ertheilt wird, als Inhaber desselben in jeder Beziehung angesehen.

4. Die durch Erlangung eines Patents erworbenen Rechte können auf dritte übertragen werden, die Uebertragung begründet für den Erwerber nur dann den Anspruch auf Schutz des Privilegiums, wenn er in einem deutschen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit besitzt.

5. Für einen Gegenstand, dessen Erfinder Angehöriger eines deutschen Bundesstaates ist, und in einem solchen ein Patent dafür erlangt hat, wird ein solches für den Bereich des Königreichs Sachsen nur dem Erfinder oder dessen Rechtsnachfolger ertheilt.

6. Das Patent giebt dem Inhaber das Recht, daß Niemand ohne seine Einwilligung innerhalb des Königreichs Sachsen den Gegenstand der Erfindung anfertigen, ausführen oder, wenn es sich um Fabrikationsmethoden, Maschinen oder Werkzeuge für die Fabrikation handelt, anwenden darf.

Dieses Verbietungsrecht erstreckt sich niemals auf die Einfuhr solcher Gegenstände, welche mit dem privilegirten übereinstimmen, auf den Verkauf und auf den Absatz der privilegirten Gegenstände und eben so wenig auf deren Gebrauch, dafern dieselben in etwas Anderem als Fabrikationsmethoden, oder für die Fabrikation bestimmten Maschinen oder Werkzeugen bestehen.

7. Das hierdurch ertheilte Verbietungsrecht bleibt denjenigen gegenüber, welche vor Ertheilung des Patents den Gegenstand desselben bereits gekannt haben, jedenfalls unwirksam.

Das Patent begreift das Recht zum Betriebe eines Gewerbes mit der Verfertigung oder Anwendung des patentirten Gegenstandes nicht in sich, vielmehr ist der Inhaber deshalb den im Allgemeinen bestehenden Vorschriften allenthalben unterworfen. Auch ist die Ausführung einer patentirten Erfindung unter allen Umständen der Beobachtung aller

allgemeinen oder besonderen oder durch die Natur der Erfindung nach Befinden eigends bedingten und deshalb etwa für nöthig gehaltenen wohlfahrts- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften unterworfen.

8. Jedes Patent wird zunächst auf fünf Jahre ertheilt, welche vom Tage der Ausstellung der Urkunde an zu rechnen sind.

Dasselbe kann jedoch auf weitere fünf Jahre verlängert werden, wenn der Inhaber bis spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkte, mit welchem das Patent erlöschen würde, bei dem Ministerium des Innern, unter gleichzeitiger Einsendung der Privilegienurkunde und der Kosten (vergl. Beilage ⊙ sub 4) um Verlängerung nachgesucht hat. Die letztere wird auf der Urkunde selbst verlautbart.

9. Die Gültigkeit jedes Erfindungsprivilegiums ist an die Bedingung geknüpft, daß die Erfindung binnen einer, vom Tage der Privilegienertheilung zu rechnenden Frist von einem Jahre im Königreiche Sachsen zur Ausführung oder Anwendung gelangt sei.

Diese Frist kann verlängert werden, wenn der Inhaber des Patents bis spätestens vier Wochen vor Ablauf derselben bei dem Ministerium des Innern unter gleichzeitiger Einsendung der Privilegienurkunde und der Kosten (nach Beilage ⊙ sub 3) darum nachsucht und beibringt, daß er an der Ausführung durch Verhältnisse behindert worden ist, deren Beseitigung nicht in seiner Macht lag. Die Verlängerung wird eintretenden Falles auf der Urkunde verlautbart.

Kann die beantragte Verlängerung nicht gewährt werden, so erhält der Antragsteller die eingesendete Summe nach Abzug der für die Bescheidung zu erhebenden Kosten restituirt.

10. Jedes Patent erlischt

a) mit Ablauf der Frist, für welche es gewährt worden ist;

b) durch Zurücknahme. Diese erfolgt, wenn sich ergiebt,

aa) daß der Gegenstand des Patents zur Zeit der Ertheilung nicht neu und eigenthümlich im Sinne der Vorschrift in § 1 gewesen ist;

bb) daß der Patentinhaber sich wahrheitswidriger Angaben über seine Staatsangehörigkeit schuldig gemacht hat;

cc) daß der Gegenstand des Privilegiums bereits in einem anderen Staate des deutschen Bundes dem Erfinder patentirt war und der Inhaber des Privilegiums für das Königreich Sachsen weder der Erfinder noch dessen Rechtsnachfolger ist;

dd) daß die nach § 15 bei dem Ministerium des Innern eingereichte Beschreibung nebst Beilagen die Erfindung nicht vollständig oder nicht richtig darstellt;

ee) daß die Erfindung nicht binnen der im § 9 erwähnten Frist im Königreiche Sachsen zur Ausführung oder Anwendung gelangt ist.

11. Da der Gegenstand des Patents stets als ein untheilbarer anzusehen ist, so hat die Zurücknahme auch dann zu erfolgen, wenn die im § 10 unter aa, cc, dd und ee gedachten Voraussetzungen nur hinsichtlich eines Theils des privilegirten Gegenstandes eintreten sollten.

12. Die § 10 unter aa bezeichnete Voraussetzung ist dann nicht als vorhanden anzusehen, wenn nur Einzelne bereits bei Ertheilung des Privilegiums Kenntniß von der Erfindung gehabt und diese Kenntniß geheim gehalten haben sollten.

13. Jedermann ist berechtigt, bei dem Ministerium des Innern auf Zurücknahme eines Patents anzutragen und solchenfalls verpflichtet, den Nachweis beizubringen, daß einer der im § 10 b bezeichneten Umstände vorhanden sei.

Kann er diesen Nachweis nicht führen, so hat er die in der Sache erwachsenen Kosten, so weit er sie veranlaßt hat, zu bezahlen.

Ueber die Frage, ob ein Privilegium zurückzunehmen sei, beschließt das Ministerium des Innern.

14. Die Gesuche um Ertheilung eines Patents, ebenso wie die um Verlängerung eines solchen oder einer Ausführungsfrist sind an das Ministerium des Innern zu richten und unmittelbar bei demselben einzureichen.

Dem Gesuche um Ertheilung eines Patents ist beizufügen:

a) eine Beschreibung und, je nach der Gattung der Sache, eine Zeichnung oder ein Modell des Gegenstandes, wofür das Patent gesucht wird. Dieselben müssen so beschaffen sein, daß darnach jeder Sachverständige die Erfindung ausführen kann und daß daraus die als neu und eigenthümlich (§ 1) in Anspruch genommenen Punkte deutlich ersichtlich sind;

b) der Betrag der nach Beilage ⊙ sub 1 zu entrichtenden und jedenfalls inne zu lassenden Kosten.

15. Dem Ansuchenden wird hierauf von dem Ministerium des Innern unter gleichzeitiger Zufertigung eines Abdrucks gegenwärtiger Verordnung eröffnet, ob und inwieweit auf das Gesuch einzugehen sei oder nicht, und er im ersteren Falle zugleich zur Bezahlung der Taxe und des Stempelimposts nach Beilage ⊙ sub 2 binnen einer bestimmten Frist aufgefordert. Erfolgt die Einsendung der Kosten nicht rechtzeitig, so wird angenommen, daß der Ansuchende auf Ertheilung des Patents verzichtet habe.

Die rechtzeitige Einsendung der Kosten hat die Aushändigung der über die Ertheilung des Privilegiums auszufertigenden Urkunde zur unmittelbaren Folge.

16. Die Ertheilung, Verlängerung oder Zurücknahme eines Patents, ingleichen die Verlängerung einer Ausführungsfrist wird durch die Leipziger Zeitung bekannt gemacht.

17. Die eingereichten Beschreibungen, Zeichnungen und Modelle werden während der Dauer des Privilegiums bei dem Ministerium des Innern unter sorgfältigem Verschlusse aufbewahrt. Nach Ablauf oder Zurücknahme des Patents verfügt das Ministerium des Innern frei über dieselben. Namentlich bleibt solchenfalls die Veröffentlichung vorbehalten.

18. Dem Inhaber eines Erfindungsprivilegiums ist gegen Eingriffe in das nach § 6 damit verbundene Ausschließungsrecht auf Anrufen obrigkeitlicher Schutz zu gewähren.

Die zu dem Ende zu verfügenden Zwangsmittel und sonst erforderlichen Maaßregeln sind unter den durch die Beschaffenheit des einzelnen Falles bedingten Modificationen die nämlichen, welche bei Störung anderer gewerblicher Verbietungsrechte nach Maaßgabe der Gesetze in Anwendung kommen.

Widerspricht der einer Beeinträchtigung eines Erfindungsprivilegiums Beschuldigte dieser Behauptung und zwar aus dem Grunde, weil entweder die Sache oder das technische Verfahren, welche als ein Eingriff in das Privilegium bezeichnet werden, mit dem Gegenstande des Patents nicht identisch seien, oder weil das letztere selbst ihm — dem Beschuldigten — gegenüber, überhaupt oder in der vorliegenden speciellen Beziehung, nicht in Gültigkeit bestehe und gestaltet sich die Differenz dadurch zu einer streitigen Verwaltungssache im Sinne des Gesetzes vom 30sten Januar 1835 sub D., so ist das für dergleichen Streitigkeiten gesetzlich vorgeschriebene Verfahren einzuleiten.

Dabei beruht es auf besonderer, nach den Umständen des concreten Falles zu bemessender obrigkeitlicher Entschließung, ob die zum Schutze des Patentrechts verfügten administrativen Maaßregeln einstweilen wieder aufzuheben seien, oder bis zu Austrag der Sache provisorisch fortzubestehen haben.

19. Insofern zum Behufe der Constatirung der Identität des in Streit befangenen, mit dem patentirten Gegenstande auf die bei dem Ministerium des Innern deponirten Beschreibungen, Zeichnungen und Modelle zurückzugehen ist, so werden diese auf Anlangen der competenten Behörde unter den entsprechenden Vorsichtsmaaßregeln an letztere ausgeantwortet werden.

Bedarf dieselbe zu Begründung ihres eigenen Urtheils über die Identitätsfrage eines technischen Gutachtens, so sind die zu dem Ende zuzuziehenden Sachverständigen, so weit sie nicht im allgemeinen für derartige Geschäfte in Eid und Pflicht stehen, zur Geheimhaltung besonders zu verpflichten.

20. Wird in den § 18 gedachten Fällen die Gültigkeit eines Patents im Allgemeinen und mithin aus einem Grunde bestritten, dessen Vorhandensein nach § 10 die Zurücknahme

deſſelben bedingen würde, ſo iſt wegen Entſcheidung dieſer Frage, auch wenn kein ausdrücklicher Antrag auf Zurücknahme geſtellt worden ſein ſollte, Bericht an das Miniſterium des Innern zu erſtatten und deſſen Entſcheidung zu erwarten.

21. Die Koſten in den auf Ertheilung und Verlängerung von Erfindungspatenten bezüglichen Angelegenheiten werden bei dem Miniſterium des Innern nach den in der Beilage ⊙ beſtimmten Sätzen erhoben.

Im Uebrigen kommen in Patentſachen die wegen des Liquidirens in Verwaltungsſachen überhaupt beſtehenden Grundſätze und Taxbeſtimmungen zur Anwendung.

22. Alle von dem Miniſterium des Innern in Unſerem Namen auf Grund der ihm dazu hiermit ein für allemal beigelegten Ermächtigung fortan zu ertheilenden Erfindungsprivilegien ſind nach dem Inhalte gegenwärtiger Verordnung zu beurtheilen.

Mit der Empfangnahme der Patenturkunde unterwirft ſich der Patentinhaber den durch dieſe Verordnung getroffenen Beſtimmungen, welche ihm gegenüber als Bedingungen der Patentverleihung anzuſehen ſind.

Hiernach haben alle Diejenigen, welche es angeht, ſich gebührend zu achten.

Dresden, am 20ſten Januar 1853.

Friedrich Auguſt.

LS Friedrich Ferdinand Freiherr von Beuſt.

Beilage ⊙

Taxe für die bei Ertheilung und Verlängerung von Patenten zu erhebenden Beträge an Stempel, Sporteln, Verlägen und Patenttaxen.

1) Sofort bei Einreichung eines Patentgeſuchs zu zahlen:

Verlag für die techniſche Begutachtung . . .	5 Thlr.	— Ngr.	—
An Canzleiſporteln, Mundum u. ſ. w., im Ganzen	2 "	15 "	—
im Ganzen	7 Thlr.	15 Ngr.	—

2) Bei Ertheilung eines Patents auf fünf Jahre:

Stempelſteuer	5 Thlr.	— Ngr.	—
dermalen Stempelſteuerzuſchlag	2 "	15 "	—
Taxe	15 "	— "	—
im Ganzen	22 Thlr.	15 Ngr.	—

3) Bei Einreichung eines Gesuchs um Verlängerung der Ausführungsfrist:

Stempelsteuer . . .	1	Thlr.	—	Ngr.	—
dermalen Stempelsteuerzuschlag .	—	=	15	=	—
an Canzleisporteln, Mundum u. s. w. . .	2	=	15	=	—
im Ganzen	4	Thlr.	—	Ngr.	—

4) Bei Einreichung des Gesuchs um Verlängerung des Patents auf weitere fünf Jahre:

Stempelsteuer .	5	Thlr.	—	Ngr.	—
dermalen Zuschlag . . .	2	=	15	=	—
an Canzleisporteln, Mundum u. s. w.	2		15	=	—
Taxe	40	=	—	=	—
im Ganzen	50	Thlr.	—	Ngr.	—

Für Zwischenverfügungen, welche durch Mängel in den Unterlagen veranlaßt sind, sowie in den §§ 9 und 13 der Verordnung bemerkten Fällen, wird nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften besonders liquidirt. Im Uebrigen wird in Veranlassung häufiger zu bemerken gewesener Contraventionen daran erinnert, daß zu allen Eingaben in Patentsachen Stempel zu verwenden ist.

Letzte Absendung: am 31sten Januar 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
2tes Stück vom Jahre 1853.

№ 8) Verordnung,

die Mitwirkung der Grund- und Hypothekenbehörden bei Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue betreffend;

vom 24sten Januar 1853.

Es ist zu bemerken gewesen, daß bei Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue von den damit beschäftigten Verwaltungsbehörden die wegen Verlautbarung solcher Veränderungen in den Grund- und Hypothekenbüchern und wegen Wahrnehmung der Rechte dritter Betheiligten zu nehmenden Rücksichten nicht immer gehörig beobachtet worden sind.

Da nach den Bestimmungen des Gesetzes, die Grund- und Hypothekenbücher und das Hypothekenwesen betreffend, vom 6ten November 1843, § 15 Nr. 4 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 191) und der dazu gehörigen Ausführungsverordnung vom 15ten Februar 1844, § 6 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1844, Seite 39) jede Verminderung, welche ein im Grund- und Hypothekenbuche eingetragenes Grundstück durch Veräußerung eines Theils des dazu gehörigen Grund und Bodens erleidet, Kundbarmachung im Grund- und Hypothekenbuche erfordert, so muß auch Dasjenige, was von dergleichen Grundstücken zur Anlegung von öffentlichen Straßen oder Communicationswegen abgetreten wird, gleichviel, ob der Bau der Straße oder des Communicationswegs dem Staatsfiscus, oder ob er einer Gemeinde oder einer Privatperson obliegt, im Grund- und Hypothekenbuche vom Folium abgeschrieben werden. Hieraus schon folgt die Nothwendigkeit der Benachrichtigung der Grund- und Hypothekenbehörden von Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue, und ist es hierauf ohne Einfluß, daß letztere nach § 4 Nr. 4 des Gesetzes über die Theilbarkeit des Grundeigenthums, vom 30sten November 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 256), den in §§ 1, 3 dieses Gesetzes bestimmten Beschränkungen nicht unterworfen sind.

Aber auch in anderer Beziehung ist eine Mitwirkung der Grund- und Hypothekenbehörden bei Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue nicht zu vermeiden. Erforderlich ist dieselbe zwar nicht zum Zwecke einer Vertheilung der etwa auf dem Grundstücke haften-

den und im Grund- und Hypothekenbuche eingetragenen privatrechtlichen bleibenden Lasten (Gesetz vom 6ten November 1843, § 15 Nr. 5); denn wiewohl im Allgemeinen bei Grundstücksabtrennungen nach § 59 dieses Gesetzes und § 26 der Ausführungsverordnung vom 15ten Februar 1844 von diesen Reallasten ein verhältnißmäßiger Theil auf das Trennstück repartirt werden soll, ehe dasselbe im Grund- und Hypothekenbuche vom Hauptgute abgeschrieben wird, worauf auch in § 3 der die Ausführung des Gesetzes über die Theilbarkeit des Grundeigenthums betreffenden Verordnung vom 30sten November 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 258) Bezug genommen ist, so erledigt sich doch diese Vertheilung der privatrechtlichen bleibenden Lasten bei den stets auf dem Grundsatze der Expropriation beruhenden und auch in Fällen gütlicher Uebereinkunft aus diesem Gesichtspunkte zu betrachtenden Landabtretungen zum Straßenbaue durch die Vorschrift des Straßenbaumandats vom 28sten April 1781, Cap. I, §§ 1 und 10 (C. A. C. II, T. II, Seite 671), nach welcher die auf dem abzutrennenden Grund und Boden haftenden onera dem übrigen Grundstücke des Eigenthümers accresciren, und welche, obwohl sie in Ansehung der Grundsteuern durch die Bestimmungen des Gesetzes, die Einführung des neuen Grundsteuersystems betreffend, vom 9ten September 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 97), eine Aenderung erfahren hat, vergl. Verordnung, den Wegfall der Grundsteuern von zum Straßenbaue gezogenem Grund und Boden betreffend, vom 9ten December 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 268), doch in Ansehung anderer Reallasten nicht als aufgehoben durch § 11 des Gesetzes vom 30sten November 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 257) zu betrachten und auch in § 63 des Gesetzes vom 6ten November 1843 durch die Bestimmung, daß es bei den wegen der Abtretungen von Grundeigenthum im Wege der Expropriation erlassenen Gesetzen bewende, aufrecht erhalten ist. Dahingegen erheischen die Rechte der hypothekarischen Gläubiger insoweit Berücksichtigung, als diesen Gläubigern, obwohl ihnen ein Recht des Widerspruchs gegen die auf dem Grundsatze der Expropriation beruhende Abtrennung selbst nicht eingeräumt werden kann, doch vermöge ihres hypothekarischen Rechts ein Anspruch auf die für den abgetretenen Grund und Boden zu gewährende Entschädigung zusteht, ebenso wie solches bei den auf dem nämlichen Grundsatze beruhenden Ablösungen nach den Vorschriften der Ablösungsgesetze und bei Expropriationen zur Erbauung von Eisenbahnen nach dem Gesetze vom 3ten Juli 1835 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1835, Seite 371 fg.) der Fall ist. Die in dieser Beziehung nothwendige Wahrnehmung der Rechte der Realgläubiger bedingt demnach ebenfalls eine Concurrenz der Grund- und Hypothekenbehörden bei Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue.

Damit nun diese Concurrenz ordnungsmäßig und in zweckentsprechender Weise stattfinde und zugleich durch dieselbe die Auszahlung der für den abgetrennten Grund und

Boden ermittelten Geldentschädigungen an die Grundstücksbesitzer, so weit möglich, nicht aufgehalten werde, wird Nachstehendes verordnet:

§ 1. Sobald die Würderung des abzutretenden Grund und Bodens in Gemäßheit des Straßenbaumandats vom 28sten April 1781 und des Mandats vom 4ten Januar 1820 (Gesetzsammlung vom Jahre 1820, Seite 5), sowie die Feststellung der abzutretenden Bodenfläche erfolgt ist, hat die Straßenbaubehörde, — worunter diejenige Behörde zu verstehen ist, unter deren Leitung der Bau einer Straße oder eines anderen öffentlichen Wegs, sei es auf Staatskosten oder aus Gemeinde- oder Privatmitteln, ausgeführt wird, — gleichzeitig mit der rücksichtlich der Grundsteuerregulirung nach Vorschrift der Verordnung vom 9ten December 1843 dem Kreissteuerrathe zu machenden Anzeige, auch der Grund- und Hypothekenbehörde von der bevorstehenden Landabtretung Nachricht zu ertheilen und dabei die von der Abtrennung betroffenen Grundstücke mit Bemerkung der Flurbuchsnummern, den Flächeninhalt des abzutrennenden Theils, und den Betrag der durch die Würderung vorläufig ermittelten Geldentschädigung anzugeben.

§ 2. Die Grund- und Hypothekenbehörde hat auf diese Mittheilung zu ermessen, ob eine Gefährdung der etwa vorhandenen hypothekarischen Gläubiger hinsichtlich ihrer Forderungen aus der Ueberlassung der Geldentschädigung an den Grundstücksbesitzer nach Verhältniß der Forderungen und der Größe oder Geringfügigkeit des abzutrennenden Theils des Grundstücks und der zu erwartenden Geldentschädigung entstehen könne oder nicht. Im letzteren Falle ist den Vorschriften in § 57 des Gesetzes vom 6ten November 1843 und § 23 der Ausführungsverordnung vom 15ten Februar 1844 nachzugehen und kann unter Beobachtung dieser Vorschriften von einer Befragung der hypothekarischen Gläubiger abgesehen werden, wogegen im ersteren Falle die Grund- und Hypothekenbehörde eben so wie bei Ablösungen nach § 170 fg. des Gesetzes über Ablösungen und Gemeinheitstheilungen vom 17ten März 1832 (Sammlung der Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1832, Seite 210 fg.) die hypothekarischen Gläubiger insgesammt, oder beziehendlich diejenigen, deren Befragung nach obigem Ermessen nothwendig erscheint, von der in Frage stehenden Landabtretung und der dafür zu erwartenden Geldentschädigung in Kenntniß zu setzen und, ob sie auf dieselbe Anspruch machen, zu befragen hat.

§ 3. Die Grund- und Hypothekenbehörde hat sodann, sei es nun, daß hypothekarische Gläubiger bei dem in Frage befangenen Grundstücke gar nicht vorhanden sind, oder daß eine Befragung derselben nicht stattgefunden hat, weil nach dem Ermessen der Grund- und Hypothekenbehörde und beziehendlich des vorgesetzten Appellationsgerichts eine Gefährdung dieser Gläubiger hinsichtlich ihrer Forderungen aus der Ueberlassung der Geldentschädigung an den Grundstücksbesitzer wegen verhältnißmäßiger Geringfügigkeit der ersteren oder der letzteren nicht entstehen kann, oder daß die nach § 2 befragten Gläubiger auf die Geld-

entschädigung ausdrücklich oder stillschweigend, vergl. § 171 des Gesetzes vom 17ten März 1832, verzichtet haben, der Straßenbaubehörde hiervon ungesäumt Nachricht zu geben.

§ 4. Bevor die Straßenbaubehörde durch die vorstehend bemerkte unmittelbare Mittheilung, oder auch durch ein vom Grundstücksbesitzer beigebrachtes Zeugniß der Grund- und Hypothekenbehörde, vergewissert ist, daß der Auszahlung der Geldentschädigung an den Grundstücksbesitzer ein Hinderniß nicht entgegenstehe, darf diese Auszahlung an den Grundstücksbesitzer weder ganz, noch theilweise erfolgen. Sollte zu der Zeit, wo nach Regulirung des Steuerverhältnisses die Auszahlung überhaupt vor sich gehen kann, es noch an dem zuvorgedachten Nachweise fehlen, so ist die Zahlung nicht an den Grundstücksbesitzer, sondern zum Depositum der Grund- und Hypothekenbehörde zu leisten, und hat die Straßenbaubehörde dafür zu sorgen, daß solches geschehe.

§ 5. Von der Steuerbehörde ist, sobald die Grundsteuerregulirung erfolgt und darnach im Flurbuche die mit dem Grundstücke vorgegangene Veränderung bemerkt worden ist, der Grund- und Hypothekenbehörde hiervon Mittheilung zu machen, damit die Abschreibung des abgetrennten Grundstückstheils auf dem Folium im Grund- und Hypothekenbuche und die entsprechende Bemerkung in dem zum Grund- und Hypothekenbuche gehörigen Flurbuchsauszuge, vergl. § 57 der Ausführungsverordnung vom 15ten Februar 1844 und Verordnung, die Fortführung der Flurbuchsauszüge bei den Grund- und Hypothekenbüchern betreffend, vom 27sten März 1848 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1848, Seite 36), ordnungsgemäß bewirkt werden kann.

§ 6. Wegen der bei Grundstücksabtrennungen zum Straßenbaue vorkommenden und durch dieselben veranlaßten Bemühungen der Grund- und Hypothekenbehörden findet in Gemäßheit § 23 des Straßenbaumandats vom 28sten April 1781 Erhebung von Kosten nicht Statt.

Dresden, am 24sten Januar 1853.

Die Ministerien der Justiz, des Innern und der Finanzen.
Dr. Zschinsky. Frhr. v. Beust. Behr.

Manitius.

№ 9) Bekanntmachung,

die Uebergangsabgabe und Steuerrückvergütung von Bier und Branntwein im Großherzogthume Hessen betreffend;

vom 31sten Januar 1853.

In Folge neuerlich im Großherzogthume Hessen ergangener Gesetzesvorschriften wegen Versteuerung des Biers und Branntweins werden, unter Hinweisung auf die Beilage B

zu der die Uebergangsabgaben betreffenden Verordnung vom 27sten December 1841 (Gesetz- und Verordnungsblatt von gedachtem Jahre, Seite 287), folgende Bestimmungen hiermit zur öffentlichen Kunde gebracht:

1. Die Uebergangsabgabe von dem in das Großherzogthum Hessen aus anderen Zollvereinsstaaten eingehenden Biere ist von 40 Kreuzern auf 1 Gulden 20 Kreuzer für die Ohm erhöht worden.

2. Die seit dem 1sten October 1842 angeordnete Uebergangsabgabe von Branntwein bleibt dagegen unverändert 6 Gulden 8 Kreuzer für die Ohm von der Normalstärke zu 50 Grad nach dem Alkoholometer von Tralles.

3. Dagegen findet bei der in Großem erfolgenden Ausfuhr aus dem gedachten Großherzogthume folgende Steuerrückvergütung Statt:

a) bei Bier eine dergleichen von 52 Kreuzern für die Ohm;

b) bei Branntwein eine dergleichen von 4 Gulden für die Ohm von dem oben (2) angegebenen Normalstärkegrade.

Dresden, am 31sten Januar 1853.

Finanz-Ministerium.
Behr.

Schäfer.

№ 10) Bekanntmachung,

die Landtagswahl für den 9ten bäuerlichen Wahlbezirk betreffend;

vom 4ten Februar 1853.

Nachdem in Stellvertretung des Wahlcommissars, Amtshauptmanns von Egidy zu Meißen, mit der Leitung der Landtagswahl im 9ten bäuerlichen Wahlbezirke der Amtshauptmann von Winkler zu Dresden unter Assistenz des Referendars Freiherrn von Teubern beauftragt worden ist, wird solches mit Bezugnahme auf die Verordnung vom 1sten October vorigen Jahres hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, am 4ten Februar 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. v. Beust.

Eppendorf.

№ 11) Decret

wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Neustadt bei Stolpen;

vom 5ten Februar 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

haben auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten zu Neustadt bei Stolpen beschlossene Errichtung einer für die minder bemittelten Einwohner dieses Orts und der Umgegend bestimmten, von der Stadtgemeinde daselbst den Einlegern gegenüber zu vertretenden Sparcasse genehmigt, auch der Uns vorgelegten Sparcassenordnung, unter Bewilligung der in den §§ 13, 14, 15 und 19 enthaltenen Rechtsvergünstigungen, die gebetene Bestätigung mit der Wirkung andurch ertheilt, daß deren Inhalte in allen Punkten auf das Genaueste nachgegangen werden soll.

Zu dessen Beurkundung ist gegenwärtiges

Decret

ausgefertigt, von Uns eigenhändig vollzogen und mit Unserem Königlichen Siegel bedruckt worden.

Dresden, den 5ten Februar 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.

Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

Legitimation.

§ 13. Rückzahlungen erfolgen, wie im vorhergehenden Paragraphen angegeben ist, jedoch mit Ausnahme des im folgenden Paragraphen gedachten Falles, nur gegen Vorzeigung der Sparcassenbescheinigung und es wird die Production des Einlagebuchs als genügende Legitimation zur Empfangnahme von Capital und Zinsen dergestalt betrachtet, daß, dafern durch den Cassirer und ein Deputationsmitglied in dem vom Inhaber producirten Quittungsbuche die Abschreibung der Zinsen und des Capitals entweder ganz oder theilweise bewirkt worden oder bei Rückzahlung der gemachten Einlagen und der davon aufgelaufenen Zinsen die Ausantwortung des Buchs erfolgt ist, dadurch die Anstalt von allen Ansprüchen befreit wird, wie sie denn überhaupt nur für die in dem Quittungsbuche nach den Bestimmungen in § 10 dieses Regulativs gemachten Einträge verantwortlich gemacht werden kann. Gebühren hat der Darleiher weder bei Einzahlungen, noch bei Rückempfang seines Guthabens zu entrichten. Es ist jedoch bei gänzlicher Rücknahme der Einlage, falls dieselbe weniger als 10 Thaler — — betragen hat, ein Neugroschen, bei einem Mehr-

betrage derselben aber ein Betrag von zwei Neugroschen zur Bestreitung der Druckkosten der Anstalt zur Casse zu erheben.

Verlorene Einlagebücher und Verfahren deshalb.

§ 14. Um Eigenthümer entwendeter, oder auf andere Weise abhanden gekommener Einlagebücher soviel als möglich zu unterstützen, wird man auf eine mit Angabe der Nummer und des Buchstabens des abhanden gekommenen Buchs bei der Sparcassenexpedition gemachte Anzeige sofort, wenn nicht etwa die Rückzahlung bereits geschehen ist, den Verlust gegen Erlegung der dadurch erwachsenden Kosten durch Einrücken behufiger Nachricht in die Leipziger Zeitung und das hiesige Localblatt öffentlich bekannt machen und den Inhaber auffordern, sich, wenn er gerechte Ansprüche an das Buch zu haben vermeine, bei deren Verlust alsbald und längstens binnen drei Monaten damit bei der Deputation zu melden, und während dieser drei Monate mit der Auszahlung des Guthabens Anstand nehmen. Wird in dieser Zeit das Buch durch einen Anderen, als den, welcher den Verlust anzeigte, bei der Deputation producirt, so wird die Sache sofort an das hiesige Gericht zur weiteren Erörterung abgegeben und die Auszahlung der Einlagen dann nach dessen Anordnung bewirkt, wo nicht, so erhält der Eigenthümer des abhanden gekommenen Buchs nach Verlauf von drei Monaten, wenn er dessen unvorsätzlichen Verlust zuvor bei dem hiesigen Stadtrathe oder dem Gerichte seines Wohnorts eidlich erhärtet, unter Cassation des verlorenen, ein neues Einlagebuch ausgefertigt, oder auch auf sein Verlangen die unter dem betreffenden Conto gemachten Einlagen sammt Zinsen zurückgezahlt.

Aufhebung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§ 15. Gegen die in diesem Sparcassenregulative angedrohten Rechtsnachtheile findet keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand Statt.

Ausschließung von Verkümmerungen.

§ 19. Die in die Sparcasse eingezahlten Gelder und davon erwachsenen Zinsen, sowie die darüber ausgestellten Bescheinigungen sind einer Verkümmerung irgend welcher Art nicht unterworfen, ohne daß jedoch die Hülfsvollstreckung in Letztere, soweit sie bei dem Schuldner sich vorfinden, gehindert werden soll.

№ 12) Bekanntmachung,

die Uebergangsstraßen für Getränke und Malz im Königreiche Württemberg betreffend;

vom 11ten Februar 1853.

Zur Erledigung des Vorbehalts in § 3 der wegen der Uebergangssteuern von Branntwein, Bier und Malz im Königreiche Württemberg erlassenen Bekanntmachung vom 29sten December vorigen Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 1) wird hiermit weiter bekannt gemacht, daß als Uebergangsstraßen für Wein, Obstmost,

Branntwein, Bier und Malz im Königreiche Württemberg diejenigen Straßen bestimmt sind, welche durch die in der Beilage ⊙, Spalte 2, verzeichneten Grenzorte führen.

Dresden, am 11ten Februar 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Schäfer.

⊙

Verzeichniß

der im Königreiche Württemberg bestehenden Uebergangsstationen für den Verkehr mit controle- und übergangssteuerpflichtigen Gegenständen und Bezeichnung der zur Abfertigung zuständigen Grenzacciseämter.

1.	2.	3.	4.
Kreis.	Uebergangsstationen. (Grenzacciseämter.)	Cameralamt.	Oberamt.
Neckarkreis.	Massenbachhausen.	Güglingen.	Brackenheim.
	Ochsenberg.		
	Schweigern.		
	Stetten.		
	Fürfeld.	Heilbronn.	Heilbronn.
	Heilbronn für die Wasserstraße des Neckars.		
	Untereisisheim.		
	Heimsheim.	Leonberg.	Leonberg.
	Merklingen.		
	Wimsheim.		
	Derdingen.	Maulbronn.	Maulbronn.
	Enzberg.		
	Knittlingen.		
	Oelbronn.		
	Sternenfels.		
	Wurmberg.		

1. Kreis.	2. Uebergangsstationen. (Grenzacciseämter.)	3. Cameralamt.	4. Oberamt.
Neckarkreis.	Gundelsheim.	Neuenstadt.	Neckarsulm.
	Jaxtfeld.		
	Kocherthürn.		
	Möckmühl.		
	Ohdheim.		
	Siglingen.		
	Widdern.		
Schwarzwaldkreis.	Ebingen.	Balingen.	Balingen.
	Engstlatt.		
	Onstmettingen.		
	Winterlingen.		
	Buhlbach.	Dornstetten.	Freudenstadt.
	Kniebis.		
	Reinerzau.		
	Schönmünznach.		
	Unterhaugstetten.	Hirsau.	Calw.
	Unterreichenbach.		
	Mühlen.	Horb.	Horb.
	Nordstetten.		
	Birkenfeld.	Neuenbürg.	Neuenbürg.
	Conweiler.		
	Enzklösterle.		
	Gräfenhausen.		
	Grumbach.		
	Herrenalb.		
	Loffenau.		
	Neuenbürg.		
	Salmbach.		
	Schwann.		
	Unterniebelsbach.		
	Aichhalden.	Oberndorf.	Oberndorf.
	Alpirsbach.		

1.	2.	3.	4.
Kreis.	Uebergangsstationen. (Grenzacciseämter.)	Cameralamt.	Oberamt.
Schwarzwaldkreis.	Mariazell.	Oberndorf.	Oberndorf.
	Röthenberg.		
	Schramberg.		
	Großengstingen.	Reutlingen.	Reutlingen.
	Hausen (Inclave).		
	Mägerkingen (Incl.).		
	Bodelshausen.	Rottenburg.	Rottenburg.
	Hirrlingen.		
	Osterdingen.		
	Thalheim.		
	Horgen.	Rottweil.	Rottweil.
	Schwenningen.		
	Wellendingen.		
	Mühlheim a. B.	Sulz.	Sulz.
	Irrendorf.	Wurmlingen.	Tuttlingen.
	Neuhausen.		
	Thuningen.		
	Tuttlingen.		
Jaxtkreis.	Deufstetten.	Crailsheim.	Crailsheim.
	Leukershausen.		
	Neustädtlein.		
	Archshofen.	Creglingen.	Mergentheim.
	Creglingen.		
	Freudenbach.		
	Schäftersheim.		
	Schwarzenbronn.		
	Waldmannshofen.		
	Ellenberg.	Ellwangen.	Ellwangen.
	Regelsweiler.		
	Wörth.		
	Brenz.	Heidenheim.	Heidenheim.
	Hohenmemmingen.		

1. Kreis.	2. Uebergangsstationen. (Grenzacciseämter)	3. Cameralamt.	4. Oberamt.
Jaxtkreis.	Ballmertshofen.	Kapfenburg.	Neresheim.
	Benzingen.		Ellwangen.
	Demmingen.		Neresheim.
	Ohmenheim.		Neresheim.
	Pflaumloch.		Neresheim.
	Schweindorf.		Neresheim.
	Althausen.	Mergentheim.	Mergentheim.
	Bernsfelden.		
	Deubach (Inclave).		
	Edelfingen.		
	Mergentheim.		
	Haußen.	Roth am See.	Gerabronn.
	Leutzendorf.		
	Michelbach a. d. L.		
	Altkrautheim.	Schönthal.	Künzelsau.
	Bieringen.		
	Dörzbach.		
	Marlach.		
	Oberkessach.		
Donaukreis.	Andelfingen.	Heiligkreuzthal.	Riedlingen.
	Bolstern.		Saulgau.
	Egelfingen.		Riedlingen.
	Friedberg.		Saulgau.
	Jettkofen.		Saulgau.
	Mengen.		Saulgau.
	Scheer.		Saulgau.
	Wilfingen.		Riedlingen.
	Egelsee.	Ochsenhausen.	Leutkirch.
	Unterdettingen.		Biberach.
	Hoßkirch.	Schussenried.	Saulgau.
	Laubach.		
	Pfrungen.		

1.	2.	3.	4.
Kreis.	Uebergangsstationen. (Grenzacciseämter.)	Cameralamt.	Oberamt.
Donaukreis.	Fischbach.	Tettnang.	Tettnang.
	Hemikofen.		
	Langnau.		
	Neuhaus.		
	Obertheuringen.		
	Niederstotzingen.	Ulm.	Ulm.
	Ulm.		
	Ferthofen.	Waldsee.	Leutkirch.
	Eglofsthal.	Wangen.	Wangen.
	Friesenhofen.		Leutkirch.
	Holzleute.		Wangen.
	Isny, Stadt.		Wangen.
	Neuravensburg.		Wangen.
	Niederwangen.		Wangen.
	Wangen.		Wangen.
	Leutkirch.		Leutkirch.
	Essenhausen.	Weingarten.	Ravensburg.
	Hasenweiler.		
	Kappel.		
	Wilhelmsdorf.		
	Zußdorf.		
	Dietenheim.	Wiblingen.	Laupheim.
	Oberkirchberg.		
	Wiblingen.		
	Ittenhausen.	Zwiefalten.	Riedlingen.
	Willsingen.		Münsingen.

№ 13) Bekanntmachung,

die telegraphische Verbindung des Königreichs Sachsen mit der Schweiz betreffend;

vom 10ten Februar 1853.

Nachdem die Königlich Belgischen Telegraphenstationen durch Vermittelung der Kaiserlich Französischen Linien mit den Telegraphenstationen der Schweiz von und mit dem 29sten Januar dieses Jahres in Verbindung getreten sind und von diesem Tage an die ununterbrochene telegraphische Verbindung zwischen den Sächsischen Telegraphenstationen mit denen der Schweiz, beziehendlich durch die Königlich Preußischen, Königlich Belgischen und Kaiserlich Französischen Linien für die öffentliche und Privatcorrespondenz hergestellt ist, so wird Solches mit dem Bemerken andurch bekannt gemacht, daß die Veröffentlichung der Telegraphenstationen in der Schweiz, sowie des Depeschen-Gebührentarifs durch die Direction der Staatstelegraphen erfolgen wird.

Dresden, den 10ten Februar 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Opelt.

№ 14) Bekanntmachung

einiger Rechtssätze, den Kostenvorstand betreffend;

vom 20sten November 1852.

Mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums der Justiz hat das Oberappellationsgericht nachstehende Rechtssätze, welche es bei Entscheidungen von Streitigkeiten über die Sistirung des Verfahrens wegen noch nicht geleisteten Kostenvorstandes beobachtet, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen beschlossen:

1) Der Kläger ist nicht berechtigt, von dem Proceßgerichte die Ausfertigung der Ladung auf die Klage zu verlangen, so lange er nicht den von dem Richter geforderten Kostenvorstand bestellt, oder seine Ansässigkeit in Sachsen nachgewiesen, oder einen ihm sonst zur Seite stehenden gesetzlichen Grund der Befreiung von der Bestellung eines Kostenvorstandes beigebracht hat. Eben so kann

2) der Beklagte, nach erhaltener Ladung, sowohl vor, als noch in dem ersten Termine die Einlassung (oder beziehendlich Recognition) ablehnen und der Eröffnung des Verfahrens widersprechen, dafern der Kläger nicht dem, was ihm hinsichtlich der Bestellung des Kostenvorstandes nach den Gesetzen obliegt, Genüge geleistet hat.

3) Wird die den Mangel an Bestellung eines Kostenvorstandes betreffende Einwend-

ung von dem Beklagten erst im Einlassungssatze vorgebracht, so ist die Einlassung (oder beziehendlich Recognition) damit zu verbinden, das Verfahren fortzustellen und zu erwarten, was in dem darauf ergehenden Erkenntnisse auch über diese Einwendung entschieden wird. Eine Sistirung des ersten Verfahrens wegen nicht geleisteten Kostenvorstandes ist daher unstatthaft.

4) Wenn in dem Erkenntnisse nach dem ersten Verfahren dem Kläger die Bestellung eines Kostenvorstandes rechtskräftig aufgegeben worden ist, so wird dadurch zwar die Nothfrist zu Einreichung des Beweises und die Leistung eines zuerkannten Eides nicht aufgehalten (Erl. Proceßordnung ad tit. 11, § 2 und ad tit. 20, § 1), es ist vielmehr der Beweis einzureichen, oder, beziehendlich, die Ladung zum Schwörungstermine zu erlassen, auch dieser Termin abzuhalten; es ist jedoch sodann der Beklagte berechtigt, zu verlangen, daß mit dem weiteren Verfahren so lange Anstand genommen werde, bis der Kläger der rechtskräftigen Anordnung wegen des Kostenvorstandes nachgekommen ist, es wäre denn durch die Eidesleistung die Bedingung der Definitiventscheidung erfüllt, als in welchem Falle die Anordnung wegen des Kostenvorstandes sich erledigt.

Dresden, am 20sten November 1852.

Königlich Sächsisches Oberappellationsgericht.

Dr. v. Langenn.

Plesch.

№ 15) Verordnung

an sämmtliche Kreisdirectionen, die Form der Heimathsscheine für das Ausland ꝛc. betreffend;

vom 25sten Januar 1853.

Durch den zwischen einer großen Anzahl deutscher Staaten wegen Uebernahme von Auszuweisenden unterm 15ten Juli 1851 abgeschlossenen Staatsvertrag (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 407 fg.) hat der Zweck der den Inländern für den Aufenthalt im Auslande zu ertheilenden Heimathsscheine eine wesentliche Aenderung erfahren. Denn nachdem dieser Vertrag die Verpflichtung zu Uebernahme eines Ausgewiesenen im Wesentlichen von der nach der inneren Gesetzgebung jedes contrahirenden Staats zu beurtheilenden Unterthaneigenschaft abhängig gemacht hat, bedarf es neben der Anerkennung dieser letzteren einer besonderen Zusicherung der Wiederaufnahme nicht mehr, andererseits hat aber auch die früher übliche Beschränkung der Heimathsscheine in Bezug auf die Dauer ihrer Gültigkeit durch die Bestimmung in § 1 b der Convention vom 15ten Juli 1851 ihren Grund und Werth verloren.

Von dieser Ansicht ausgehend ist bereits in der Ausführungsverordnung zu dem Gesetze über Erwerb und Verlust des Unterthanenrechts vom 2ten Juli vorigen Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 247 fg.) § 12 vorgeschrieben worden, daß die Heimathsscheine für das Ausland sich, wie das der gedachten Verordnung sub B beigefügte Formular nachweist, in der Regel auf die Bescheinigung, daß der Inhaber die Rechte eines Sächsischen Unterthan besitze, zu beschränken haben, und nachdem diese Ansicht bei den unter sämmtlichen, an dem mehrerwähnten Staatsvertrage betheiligten Regierungen gepflogenen Verhandlungen, deren Ergebnisse nur die Großherzoglich Hessische Staatsregierung sich zur Zeit noch nicht ausdrücklich angeschlossen hat, allseitige Anerkennung gefunden hat, so wird nunmehr über die Form und den Inhalt der für Inländer zum Gebrauche im Auslande auszufertigenden oder von Ausländern als Bedingung ihres Aufenthalts in Sachsen zu erfordernden Heimathsscheine Folgendes verordnet:

1) In allen Heimathsscheinen, welche zum Gebrauche in den Ländern der dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 beigetretenen Regierungen bestimmt sind, ist von Beifügung einer besonderen Reversclausel, sowie von jeder Zeitbeschränkung abzusehen.

2) Die von Unterthanen dieser Staaten beizubringenden Heimathsscheine sind nur dann für ausreichend zu erachten, wenn sie die Bescheinigung der Unterthanschaft (Staatsangehörigkeit) enthalten und ohne Beschränkung auf einen bestimmten Zeitraum ausgestellt sind.

3) Ob und inwieweit bei Ausfertigung von Heimathsscheinen für den Gebrauch in anderen, als den sub 1 gedachten Staaten die in dem Formulare sub B bemerkte Reversclausel und eine Zeitbeschränkung aufzunehmen, sowie andererseits ob in den von Unterthanen solcher Staaten beizubringenden Heimathsscheinen etwa eine ausdrückliche Zusicherung der Wiederaufnahme zu verlangen und bei deren Beschränkung auf eine gewisse Zeit Beruhigung zu fassen sei, bleibt auch ferner in jedem einzelnen Falle der Erwägung der competenten Behörde überlassen.

Um hiernächst jedem Mißbrauche mit Heimathsscheinen vorzubeugen, ist

4) bei Entlassung diesseitiger Unterthanen dafür Sorge zu tragen, daß die denselben etwa ausgestellten Sächsischen Heimathsscheine zurückgegeben und cassirt werden, sowie

5) bei Aufnahme von Ausländern in den Sächsischen Unterthanenverband, wenn solche gleichzeitig aus ihrem bisherigen Vaterlande auswandern, vorzukehren, daß bei Aushändigung der Verleihungsurkunde dem Aufgenommenen zugleich der ihm von seiner früheren Heimathsbehörde ertheilte Heimathsschein abgefordert und letzterer sodann der ausstellenden Behörde zurückgesendet werde.

Da es endlich in manchen Fällen wünschenswerth werden kann, auch solchen Personen, welche, ohne wirkliche Unterthanenrechte in Sachsen erlangt zu haben, dennoch nach § 2 der Convention vom 15ten Juli 1851 diesseits übernommen werden müssen, den einst-

weiligen Aufenthalt in anderen Staaten durch Ausstellung besonderer Uebernahmereverse zu erleichtern, hierüber auch mit den übrigen contrahirenden Regierungen bereits Vernehmungen eingeleitet worden sind, so bleibt bis zu deren Beendigung die für solche Fälle zu treffende Bestimmung noch vorbehalten.

Die Kreisdirectionen werden angewiesen, bei Ausfertigung von Heimathsscheinen für das Ausland dem Vorstehenden nachzugehen, auch haben sich sämmtliche Obrigkeiten und Polizeibehörden ihres Orts, soweit nöthig, darnach zu achten.

Dresden, am 25sten Januar 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. v. Beust. Eppendorf.

№ 16) Verordnung,

den Beitritt der Regierung des Großherzogthums Meklenburg-Schwerin zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 wegen Uebernahme von Auszuweisenden betreffend;

vom 10ten Februar 1853.

Nachdem neuerdings auch die Regierung des Großherzogthums Meklenburg-Schwerin dem zwischen der Königlich Sächsischen und mehreren anderen deutschen Regierungen über die gegenseitige Verpflichtung zur Uebernahme von Auszuweisenden am 15ten Juli 1851 zu Gotha abgeschlossenen, für das Königreich Sachsen durch Verordnung vom 9ten December 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1851, Seite 407) publicirten Staatsvertrage dergestalt beigetreten ist, daß dieser Vertrag dem genannten Großherzogthume gegenüber mit dem 1sten März dieses Jahres in Wirksamkeit treten soll, so wird dieß hierdurch, zugleich mit dem Bemerken, zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von dem erwähnten Zeitpunkte an auf die Angehörigen des Großherzogthums Meklenburg-Schwerin die Bestimmungen der im Gesetz- und Verordnungsblatte erschienenen Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 5ten Februar 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 18) und vom 25sten vorigen Monats (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 28) ebenfalls Anwendung zu leiden haben.

Dresden, am 10ten Februar 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. v. Beust. Eppendorf.

Letzte Absendung: am 24sten Februar 1853.

Gesetz-und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
3tes Stück vom Jahre 1853.

№ 17) Decret
wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Zwenkau;
vom 22sten Februar 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

fügen hiermit zu wissen, daß Wir auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten zu Zwenkau beschlossene Einrichtung einer, für die minder bemittelten Einwohner der Stadt Zwenkau und der umliegenden Ortschaften bestimmten, von der Stadtgemeinde zu vertretenden Sparcasse genehmigt, auch der Uns vorgelegten Sparcassenordnung, unter Bewilligung der in den §§ 8, 10, 12 und 13 enthaltenen Rechtsvergünstigungen, die nachgesuchte Bestätigung mit der Wirkung ertheilt haben, daß dem Inhalte in allen Punkten auf das Genaueste nachgegangen werden soll.

Zu dessen Beurkundung ist gegenwärtiges

Decret

ausgefertigt und von Uns unter Beidruckung Unseres Königlichen Siegels eigenhändig vollzogen worden.

Dresden, den 22sten Februar 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

Sparcassenordnung für die Stadt Zwenkau.

ꝛc. ꝛc.

§ 8. Die Rückzahlung der Einlage erfolgt an den Ueberbringer des Quittungsbuchs und die Casse ist für den Nachtheil, der durch den Mißbrauch eines solchen Buchs für den wirklichen Eigenthümer entstehen sollte, durchaus nicht verantwortlich.

Abzahlungen auf Zinsen werden im Buche abgeschrieben; die völlige Aus- und Rückzahlung erfolgt nur gegen Rückgabe des Buchs selbst. Die in dem Buche unter vorschriftmäßiger Signatur des Cassirers und eines Deputationsmitgliedes erfolgte Abschreibung einer Zinsen- oder theilweisen Capitalzahlung, sowie bei Rückzahlung des ganzen Guthabens an Capital und Zinsen, die Rückgabe des Buchs, befreit die Casse von allen weiteren Ansprüchen.

2c. 2c.

§ 10. Verlorene, entwendete, oder sonst abhanden gekommene Einlagebücher können durch Duplicate ersetzt werden, wodurch das Originalbuch ungültig wird.

Zu diesem Behufe ist durch den Eigenthümer von dem Verluste alsbald Anzeige bei der Expedition zu machen, worauf, wenn vor der Anzeige nicht etwa bereits die Rückzahlung der Einlage erfolgt ist, dieser Verlust, gegen Erlegung der dadurch erwachsenen Kosten, öffentlich bekannt gemacht und der Inhaber des Buchs aufgefordert wird, wenn er begründete Ansprüche zu haben vermeint, sich alsbald bei deren Verlust damit bei der Expedition zu melden; auch wird sodann 3 Monate lang mit der Zahlung von Capital und Zinsen auf das Buch Anstand genommen.

Wird in dieser Zeit das Buch durch einen Anderen als den, welcher den Verlust anzeigte, bei der Expedition producirt, so wird die Sache sofort an die Gerichtsbehörde über Zwenkau zur weiteren Erörterung und Entscheidung abgegeben, außerdem wird dem Anzeiger nach Verlauf jener 3 Monate, wenn er zuvor noch bei der Gerichtsbehörde sein Eigenthum an dem Buche und den erlittenen Verlust eidlich bestärkt hat, ein neues Einlagebuch nach dem im Hauptbuche eingetragenen Einlage- und Zinsbetrage ausgeliefert und das alte Buch mit Bezeichnung der Nummer durch öffentliche Bekanntmachung für ungültig erklärt.

2c. 2c.

§ 12. Gegen den Ablauf der in dieser Sparcassenordnung festgesetzten Fristen und die darin angedrohten Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

§ 13. Die eingezahlten Gelder nebst Zinsen, sowie die darüber ausgestellten Quittungsbücher oder Einlagebücher sind einer Verkümmerung nicht unterworfen, jedoch ist dadurch die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner sich etwa vorfindenden Quittungs- oder Einlagebücher der Sparcasse keineswegs ausgeschlossen.

2c. 2c.

№ 18) Verordnung,

die Beschränkungen der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit betreffend;

vom 26sten Februar 1853.

Durch die Verordnung vom 13ten September 1844 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1844, Seite 272) ist zwar als Grundsatz anerkannt worden, daß das Maaß der gesetzlich zustehenden Dismembrationsfreiheit auch bei Grundstückscomplexen, welche durch Zusammenschlagung von Trennstücken oder anderen walzenden Grundstücken mit geschlossenen Grundstücken entstanden sind, nach § 3 des Gesetzes vom 30sten November 1843 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 255 fg.) und daher nach der Zahl der bei Erlassung des ebenerwähnten Gesetzes auf dem ursprünglichen geschlossenen Grundstücke haftend gewesenen Steuereinheiten zu berechnen sei, sonach von dem consolidirten Complexe außer den zugeschlagenen walzenden Grundstücken ein Drittheil der Steuereinheiten des geschlossenen Grundstücks abgetrennt werden dürfe. Es ist jedoch dadurch nicht ausgeschlossen, daß auf dieses gesetzliche Maaß der Dismembrationsfreiheit verzichtet und eine Beschränkung derselben von dem Besitzer und seinen Nachfolgern im Besitze übernommen, und insonderheit auch bei Ertheilung der zu Abtrennungen von einem anderen geschlossenen Grundstücke etwa erforderlichen Dispensation von der dispensirenden Behörde zur Bedingung gemacht werden könne.

Um nun die Berücksichtigung solcher Beschränkungen der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit bei künftigen Dismembrationen gehörig sicher zu stellen, finden die Ministerien der Justiz und des Innern für nöthig zu verordnen, wie folgt:

1. So oft die Ertheilung der Dispensation zu einer das gesetzliche Maaß überschreitenden Dismembration von der dispensirenden Behörde an die Bedingung geknüpft wird, daß die Erwerber der Trennstücke dieselben mit ihnen bereits gehörenden Grundstücken consolidiren, und sich dabei einer Beschränkung der Dismembrationsfreiheit unterwerfen, hat die für die Dismembration competente Verwaltungsbehörde vor Rückgabe der Acten an die Grund- und Hypothekenbehörde (§ 5 der Verordnung vom 30sten November 1843, Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 258 fg.) von den Betheiligten die Erklärung zu erfordern, daß sie sich dieser Bedingung für sich und ihre Besitznachfolger unterwerfen. Diese Erklärung kann entweder mittels eines von der Verwaltungsbehörde in Gemäßheit der Bestimmungen des Gesetzes vom 3ten Juli 1840 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1840, Seite 128) aufzunehmenden Protocolls oder durch eine von den Betheiligten vollzogene gerichtlich recognoscirte Urkunde gegeben werden.

2. Der Inhalt dieser Erklärung muß, nächst dem die Hinzuschlagung betreffenden Antrage (vergl. § 60 des Gesetzes vom 6ten November 1843, Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 202), insofern von der dispensirenden Behörde nicht ein Anderes ausdrücklich bedungen wird, dahin gerichtet sein:

daß der durch die Hinzuschlagung zu bildende Complex bei künftig etwa beabsichtigten Abtrennungen davon wie ein bereits bei Erlassung des Gesetzes vom 30sten November 1843 bestandenes geschlossenes Grundstück behandelt werden solle, und daher auf einmal oder nach und nach nur so viel davon solle abgetrennt werden dürfen, daß zwei Dritttheile der auf dem Grund und Boden des geschlossenen Grundstücks, ausschließlich der Gebäude, bei Erlassung des Gesetzes vom 30sten November 1843 haftenden und außerdem noch zwei Dritttheile der bei der jetzigen Consolidation hinzuzuschlagenden Steuereinheiten bei dem Stammgute verbleiben.

3. So lange es an vollständiger Erfüllung der von der oberen Verwaltungsbehörde aufgestellten Bedingung der Dispensation und mithin der Dismembration selbst fehlt, hat die Grund- und Hypothekenbehörde der Abschreibung des Trennstücks im Grund- und Hypothekenbuche Anstand zu geben.

4. So oft künftig bei Anträgen auf Dismembration eines Grundstücks aus dem den Erörterungen darüber zu Grunde zu legenden Grund- und Hypothekenbuche sich ergiebt, daß bei dem in Frage stehenden Grundstücke Hinzuschlagungen von Grundstücken stattgefunden haben, ist von der Grund- und Hypothekenbehörde, vor Abgabe an die Verwaltungsbehörde zur Erörterung, Abschrift der Erklärungen, auf deren Grund die Hinzuschlagungen erfolgt, sowie derjenigen, wodurch etwa auch späterhin Beschränkungen der gesetzlichen Dismembrationsfreiheit übernommen worden sind, zu den Dismembrationsacten zu bringen oder, nach Befinden, die jene Erklärungen enthaltenden Acten selbst, mit Hinweisung auf die betreffenden Stellen mitzutheilen, oder anderen Falls zu attestiren, daß eine Beschränkung der Dismembrationsfreiheit vom Grundstücksbesitzer nicht übernommen worden sei.

Hiernach haben Alle, die es angeht, sich gebührend zu achten.

Dresden, den 26sten Februar 1853.

Die Ministerien der Justiz und des Innern.

Dr. Zschinsky. Frhr. von Beust.

Demuth.

№ 19) Verordnung,

die Anlegung von Branntweinbrennereien betreffend;

vom 28sten Februar 1853.

Durch die gesetzlichen Vorschriften wegen der Branntweinsteuer, namentlich in § 5 des die Branntwein-, Bier-, Wein- und Tabaksteuer betreffenden Gesetzes vom 4ten December 1833 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1833, Seite 280) und in § 20 der Branntweinsteuerverordnung von demselben Tage, hat sich der Grund der in §§ 2, 5 und 6 des Mandats vom 5ten Januar 1826 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1826, Seite 5), die Ausübung des Branntweinbrennens betreffend, enthaltenen, die Anlegung von Brennereien beschränkenden Vorschriften erledigt.

Es wird daher, unter Aufhebung der Vorschriften in §§ 2, 5 und 6 des erwähnten Mandats vom 5ten Januar 1826 wegen des bei Anlegung von Branntweinbrennereien in Zukunft einzuhaltenden Verfahrens hierdurch verordnet, wie folgt:

1. Bei Beurtheilung der Frage, ob die Anlegung einer Branntweinbrennerei zulässig sei, ist auf das in § 3 des Mandats vom 5ten Januar 1826 unter a erwähnte Erforderniß fernerhin nicht weiter Rücksicht zu nehmen.

2. Im Uebrigen bewendet es hinsichtlich derjenigen Branntweinbrennereien, welche in Verbindung mit Landwirthschaft angelegt werden sollen, bei der in § 3 des Mandats vom 5ten Januar 1826 ertheilten Vorschrift.

3. Zur Anlegung von Brennereien, welche nicht mit Landwirthschaft verbunden sind, bedarf es besonderer Concession. Dieselbe ist zu ertheilen, wenn die in § 3 des Mandats vom 5ten Januar 1826 unter b, c angegebenen Erfordernisse vorhanden sind.

4. Zur Ertheilung derartiger Concessionen sind auf dem Lande die Regierungsbehörden, in den Städten die zur Ertheilung von Gewerbsconcessionen überhaupt befugten Ortsobrigkeiten berechtigt.

In der Oberlausitz ist den für dieselbe bestehenden besonderen Bestimmungen nachzugehen.

Hiernach haben Alle, die es angeht, sich zu achten.

Dresden, den 28sten Februar 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. v. Beust.

Demuth.

№ 20) Bekanntmachung,

die Errichtung zweier Kohlenwerksinspectionen betreffend;

vom 15ten März 1853.

Das Ministerium des Innern hat beschlossen, auf den Grund von § 2 der Verordnung vom 20sten August 1851, die Ausführung der auf den Stein- und Braunkohlenbergbau bezüglichen Vorschriften der Allerhöchsten Verordnung vom 26sten Juni desselben Jahres betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 317), für die Beaufsichtigung des Kohlenbergbaues einen zweiten sachverständigen Beamten einzusetzen und zu diesem Behufe vom 1sten April dieses Jahres an bis auf Weiteres zwei Kohlenwerksinspectionen dergestalt einzurichten, daß die eine mit dem Sitze in

Dresden

die Bezirke der Kreisdirectionen zu Dresden und zu Budissin und der Amtshauptmannschaften zu Grimma und Döbeln im Bezirke der Kreisdirection zu Leipzig,

die andere mit dem Sitze in

Zwickau

den Bezirk der Kreisdirection zu Zwickau und die Bezirke der Amtshauptmannschaften zu Borna und Rochlitz im Bezirke der Kreisdirection zu Leipzig

umfaßt.

Die Ausübung der den sachverständigen Beamten bei der Aufsicht über den Kohlenbergbau nach Maaßgabe der obgedachten Verordnung zustehenden Functionen ist

1) im Bezirke der Kohlenwerksinspection zu Dresden dem Kohlenwerksinspector Köttig,

2) im Bezirke der Kohlenwerksinspection zu Zwickau dem Hammerinspector Kühn

vom 1sten April dieses Jahres an übertragen worden.

Solches wird hierdurch zur Nachachtung für Alle, die es angeht, bekannt gemacht.

Dresden, den 15ten März 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. v. Beust.

Demuth.

№ 21) Verordnung,

die Erweiterung des Art. 45 der mit der Königlich Preußischen Regierung getroffenen Uebereinkunft über die Leistung gegenseitiger Rechtshülfe vom $\frac{\text{14ten October}}{\text{30sten November}}$ 1839 betreffend;

vom 16ten März 1853.

Nachdem zwischen der Königlich Sächsischen und der Königlich Preußischen Regierung durch erfolgten Austausch gleichlautender Ministerialerklärungen nachträglich eine Vereinbarung dahin getroffen worden ist,

daß inskünftige und für die Dauer der Uebereinkunft wegen Leistung gegenseitiger Rechtshülfe vom $\frac{\text{14ten October}}{\text{30sten November}}$ 1839 zu den nach Art. 45 dieser Uebereinkunft zu erstattenden Verlägen auch der bei beantragten oder in Folge der ergangenen Requisition nöthig gewordenen Localterminen für Fortkommen (Reisekosten) und Auslösung (Diäten) des Gerichtspersonals erwachsene Aufwand zu rechnen sei,

so wird Solches mit Genehmigung Sr. Königl. Majestät zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Dresden, den 16ten März 1853.

Ministerium der Justiz.

Dr. Zschinsky.

Lamm.

№ 22) Verordnung,

den Beitritt der Regierung des Großherzogthums Meklenburg-Strelitz zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 betreffend;

vom 19ten März 1853.

Dem zwischen der Königlich Sächsischen und mehreren anderen deutschen Regierungen über die gegenseitige Verpflichtung zur Uebernahme von Auszuweisenden am 15ten Juli 1851 zu Gotha abgeschlossenen, für das Königreich Sachsen durch Verordnung vom 9ten December 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1851, Seite 407) publicirten Staatsvertrage ist neuerdings auch die Regierung des Großherzogthums Meklenburg-Strelitz und zwar vom 1sten des laufenden Monats an beigetreten. Es wird dieß daher hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von dem nurgedachten Zeitpunkte an auf die Angehörigen des genannten Großherzogthums die Be-

stimmungen der Miniſterialverordnungen vom 5ten Februar 1852 (Geſetz- und Verordnungsblatt von 1852, Seite 18) und vom 25ſten Januar dieſes Jahres (Geſetz- und Verordnungsblatt von 1853, Seite 28) ebenfalls Anwendung zu leiden haben.

Dresden, am 19ten März 1853.

Miniſterium des Innern.

Frhr. v. Beuſt.

Eppendorf.

Letzte Abſendung: am 31ſten März 1853.

Gesetz-und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

4tes Stück vom Jahre 1853.

№. 23) Verordnung,

Erleichterungen des Verkehrs zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins betreffend;

vom 31sten März 1853.

Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Die zum Zollvereine gehörenden Regierungen einerseits und die zum Steuervereine gehörenden Regierungen andererseits sind übereingekommen, den unmittelbaren Verkehr zwischen beiden Vereinsgebieten durch folgende Zollbefreiungen und Zollermäßigungen zu begünstigen.

Dem zu Folge wird Nachstehendes bestimmt:

1. Vom 5ten April dieses Jahres an bis zum Schlusse dieses Jahres werden von den in der Anlage II bezeichneten Erzeugnissen der Steuervereinsstaaten bei deren unmittelbaren Einführung aus dem Gebiete des Steuervereins in das Gebiet des Zollvereins keine, beziehungsweise keine höheren, als die in dieser Anlage bestimmten Eingangsabgaben erhoben. II.

Die den Erzeugnissen des Zollvereins bei deren unmittelbaren Einführung aus dem Gebiete des Zollvereins in das Gebiet des Steuervereins von Seiten der Steuervereinsstaaten zugestandenen Zollbefreiungen und Ermäßigungen sind in der Anlage I enthalten. I.

2. Die in den Anlagen zu Artikel 2 der Uebereinkunft VI vom 16ten October 1845 (Seite 298 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1845) gegenseitig zugestandenen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen sind, so weit sie fortan noch Geltung haben, in die Anlagen II und I mit aufgenommen, im Uebrigen bleiben die in der gedachten Uebereinkunft (Seite 290 fg. daselbst) verabredeten Verkehrserleichterungen bestehen.

3. Das gleichzeitig mit der letztgedachten Uebereinkunft zur allgemeinen Kenntniß gebrachte Regulativ über das Verfahren bei Versendung inländischer Erzeugnisse und Fabrikate aus dem Gebiete des Zollvereins in das Gebiet des Steuervereins und aus dem Letzteren in den Ersteren (Seite 305 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1845) findet auch auf die Versendung der in den Anlagen I und II genannten Gegenstände Anwendung, jedoch mit der Maaßgabe, daß

a) alle diese Gegenstände, so weit nicht in den Bemerkungen zu jenen Anlagen etwas Anderes bestimmt worden ist, ebenso behandelt werden, wie die im § 3 des gedachten Regulativs genannten Artikel;

b) alle nach den gedachten Anlagen bei der Einfuhr aus dem einen in den anderen Verein unbedingt zollfreien Gegenstände bei dem Uebergange über die Landesgrenze hinsichtlich der zollgesetzlichen Verpflichtungen des Waarenführers ebenso behandelt werden, wie die in der ersten Abtheilung der beiderseitigen Tarife genannten Artikel.

Diese Vereinbarungen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und haben sich Unsere Zoll- und Steuerbehörden, sowie alle dabei Betheiligte, darnach zu achten.

Urkundlich haben Wir die gegenwärtige Verordnung eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 31sten März 1853.

Friedrich August.

LS Johann Heinrich August Behr.

I.

Verzeichniß

derjenigen zollvereinsländischen Erzeugnisse, welche bei ihrem unmittelbaren Uebergange in den Steuerverein einer geringeren als der tarifmäßigen Eingangsabgabe zu unterziehen sind, beziehungsweise von derselben ganz frei bleiben.

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr gGr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.	
1.	**Baumwollengarn**, ungemischt oder gemischt mit Wolle oder Leinen:			
	1. ungebleichtes ein- und zweidräthiges, und Watten . .	Z. V. 2b. 1.	frei.	
	2. ungebleichtes drei- und mehrdräthiges, ingleichen alles gezwirnte, gebleichte oder gefärbte Garn . .	Z. V. 2b. 2.	frei.	
2.	**Baumwollenwaaren**, desgleichen aus Baumwolle und Leinen, ohne Beimischung von Seide, Wolle und anderen Thierhaaren gefertigte Zeuge und Strumpfwaaren, Spitzen (Tüll), Posamentier-, Knopfmacher-, Sticker- und Putzwaaren; auch dergleichen Zeug- und Strumpfwaaren mit Wolle gestickt oder brochirt; ferner Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden (Lahn) und Baumwolle oder Baumwolle und Leinen, außer Verbindung mit Seide, Wolle, Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing, Stahl und anderen Materialien	Z. V. 2c.	10 .	
3.	**Blei:**			
	a) rohes, in Blöcken, Mulden u. s. w., auch altes, desgleichen Blei-, Silber- und Goldglätte	Z. V. 3a. / St. V. 4a.	frei.	
	b) grobe Bleiwaaren, als: Kessel, Röhren, Schrot, Platten u. s. w., auch gerolltes Blei	St. V. 4b.	frei.	
	c) feine Bleiwaaren, als: Spielzeug u. s. w. ganz oder theilweise aus Blei, auch dergleichen lackirte Waaren .	St. V. 4c.	3 .	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr. gGr. für den Zollcentner.	Bemerkungen.
4.	**Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren:**			
	a) grobe, in Verbindung mit Holz oder Eisen, ohne Politur und Lack	Z. V. 4a.	frei.	
	b) feine, in Verbindung mit anderen Materialien (mit Ausnahme von edlen Metallen, feinen Metallgemischen, echt vergoldetem oder versilbertem Metall, Schildpatt, Perlmutter, echten Perlen, Korallen oder Steinen), auch Siebböden aus Pferdehaaren .	Z. V. 6f. 2. St. V. 6.	3	
5.	**Droguerie- und Apotheker-, auch Farbewaaren:**			
	a) Oel-, Muschel-, Miniatur-, Pastellfarben und Tusche, Farben- und Tuschkasten, feine Pinsel, Mundlack, Siegellack .	St. V. 11 a. b. 1. 2; Z. V. 5a.	1	
	b) Mineralwasser, künstliches, in Flaschen oder Krügen .	St. V. 11a.	frei.	
	c) Zündhölzer, chemische; Zeichenkreide .	Z. V. 5a. St. V. 11b. 1.	frei.	
	d) Eisenvitriol (grüner)	St. V. 69.	frei.	
	e) Mineralwasser, natürliches, in Flaschen und Krügen .	St. V. 69.	frei.	
	f) Schwefelsaures und salzsaures Kali; gemahlene Kreide	St. V. 11a.; 69.	frei.	
	g) Cichorienwurzeln, getrocknete, gedörrte .	St. V. 69.	frei.	
6.	**Eisen und Stahl:**			
	a) Roheisen aller Art; altes Brucheisen, Eisenfeile, Hammerschlag	Z. V. 6a.	frei.	
	b) Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonnirten) in Stäben von $\frac{1}{2}$□" Preuß. im Querschnitt und darüber; desgleichen Luppeneisen, Eisenbahn-			

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr. gGr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.		
	schienen, auch Roh- und Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl	Z. V. 6b.	frei.	
	c) Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonnirten) in Stäben von weniger als $\frac{1}{2}$□" Preuß. im Querschnitt	Z. V. 6c.	frei.	
	d) Façonnirtes Eisen in Stäben; desgleichen Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen u. s. w.) roh vorgeschmiedet ist, in sofern dergleichen Bestandtheile einzeln 1 Centner und darüber wiegen, auch Pflugschaareneisen; schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech, rohe (unpolirte) Eisen- und Stahlplatten; Anker, sowie Anker- und Schiffsketten .	Z. V. 6d.	frei.	
	e) Weißblech, gefirnißtes Eisenblech, polirtes Stahlblech, polirte Eisen- und Stahlplatten, Eisen- und Stahldraht	Z. V. 6e.	frei.	
	f) Eisen- und Stahlwaaren:			
	1. ganz grobe Gußwaaren in Oefen, Platten u. s. w.			
	2. grobe, die aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguß, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Stahl- und Eisendraht, auch in Verbindung mit Holz gefertigt; ingleichen Waaren dieser Art, die gefirnißt, verkupfert oder verzinnt, jedoch nicht polirt sind, als: Aexte, Degenklingen, Feilen, Hämmer, Hecheln, Haspeln, Holzschrauben, Kaffeetrommeln und -Mühlen, Ketten (mit Ausschluß der Anker und Schiffsketten), Maschinen von Eisen, Nägel, Pfannen, Plätteisen, Schaufeln, Schlösser, grobe Ringe (ohne Politur), Schraubstöcke, Sensen, Sicheln, Stemmeisen, Striegeln, Thurmuhren, Tuchmacher- und Schneiderscheeren, grobe Waagebalken, Zangen u. s. w. . . .	St. V. 13d. 1, 2a. b. c., 3.	frei.	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	gGr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.		
	3. feine, sie mögen ganz aus feinem Eisenguß, polirtem Eisen oder Stahl, oder aus diesen Urstoffen in Verbindung mit Holz, Horn, Knochen, lohgarem Leder, Kupfer, Messing, Zinn (letzteres polirt) und anderen unedlen Metallen gefertigt sein, als: Gußwaaren (feine), Messer, Scheeren, Streichen, Schwerdtfegerarbeit ꝛc. (mit Ausschluß der Nähnadeln, metallenen Stricknadeln, metallenen Häkelnadeln ohne Griffe); lackirte Eisenwaaren; auch Gewehre aller Art. .	St. V. 13d. 1, 2a. b. c., 3.	3	.	
7.	Getreide, Hülsenfrüchte, Sämereien und Beeren . . .	St. V. 22a. 1—4. 23a. 39a. 1. 2. 45. 69.	frei.		
8.	Glas und Glaswaaren:				
	a) grünes Hohlglas (Glasgeschirr) .	St. V. 24a.	.	8	
	b) weißes Hohlglas, ungemustertes, ungeschliffenes, oder nur mit abgeschliffenen Stöpseln, Böden oder Rändern; Fenster- und Tafelglas in seiner natürlichen Farbe (grün, halb- und ganz weiß) .	St. V. 24b.	1	.	
	c) gepreßtes, geschliffenes, abgeriebenes, geschnittenes, gemustertes weißes Glas; auch Behänge zu Kronleuchtern von Glas, Glasknöpfe, Glasperlen und Glasschmelz .	Z. V. 10b. c.	3	.	
	d) Spiegelglas, wenn das Stück nicht über 288 Preuß. □″ mißt; farbiges, bemaltes oder vergoldetes Glas ohne Unterschied der Form; Glaswaaren in Verbindung mit unedlen Metallen und anderen, nicht zu den Gespinnsten				

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	sGr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.			
	gehörigen Urstoffen; desgleichen Spiegel, deren Glastafeln nicht über 288 Preuß. □″ messen . .	Z. V. 10d. 1ß. St. V. 24c. e.	3	.	
9.	**Holz, Holzwaaren:**				
	a) Bau- und Nutzholz, auch Holz in geschnittenen Fourniern	St. V. 28c. d. Z. V. 12b. Anm. 1.	frei.		
	b) hölzerne Hausgeräthe (Meubles) und andere Tischler-, Drechsler- und Böttcherwaaren, die gefärbt, gebeizt, lackirt, polirt, oder auch in einzelnen Theilen in Verbindung mit Eisen, Messing oder lohgarem Leder verarbeitet sind; auch gerissenes Fischbein . .	St. V. 28g. 1. 2. 3. Z. V. 12e.	1	.	
	c) feine Holzwaaren (ausgelegte Arbeit), Nürnbergerwaaren aller Art; Spielzeug, feine Drechsler-, Schnitz- und Kammmacherwaaren, Meerschaumarbeit, ferner dergleichen Waaren in Verbindung mit anderen Materialien (mit Ausschluß von edlen Metallen, feinen Metallgemischen, echt vergoldetem oder versilbertem Metall, Schildpatt, Perlmutter, echten Perlen, Korallen oder Steinen), Holzbronce, hölzerne Hängeuhren, feine Korb- und Holzflechterarbeit ohne Unterschied, Fourniere mit eingelegter Arbeit und geschnittenes Fischbein, Blei- und Rothstifte	St. V. 28g. 4. 11b. 2. 18a.	3	.	
	d) grobe, rohe, ungefärbte Böttcher-, Drechsler-, Tischler- und blos gehobelte Holzwaaren und Wagnerarbeiten, grobe Maschinen von Holz und grobe Korbflechterwaaren	Z. V. 12e. h. Anm.	frei.		

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertrags-mäßiger Abgaben-satz. Rtlr. gGr. für den Zollcentner.	Bemerkungen.
10.	Hopfen	St. V. I. 30. II. 69.	frei.	
11.	Kupfer und Messing:			
	a) geschmiedetes, gewalztes, gegossenes zu Geschirren; Kupferschaalen, wie sie vom Hammer kommen; Blech, Dachplatten, gewöhnlicher und plattirter Drath; polirte, gewalzte, auch plattirte Tafeln und Bleche .	St. V. 35a. 2. 3. α. β b 1.	frei.	
	b) Waaren: Kessel, Pfannen und dergleichen; auch alle sonstigen Waaren aus Kupfer und Messing; Gelb- und Glockengießer-, Gürtler- und Nadlerwaaren, außer Verbindung mit edlen Metallen, desgleichen lackirte Kupfer- und Messingwaaren .	St. V. 35b. 1.	3	.
	c) Roh- (Stück-) Messing, Roh- oder Schwarzkupfer; Gar- oder Rosettenkupfer, altes Bruchkupfer oder Bruchmessing, Kupfer- und Messingfeile, Glockengut, Kupfer- und andere Scheidemünzen zum Einschmelzen (die Münzen auf besondere Erlaubnißscheine eingehend) .	Z. V. 19. Anm. St. V. 69.	frei.	
12.	Kurze Waaren, Quincaillerien u. s. w. . .	Z. V. 20.	10	.
13.	Leder, Lederwaaren und ähnliche Fabrikate:			
	a) lohgare oder nur lohroth gearbeitete Häute, Fahlleder, Sohlleder, Kalbleder, Sattlerleder, Stiefelschäfte, auch Juchten; sämisch- und weißgares Leder, Pergament, Gummiplatten und mehr oder weniger gereinigte Guttapercha .	Z. V. 21a.	3	.

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertrags-mäßiger Abgaben-satz. Rtlr.	gGr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.		
	b) Brüsseler und Dänisches Handschuhleder, Korduan, Marokin, Saffian, alles gefärbte und lackirte Leder, Gummifäden außer Verbindung mit anderen Materialien .	Z. V. 21b.	3	.	
	c) grobe Schuhmacher-, Sattler- und Täschnerwaaren aus Leder oder Gummi; Blasebälge; desgleichen andere nicht lackirte Gummifabrikate außer Verbindung mit anderen Materialien	St. V. 37b. c. Z. V. 21c.d.	6	.	
	d) feine Lederwaaren von Korduan, Saffian, Marokin, Brüsseler und Dänischem Leder, von sämisch- und weißgarem Leder, von lackirtem Leder, lackirtem Gummi und Pergament; Sattel- und Reitzeuge und Geschirre mit Schnallen und Ringen, ganz oder theilweise von feinen Metallen und Metallgemischen und feine Schuhe aller Art	St. V. 36. 37c.	10	.	
	e) lederne Handschuhe .	Z. V. 21d.	10	.	
14.	Leinengarn und Leinenwaaren:				
	a) rohes Garn: Maschinengespinnst und Handgespinnst .	Z. V. 22a.	frei.		
	b) Zwirn	Z. V. 22c.	frei.		
	c) graue Packleinwand und Segeltuch .	St. V. 19d. 1.	frei.		
	d) rohe Leinwand, roher Zwillich und Drillich .	St. V. 19d. 2.	frei.		
	e) gebleichte, gefärbte, gedruckte oder in anderer Art zugerichtete, auch aus gebleichtem Garn gewebte Leinwand; gebleichter oder in anderer Art zugerichteter Zwillich und Drillich; rohes und gebleichtes, auch verarbeitetes Tisch-, Bett- und Handtücherzeug, leinene Kittel, auch neue Leibwäsche	St. V. 19d. 4.	8	.	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	gGr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.			
	f) Bänder, Batist, Borten, Fransen, Gaze, Kammertuch, gewebte Kanten, Schnüre, Strumpfwaaren, Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden und Leinen, jedoch außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl	St. V. 19d. 4. 42.	10	.	
	g) Netze, Fischer-, Vogel-, Jagd- und Pferde-, von ungebleichtem Flachs- und Hanfgarn .	St. V. 50.	1	.	
15.	Material- und Spezerei-, auch Conditorwaaren und andere Consumtibilien:				
	a) Bier aller Art in Fässern, auch Meth in Fässern .	Z. V. 25a.	.	6	
	b) Bärme oder Hefen, trockene (Preßhefen) .	Z. V. 25b.	3	8	
	c) Wein und Most, auch Cider .	Z. V. 25f.	1	.	
	d) Essig in Fässern .	St. V. 15.	1	.	
	e) Butter in Stücken	St. V. 7.	frei.		
	f) Fleisch, ausgeschlachtetes: frisches und zubereitetes; auch ungeschmolzenes Fett, Schinken, Speck, Würste; desgleichen großes Wild .	Z. V. 25h. St. V. 64a. 69.	frei.		
	g) Cichorien . .	Z. V. 25m.	frei.		
	h) Käse aller Art . .	Z. V. 25o.	frei.		
	i) Bäckerwaaren, gewöhnliche, einschließlich Zwieback .	St. V. 22b. 2.	frei.		
	k) Mehl, unverpackt oder in Säcken .	St. V. 22b. 2.	frei.		Nur in Transporten bis zu drei Centnern oder auf Versendungsscheine der Müller, welche dasselbe gemahlen haben.
	l) Kraftmehl, Nudeln, Puder, Stärke; Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, mit Ausnahme von Mehl, nämlich: geschrotete und geschälte Körner, Graupe, Grieß und Grütze . . .	Z. V. 25q. St. V. 22b. 2. 3.	frei.		

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	Sgr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.			
	m) Tabacksblätter, unbearbeitete .	(Z. V. 25 v. 1.	.	16	
	n) Tabacksfabrikate: Rauchtaback in Rollen, abgerollten oder entrippten Blättern, oder geschnitten; Cigarren; Carotten oder Stangen zu Schnupftaback; Schnupftaback; Tabacksmehl und Abfälle	(Z. V. 25 v. 2.	6	6	
16.	Oelkuchen, als Rückstände beim Oelschlagen aus Lein, Raps, Rübsaamen u. s. w., ingleichen Mehl aus solchen Kuchen und Rückständen .	(Z. V. 26. Anm. 3.	frei.		
17.	Papier- und Pappwaaren:				
	a) ungeleimtes ordinäres (grobes, graues und halbweißes) Druckpapier, auch grobes (weißes und gefärbtes) Packpapier und Pappdeckel	(Z. V. 27 a. (St. V. 40 a.	.	8	
	b) geleimtes Papier; ungeleimtes feines; buntes (mit Ausnahme der unter c. genannten Papiergattungen); lithographirtes, bedrucktes oder liniirtes, zu Rechnungen, Etiketten, Frachtbriefen, Devisen u. s. w. vorgerichtetes Papier; ordinäre Bilderbogen, Malerpappe .	Z. V. 27 a. (St. V. 12 b. 40 b. c.	1	16	
	c) Gold- und Silberpapier; Papier mit Gold- oder Silbermuster; durchgeschlagenes Papier, ingleichen Streifen von diesen Papiergattungen . .	St. V. 40 c.	2	12	
	d) graues Löschpapier und Packpapier .	(Z. V. 27. Anm.	frei.		
	e) Buchbinderarbeiten aus Papier und Pappe; grobe lackirte Waaren aus diesen Urstoffen, auch Formerarbeit aus Steinpappe, Asphalt oder ähnlichen Stoffen . .	St. V. 40 e.	4	.	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	gGr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.		
18.	Pelzwerk: überzogene Pelze, Mützen, Handschuhe; gefütterte Decken, Pelzfutter und Besätze und dergleichen . .	St. V. 41 c.	10	.	
19.	Seide und Seidenwaaren:				
	a) gefärbte, auch weiß gemachte Seide und Floretseide, ungezwirnt oder gezwirnt, auch Zwirn aus roher Seide	Z. V. 30a.	frei.		
	b) seidene Zeug- und Strumpfwaaren, Tücher (Shawls), Blonden, Spitzen, Petinet, Flor (Gaze), Posamentier-, Knopfmacher-, Sticker- und Putzwaaren, Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden und Seide, außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl; ferner Gold- und Silberstoffe (echt oder unecht); Bänder, ganz oder theilweise aus Seide; endlich obige Waaren aus Floretseide (bourre de soie), oder Seide und Floretseide.	Z. V. 30b.	10	.	
	c) alle obigen Waaren, in welchen außer Seide und Floretseide auch andere Spinnmaterialien: Wolle oder andere Thierhaare, Baumwolle, Leinen, einzeln oder verbunden enthalten sind, mit Ausschluß der Gold- und Silberstoffe, sowie der Bänder. .	Z. V. 30c.	10	.	
20.	Seife:				
	a) grüne, schwarze und andere Schmierseife .	Z. V. 31a.	.	12	
	b) gemeine weiße	St. V. 49b.	1	8	
	c) feine in Täfelchen, Kugeln, Büchsen, Krügen, Töpfen u. s. w.	St. V. 49c.	3	.	
21.	Steinkohlen .	St. V. 33a.	frei.		
22.	Stroh-, Rohr- und Bastwaaren:				
	a) Matten und Fußdecken von Bast, Stroh und Schilf, ordinäre:				

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	Sgr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.		
	1. ungefärbt .	Z.V. 35a. 1.	frei.		
	2. gefärbt	Z.V. 35a. 2.	frei.		
	b) Stroh- und Bastgeflechte, Decken von ungespaltenem Stroh, Span- und Rohrhüte ohne Garnitur .	St.V. 28g. 2. 4.	1	.	
	c) Bast- und Strohhüte ohne Unterschied .	St.V. 28g. 4. 36.	10	.	
23.	Theer (Mineraltheer und anderer), Daggert, Pech, auch Mastix-Cement, Asphalt und Asphaltplatten . . .	St. V. 26.	frei.		
24.	Töpferwaaren:				
	a) gemeine .	St.V. 57a.	frei.		
	b) einfarbiges oder weißes Fayence oder Steingut, irdene Pfeifen .	Z. V. 38c.	1	.	
	c) bemaltes, bedrucktes, vergoldetes oder versilbertes Fayence oder Steingut .	Z. V. 38d.	3	.	
	d) Porcellan, weißes	Z. V. 38e.	6	.	
	e) Porcellan, farbiges, und weißes mit farbigen Streifen, auch dergleichen mit Malerei und Vergoldung .	Z. V. 38f.	10	.	
	f) Fayence, Steingut und anderes Erdgeschirr, auch weißes Porcellan und Email in Verbindung mit unedlen Metallen	Z. V. 38g.	6	.	
	g) dergleichen in Verbindung mit Gold, Silber, Platina, Semilor und anderen feinen Metallgemischen, ingleichen alles übrige Porcellan in Verbindung mit edlen und unedlen Metallen .	Z. V. 38h.	10	.	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthlr.	gGr.	Bemerkungen.
			für ein Stück		
25.	Vieh:				Beim Eingange über die Grenzen gegen das Herzogthum Braunschweig in einzelnen Stücken wird die Eingangsabgabe für 1 Ochsen und Zuchtstier auf 1 Rthlr. 12 gGr., 1 Kuh auf 1 Rthlr, 1 Rind auf 16 gGr. herabgesetzt.
	a) Rindvieh:				
	1. Ochsen und Zuchtstiere .	St. V. 59c.	2	12	
	2. Kühe . .	St. V. 59d.	1	12	
	3. Jungvieh	St. V. 59e.	1	.	
	b) Schweine:				
	1. gemästete .	St. V. 59f.	frei.		
	2. magere . . .	do.	frei.		
	3. Spanferkel . .	St. V. 59g.	frei.		
	c) Hammel	do.	frei.		
	d) anderes Schaafvieh und Ziegen .	St. V. 59h.	frei.		
			für den Zollcentner.		
26.	Wachsleinwand, Wachsmousselin, Wachstafft:				
	a) grobe unbedruckte Wachsleinwand	Z. V. 40a.	1	12	
	b) alle andere Gattungen, ingleichen Wachsmousselin und Malertuch .	Z. V. 40b.	3	.	
27.	Wolle und Wollenwaaren:				
	a) weißes drei- oder mehrfach gezwirntes wollenes und Kameelgarn, auch Garn aus Wolle und Seide; desgleichen alles gefärbte Garn	Z. V. 41b.	frei.		
	b) Waaren aus Wolle (einschließlich anderer Thierhaare) allein oder in Verbindung mit anderen, nicht seidenen Spinnmaterialien gefertigt:				
	1. bedruckte Waaren aller Art; ungewalkte Waaren (ganz oder theilweise aus Kammgarn), wenn sie gemustert (d. h. façonnirt gewebt, gestickt oder brochirt) sind; Umschlagetücher mit angenähten gemusterten Kanten; Posamentier-, Knopfmacher- und Stickereiwaaren, außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl	Z. V. 41c. 1.	10	.	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rtlr.	gGr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.		
	2. gewalkte unbedruckte Tuch-, Zeug- und Filzwaaren; Strumpfwaaren aller Art; sowie alle ungewalkte ungemusterte Waaren .	Z.V. 41c. 2.	10	.	
	3. Fußteppiche	Z.V. 41c. 3.	10	.	
	c) einfaches und doublirtes ungefärbtes Wollengarn, sowie Oeltücher aus Roßhaaren, ingleichen ganz grobe Gewebe aus Kälberhaaren und Werg.	Z. V. 41. Anm. 2.	frei.		
28.	Zink und Zinkwaaren:				
	a) roher Zink . .	St. V. 69.	frei.		
	b) Bleche und grobe Zinkwaaren . .	Z. V. 42b. St. V. 67a.	.	8	
	c) feine, auch lackirte Zinkwaaren .	St. V. 67b.	3	.	
29.	Zinn und Zinnwaaren:				
	a) Zinn, rohes, in Blöcken, Stangen u. s. w .	Z. V. 43. Anm.	frei.		
	b) grobe Zinnwaaren, als: Schüsseln, Teller, Kessel und andere Gefäße, Röhren und Platten	Z. V. 43a.	3	.	
	c) andere feine, auch lackirte Zinnwaaren, Spielzeug u. s. w.	St. V. 66b.	3	.	

30.	Bienenkörbe, gebrauchte, und Futterhonig, sowie Bienenkörbe, in welchen die Bienen getödtet sind, mit dem Honig . . .	69. 11a.	frei.		
31.	Bücher, Landkarten, Musikalien, Kupferstiche, Stahlstiche, Lithographien, Holzschnitte . .	Z.V.A.E.A. St. V. 12a.	frei.		
32.	Backobst . . .	Z.V.A.E.A.	frei.		
33.	Buchdruckerschwärze . .	do.	frei.		

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Steuer- (event. Zoll-) Vereins-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthlr. gGr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.		
34.	Bettfedern	Z.V.A.E.A.	frei.	
35.	Honig	do.	frei.	
36.	Borsten	St.V. 25a. 2.	frei.	
37.	Seilerarbeit (mit Ausschluß der Netze)	St. V. 50.	frei.	
38.	Schiefertafeln und Stifte	St.V. 28g. 1. 69.	frei.	
39.	Wachs	Z.V.A.E.A.	frei.	

II.

Verzeichniß

derjenigen steuervereinsländischen Erzeugnisse, welche bei ihrem unmittelbaren Uebergange in den Zollverein einer geringeren als der tarifmäßigen Eingangsabgabe zu unterziehen sind, beziehungsweise von derselben ganz frei bleiben.

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl. sgr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.	
1.	Baumwollengarn, ungemischt oder gemischt mit Wolle oder Leinen, ungebleichtes ein- und zweidräthiges, und Watten .	2b. 1.	frei.	Gegen Freipässe der Königlich Hannoverschen Landdrosteien u. der Großherzoglichen Regierung zu Oldenburg bis auf Höhe von einem Drittheil der vorjährigen Production jedes Fabrikanten.
2.	Blei:			
	a) rohes, in Blöcken, Mulden u. s. w., auch altes, desgleichen Blei-, Silber- und Goldglätte . .	3a.	frei.	
	b) grobe Bleiwaaren, als: Kessel, Röhren u. s. w., auch gerolltes Blei .	3b.	frei.	Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.
3.	Bürstenbinder- und Siebmacherwaaren:			
	grobe, in Verbindung mit Holz oder Eisen, ohne Politur und Lack	4a.	frei.	
4.	Droguerie-, Apotheker- und Farbewaaren:			
	a) Mineralwasser, künstliches, in Flaschen oder Krügen	5a.	frei.	Gegen beglaubigte Ursprungszeugnisse der Verfertiger.
	b) Zündhölzer, chemische; Zeichenkreide	5a.	frei.	
	c) Eisenvitriol (grüner)	5d.	frei.	
	d) Mineralwasser, natürliches, in Flaschen und Krügen .	5h.	frei.	
	e) schwefelsaures und salzsaures Kali; alle Abfälle von der Fabrikation der Salpetersäure; gemahlene Kreide .	5l. u. i.	frei.	
	f) Cichorienwurzeln, getrocknete, gedörrten .	5 Anmerkung 1.	frei.	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. für den Zollcentner. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
5.	Eisen und Stahl:				
	a) Roheisen aller Art; altes Brucheisen, Eisenfeile, Hammerschlag	6a.	frei.		
	b) geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonnirten) in Stäben von $\frac{1}{2}$ □ Zoll Preuß. im Querschnitt und darüber; desgl. Luppeneisen, Eisenbahnschienen, auch Roh- und Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl	6b.	frei.		Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.
	c) geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonnirten) in Stäben von weniger als $\frac{1}{2}$ □ Zoll Preuß. im Querschnitt	6c.	frei.		
	d) façonnirtes Eisen in Stäben; desgl. Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen u. s. w.) roh vorgeschmiedet ist, insofern dergleichen Bestandtheile einzeln 1 Centner und darüber wiegen, auch Pflugschaareneisen; schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech, rohe (unpolirte) Eisen- und Stahlplatten; Anker, sowie Anker- und Schiffsketten . .	6d.	frei.		Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.
	e) Weißblech, gefirnißtes Eisenblech, polirtes Stahlblech, polirte Eisen- und Stahlplatten, Eisen- und Stahldraht	6e.	frei.		
	f) Eisen- und Stahlwaaren:				
	1. ganz grobe Gußwaaren in Oefen, Platten, Gittern u. s. w.	6 f. 1.	.	10	
	Anmerkung. Producte der Hannoverschen Hüttenwerke gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien		frei.		
	2. grobe, die aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguß, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Stahl- und Eisendraht, auch in Verbindung mit Holz gefertigt; ingleichen Waaren dieser Art, die gefirnißt, verkupfert oder verzinnt, jedoch nicht polirt sind, als: Aexte, Degenklingen, Feilen, Hämmer, Hecheln, Haspeln,				

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. für den Zollcentner. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
	Holzschrauben, Kaffeetrommeln und -Mühlen, Ketten (mit Ausschluß der Anker- und Schiffsketten), Maschinen von Eisen, Nägel, Pfannen, Plätteisen, Schaufeln, Schlösser, grobe Ringe (ohne Politur), Schraubstöcke, Sensen, Sicheln, Stemmeisen, Striegeln, Thurmuhren, Tuchmacher- und Schneiderscheeren, grobe Waagebalken, Zangen u. s. w.	6 f. 2.	frei.		Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.
	3. Maschinen, feine, aus Eisen geschmiedete .	6 f. 3.	6	25	Darüber, welche Gegenstände als feine geschmiedete Maschinen anzusehen, sind der Vereins-Zolltarif ad pos. 6 f. 3 u. das Waarenverzeichniß zu demselben maaßgebend.
6.	Flachs, Werg, Hanf, Heede	8.	frei.		
7.	Getreide, Hülsenfrüchte, Sämereien und Beeren . . .	9.	frei.		
8.	Glas und Glaswaaren:				
	a) grünes Hohlglas (Glasgeschirr)	10a.	.	10	
	b) weißes Hohlglas, ungemustertes, ungeschliffenes; Fenster- und Tafelglas in seiner natürlichen Farbe (grün, halb- und ganz weiß)	10b.	1	.	Für Versendungen der Glashütten i. Steuerverein, gegen beglaubigte Ursprungszeugnisse der Verfertiger.
	c) vorgedachtes Hohlglas nur mit abgeschliffenen Stöpseln, Böden oder Rändern	10b. Anmerkung.	2	15	
	d) gepreßtes, geschliffenes, abgeriebenes, geschnittenes, gemustertes weißes Glas; auch Behänge zu Kronleuchtern von Glas, Glasknöpfe, Glasperlen und Glasschmelz .	10c.	3	.	
	e) Spiegelglas, wenn das Stück nicht über 288 Preuß. □Zoll mißt	10d.	3	.	
	f) farbiges, bemaltes oder vergoldetes Glas ohne Unterschied der Form; Glaswaaren in Verbindung mit un-				

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.			
	edlen Metallen und anderen, nicht zu den Gespinnsten gehörigen Urstoffen, desgleichen Spiegel, deren Glastafeln nicht über 288 Preuß. □Zoll das Stück messen	10e.	4	.	Für Versendungen der Glashütten i. Steuerverein, gegen beglaubigte Ursprungszeugnisse der Verfertiger.
9.	Holz, Holzwaaren:				
	a) Brennholz	12a.	frei.		
	b) Bau- und Nutzholz, auch Holz in geschnittenen Fournieren	12b. u. Anmerkung 1.	frei.		
	c) hölzerne Hausgeräthe (Meubles) und andere Tischler-, Drechsler- und Böttcherwaaren, welche gefärbt, gebeizt, lackirt, polirt oder auch in einzelnen Theilen in Verbindung mit Eisen, Messing oder lohgarem Leder verarbeitet sind; auch gerissenes Fischbein . . .	12e.	1	.	
	d) grobe, rohe, ungefärbte Böttcher-, Drechsler-, Tischler- und blos gehobelte Holzwaaren und Wagnerarbeiten, grobe Maschinen von Holz und grobe Korbflechterwaaren	12e. u. h. Anmerkung.	frei.		
10.	Hopfen .	13.	.	10	
11.	Kupfer und Messing:				
	1. geschmiedetes, gewalztes, gegossenes zu Geschirren; Kupferschaalen, wie sie vom Hammer kommen; Blech, Dachplatten, gewöhnlicher und plattirter Draht; polirte, gewalzte, auch plattirte Tafeln und Bleche	19a.	frei.		Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.
	2. Kupfer- und Messingwaaren, gröbere, als: Kessel, Pfannen u. dergl.	19b.	6	.	Nur für die unmittelbaren Versendungen Seitens der Verfertiger dieser Waaren.
	3. Roh- (Stück-) Messing, Roh- oder Schwarzkupfer, Gar- oder Rosettenkupfer, altes Bruchkupfer oder Bruchmessing, Kupfer- und Messingfeile, Glockengut, Kupfer- und andere Scheidemünzen zum Einschmelzen (die Münzen auf besondere Erlaubnißscheine eingehend) .	19. Anmerkung.	frei.		Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
			für den Zollcentner.		
12.	Leder und Lederwaaren:				
	a) lohgare oder nur lohroth gearbeitete Häute, Fahlleder, Sohlleder, Kalbleder, Sattlerleder, Stiefelschäfte, ingleichen sämisch- und weißgares Leder	21a.	3	.	Nur für die unmittelbaren Versendungen Seitens der Verfertiger dieser Waaren.
	b) Korduan, Marokin, Saffian und lackirtes Leder . .	21b.	6	25	
	c) Stiefeln und Schuhe aus Leder (grobe Schuhmacherwaaren) .	21c.	6	25	
13	Leinengarn und Leinenwaaren:				
	a) rohes Garn (Handgespinnst) .	22a. 2.	frei.		
	b) Zwirn	22c.	frei.		
	c) graue Packleinwand und Segeltuch . . .	22d.	frei.		
	d) rohe Leinwand, roher Zwillich und Drillich . . .	22e.	frei.		
	e) gebleichte, gefärbte, gedruckte oder in anderer Art zugerichtete, auch aus gebleichtem Garne gewebte Leinwand; gebleichter oder in anderer Art zugerichteter Zwillich und Drillich; rohes und gebleichtes, auch verarbeitetes Tisch-, Bett- und Handtücherzeug, leinene Kittel, neue Leibwäsche	22f.	8	.	
	f) Netze, Fischer-, Vogel-, Jagd- und Pferde-, von ungebleichtem Flachs- und Hanfgarn .	22e.	1	.	
14.	Material- und Spezerei-, auch Conditorwaaren und andere Consumtibilien:				
	a) Bier aller Art in Fässern, auch Meth in Fässern . .	25a.	.	7½	
	b) Bärme oder Hefen, trockene (Preßhefen) . .	25b.	3	10	Beim Eingange über die Herzoglich Braunschweigische Grenze.
	c) Essig in Fässern . . .	25c.	1	.	
	d) Butter: a) in Stücken .	25g.	frei.		
	b) eingeschlagen .	25g.	1	5	Bis zu einem jährlichen Quantum von 2000

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.			
	e) Fleisch, ausgeschlachtetes: frisches und zubereitetes; auch ungeschmolzenes Fett, Schinken, Speck, Würste; desgl. großes Wild .	25h.	frei.		Centnern beim Eingange über die Herzoglich Braunschweigische Grenze.
	f) Cichorien .	25m.	frei.		
	g) Käse aller Art	25o.	frei.		
	h) Bäckerwaaren, gewöhnliche, einschließlich Zwieback .	A.E.A.u. 25p.	frei.		
	i) Honigkuchen und Pfeffernüsse . .	25p.	3	.	Nur in Transporten bis zu 3 Centnern oder auf Versendungsscheine der Müller, welche dasselbe gemahlen haben.
	k) Mehl, unverpackt oder in Säcken	25q.	frei.		
	l) Kraftmehl, Nudeln, Puder, Stärke; Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, mit Ausnahme von Mehl, nämlich: geschrotete oder geschälte Körner, Graupe, Gries und Grütze	25q.	frei.		
	m) Tabacksblätter, rohe, unverarbeitete, nicht kaufmännisch verpackte .	25v. 1.	.	20	Für ein Quantum von 3500 Centnern bei der Einfuhr über die Zollämter Heiligenstadt, Teistungen, Witzenhausen und Cassel.
15.	Oel in Fässern (Rüböl) .	26.	1	5	Nur für die unmittelbaren Versendungen aus den Oelmühlen und Raffinerien.
16.	Oelkuchen, als Rückstände beim Oelschlagen aus Lein, Raps, Rübsaamen u. s. w., ingleichen Mehl aus solchen Kuchen und Rückständen .	26. Anmerkung 3.	frei.		
17.	Papier- und Pappwaaren:				
	a) ungeleimtes ordinäres (grobes, graues und halbweißes) Druckpapier, auch grobes (weißes und gefärbtes) Packpapier und Pappdeckel	27a.	.	10	
	b) geleimtes Papier; ungeleimtes feines; buntes (mit Ausnahme der unter c genannten Papiergattungen); lithographirtes, bedrucktes oder liniirtes, zu Rechnungen, Etiketten, Frachtbriefen, Devisen ꝛc. vorgerichtetes Papier; ordinäre Bilderbogen, Malerpappe . .	27b.	1	20	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
		für den Zollcentner.			
	c) graues Löschpapier und Packpapier	27. Anmerkung.	frei.		
	d) Buchbinderarbeiten aus Papier und Pappe; grobe lackirte Waaren aus diesen Urstoffen, auch Formerarbeit aus Steinpappe, Asphalt oder ähnlichen Stoffen .	27e.	4	.	
18.	Seidenwaaren, nämlich: Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden und Seide	30b.	10	.	
19.	Seife:				
	a) grüne, schwarze und andere Schmierseife	31a.	.	15	
	b) gemeine weiße	31b.	1	10	
	c) feine in Täfelchen, Kugeln, Büchsen, Krügen, Töpfen ꝛc.	31c.	3	.	
20.	Steinkohlen	34.	frei.		Bei der Einfuhr über die Herzoglich Braunschweigische Grenze oder gegen beglaubigte Ursprungszeugnisse der Grubenbeamten.
21.	Stroh-, Rohr- und Bastwaaren:				
	a) Matten und Fußdecken von Bast, Stroh und Schilf, ordinäre:				
	1. ungefärbt .	35a. 1.	frei.		
	2. gefärbt .	35a. 2.	frei.		
22.	Theer (Mineraltheer und anderer), Daggert, Pech, auch Mastix-Cement, Asphalt und Asphaltplatten . . .	37.	frei.		
23.	Töpferwaare:				
	a) gemeine	38b.	frei.		Nur für die unmittelbaren Versendungen der Fayence- und Steingutfabriken u. der Fabriken irdener Pfeifen im Steuerverein.
	b) Fayence, Steingut, einfarbiges oder weißes und irdene Pfeifen .	38c.	3	15	

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl.	sgr.	Bemerkungen.
			für ein Stück.		
24.	Vieh:				
	a) Rindvieh:				
	1. Ochsen und Zuchtstiere . .	39b. 1.	2	15	Bei dem Eingange über die Herzoglich Braunschweigische Grenze in einzelnen Stücken wird die Eingangsabgabe für 1 Ochsen oder Zuchtstier auf 1 Rtlr. 12 gGr., für 1 Kuh auf 1 Rtlr., für 1 Rind auf 16 gGr. herabgesetzt.
	2. Kühe . .	39b. 2.	1	15	
	3. Jungvieh	39b. 3.	1	.	
	b) Schweine:				
	1. gemästete .	39c. 1.	frei.		
	2. magere .	39c. 2.	frei.		
	3. Spanferkel	39c. 3.	frei.		
	c) Hammel	39d.	frei.		
	d) anderes Schaafvieh und Ziegen	39e.	frei.		
		für den Zollcentner.			
25.	Wachsleinwand, Wachsmousselin, Wachstafft:				
	a) grobe unbedruckte Wachsleinwand	40a.	1	15	
	b) alle andere Gattungen, ingleichen Wachsmousselin und Malertuch .	40b.	3	.	
26.	Zink und Zinkwaaren:				
	roher Zink	42a.	frei.		Nur Producte der Hannoverschen Hüttenwerke, gegen Ursprungszeugnisse der landesherrlichen Hütten und Factoreien.
27.	Bienenkörbe, gebrauchte, Futterhonig, sowie Bienenkörbe, in welchen die Bienen getödtet sind, mit dem Honig	A. E. A.	frei.		
28.	Bücher, sowie Landkarten, Musikalien, Kupferstiche, Stahlstiche, Lithographien und Holzschnitte, und zwar:				
	a) wenn sie neu und gebunden oder cartonirt, oder im Zollvereins- oder Steuervereinsgebiete gedruckt oder verlegt sind	"	frei.		
	b) ungebundene oder geheftete, auch alte gebundene, bis zu zehn Pfund in einem Transporte . . .	"	frei.		

Laufende №	Benennung der Gegenstände.	Position des Vereins-Zoll-Tarifs.	Vertragsmäßiger Abgabensatz. Rthl. sgr. für den Zollcentner.	Bemerkungen.
29.	Backobst	A. E. A.	frei.	
30.	Bärme oder Hefen, frische .	"	frei.	
31.	Buchdruckerschwärze . .	"	frei.	
32.	Bettfedern .	"	frei.	
33.	Borsten . .	"	frei.	
34.	Honig	"	frei.	
35.	Seilerarbeit (mit Ausschluß der Netze) .	"	frei.	
36.	Schiefertafeln und -Stifte . . .	"	frei.	
37.	Wachs . .	"	frei.	

Letzte Absendung: am 8ten April 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
5tes Stück vom Jahre 1853.

№ 24) Verordnung,
die Untersuchungen gegen Militärpersonen betreffend;
vom 29sten März 1853.

Das Ministerium der Justiz hat in neuerer Zeit mehrfach die Wahrnehmung gemacht, daß Militärpersonen wegen gemeiner Verbrechen von Civilgerichten ohne eine dazu in Gemäßheit § 37 Nr. 3 des Gesetzes über privilegirte Gerichtsstände ꝛc. vom 28sten Januar 1835 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1835, Seite 82) erhaltene Ermächtigung zur Untersuchung gezogen worden sind, solches aber darin seinen Grund gehabt hat, daß das Untersuchungsgericht nicht, wie § 4 des Generale vom 30sten April 1783 (Cod. Aug. Cont. II. T. I. Seite 455) vorschreibt, gleich beim Beginne der Untersuchung die persönlichen Verhältnisse der Angeschuldigten erörtert hat und dem Gerichte daher der militärische Stand der letzteren unbekannt geblieben ist.

Um nun hieraus hervorgehenden Unzuträglichkeiten und Nichtigkeiten für die Zukunft zu begegnen, wird sämmtlichen Civilgerichtsbehörden die Beobachtung der zuletzt angezogenen gesetzlichen Vorschrift, wonach der Angeschuldigte gleich Anfangs bei seiner Vernehmung über seine persönlichen Verhältnisse befragt werden soll, hierdurch in Erinnerung gebracht, insbesondere aber eine sorgfältige Erörterung der persönlichen Verhältnisse solcher Angeschuldigten, welche annoch im militärpflichtigen Alter stehen, Behufs der Ermittelung des Umstandes, ob sie dem Militärstande angehören oder nicht, zur Pflicht gemacht.

Dresden, am 29sten März 1853.

Ministerium der Justiz.
Dr. Zschinsky. Fickelscherer.

№ 25) Bekanntmachung,
die Erhebung einiger Posterpeditionen zu Postämtern betreffend;
vom 26sten März 1853.

Nachdem mit Rücksicht auf die Erweiterung, welche der Geschäftsverkehr der als Postexpeditionen in

Auerbach, Crimmitzschau, Frankenberg, Hainichen, Hohenstein (bei Chemnitz), Lichtenstein, Meerane, Mittweida, Oelsnitz, Radeberg, Roßwein, Schwarzenberg, Werdau, Zschopau

bestehenden Postanstalten in neuerer Zeit erfahren hat, beschlossen worden ist, vom 1sten Mai laufenden Jahres ab diesen Postanstalten die Eigenschaft und Bezeichnung von

Königlichen Postämtern

beizulegen; so wird solches hierdurch zu allgemeiner Kenntniß gebracht.

Dresden, den 26sten März 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Opelt.

№ 26) Decret

wegen Bestätigung eines Nachtrags zu den unter dem 9ten October 1848 confirmirten Statuten der Oelhandelsbörse zu Leipzig;

vom 7ten April 1853.

Das Ministerium des Innern hat den Ihm vorgelegten Nachtrag zu den mittelst Decrets vom 9ten October 1848*) confirmirten Statuten der Oelhandelsbörse zu Leipzig, de dato Leipzig, den 26sten März 1853, demzufolge letztere die Bezeichnung: „Oel- und Productenhandelsbörse zu Leipzig" annimmt, dergestalt hiermit bestätigt, daß den darin enthaltenen Bestimmungen auf das Genaueste nachgegangen werden soll.

Auch ist zugleich die besage des erwähnten Decrets den Commissionären für den Oelhandel ertheilte Exemtion von § 22 der Leipziger Mäklerordnung auf die Commissionäre für den landwirthschaftlichen Productenhandel rücksichtlich der ihnen nach den Statuten und dem Nachtrage überwiesenen Geschäfte und für deren statutenmäßigen Umfang ausgedehnt worden.

Zu dessen Beurkundung ist gegenwärtiges

Decret

bei dem Ministerium des Innern ausgefertigt und unter Beidruckung des Ministerialsiegels vollzogen worden.

Dresden, den 7ten April 1853.

Ministerium des Innern.

LS

Frhr. von Beust.

Demuth.

№ 27) Verordnung,

die Waffen- und Munitionsvorräthe bei Privatpersonen betreffend;

vom 11ten April 1853.

Die gegenwärtigen Zeitverhältnisse machen es nöthig, hinsichtlich der, im Gewahrsame von Privatpersonen befindlichen Waffen- oder Munitionsvorräthe folgende Anordnungen zu treffen:

---

*) Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1848, Seite 257.

§ 1. Alle Diejenigen, welche

a) mit Waffen irgend einer Art oder mit Munitionsgegenständen handeln, oder

b) dergleichen verfertigen, oder

c) zu Privatzwecken Waffen oder Munition aufbewahren,

sind, wenn ihr gleichzeitiger Vorrath an dergleichen Gegenständen in größeren Quantitäten, als in je 10 Stück Schußwaffen oder 10 Stück anderen Waffen besteht, oder, soviel die Munition anlangt, den ungefähren eigenen Bedarf an solcher für die nächsten 3 Monate übersteigt, verbunden, die Räume, wo sie diese Gegenstände aufbewahren, binnen 14 Tagen, von der Publication dieser Verordnung an gerechnet, der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, auch der letzteren künftig von jedem neuen Aufbewahrungslocale binnen 3 Tagen nach Eintritt der Benutzung desselben zu Waffen- oder Munitionsvorräthen Anzeige zu machen.

§ 2. Ausgenommen von der Vorschrift im vorigen § unter c sind blos diejenigen Personen, welche Waffen und Munition für die Zwecke ihres Berufs führen müssen.

§ 3. Wer die im § 1 vorgeschriebene Anzeige unterläßt, wird bis zu 25 Thlr. — — Geldbuße oder zu 4 Wochen Gefängniß bestraft.

§ 4. Einem Jeden, welcher einen heimlichen Waffen- oder Munitionsvorrath, der zu hochverrätherischen oder sonstigen gesetzwidrigen Zwecken bestimmt ist, der Obrigkeit dergestalt anzeigt, daß der Denunciat in Verfolg der auf Grund dieser Anzeige einzuleitenden Untersuchung deshalb bestraft wird, soll und zwar soweit thunlich, unter Verschweigung seines Namens, eine nach Beschaffenheit der Wichtigkeit der Sache zu bemessende Belohnung bis zu dem Betrage von

Fünfhundert Thalern

gewährt werden.

Nach dieser Verordnung haben sich Alle, welche sie angeht, gebührend zu achten. Auch ist dieselbe, in Gemäßheit von § 21 des Preßgesetzes vom 14ten März 1851, in allen daselbst bezeichneten Zeitschriften zum Abdrucke zu bringen.

Dresden, am 11ten April 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust. Eppendorf.

№ 28) Verordnung,

die Erbauung einer Eisenbahn von Zwickau nach Cainsdorf betreffend;

vom 11ten April 1853.

Nachdem die Vorarbeiten für eine von dem Bahnhofe der Sächsisch-Bayerischen Staatseisenbahn in Zwickau bis nach Cainsdorf zu führende Eisenbahn soweit vorgeschritten sind, daß der Bau der Hauptbahn unter Leitung der deshalb mit Auftrag versehenen Direction der Sächsisch-Bayerischen Staatseisenbahn in Angriff genommen werden kann, so wird mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Königs und unter Bezugnahme auf § 1

unter 1 und § 2 des Gesetzes vom 2ten Juni 1852, die Abtretung von Grundeigenthum für innenbenannte Eisenbahnanlagen betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 143), von dem Ministerium des Innern Nachstehendes verordnet:

§ 1. Die Bestimmungen des Gesetzes wegen Abtretung des zu Erbauung einer von Leipzig nach Dresden anzulegenden, und nach Befinden bis zur Grenze zu verlängernden Eisenbahn erforderlichen Grundeigenthums vom 3ten Juli 1835 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1835, Seite 371) und beziehendlich, insoweit die in §§ 7 und 8 desselben enthaltenen Bestimmungen durch das Gesetz vom 9ten September 1843, die Einführung des neuen Grundsteuersystems betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 97), das Gesetz vom 6ten November 1843, die Grund- und Hypothekenbücher und das Hypothekenwesen betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 189), und das Gesetz vom 30sten November 1843, die Theilbarkeit des Grundeigenthums betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 255), Abänderungen erlitten haben, die einschlagenden Vorschriften dieser späteren Gesetze, sowie die zur Ausführung des zuerstgedachten Gesetzes vom 3ten Juli 1835 erlassenen Verordnungen vom 3ten Juli 1835 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1835, Seite 374), vom 14ten März 1836 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1836, Seite 72) und vom 5ten März 1844 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1844, Seite 122) werden nunmehr auch für die vom Bahnhofe Zwickau nach Cainsdorf zu führende Eisenbahn und die zur Verbindung der seitwärts dieser Bahn auf dem rechten und linken Muldenufer gelegenen Kohlengruben mit solcher anzulegenden Zweigbahnen in Wirksamkeit gesetzt.

§ 2. Die im § 1 erwähnte Expropriationsberechtigung des Staats erstreckt sich für jetzt auf die Herstellung der Hauptbahn vom Zwickauer Bahnhofe bis zu dem Ladeplatze bei Bockwa, einschließlich des letzteren, und es haben daher die oben angezogenen Gesetze und Verordnungen auf die nach Maaßgabe der im Einverständnisse der Ministerien des Innern und der Finanzen genehmigten Detailpläne von der Bahnrichtung betroffenen Grundstücke in den Fluren

der Stadt Zwickau und der Ortschaften Schedewitz und Bockwa

zunächst Anwendung zu leiden.

§ 3. Wegen der weiteren Fortführung der Hauptbahn, sowie wegen der herzustellenden Zweigbahnen wird seiner Zeit besondere Verordnung ergehen.

Dresden, den 11ten April 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust. Demuth.

Letzte Absendung: am 22sten April 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
6tes Stück vom Jahre 1853.

№ 29) Decret
wegen Bestätigung der Sparcassenordnung für Rötha;
vom 24sten März 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

urkunden hiermit, daß Wir auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten zu Rötha beschlossene Errichtung einer Sparcasse für Rötha und die umgelegenen Ortschaften genehmigt und der Uns vorgelegten Sparcassenordnung, unter Bewilligung der in §§ 14, 16, 17 und 18 enthaltenen Rechtsvergünstigungen, die gebetene Bestätigung mit der Wirkung ertheilt haben, daß den Bestimmungen derselben allenthalben auf das Genaueste nachgegangen werden soll.

Hierüber ist gegenwärtiges

Bestätigungsdecret

ertheilt und von Uns unter Beidruckung Unseres Königlichen Siegels eigenhändig vollzogen worden.

Dresden, den 24sten März 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

§ 14. Alle Zahlungen der Einlagen und Zinsen werden an den Vorzeiger des Sparcassenbuchs, welcher als rechtmäßiger Inhaber angesehen wird, geleistet und die Sparcasse wird durch die darin bewirkte Abschreibung der gezahlten Gelder, sowie bei Rückzahlungen des ganzen Capitals durch die Rückgabe des Sparcassenbuchs von allen weiteren Ansprüchen befreit.

Zahlungen der Einlagen und Zinsen an den Inhaber des Sparcassenbuchs.

§ 16. Um den Eigenthümern entwendeter, oder auf andere Art abhanden gekommener Bücher soviel als möglich zu Hülfe zu kommen, wird man auf eine bei der Expedition gemachte Anzeige, sofern nicht etwa bereits die Rückzahlung geschehen ist, den Verlust in der Leipziger Zeitung und in dem Localwochenblatte öffentlich bekannt machen und den

Verfahren wegen entwandter oder abhanden gekommener Sparcassenbücher.

Inhaber auffordern, wenn er gerechte Ansprüche an das Buch zu haben vermeine, sich damit bei deren Verlust binnen drei Monaten bei der Expedition zu melden, auch während dieser Frist mit der Zahlung von Capital und Zinsen anstehen. Wird in dieser Zeit das Buch durch einen Anderen, als der den Verlust anzeigte, bei der Expedition producirt, so wird die Sache zur weiteren Erörterung an die Gerichtsbehörde über Rötha abgegeben. Wo nicht, so erhält der Anzeiger nach Verlauf von drei Monaten, wenn er zuvor bei der vorbemerkten Gerichtsbehörde sein Eigenthum und den erlittenen Diebstahl oder Verlust eidlich bestärkt hat, ein neues Buch; das alte ist für ungültig zu erklären und dieß mit der Bezeichnung der Nummer desselben, wie vorstehend, öffentlich bekannt zu machen.

Ausschluß von Verkümmerungen.

§ 17. Verkümmerung der in die Sparcasse eingelegten Gelder, in irgend einem anderen, als in dem § 16 erwähnten Falle, findet nicht Statt. Doch kann die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner sich etwa vorfindenden Quittungsbücher der Sparcasse nicht gehindert werden.

Ausschluß der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§ 18. Gegen die in gegenwärtiger Sparcassenordnung festgesetzten Fristen und Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

№ 30) Decret

wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Geithain;

vom 7ten März 1853.

Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

beurkunden hiermit, daß Wir auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die Errichtung einer Sparcasse in Geithain, welche nach dem Beschlusse des Stadtraths und der Stadtverordneten daselbst von der dasigen Stadtgemeinde vertreten und für Unbemittelte zur Benutzung bestimmt sein soll, genehmigt, auch dem Uns vorgelegten Regulative für diese Sparcasse, unter Bewilligung der in §§ 14, 16, 17 und 18 enthaltenen Rechtsvergünstigungen, die nachgesuchte Bestätigung dergestalt ertheilt haben, daß dessen Inhalte allenthalben auf das Genaueste nachzugehen ist.

Hierüber ist gegenwärtiges

Bestätigungsdecret

ausgefertigt und von Uns eigenhändig unter Beidruckung Unseres Königlichen Siegels vollzogen worden.

Dresden, am 7ten März 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

§ 14. Alle Zahlungen auf Einlagen und Zinsen werden an den Vorzeiger des Sparcassenbuchs, welcher als rechtmäßiger Inhaber angesehen wird, geleistet und die Sparcasse wird durch die darin bewirkte Abschreibung der gezahlten Gelder, sowie bei Rückzahlungen des ganzen Capitals, durch die Rückgabe des Sparcassenbuchs von allen weiteren Ansprüchen befreit.

Zahlungen der Einlagen und Zinsen an den Inhaber des Sparcassenbuchs.

§ 16. Um den Eigenthümer entwendeter, oder auf andere Art abhanden gekommener Bücher, so viel möglich, zu Hülfe zu kommen, wird man auf eine bei der Expedition gemachte Anzeige, sofern nicht etwa bereits die Rückzahlung geschehen ist, den Verlust, gegen Erlegung der dadurch erwachsenden Kosten, in der Leipziger Zeitung und dem hiesigen Localblatte öffentlich bekannt machen und den Inhaber auffordern, wenn er gerechte Ansprüche an das Buch zu haben vermeine, sich alsbald damit bei der Expedition zu melden, auch wird dann drei Monate lang mit der Zahlung von Capital und Zinsen angehalten. Wird in dieser Zeit das Buch durch einen Anderen, als der den Verlust anzeigte, bei der Expedition producirt, so wird die Sache zur weiteren Erörterung sofort an das Königliche Gericht zu Geithain, vor welchem auch alle Streitigkeiten über das Eigenthum an Sparcassenbüchern und Einlagen ausschließlich entschieden werden sollen, abgegeben. Wo nicht, so erhält der Anzeiger, nach Verlauf von drei Monaten, wenn er zuvor bei der vorbemerkten Justizbehörde sein Eigenthum und den erlittenen Diebstahl oder Verlust eidlich bestärkt hat, ein neues Buch; das alte ist für völlig ungültig zu erklären und dieß mit der Bezeichnung der Nummer desselben, wie vorstehend, öffentlich bekannt zu machen.

Verfahren, wenn Sparcassenbücher entwendet oder abhanden gekommen sind.

§ 17. Verkümmerung in die Sparcasse eingelegter Gelder, in irgend einem anderen, als in dem § 16 erwähnten Falle, findet nicht Statt. Doch kann die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner sich etwa vorfindenden Quittungsbücher der Sparcasse nicht gehindert werden.

Ausschluß von Verkümmerungen.

§ 18. Gegen die in gegenwärtiger Sparcassenordnung festgesetzten Fristen und Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

Ausschluß der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

№ 31) Bekanntmachung eines Rechtssatzes;

vom 22sten December 1852.

Mit Genehmigung des Königlichen Ministeriums der Justiz wird nachstehender Rechtssatz, welchen das Oberappellationsgericht in Gemäßheit deshalb gefaßten Beschlusses seinen Entscheidungen unterlegt, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

In Gemäßheit der § 41 der deutschen Wechselordnung ertheilten Bestimmung, der die Schlußworte in § 92 nicht entgegenstehen, sind dem Inhaber eines trassirten Wechsels zur Befolgung der ihm bei verweigerter Zahlung obliegenden, die Regreßnehmung bedingenden, wechselmäßigen Solennität drei Tage, nämlich außer dem eigentlichen im Wechsel bezeichneten, oder, wenn dieser auf einen christlichen Feiertag fiele, außer dem solchenfalls auf diesen als Zahltag eintre-

tenden nächsten Werktage, noch die diesem Verfalltage oder Zahlungstage folgenden nächsten zwei Werktage dergestalt ausgesetzt worden, daß der Protest Mangels Zahlung für rechtzeitig erfolgt zu achten, wenn er nur an einem dieser Werktage erhoben worden.

Einer völlig gleichen Beurtheilung sind auch diejenigen Proteste unterworfen, die bei domicilirten trocknen Wechseln, und bei Anweisungen erfordert werden, um damit den Regreß auf den Aussteller und die Indossanten zu bewirken.

Nach diesen Grundsätzen sind nicht nur die im Königreiche Sachsen erhobenen, sondern alle bei den in Deutschland zahlbar gestelleten Wechseln vorkommenden Proteste zu beurtheilen.

Dresden, am 22sten December 1852.

Königlich Sächsisches Oberappellationsgericht.

Dr. v. Langenn. Plesch.

№ 32) Verordnung,

den theilweisen Wegfall der Zuschläge zu den directen Steuern auf das Jahr 1853 betreffend;

vom 30sten April 1853.

Mit Genehmigung Sr. Majestät des Königs und in Berücksichtigung der bisherigen günstigen Ergebnisse bei den Staatseinnahmen findet das Finanzministerium sich bewogen, dem von der letzten Ständeversammlung gestellten Antrage auf thunlichste Gewährung eines Erlasses bei den directen Steuern in nachbemerkter Weise stattzugeben, und verordnet demnach, wie folgt:

§ 1. Von den durch das Finanzgesetz vom 27sten Mai 1852, § 2 unter b, aa und bb ausgeschriebenen und in der Ausführungsverordnung zu diesem Gesetze von demselben Tage §§ 1 und 2 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 88 und 90) auf die einzelnen Steuertermine vertheilten Zuschlägen zu den directen Steuern sind auf das Jahr 1853 unerhoben zu lassen:

der zweite Pfennig bei der Grundsteuer

und

ein halber Jahresbetrag bei der Gewerbe- und Personalsteuer.

§ 2. Der Wegfall dieser Zuschläge hat bei den letzten dießjährigen Steuerterminen stattzufinden und es sind daher

a) bei der Grundsteuer,

auf den 4ten Termin, den 1sten November laufenden Jahres nur

Zwei Pfennige ordentliche Steuer von jeder Steuereinheit, und

b) bei der Gewerbe- und Personalsteuer,

auf den 2ten Termin, den 15ten October laufenden Jahres nur

ein halber Jahresbetrag ordentliche Steuer

zu erheben.

Dahingegen hat es bei der Steuererhebung auf die übrigen Termine des laufenden Jahres, wie sie in der vorgedachten Ausführungsverordnung zum Finanzgesetze vom 27sten Mai 1852, §§ 1 und 2 bestimmt ist, ingleichen bei der daselbst wegen Beurtheilung der Steuerpflicht der Contribuenten ertheilten Vorschrift allenthalben sein Verbleiben.

§ 3. Die Steuerrechnungen auf das Jahr 1853 sind demnach auch nur auf

neun Pfennige ordentliche Steuer und
einen Pfennig Zuschlag } bei der Grundsteuer

und auf

einen vollen Jahresbetrag ordentliche Steuer und
einen halben Jahresbetrag als Zuschlag } bei der Gewerbe- und Personalsteuer

zu stellen.

§ 4. Die vorstehend in §§ 1 und 2 wegen der Gewerbe- und Personalsteuerzuschläge getroffenen Bestimmungen leiden auf die im Cataster nicht aufgenommenen Steuerbeiträge derjenigen Personen, welche Gewerbe im Umherziehen treiben, keine Anwendung; vielmehr haben Gewerbtreibende dieser Art die Gewerbesteuer in dem durch das Finanzgesetz vom 27sten Mai 1852, § 2 unter b, bb ausgeschriebenen Betrage (vergl. § 3 der zugehörigen Ausführungsverordnung von demselben Tage) zu verrechten.

§ 5. Hinsichtlich der Einnehmergebühren für den Grundsteuerzuschlag bewendet es bei der in § 4 der vorgedachten Ausführungsverordnung vom 27sten Mai 1852 getroffenen Bestimmung, wogegen die Festistellung der Einnehmergebühren für den Gewerbe- und Personalsteuerzuschlag auf heuriges Jahr zur Zeit noch vorbehalten bleibt.

§ 6. Ueber die Modificationen, welche die für die Rechnungslegung bisher ertheilt gewesenen Vorschriften (vergl. § 6 der Verordnung vom 13ten September 1851, Seite 327 des Gesetz- und Verordnungsblattes) zu erleiden haben, wird besondere Anordnung für die Steuerbehörden ergehen.

§ 7. Die Bestimmung in § 5 der Ausführungsverordnung zum Finanzgesetze vom 27sten Mai 1852 bezüglich der Aufweisung der Personalsteuerquittungen bei Erhebung von Besoldung ꝛc. bleibt unverändert.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, den 30sten April 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Zenker.

№ 33) Verordnung,
einige Abänderungen des Vereins-Zolltarifs betreffend;
vom 4ten Mai 1853.

Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Die Regierungen der zum Zollvereine gehörenden Staaten sind übereingekommen, den für die Jahre 1846, 1847 und 1848 erlassenen Zolltarif und die denselben ergänzenden Erlasse, welche in Gemäßheit der Verordnung vom 4ten November 1848 (Seite 199 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1848) bis auf Weiteres in Kraft sind, in einzelnen Bestimmungen abzuändern.

Demzufolge wird hierdurch bestimmt, daß nachstehende Abänderungen jener Vorschriften, vom 1sten Juli 1853 an, bis auf Weiteres, in Wirksamkeit treten sollen.

I. Von nachfolgenden Artikeln sind, anstatt der bisherigen Eingangszollsätze, die beigefügten Sätze zu erheben, und zwar von:

1) Wein und Most, auch Cider, in Fässern eingehend, 6 Thlr. oder 10 Fl. 30 Xr. vom Centner (Pos. 25 Material- ꝛc. Waaren);
2) Kaffee, rohem, und Kaffee-Surrogaten, 5 Thlr. oder 8 Fl. 45 Xr. vom Centner (Pos. 25 Material- ꝛc. Waaren);
3) Tabaksblättern, unbearbeiteten, und Stengeln, 4 Thlr. oder 7 Fl. vom Centner (Pos. 25 Material- ꝛc. Waaren);
4) Thee, 8 Thlr. oder 14 Fl. vom Centner (Pos. 25 Material- ꝛc. Waaren).

II. Die Bestimmung unter Litt. C der Verordnung vom 1sten November 1845 (Seite 201 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1845), die Bekanntmachung des Vereins-Zolltarifs auf die dreijährige Periode $\frac{1846}{1848}$ betreffend, durch welche der Eingangszollsatz für Franzbranntwein einstweilen auf 16 Thlr. oder 28 Fl. vom Centner festgesetzt wurde, tritt außer Kraft und an dessen Stelle der in dem Zolltarife für die Jahre 1846, 1847 und 1848 vorgeschriebene Eingangszollsatz von 8 Thlr. oder 14 Fl. vom Centner.

Hiernach haben sich die Zoll- und Steuerbeamten, sowie Alle, die es angeht, zu achten.

Urkundlich haben Wir die gegenwärtige Verordnung eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 4ten Mai 1853.

Friedrich August.

LS Johann Heinrich August Behr.

Letzte Absendung: am 10ten Mai 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
7tes Stück vom Jahre 1853.

№ 34) Bekanntmachung,
die telegraphische Verbindung des Königreichs Sachsen mit Belgien und Frankreich betreffend;
vom 6ten Mai 1853.

Nachdem zwischen der Königl. Preußischen Regierung, zugleich in Vertretung der übrigen zum Deutsch-Oesterreichischen Telegraphenvereine gehörenden Regierungen, und der Kaiserl. Französischen sowie der Königl. Belgischen Regierung zur Erzielung eines gleichmäßigen Tarifs und übereinstimmender reglementarischer Vorschriften für die internationale telegraphische Correspondenz unter dem 4ten October 1852 ein Vertrag abgeschlossen und inmittelst auch ratificirt worden ist, welcher mit dem 15ten des jetzigen Monats zur Ausführung kommen wird, so wird Solches andurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß vom gedachten Tage an sowohl die öffentliche als die Privat-Correspondenz nach den durch die Königl. Direction der Staatstelegraphen bekannt zu machenden Französischen und Belgischen Telegraphenstationen, und zu den durch dieselbe zu veröffentlichenden Gebührensätzen, befördert werden wird.

Dresden, den 6ten Mai 1853.

Finanz-Ministerium.
Behr. Opelt.

№ 35) Verordnung,
eine mit der Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Regierung wegen der Uebernahme Ausgewiesener abgeschlossene Uebereinkunft betreffend;
vom 20sten April 1853.

Nachdem zwischen der Königl. Sächsischen und der Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Regierung durch erfolgten Austausch gleichlautender Ministerialerklärungen die Uebereinkunft getroffen worden ist, hinsichtlich der Uebernahme Auszuweisender den Grundsatz gegenseitig zur Anwendung bringen zu lassen,

daß jeder der beiden Staaten seine ursprünglichen Angehörigen (Unterthanen, Staatsbürger), auch wenn sie die Angehörigkeit (Unterthanenschaft, Staatsbürgerschaft) nach der inländischen Gesetzgebung verloren haben sollten, auf den Antrag des anderen Staats so lange wieder auf sein Gebiet zu übernehmen habe, als jene nicht diesem anderen Staate nach dessen eigener, innerer Gesetzgebung angehörig geworden,

so wird dieß hiermit zur Nachachtung der Behörden und Aller, die es angeht, zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, den 20sten April 1853.

Ministerium des Innern.
Freiherr von Beust. Eppendorf.

№ 36) Decret

wegen Bestätigung der Statuten für die Sparcasse zu Jöhstadt;

vom 26sten April 1853.

Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

thun hiermit kund und zu wissen, daß Wir auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern zu der von dem Stadtrathe zu Jöhstadt im Einverständisse mit den dasigen Stadtverordneten beabsichtigten Errichtung einer von der Stadtgemeinde zu vertretenden Sparcassenanstalt für die Bewohner von Jöhstadt und der Umgegend Unsere Genehmigung ertheilt und den dafür entworfenen Statuten, welche in den §§ 12, 14, 15 und 16 einige Abweichungen von dem gemeinen Rechte enthalten, Unsere Bestätigung mit der Wirkung verliehen haben, daß deren Inhalte von Allen, die es angeht, genau nachgegangen werden soll.

Zu dessen Beurkundung ist dieses

Decret

ausgefertigt und unter Beidruckung Unseres Königl. Siegels von Uns eigenhändig vollzogen worden.

Dresden, den 26sten April 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

Statut einer Sparcaſſenanſtalt für die Stadt Jöhſtadt.

ꝛc. ꝛc.

§ 12. Rückzahlungen erfolgen, dafern nicht der Verluſt oder die Entwendung des zur Rückzahlung producirten Einlage- und Quittungbuchs bereits bei der Caſſe angezeigt worden iſt (ſ. § 14), unweigerlich an den Ueberbringer des Einlage- und Quittungsbuchs, die Caſſe iſt daher für den Nachtheil, der durch den Mißbrauch eines ſolchen Buchs für den wirklichen Eigenthümer entſtehen ſollte, durchaus nicht verantwortlich.

ꝛc. ꝛc.

§ 14. Sollte dem Einleger ein ſolches Einlage- und Quittungsbuch abhanden kommen, ſo iſt die Deputation davon ſofort in Kenntniß zu ſetzen. Dieſe wird ſodann, gegen Erlegung der dadurch verurſachten Koſten, in geeigneten öffentlichen Blättern — für jetzt dem Annaberger Wochenblatte und der Leipziger Zeitung — den Verluſt, unter Bemerkung der Nummer und des Namens, auf welchen das Buch geſtellt iſt, bekannt machen, und den etwaigen Inhaber auffordern, wenn er gerechte Anſprüche auf daſſelbe zu haben vermeint, ſich damit, bei Verluſt derſelben, innerhalb dreier Monate zu melden, binnen dieſer Friſt aber mit Zahlung an Capital und Zinſen anſtehen.

Wird innerhalb dieſer Friſt das Buch durch einen Anderen, als den, der den Verluſt anzeigt, bei der Caſſenexpedition producirt; ſo wird die Sache zu weiterer Erörterung ſofort an das Königliche Gericht hier abgegeben, wo nicht, ſo erhält der Anzeiger, nach Verfluß jener 3 Monate, wenn er zuvor ſein Eigenthum und den Verluſt vor dem Gerichte allhier, oder, auf ſein Verlangen, auf dießfalls erlaſſene Requiſition, vor ſeiner Obrigkeit, eidlich beſtärkt haben wird, Zahlung oder ein neues Buch, und das alte iſt ſodann für völlig ungültig zu halten.

Jeder Inhaber eines Sparcaſſenbuchs hat daher ſolches ſorgfältig aufzubewahren und, dafern ihm ſolches abhanden kommen ſollte, ſofort am nächſten Expeditionstage bei der Deputation, oder auch, wie ihm ebenfalls freiſteht, noch vor dem nächſten Expeditionstage bei der Rathsexpedition Anzeige hiervon zu erſtatten, im Unterlaſſungsfalle aber ſich ſelbſt den daraus für ihn erſtehenden Nachtheil beizumeſſen.

§ 15. Die eingezahlten Gelder nebſt Zinſen, ſowie die darüber ausgeſtellten Einlage- und Quittungsbücher ſind einer Verkümmerung nicht unterworfen, jedoch mag dadurch die Hülfsvollſtreckung in die bei einem Schuldner ſich vorfindenden Einlage- und Quittungsbücher keineswegs ausgeſchloſſen werden.

§ 16. Gegen alle in dieſem Sparcaſſenregulative angedrohten Rechtsnachtheile und gegen Verſäumniß der darin feſtgeſetzten Friſten findet eine Wiedereinſetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

ꝛc. ꝛc.

№ 37) Bekanntmachung,

die Beibringung der Reifezeugnisse Behufs der Aufnahme auf die Forstacademie zu Tharandt betreffend;

vom 25sten Mai 1853.

Nachdem von dem Finanzministerium beschlossen worden ist, daß der § 15 der Verordnung, den Staatsforstdienst betreffend, vom 27sten November 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 398) verlangte Nachweis der § 14 unter Num. 2 gedachten wissenschaftlichen Vorbildung künftig nicht mehr blos durch ein Reifezeugniß der Realschule zu Neustadt-Dresden, sondern auch durch Reifezeugnisse der Annen-Realschule zu Altstadt-Dresden, sowie der Realschulen zu Leipzig und Annaberg beigebracht werden kann, weil nach der Erklärung des Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts die zuletzt genannten drei Schulanstalten das gleiche Ziel wie die Realschule zu Neustadt-Dresden erreichen, so wird solches andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Dresden, den 25sten Mai 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Berger.

№ 38) Verordnung

an sämmtliche Criminalbehörden, die Abgabe von Exemplaren confiscirter und zu vernichtender Preßerzeugnisse an das Ministerium des Innern betreffend;

vom 30sten Mai 1853.

Nachdem für nöthig befunden worden ist, daß von denjenigen Preßerzeugnissen, welche wegen ihres verbrecherischen Inhalts nach der Bestimmung in § 28 des Gesetzes, die Angelegenheiten der Presse betreffend, vom 14ten März 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 68 fg.) zu confisciren und zu vernichten sind, in jedem einzelnen Falle ein Exemplar von der Vernichtung ausgeschlossen und dieses Exemplar an das Ministerium des Innern eingereicht werde; so werden die sämmtlichen Criminalbehörden, denen die Vernichtung der Exemplare eines als verbrecherisch verurtheilten Preßerzeugnisses obliegt, zu gebührender Nachachtung hiervon in Kenntniß gesetzt.

Dresden, den 30sten Mai 1853.

Ministerium der Justiz.

Dr. Zschinsky. Manitius.

Letzte Absendung: am 6ten Juli 1853.

Gesetz-und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

8tes Stück vom Jahre 1853.

№ 39) Verordnung,

die Fortdauer und Erweiterung der mit mehreren deutschen Staaten abgeschlossenen Zoll-, Handels- und Steuer-Verträge betreffend;

vom 18ten Juni 1853.

Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Nachdem in Folge der zwischen den Staaten des dermaligen größeren, deutschen Zollvereins stattgehabten Verhandlungen nicht allein die Fortdauer dieses, zum Behufe eines gemeinsamen Zoll- und Handelssystems errichteten, nach den dießfallsigen Verträgen mit Ablauf dieses Jahres zu Ende gehenden Vereins vorläufig auf weitere zwölf Jahre, vom 1sten Januar 1854 an, unter gewissen, durch veränderte Verhältnisse gebotenen Modificationen wiederum gesichert, sondern derselbe auch durch den Anschluß des dermaligen Steuervereins, auf Grund des zwischen den Regierungen der Königreiche Preußen und Hannover am 7ten September 1851 abgeschlossenen, von den übrigen Zollvereinsstaaten und dem Großherzogthume Oldenburg ebenfalls angenommenen Vertrags, erweitert worden ist; ferner dem zwischen Oesterreich und Preußen zunächst auf die Dauer der 12 Jahre 1854 bis mit 1865 abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage vom 19ten Februar 1853 sämmtliche übrige deutsche Vereinsstaaten beigetreten, nicht minder endlich die Verträge des engeren Steuerverbandes im Zollvereine ebenfalls vorläufig auf zwölf Jahre, vom 1sten Januar 1854 an, erneuert worden sind: so bringen Wir nunmehr, angefügt, die nachbemerkten Staatsverträge und zwar:

unter A.

den Vertrag zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt,

die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins betreffend,

vom 4ten April 1853;

unter Aa.

die dazu gehörige, im Artikel 12 des nurgedachten Vertrags angezogene Uebereinkunft zwischen denselben Staaten

wegen Besteuerung des Rübenzuckers,

vom 4ten April 1853;

unter B.

den im Artikel 41 des zuerst aufgeführten Vertrags ebenfalls erwähnten Handels- und Zollvertrag zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich und Sr. Majestät dem Könige von Preußen,

vom 19ten Februar 1853,

nebst den zu demselben gehörigen Beilagen I, II, III und IV;

unter C.

den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen und den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten wegen Fortsetzung des Vertrags vom 8ten Mai 1841

über die gleiche Besteuerung inuerer Erzeugnisse,

vom 4ten April 1853;

und endlich

unter D.

den Vertrag zwischen Preußen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, den außer Preußen und Kurhessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten, Braunschweig und Oldenburg,

die gleiche Besteuerung von Wein und Tabak, sowie den gegenseitig freien Verkehr mit diesen Artikeln und die Gemeinschaftlichkeit der Uebergangsabgaben von denselben betreffend,

vom 4ten April 1853;

nachdem deren Ratification von Seiten sämmtlicher dabei betheiligten Regierungen erfolgt ist, hiermit zur öffentlichen Kenntniß und verordnen, daß Unsere sämmtlichen Behörden und Unterthanen nach deren Inhalte sich gebührend achten.

Wegen Ausführung jener Verträge wird seiner Zeit, soweit nöthig, besondere Anordnung ergehen.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und derselben Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

So geschehen zu Dresden, den 18ten Juni 1853.

Friedrich August.

LS Johann Heinrich August Behr.

A.

Vertrag

zwischen

Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt,

die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereines

betreffend.

Nachdem die Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, der bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt,

im Anerkenntniß der wohlthätigen Wirkungen, welche der auf den Verträgen vom 22. und 30. März und 11. Mai 1833, vom 12. Mai und 10. Dezember 1835, vom 2. Januar 1836 und vom 8. Mai, 19. Oktober und 13. November 1841 beruhende Zoll- und Handelsverein, den bei dessen Gründung gehegten Absichten entsprechend, für den Handel und gewerblichen Verkehr der daran betheiligten Staaten herbeigeführt hat, und welche von einer weiteren Ausdehnung des gegenseitig freien Handels und gewerblichen Verkehrs zwischen Ihren Staaten für die Wohlfahrt Ihrer Unterthanen und zugleich für die Beförderung der allgemeinen Handels- und Verkehrsfreiheit in Deutschland zu erwarten stehen,

in dem Wunsche übereingekommen sind, sowohl den Fortbestand des gedachten Zoll- und Handelsvereins sicherzustellen, als auch den Steuerverein, auf Grund des zwischen den Regierungen von Preußen und Hannover am 7. September 1851 abgeschlossenen Vertrages, welchem Oldenburg durch Vertrag vom 1. März 1852 beigetreten ist, mit diesem Vereine zu vereinigen: so sind zur Erreichung dieser Zwecke Verhandlungen gepflogen worden, wozu als Bevollmächtigte ernannt haben:

Seine Majestät der König von Preußen:
Allerhöchst Ihren General-Direktor der Steuern Johann Friedrich von Pommer Esche,
Allerhöchst Ihren Geheimen Legationsrath Alexander Max Philipsborn
und
Allerhöchst Ihren Geheimen Regierungsrath Martin Friedrich Rudolph Delbrück;

Seine Majestät der König von Bayern:
Allerhöchst Ihren Ministerialrath Carl Meixner;

Seine Majestät der König von Sachsen:
Allerhöchst Ihren Zoll- und Steuer-Direktor Bruno von Schimpff;

Seine Majestät der König von Hannover:
Allerhöchst Ihren General-Direktor der indirecten Steuern und Zölle Dr. Otto Klenze;

Seine Majestät der König von Württemberg:
Allerhöchst Ihren Direktor im Finanz-Ministerium Carl Friedrich von Sigel;

Seine Königliche Hoheit der Regent von Baden:
Höchst Ihren Ministerialrath Joseph Hack;

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen:
Höchst Ihren Geheimen Ober-Finanzrath Wilhelm Duysing;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein:
Höchst Ihren Ministerialrath Maximilian von Biegeleben;

Die bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsverein betheiligten Souveraine, nämlich außer Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten von Hessen:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach,
Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen,
Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg,
Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha,
Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt,
Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen;

Seine Durchlaucht der Fürst von Reuß älterer Linie
und

Seine Durchlaucht der Fürst von Reuß jüngerer Linie:
den Großherzoglich Sächsischen Geheimen Staatsrath Gustav Thon;

Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig und Lüneburg:
Höchst Ihren Finanz-Direktor Wilhelm Erdmann Florian von Thielau;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg:
Höchst Ihren Geschäftsträger am Königlich Preußischen Hofe Legationsrath Dr. Friedrich August Liebe;

Seine Hoheit der Herzog von Nassau:
Höchst Ihren Domänenrath Ernst Freiherrn Marschall von Bieberstein;

der Senat der freien Stadt Frankfurt:
den Schöffen und Senator Coester;

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen worden ist.

Art. 1. Der zwischen den Königreichen Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, dem Großherzogthum Baden, dem Kurfürstenthum und dem Großherzogthum Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten, den Herzogthümern Braunschweig und Nassau und der freien Stadt Frankfurt, Behufs eines gemeinsamen Zoll- und Handelssystems errichtete Verein wird vorläufig auf weitere zwölf Jahre, vom 1. Januar 1854 anfangend, also bis zum letzten Dezember 1865, fortgesetzt.

Für diesen Zeitraum bleiben die Zollvereinigungs-Verträge vom 22. und 30. März und 11. Mai 1833, vom 12. Mai und 10. Dezember 1835, vom 2. Januar 1836 und vom 8. Mai, 19. Oktober und 13. November 1841 auch ferner in Kraft.

Art. 2. Der zwischen dem Königreich Hannover, dem Herzogthum Oldenburg und den ihnen angeschlossenen Gebieten dermalen bestehende Steuerverein wird, vom 1. Januar 1854 an, mit dem zwischen den übrigen kontrahirenden Staaten im Artikel 1. erneuerten Zoll- und Handelsvereine verbunden, dergestalt, daß beide Vereine für die Dauer der im Artikel 1. erwähnten Vertrags-Periode einen durch ein gemeinsames Zoll- und Handelssystem verbundenen, und alle darin begriffenen Länder umfassenden Gesammtverein bilden.

Die Rechte und Verpflichtungen, welche in den, im Artikel 1. genannten Zollvereinigungs-Verträgen gegenseitig zugestanden und übernommen sind, sollen, soweit nicht etwas Anderes besonders verabredet ist, auch dem Königreiche Hannover und dem Herzogthum Oldenburg zustehen und obliegen und zwar sowohl in dem Verhältniß beider Staaten zu einander, als auch in dem Verhältniß eines jeden derselben zu den übrigen kontrahirenden Staaten. Zur Feststellung der erwähnten Rechte und Verpflichtungen wird der Inhalt jener Verträge mit diesen besonderen Verabredungen in Nachstehendem aufgenommen.

Art. 3. In den Gesammtverein sind insbesondere auch diejenigen Staaten einbegriffen, welche schon früher entweder mit ihrem ganzen Gebiete, oder mit einem Theile desselben dem Zoll- und Handelssysteme eines oder des anderen der kontrahirenden Staaten beigetreten sind, unter Berücksichtigung ihrer auf den Beitrittsverträgen beruhenden besonderen Verhältnisse zu den Staaten, mit welchen sie jene Verträge abgeschlossen haben.

Art. 4. Dagegen bleiben von dem Gesammtvereine vorläufig ausgeschlossen diejenigen einzelnen Landestheile der kontrahirenden Staaten, welche sich ihrer Lage wegen zur Aufnahme in den Gesammtverein nicht eignen.

Hierbei werden jedoch in Beziehung auf die schon bisher zum Zollvereine gehörigen Staaten diejenigen Anordnungen aufrecht erhalten, welche rücksichtlich des erleichterten Verkehrs der ausgeschlossenen Landestheile mit dem Hauptlande gegenwärtig bestehen.

Weitere Begünstigungen dieser Art können nur im gemeinschaftlichen Einverständnisse der Vereinsglieder bewilligt werden.

Art. 5. In den Gebieten der kontrahirenden Staaten sollen übereinstimmende Gesetze über Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben bestehen, dabei jedoch diejenigen Modifikationen zulässig sein, welche, ohne dem gemeinsamen Zwecke Abbruch zu thun, aus der Eigenthümlichkeit der allgemeinen Gesetzgebung eines jeden Theil nehmenden Staates oder aus lokalen Interessen sich als nothwendig ergeben. Bei dem Zolltarife namentlich sollen hierdurch in Bezug auf Eingangs- und Ausgangs-Abgaben bei einzelnen, weniger für den größeren Handels-Verkehr geeigneten Gegenständen, und in Bezug auf Durchgangs-Abgaben, je nachdem der Zug der Handelsstraßen es erfordert, solche Abweichungen von den allgemein angenommenen Erhebungssätzen, welche für einzelne Staaten als vorzugsweise wünschenswerth erscheinen, nicht ausgeschlossen sein, sofern sie auf die allgemeinen Interessen des Vereins nicht nachtheilig einwirken.

Desgleichen soll auch die Verwaltung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben und die Organisation der dazu dienenden Behörden in allen Ländern des Gesammtvereins, unter Berücksichtigung der in denselben bestehenden eigenthümlichen Verhältnisse, auf gleichen Fuß gebracht werden.

Art. 6. Veränderungen in der Zollgesetzgebung, mit Einschluß des Zolltarifs und der Zollordnung, sowie Zusätze und Ausnahmen können nur auf demselben Wege und mit gleicher Uebereinstimmung sämmtlicher Glieder des Gesammtvereins bewirkt werden, wie die Einführung der Gesetze erfolgt.

Dies gilt auch von allen Anordnungen, welche in Beziehung auf die Zollverwaltung allgemein abändernde Normen aufstellen.

Art. 7. Mit der Ausführung des gegenwärtigen Vertrages tritt zwischen den kontrahirenden Staaten Freiheit des Handels und Verkehrs und zugleich Gemeinschaft der Einnahme an Zöllen ein, wie beide in den folgenden Artikeln bestimmt werden.

Art. 8. Es hören von diesem Zeitpunkte an alle Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben an den gemeinschaftlichen Landesgrenzen der schon jetzt zum Zollverein gehörenden Staaten und der dermalen zum Steuerverein gehörenden Staaten auf, und es können alle im freien Verkehr des einen Gebietes bereits befindlichen Gegenstände auch frei und unbeschwert in das andere Gebiet gegenseitig eingeführt werden, mit alleinigem Vorbehalte

a) der zu den Staats-Monopolien gehörigen Gegenstände (Spielkarten und Salz), nach Maaßgabe der Artikel 9. und 10.;

b) der im Innern der kontrahirenden Staaten mit einer Steuer belegten inländischen Erzeugnisse, nach Maaßgabe des Artikels 11.

Art. 9. Hinsichtlich der Einfuhr von Spielkarten behält es bei den in den kontrahirenden Staaten bestehenden Verbots- oder Beschränkungs-Gesetzen sein Bewenden.

Art. 10. In Betreff des Salzes treten die Königlich Hannoversche und die Großherzoglich Oldenburgische Regierung den zwischen den kontrahirenden Vereins-Regierungen getroffenen Verabredungen in folgender Art bei.

a) Die Einfuhr des Salzes und aller Gegenstände, aus welchen Kochsalz ausgeschieden zu werden pflegt, aus fremden, nicht zum Vereine gehörigen Ländern in die Vereinsstaaten ist verboten, in soweit dieselbe nicht für eigene Rechnung einer der vereinten Regierungen, und zum unmittelbaren Verkaufe in ihren Salz-Aemtern, Faktoreien oder Niederlagen geschieht.

b) Die Durchfuhr des Salzes und der vorbezeichneten Gegenstände aus den zum Vereine nicht gehörigen Ländern in andere solche Länder soll nur mit Genehmigung der Vereinsstaaten, deren Gebiet bei der Durchfuhr berührt wird, und unter den Vorsichtsmaaßregeln Statt finden, welche von denselben für nöthig erachtet werden.

c) Die Ausfuhr des Salzes in fremde, nicht zum Vereine gehörige Staaten ist frei.

d) Was den Salzhandel innerhalb der Vereinsstaaten betrifft, so ist die Einfuhr des Salzes von einem in den anderen nur in dem Falle erlaubt, wenn zwischen den Landes-Regierungen besondere Verträge deshalb bestehen.

e) Wenn eine Regierung von einer anderen innerhalb des Gesammt-Vereins aus Staats- oder Privat-Salinen Salz beziehen will, so müssen die Sendungen mit Pässen von öffentlichen Behörden begleitet werden.

Zu diesem Ende verpflichten sich die betheiligten Regierungen, auf den Privat-Salinen einen öffentlichen Beamten aufzustellen, der den Umfang der Produktion und des Absatzes derselben überhaupt zu beobachten hat.

f) Wenn ein Vereinsstaat durch einen anderen aus dem Auslande oder aus einem dritten Vereinsstaate seinen Salzbedarf beziehen, oder durch einen solchen sein

Salz in fremde, nicht zum Vereine gehörige Staaten versenden lassen will, so soll diesen Sendungen kein Hinderniß in den Weg gelegt werden, jedoch werden, insofern dieses nicht schon durch frühere Verträge bestimmt ist, durch vorgängige Uebereinkunft der betheiligten Staaten die Straßen für den Transport und die erforderlichen Sicherheitsmaaßregeln zur Verhinderung der Einschwärzung verabredet werden.

g) Da es, nach der bestimmten Erklärung der Königlich Hannoverschen Regierung, unübersteigliche Schwierigkeiten findet, im dortigen Gebiete den Verkauf des Salzes en gros, wie dies im übrigen Gebiete des Zollvereins geschieht, auf Rechnung des Staates zu übernehmen und zu beschränken, oder doch den jetzigen Betrag ihrer Salzsteuer zu erhöhen, so werden die Regierungen von Hannover und Oldenburg, um Einschwärzungen von Salz in die angrenzenden Vereinsstaaten, auch ohne die, in Folge der Zollvereinigung wegfallende strenge Grenzbewachung abzuwenden, die verbotene Salzeinfuhr nach diesen Staaten mit nachdrücklichen Strafen bedrohen und durch andere, näher verabredete Mittel zu deren Verhinderung mitwirken.

Art. 11. In Bezug auf diejenigen Erzeugnisse, welche in den einzelnen Vereinsstaaten theils bei ihrer Hervorbringung oder Zubereitung, theils unmittelbar bei ihrem Verbrauche mit einer inneren Steuer belegt sind (Artikel 8. Litt. b.), wird es von sämmtlichen kontrahirenden Theilen als wünschenswerth anerkannt, hierin eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung und der Besteuerungssätze in den Vereinsstaaten thunlichst hergestellt zu sehen, und es wird daher auch ihr Bestreben auf Herbeiführung einer solchen Gleichmäßigkeit, insbesondere durch Vereinigung mehrerer Staaten zu gleichen inneren Steuer-Einrichtungen, mit oder ohne Gemeinschaftlichkeit der Steuer-Erträge, gerichtet sein. Bis dahin, wo dieses Ziel erreicht worden, sollen hinsichtlich der vorbemerkten Steuern und des Verkehrs mit den davon betroffenen Gegenständen unter den Vereinsstaaten, zur Vermeidung der Nachtheile, welche aus einer Verschiedenartigkeit der inneren Steuer-Systeme überhaupt, und namentlich aus der Ungleichheit der Steuersätze, sowohl für die Produzenten, als für die Steuer-Einnahme der einzelnen Vereinsstaaten erwachsen könnten — abgesehen von der Besteuerung des im Umfange des Zollvereins erzeugten Rübenzuckers, weshalb auf die besonders getroffenen Vereinbarungen Bezug genommen wird — folgende Grundsätze in Anwendung kommen.

I. Hinsichtlich der ausländischen Erzeugnisse.

Von allen Erzeugnissen, von welchen entweder auf die in der Zoll-Ordnung vorgeschriebene Weise dargethan wird, daß sie als ausländisches Ein- oder Durchgangsgut die zollamtliche Behandlung bei einer Erhebungsbehörde des Vereins bereits bestanden haben

oder derselben noch unterliegen, oder von welchen, dafern sie zu den tarifmäßig zollfreien gehören, durch Bescheinigungen der Grenz-Zollämter nachgewiesen wird, daß sie vom Auslande eingeführt worden sind, darf keine weitere Abgabe irgend einer Art, sei es für Rechnung des Staats oder für Rechnung von Kommunen und Korporationen, erhoben werden, jedoch — was das Eingangsgut betrifft — mit Vorbehalt derjenigen inneren Steuern, welche in einem Vereinsstaate auf die weitere Verarbeitung oder auf anderweite Bereitungen aus solchen Erzeugnissen, ohne Unterschied des ausländischen, inländischen oder vereinsländischen Ursprungs allgemein gelegt sind.

II. Hinsichtlich der inländischen und vereinsländischen Erzeugnisse.

1. Von den innerhalb des Vereins erzeugten Gegenständen, welche nur durch einen Vereinsstaat transitiren, um entweder in einen anderen Vereinsstaat oder nach dem Auslande geführt zu werden, dürfen innere Steuern weder für Rechnung des Staats, noch für Rechnung von Kommunen oder Korporationen erhoben werden.

2. Jedem Vereinsstaate bleibt es zwar freigestellt, die auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauche von Erzeugnissen ruhenden inneren Steuern beizubehalten, zu verändern oder aufzuheben, sowie neue Steuern dieser Art einzuführen, jedoch sollen

a) dergleichen Abgaben für jetzt nur auf folgende inländische und gleichnamige vereinsländische Erzeugnisse, als: Branntwein, Bier, Essig, Malz, Wein, Most, Cider (Obstwein), Taback, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen Backwaaren, Fleisch, Fleischwaaren und Fett gelegt werden dürfen. Auch wird man sich

b) soweit nöthig, über bestimmte Sätze verständigen, deren Betrag bei Abmessung der Steuern nicht überschritten werden soll.

3. Bei allen Abgaben, welche in dem Bereiche der Vereinsländer hiernach zur Erhebung kommen, wird eine gegenseitige Gleichmäßigkeit der Behandlung dergestalt Statt finden, daß das Erzeugniß eines anderen Vereinsstaates unter keinem Vorwande höher oder in einer lästigeren Weise, als das inländische oder als das Erzeugniß der übrigen Vereinsstaaten, besteuert werden darf. In Gemäßheit dieses Grundsatzes wird Folgendes festgesetzt.

a) Vereinsstaaten, welche von einem inländischen Erzeugnisse keine innere Steuer erheben, dürfen auch das gleiche vereinsländische Erzeugniß nicht besteuern. Jedoch soll ausnahmsweise denjenigen Vereinsstaaten, in welchen kein Wein erzeugt wird, frei stehen, eine Abgabe von dem vereinsländischen Weine nach den besonders getroffenen Verabredungen zu erheben.

b) Diejenigen Staaten, in welchen innere Steuern von einem Konsumtions-Gegenstande bei dem Kaufe oder Verkaufe oder bei der Verzehrung desselben erhoben werden, dürfen diese Steuern von den aus anderen Vereinsstaaten herrührenden

Erzeugnissen der nämlichen Gattung nur in gleicher Weise fordern; sie können dagegen die Abgabe von den nach anderen Vereinsstaaten übergehenden Gegenständen unerhoben, oder ganz oder theilweise zurückgeben lassen.

c) Diejenigen Staaten, welche innere Steuern auf die Hervorbringung oder Zubereitung eines Konsumtions-Gegenstandes gelegt haben, können den gesetzlichen Betrag derselben bei der Einfuhr des Gegenstandes aus anderen Vereinsstaaten voll erheben, und bei der Ausfuhr nach diesen Staaten theilweise oder bis zum vollen Betrage zurückerstatten lassen.

Welche, dem dermaligen Stande der Gesetzgebung in den gedachten Staaten entsprechende Beträge hiernach zur Erhebung kommen und beziehungsweise zurückerstattet werden können, ist besonders verabredet worden. Treten späterhin irgendwo Veränderungen in den für die inneren Erzeugnisse zur Zeit bestehenden Steuersätzen ein, so wird die betreffende Regierung den übrigen Vereins-Regierungen davon Mittheilung machen, und hiermit den Nachweis verbinden, daß die Steuer-Beträge, welche, in Folge der eingetretenen oder beabsichtigten Veränderung, von den vereinsländischen Erzeugnissen erhoben, und bei der Ausfuhr der besteuerten Gegenstände vergütet werden sollen, den vereinbarten Grundsätzen entsprechend bemessen seien.

d) So weit zwischen mehreren, zum Zollvereine gehörigen Staaten eine Vereinigung zu gleichen Steuer-Einrichtungen besteht, werden diese Staaten in Ansehung der Befugniß, die betreffenden Steuern gleichmäßig auch von vereinsländischen Erzeugnissen zu erheben, als ein Ganzes betrachtet.

4. Die Erhebung der inneren Steuern von den damit betroffenen vereinsländischen Gegenständen soll in der Regel in dem Lande des Bestimmungsortes Statt finden, in sofern solche nicht, nach besonderen Vereinbarungen, entweder durch gemeinschaftliche Hebestellen an den Binnengrenzen, oder im Lande der Versendung für Rechnung des abgabeberechtigten Staates erfolgt. Auch sollen die, zur Sicherung der Steuer-Erhebung erforderlichen Anordnungen, soweit sie die, bei der Versendung aus einem Vereinsstaate in den anderen einzuhaltenden Straßen und Kontrolen betreffen, auf eine, den Verkehr möglichst wenig beschränkende Weise und nur nach gegenseitiger Verabredung, auch, dafern bei dem Transporte ein dritter Vereinsstaat berührt wird, nur unter Zustimmung des letzteren getroffen werden.

5. Die Erhebung von Abgaben für Rechnung von Kommunen oder Korporationen, sei es durch Zuschläge zu den Staatssteuern oder für sich bestehend, soll nur für Gegenstände, die zur örtlichen Konsumtion bestimmt sind, nach den deshalb getroffenen besonderen Vereinbarungen bewilligt werden, und es sollen dabei die vorstehend unter II. 2. b. gegebene Bestimmung und der unter II. 3. ausgesprochene allgemeine Grundsatz wegen gegen-

seitiger Gleichmäßigkeit der Behandlung der Erzeugnisse anderer Vereinsstaaten, eben so wie bei den Staatssteuern in Anwendung kommen.

Vom Taback dürfen Abgaben für Rechnung von Kommunen oder Korporationen überall nicht erhoben werden.

6. Die Regierungen der Vereinsstaaten werden sich gegenseitig

a) was die hier in Rede stehenden Staatssteuern betrifft, von allen noch gültigen Gesetzen und Verordnungen, ferner von allen in der Folge eintretenden Veränderungen, sowie von den Gesetzen und Verordnungen über neu einzuführende Steuern,

b) hinsichtlich der Kommunal- ꝛc. Abgaben aber darüber, in welchen Orten, von welchen Kommunen oder Korporationen, von welchen Gegenständen, in welchem Betrage und auf welche Weise dieselben erhoben werden,

vollständige Mittheilung machen.

Art. 12. Ueber die Besteuerung des im Umfange des Vereins aus Rüben bereiteten Zuckers ist unter den kontrahirenden Theilen die anliegende besondere Uebereinkunft getroffen worden, welche einen Bestandtheil des gegenwärtigen Vertrages bilden und ganz so angesehen werden soll, als wenn sie in diesen selbst aufgenommen wäre.

Die kontrahirenden Theile sind ferner dahin einverstanden, daß, wenn die Fabrikation von Zucker oder Syrup aus anderen inländischen Erzeugnissen, als aus Rüben, z. B. aus Stärke, im Zollvereine einen erheblichen Umfang gewinnen sollte, diese Fabrikation ebenfalls in sämmtlichen Vereinsstaaten einer übereinstimmenden Besteuerung nach den für die Rübenzuckersteuer verabredeten Grundsätzen zu unterwerfen sein würde.

Art. 13. Chausseegelder oder andere statt derselben bestehende Abgaben, ebenso Pflaster-, Damm-, Brücken- und Fährgelder, oder unter welchem andern Namen dergleichen Abgaben bestehen, ohne Unterschied, ob die Erhebung für Rechnung des Staats oder eines Privat-Berechtigten, namentlich einer Kommune geschieht, sollen sowohl auf Chausseen, als auch auf unchaussirten Land- und Heerstraßen, welche die unmittelbare Verbindung zwischen den an einander grenzenden Vereinsstaaten bilden und auf denen ein größerer Handels- und Reiseverkehr stattfindet, nur in dem Betrage beibehalten oder neu eingeführt werden können, als sie den gewöhnlichen Herstellungs- und Unterhaltungskosten angemessen sind.

Das in dem Preußischen Chausseegeld-Tarife vom Jahre 1828 bestimmte Chausseegeld soll als der höchste Satz angesehen, und hinführo in keinem der kontrahirenden Staaten überschritten werden, mit alleiniger Ausnahme des Chausseegeldes auf solchen Chausseen, welche von Korporationen oder Privatpersonen oder auf Aktien angelegt sind oder angelegt werden möchten, in sofern dieselben nur Nebenstraßen sind oder bloß lokale

Verbindungen einzelner Ortschaften oder Gegenden mit größeren Städten oder mit den eigentlichen Haupthandelsstraßen bezwecken.

Statt der vorstehend in Beziehung auf die Höhe der Chausseegelder eingegangenen Verbindlichkeit, übernehmen Hannover und Oldenburg nur die Verpflichtung, ihre dermaligen Chausseegeldsätze nicht zu erhöhen.

Besondere Erhebungen von Thorsperr- und Pflastergeldern sollen auf chaussirten Straßen da, wo sie noch bestehen, dem vorstehenden Grundsatze gemäß aufgehoben und die Ortspflaster den Chausseestrecken dergestalt eingerechnet werden, daß davon nur die Chausseegelder nach dem allgemeinen Tarife zur Erhebung kommen.

Art. 14. Seine Majestät der König von Hannover und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg schließen sich den Verabredungen an, welche zwischen den, zu dem Zoll- und Handelsvereine gehörigen Regierungen wegen Herbeiführung eines gleichen Münz-, Maaß- und Gewichtssystems getroffen worden sind, und treten insbesondere sowohl der zwischen den gedachten Regierungen unter dem 30. Juli 1838 abgeschlossenen allgemeinen Münz-Konvention, als auch dem unter denselben am 21. Oktober 1845 abgeschlossenen Münzkartel, und zwar der ersteren mit der Erklärung bei, den 14-Thalerfuß, welcher im Königreich Hannover und im Herzogthum Oldenburg bereits der Landes-Münzfuß ist, als solchen auch ferner beibehalten zu wollen.

Demgemäß kommen die Stipulationen der bisherigen Zollvereinigungs-Verträge, wonach

1. der gemeinschaftliche Zolltarif in zwei Haupt-Abtheilungen nach dem 14-Thalerfuße und nach dem $24\frac{1}{2}$-Guldenfuße ausgefertigt wird;
2. die Silbermünzen der sämmtlichen kontrahirenden Staaten — mit Ausnahme der Scheidemünze — nach der durch die vorgedachte Münz-Konvention festgestellten Gleichwerthung von Vier Thalern gegen Sieben Gulden bei allen Zoll-Hebestellen des Vereins angenommen werden; dagegen
3. hinsichtlich der Goldmünzen einer jeden Vereins-Regierung die Bestimmung überlassen bleibt, ob und in welchem Silberwerthe dieselben bei den Zoll-Hebestellen ihres Landes angenommen werden sollen,

auch für das Königreich Hannover und das Herzogthum Oldenburg zur Anwendung.

Die Einheit für das gemeinschaftliche Zollgewicht bildet der Großherzoglich Badische und Hessische Zentner (50 Kilogramme) und es wird daher im gesammten Verein die Deklaration, Verwiegung und Verzollung der nach dem Gewichte zollpflichtigen Gegenstände ausschließlich nach jenem Gewichte geschehen.

Die Deklaration, Messung und Verzollung der nach dem Maaße zu verzollenden Gegenstände wird in allen Theilen des Vereins so lange nach dem landesgesetzlichen

Maaße erfolgen, bis man sich über ein gemeinschaftliches Maaß ebenfalls vereinigt haben wird.

Uebrigens werden die kontrahirenden Regierungen ihre Sorgfalt dahin richten, auch für das Maaß- und Gewichtssystem ihrer Länder im Allgemeinen die zur Förderung des gegenseitigen Verkehrs wünschenswerthe Uebereinstimmung herbei zu führen.

Art. 15. Die Wasserzölle oder auch Wegegeld-Gebühren auf Flüssen, mit Einschluß derjenigen, welche das Schiffsgefäß treffen (Rekognitions-Gebühren), sind von der Schifffahrt auf solchen Flüssen, auf welche die Bestimmungen des Wiener Kongresses oder besondere Staatsverträge Anwendung finden, ferner gegenseitig nach jenen Bestimmungen zu entrichten, insofern hierüber nichts Besonderes verabredet wird.

Alle Begünstigungen, welche ein Vereinsstaat dem Schifffahrtsbetriebe seiner Unterthanen auf den Eingangs genannten Flüssen zugestehen möchte, sollen in gleichem Maaße auch der Schifffahrt der Unterthanen der anderen Vereinsstaaten zu Gute kommen.

Auf den übrigen Flüssen, bei welchen weder die Wiener Kongreß-Akte noch andere Staatsverträge Anwendung finden, werden die Wasserzölle nach den privativen Anordnungen der betreffenden Regierungen erhoben. Doch sollen auch auf diesen Flüssen die Unterthanen der kontrahirenden Staaten und deren Waaren und Schiffsgefäße überall gleich behandelt werden.

Art. 16. Von dem Tage an, wo die gemeinschaftliche Zollordnung des Vereins in Vollzug gesetzt wird, sollen im Königreich Hannover und im Herzogthum Oldenburg, wie bereits in den übrigen zum Zollvereine gehörigen Gebieten geschehen ist, alle etwa noch bestehenden Stapel- und Umschlagsrechte aufhören, und Niemand soll zur Anhaltung, Verladung oder Lagerung gezwungen werden können, als in den Fällen, in welchen die gemeinschaftliche Zollordnung oder die betreffenden Schifffahrts-Reglements es zulassen oder vorschreiben.

Art. 17. Kanal-, Schleusen-, Brücken-, Fähr-, Hafen-, Waage-, Krahnen- und Niederlage-Gebühren und Leistungen für Anstalten, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, sollen nur bei Benutzung wirklich bestehender Einrichtungen erhoben, und in der Regel nicht, keinenfalls aber über den Betrag der gewöhnlichen Herstellungs- und Unterhaltungskosten hinaus, erhöhet, auch überall von den Unterthanen der anderen kontrahirenden Staaten auf völlig gleiche Weise, wie von den eigenen Unterthanen, ingleichen ohne Rücksicht auf die Bestimmung der Waaren erhoben werden.

Findet der Gebrauch einer Waage-Einrichtung nur zum Behufe der Zoll-Ermittelung oder überhaupt einer zollamtlichen Kontrole Statt, so tritt eine Gebühren-Erhebung nicht ein.

Art. 18. Die kontrahirenden Staaten werden gemeinschaftlich dahin wirken, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert, und der Befugniß der Unterthanen des einen Staates, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde.

Von den Unterthanen des einen der kontrahirenden Staaten, welche in dem Gebiete eines anderen derselben Handel und Gewerbe treiben, oder Arbeit suchen, soll von dem Zeitpunkte an, wo der gegenwärtige Vertrag in Kraft treten wird, keine Abgabe entrichtet werden, welcher nicht gleichmäßig die in demselben Gewerbsverhältnisse stehenden eigenen Unterthanen unterworfen sind.

Desgleichen sollen Fabrikanten und Gewerbetreibende, welche blos für das von ihnen betriebene Geschäft Ankäufe machen, oder Reisende, welche nicht Waaren selbst, sondern nur Muster derselben bei sich führen, um Bestellungen zu suchen, wenn sie die Berechtigung zu diesem Gewerbsbetriebe in dem Vereinsstaate, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, durch Entrichtung der gesetzlichen Abgaben erworben haben, oder im Dienste solcher inländischen Gewerbetreibenden oder Kaufleute stehen, in den anderen Staaten keine weitere Abgabe hierfür zu entrichten verpflichtet sein.

Auch sollen beim Besuche der Märkte und Messen zur Ausübung des Handels und zum Absatze eigener Erzeugnisse oder Fabrikate in jedem Vereinsstaate die Unterthanen der übrigen kontrahirenden Staaten eben so wie die eigenen Unterthanen behandelt werden.

Art. 19. Preußen, Hannover und Oldenburg werden gegenseitig ihre Seeschiffe und deren Ladungen unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben, wie die eigenen Seeschiffe zulassen und von diesem Grundsatze namentlich auch in Betreff der Binnenschifffahrt oder Kabotage keine Ausnahme machen.

Ihre Seehäfen sollen dem Handel der Unterthanen jedes anderen Vereinsstaates gegen völlig gleiche Abgaben, wie solche von den eigenen Unterthanen entrichtet werden, offen stehen; auch sollen die in fremden See- und anderen Handelsplätzen angestellten Konsuln eines oder des anderen der kontrahirenden Staaten veranlaßt werden, der Unterthanen der übrigen kontrahirenden Staaten sich in vorkommenden Fällen möglichst mit Rath und That anzunehmen.

Art. 20. Seine Majestät der König von Hannover und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg treten hiedurch dem zwischen den bisherigen Vereinsgliedern zum Schutze ihres gemeinschaftlichen Zollsystems gegen den Schleichhandel und ihrer inneren Verbrauchs-Abgaben gegen Defraudationen unter dem 11. Mai 1833 abgeschlossenen Zollkartel für die Dauer des gegenwärtigen Vertrages bei, und werden die betreffenden Artikel desselben gleichzeitig mit letzterem in Ihren Landen publiziren lassen. Nicht minder werden auch von Seiten der übrigen Vereinsglieder die erforderlichen An-

ordnungen getroffen werden, damit in den gegenseitigen Verhältnissen den Bestimmungen dieses Zollkartels überall Anwendung gegeben werde.

Art. 21. Die als Folge des gegenwärtigen Vertrages eintretende Gemeinschaft der Einnahme der kontrahirenden Staaten bezieht sich auf den Ertrag der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben in den Königlich Preußischen Staaten, den Königreichen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, dem Großherzogthume Baden, dem Kurfürstenthume und dem Großherzogthume Hessen, dem Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine, den Herzogthümern Braunschweig, Oldenburg und Nassau und der freien Stadt Frankfurt, mit Einschluß der, den Zollsystemen der kontrahirenden Staaten bisher schon beigetretenen Länder.

Von der Gemeinschaft sind ausgeschlossen, und bleiben, sofern nicht Separat-Verträge zwischen einzelnen Vereinsstaaten ein Anderes bestimmen, dem privativen Genusse der betreffenden Staats-Regierungen vorbehalten:

1. die Steuern, welche im Innern eines jeden Staates von inländischen Erzeugnissen erhoben werden, einschließlich der nach Artikel 11. von den vereinsländischen Erzeugnissen der nämlichen Gattung zur Erhebung kommenden Uebergangs-Abgaben;
2. die Wasserzölle;
3. Chaussee-Abgaben, Pflaster-, Damm-, Brücken-, Fähr-, Kanal-, Schleusen-, Hafengelder, sowie Waage- und Niederlage-Gebühren oder gleichartige Erhebungen, wie sie auch sonst genannt werden mögen;
4. die Zollstrafen und Konfiskate, welche, vorbehaltlich der Antheile der Denunzianten, jeder Staats-Regierung in ihrem Gebiete verbleiben.

Art. 22. In Hinsicht auf die Vertheilung der in die Gemeinschaft fallenden Abgaben ist Folgendes verabredet worden.

Sowohl bei den Eingangs-Abgaben, als auch bei den Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben wird der nach Abzug

a) der Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen,
b) der auf dem Grunde besonderer gemeinschaftlicher Verabredungen erfolgten Steuervergütungen und Ermäßigungen

verbleibende Brutto-Ertrag der Vertheilung zu Grunde gelegt.

1. Bei den Eingangs-Abgaben bildet derjenige Theil des Brutto-Ertrages, welcher dem Verhältniß der dem Vereine angehörenden Bevölkerung des Königreichs Hannover und des Herzogthums Oldenburg zur Gesammt-Bevölkerung des Vereins entspricht, nachdem er um drei Viertheile seines einfachen Betrages vermehrt worden, den Antheil des

Königreichs Hannover und des Herzogthums Oldenburg, der übrige Theil den Antheil der anderen kontrahirenden Staaten an dem Brutto-Ertrage.

Der hiernach dem Königreich Hannover und dem Herzogthum Oldenburg über das Verhältniß ihrer Bevölkerung hinaus zukommende Antheil am Brutto-Ertrage der Eingangs-Abgaben soll jedoch, unter Hinzurechnung des diesen Staaten an dem Brutto-Ertrage der Rübenzuckersteuer zugestandenen gleichen Zuschlages von drei Viertheilen, den Betrag von zwanzig Silbergroschen für jeden ihrer, dem Vereine angehörenden Einwohner in keinem Jahre übersteigen.

Die gemeinschaftlichen Verwaltungs-Kosten werden auf das Königreich Hannover und das Herzogthum Oldenburg einerseits und auf die übrigen kontrahirenden Staaten andrerseits nach dem Verhältniß ihrer, dem Vereine angehörenden Bevölkerung vertheilt und es wird der von jeder dieser beiden Gruppen zu tragende Antheil von dem Antheil derselben am Brutto-Ertrage in Abzug gebracht.

Der hieraus für jede der beiden Gruppen sich ergebende Antheil am Netto-Ertrage der Eingangs-Abgaben wird zwischen den betheiligten Staaten nach dem Verhältniß ihrer, dem Vereine angehörenden Bevölkerung vertheilt.

2. Der Brutto-Ertrag der Aus- und Durchgangs-Abgaben wird

a) soweit diese Abgaben bei den Hebestellen in den östlichen Provinzen des Königreichs Preußen (also mit Ausnahme der Provinz Westphalen und der Rheinprovinz), im Königreich Sachsen, im Gebiete des Thüringischen Zoll- und Handels-Vereins und im Herzogthum Braunschweig, mit Ausschluß der Kreis-Direktions-Bezirke Holzminden und Gandersheim, sowie des Amtes Thedinghausen, eingehen, zwischen Preußen, Sachsen, den Staaten des Thüringischen Vereins und Braunschweig nach dem von ihnen zu verabredenden Theilungsfuße vertheilt, dagegen

b) soweit dieselben bei den Hebestellen in den westlichen Provinzen des Königreichs Preußen, den Königreichen Bayern, Hannover und Württemberg, dem Großherzogthum Baden, dem Kurfürstenthum und dem Großherzogthum Hessen, den Kreis-Direktions-Bezirken Holzminden und Gandersheim, sowie dem Amte Thedinghausen des Herzogthums Braunschweig, den Herzogthümern Oldenburg und Nassau und der freien Stadt Frankfurt eingehen, in der Weise vertheilt, daß derjenige Theil des Brutto-Ertrages, welcher dem Verhältniß der dem Vereine angehörenden Bevölkerung des Königreichs Hannover und des Herzogthums Oldenburg zur Gesammt-Bevölkerung der vorgenannten Vereinstheile entspricht, nachdem er um drei Viertheile seines einfachen Betrages vermehrt worden, den Antheil des Königreichs Hannover und des Herzogthums Oldenburg, der übrige Theil den Antheil der anderen betreffenden Staaten bildet, welche Antheile so-

dann zwischen den vorgenannten Staaten, nach dem Verhältniß ihrer, dem Vereine angehörenden Bevölkerung, beziehungsweise der Bevölkerung ihrer vorgenannten Landestheile zur Vertheilung kommen.

3. Bei der nach den Sätzen 1. und 2. Statt findenden Vertheilung der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben wird

a) die Bevölkerung des Fürstenthums Schaumburg-Lippe und der Hannover-Braunschweigischen Kommunion-Besitzungen in die Bevölkerung des Königreichs Hannover,

b) die Bevölkerung anderer Staaten, welche durch Vertrag mit einem oder dem anderen der kontrahirenden Staaten unter Verabredung einer von diesem jährlich für ihre Antheile an den gemeinschaftlichen Zoll-Revenüen zu leistenden Zahlung dem Zoll-Systeme desselben beigetreten sind, oder etwa künftig noch beitreten werden, in die Bevölkerung desjenigen Staates eingerechnet, welcher diese Zahlung leistet.

4. Der Stand der Bevölkerung in den einzelnen Vereinsstaaten wird alle drei Jahre ausgemittelt, und die Nachweisung derselben von den Vereinsgliedern einander gegenseitig mitgetheilt werden.

5. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, welche hinsichtlich des Verbrauchs an zollpflichtigen Waaren bei der freien Stadt Frankfurt obwalten, ist wegen des Antheils derselben an den gemeinschaftlichen Einnahmen ein besonderes Abkommen getroffen.

Art. 23. Vergünstigungen für Gewerbetreibende hinsichtlich der Zoll-Entrichtung, welche nicht in der Zoll-Gesetzgebung selbst begründet sind, fallen der Staats-Kasse derjenigen Regierung, welche sie bewilligt hat, zur Last. Hinsichtlich der Maaßgaben, unter welchen solche Vergünstigungen zu bewilligen sind, bewendet es bei den darüber im Zollvereine bereits bestehenden Verabredungen.

Art. 24. Dem auf Förderung freier und natürlicher Bewegung des allgemeinen Verkehrs gerichteten Zwecke des Zollvereins gemäß, sollen besondere Zollbegünstigungen einzelner Meßplätze, namentlich Rabattprivilegien, da wo sie dermalen in den Vereinsstaaten noch bestehen, nicht erweitert, sondern vielmehr, unter geeigneter Berücksichtigung sowohl der Nahrungs-Verhältnisse bisher begünstigter Meßplätze, als der bisherigen Handelsbeziehungen mit dem Auslande, thunlichst beschränkt und ihrer baldigen gänzlichen Aufhebung entgegen geführt, neue aber ohne allseitige Zustimmung auf keinen Fall ertheilt werden.

Art. 25. Von der tarifmäßigen Abgaben-Entrichtung bleiben die Gegenstände, welche für die Hofhaltung der hohen Souveraine und ihrer Regentenhäuser, oder für die

bei ihren Höfen akkreditirten Botschafter, Gesandten, Geschäftsträger u. s. w. eingehen, nicht ausgenommen, und wenn dafür Rückvergütungen Statt haben, so werden solche der Gemeinschaft nicht in Rechnung gebracht.

Ebenso wenig anrechnungsfähig sind Entschädigungen, welche in einem oder dem anderen Staate den vormals unmittelbaren Reichsständen, oder an Kommunen oder einzelne Privatberechtigte für eingezogene Zollrechte oder für aufgehobene Befreiungen gezahlt werden müssen.

Dagegen bleibt es einem jeden Staate unbenommen, einzelne Gegenstände auf Freipässe ohne Abgaben-Entrichtung ein-, aus- oder durchgehen zu lassen. Dergleichen Gegenstände werden jedoch zollgesetzlich behandelt, und in Freiregistern, mit denen es wie mit den übrigen Zollregistern zu halten ist, notirt, und die Abgaben, welche davon zu erheben gewesen wären, kommen bei der demnächstigen Revenüen-Ausgleichung demjenigen Theile, von welchem die Freipässe ausgegangen sind, in Abrechnung.

Art. 26. Das Begnadigungs- und Strafverwandlungsrecht bleibt jedem der kontrahirenden Staaten in seinem Gebiete vorbehalten. Auf Verlangen werden periodische Uebersichten der erfolgten Straf-Erlasse gegenseitig mitgetheilt werden.

Art. 27. Die Ernennung der Beamten und Diener bei den Lokal- und Bezirksstellen für die Zoll-Erhebung und Aufsicht, welche nach der hierüber getroffenen besonderen Uebereinkunft nach gleichförmigen Bestimmungen angeordnet, besetzt und instruirt werden sollen, bleibt sämmtlichen Gliedern des Gesammtvereins innerhalb ihres Gebietes überlassen.

Art. 28. Die Leitung des Dienstes der Lokal- und Bezirks-Behörden, sowie die Vollziehung der gemeinschaftlichen Zollgesetze überhaupt, wird im Königreich Hannover und im Herzogthum Oldenburg einer gemeinschaftlichen Zoll-Direktion übertragen, welche dem Königlich Hannoverschen Finanz-Ministerium und dem Großherzoglich Oldenburgischen Staats-Ministerium untergeordnet ist. Die Bildung dieser Direktion und die Einrichtung ihres Geschäftsganges bleibt den Regierungen von Hannover und Oldenburg überlassen; der Wirkungskreis derselben aber wird, in soweit er nicht schon durch gegenwärtigen Vertrag und die gemeinschaftlichen Zollgesetze bestimmt ist, gleichwie der Wirkungskreis der übrigen im Verein bestehenden Direktionen, durch eine gemeinschaftlich zu verabredende Instruktion bezeichnet werden.

Art. 29. Die von den Zoll-Erhebungs-Behörden nach Ablauf eines jeden Vierteljahres aufzustellenden Quartal-Extrakte und die nach dem Jahres- und Bücherschlusse aufzustellenden Final-Abschlüsse über die resp. im Laufe des Vierteljahres und während des Rechnungsjahres fällig gewordenen Zoll-Einnahmen werden von den Zoll-Direktionen nach vorangegangener Prüfung in Haupt-Uebersichten zusammengetragen, und diese an das in

Berlin bestehende Central-Büreau des Zollvereins eingesendet, zu welchem Hannover einen Beamten zu ernennen die Befugniß hat.

Auf den Grund jener Uebersichten wird von dem Central-Büreau von drei zu drei Monaten die provisorische Abrechnung zwischen den vereinigten Staaten gefertigt, dieselbe den Central-Finanzstellen der letzteren übersandt und zugleich Einleitung getroffen, um die etwaige Minder-Einnahme einzelner Vereinsglieder gegen den ihnen verhältnißmäßig an der Gesammt-Einnahme zuständigen Revenüen-Antheil durch Herauszahlung von Seiten des oder derjenigen Staaten, bei denen eine Mehr-Einnahme Statt gefunden hat, auszugleichen.

Demnächst bereitet das Central-Büreau auch die definitive Jahres-Abrechnung vor.

Art. 30. In Absicht der Erhebungs- und Verwaltungskosten kommen folgende Grundsätze in Anwendung.

1. Man wird, soweit nicht ausnahmsweise etwas Anderes verabredet ist, keine Gemeinschaft dabei eintreten lassen, vielmehr übernimmt jede Regierung alle in ihrem Gebiete vorkommenden Erhebungs- und Verwaltungskosten, es mögen diese durch die Einrichtung und Unterhaltung der Haupt- und Neben-Zollämter, der inneren Steuerämter, Hallämter und Packhöfe, und der Zoll-Direktionen, oder durch den Unterhalt des dabei angestellten Personals und durch die den letzteren zu bewilligenden Pensionen, oder endlich aus irgend einem anderen Bedürfnisse der Zollverwaltung entstehen.
2. Hinsichtlich desjenigen Theils des Bedarfs aber, welcher an den gegen das Ausland gelegenen Grenzen und innerhalb des dazu gehörigen Grenzbezirks für die Zoll-Erhebungs- und Aufsichts- oder Kontrol-Behörden und Zollschutzwachen erforderlich ist, wird man sich über Pauschsummen vereinigen, welche von der jährlich aufkommenden und der Gemeinschaft zu berechnenden Brutto-Einnahme an Zoll-Gefällen nach der im Artikel 22. unter 1. getroffenen Vereinbarung in Abzug gebracht werden.
3. Bei dieser Ausmittelung des Bedarfs soll da, wo die Perzeption privativer Abgaben mit der Zollerhebung verbunden ist, von den Gehalten und Amtsbedürfnissen der Zoll-Beamten nur derjenige Theil in Anrechnung kommen, welcher dem Verhältnisse ihrer Geschäfte für den Zolldienst zu ihren Amtsgeschäften überhaupt entspricht.
4. Man wird sich mit der Königlich Hannoverschen und mit der Großherzoglich Oldenburgischen Regierung über allgemeine Normen vereinigen, um die Besoldungs-Verhältnisse der Beamten bei den Zoll-Erhebungs- und Aufsichts-Behörden, ingleichen bei den Zoll-Direktionen, auch in Beziehung auf das Königreich Hannover und das Herzogthum Oldenburg in möglichste Uebereinstimmung zu bringen.

Art. 31. Die kontrahirenden Theile gestehen sich gegenseitig das Recht zu, den Haupt-Zoll-Aemtern anderer Vereinsstaaten sowohl an den Grenzen, als im Innern (Haupt-Steuer-Aemter mit Niederlage) Kontroleure beizuordnen, welche von allen Geschäften derselben und der Neben-Aemter in Beziehung auf das Abfertigungs-Verfahren und die Grenzbewachung Kenntniß zu nehmen, und auf Einhaltung eines gesetzlichen Verfahrens, imgleichen auf die Abstellung etwaiger Mängel einzuwirken, übrigens sich jeder eigenen Verfügung zu enthalten haben.

Einer näher zu verabredenden Dienstordnung bleibt es vorbehalten, ob und welchen Antheil dieselben an den laufenden Geschäften zu nehmen haben.

Art. 32. Jedem der kontrahirenden Staaten steht das Recht zu, an die Zoll-Direktionen der anderen Vereinsstaaten Beamte zu dem Zwecke abzuordnen, um sich von allen vorkommenden Verwaltungs-Geschäften, welche sich auf die durch den gegenwärtigen Vertrag eingegangene Gemeinschaft beziehen, vollständige Kenntniß zu verschaffen. Das Geschäftsverhältniß dieser Beamten wird durch eine besondere Instruktion näher bestimmt, als deren Grundlage die unbeschränkte Offenheit von Seiten der Verwaltung, bei welcher die Abgeordneten fungiren, in Bezug auf alle Gegenstände der gemeinschaftlichen Zollverwaltung, und die Erleichterung jedes Mittels, durch welches sie sich die Information hierüber verschaffen können, anzusehen ist, während andererseits ihre Sorgfalt nicht minder aufrichtig dahin gerichtet sein muß, eintretende Anstände und Meinungsverschiedenheiten auf eine, dem gemeinsamen Zwecke und dem Verhältnisse verbündeter Staaten entsprechende Weise zu erledigen.

Die Ministerien oder obersten Verwaltungsstellen der sämmtlichen Vereinsstaaten werden sich gegenseitig auf Verlangen jede gewünschte Auskunft über die gemeinschaftlichen Zoll-Angelegenheiten mittheilen, und insofern zu diesem Behufe zeitweise oder dauernd die Abordnung eines höheren Beamten, oder die Beauftragung eines anderweit bei der Regierung beglaubigten Bevollmächtigten beliebt würde, so ist demselben nach dem oben ausgesprochenen Grundsatze alle Gelegenheit zur vollständigen Kenntnißnahme von den Verhältnissen der gemeinschaftlichen Zollverwaltung bereitwillig zu gewähren.

Art. 33. Jährlich in den ersten Tagen des Juni findet zum Zwecke gemeinsamer Berathung ein Zusammentritt von Bevollmächtigten der Vereinsglieder Statt.

Für die formelle Leitung der Verhandlungen wird von den Konferenz-Bevollmächtigten aus ihrer Mitte ein Vorsitzender gewählt, welchem übrigens kein Vorzug vor den übrigen Bevollmächtigten zusteht.

Bei dem Schlusse einer jeden jährlichen Versammlung wird mit Rücksicht auf die Natur der Gegenstände, deren Verhandlung in der folgenden Konferenz zu erwarten ist, verabredet werden, wo letztere erfolgen soll.

Art. 34. Vor die Versammlung dieser Konferenz-Bevollmächtigten gehört:

a) die Verhandlung über alle Beschwerden und Mängel, welche in Beziehung auf die Ausführung des Grundvertrages und der besonderen Uebereinkünfte, des Zollgesetzes, der Zollordnung und Tarife, in einem oder dem anderen Vereinsstaate wahrgenommen, und die nicht bereits im Laufe des Jahres in Folge der darüber zwischen den Ministerien und obersten Verwaltungsstellen geführten Korrespondenz erledigt worden sind;

b) die definitive Abrechnung zwischen den Vereinsgliedern über die gemeinschaftliche Einnahme auf dem Grunde der von den obersten Zollbehörden aufgestellten, durch das Central-Büreau vorzulegenden Nachweisungen, wie solche der Zweck einer dem gemeinsamen Interesse angemessenen Prüfung erheischt;

c) die Berathung über Wünsche und Vorschläge, welche von einzelnen Staats-Regierungen zur Verbesserung der Verwaltung gemacht werden;

d) die Verhandlungen über Abänderungen des Zoll-Gesetzes, der Zoll-Ordnung, des Zoll-Tarifs und der Verwaltungs-Organisation, welche von einem der kontrahirenden Staaten in Antrag gebracht werden, überhaupt über die zweckmäßige Entwickelung und Ausbildung des gemeinsamen Handels- und Zollsystems.

Art. 35. Treten im Laufe des Jahres, außer der gewöhnlichen Zeit der Versammlung der Konferenz-Bevollmächtigten, außerordentliche Ereignisse ein, welche unverzügliche Maaßregeln oder Verfügungen abseiten der Vereinsstaaten erheischen, so werden sich die kontrahirenden Theile darüber im diplomatischen Wege vereinigen, oder eine außerordentliche Zusammenkunft ihrer Bevollmächtigten veranlassen.

Art. 36. Den Aufwand für die Bevollmächtigten und deren etwaige Gehülfen bestreitet dasjenige Glied des Gesammtvereins, welches sie absendet.

Das Kanzlei-Dienstpersonale und das Lokale wird unentgeldlich von der Regierung gestellt, in deren Gebiete der Zusammentritt der Konferenz Statt findet.

Art. 37. Eine Nachsteuer für gemeinsame Rechnung soll für die beim Anschlusse an den Verein im Königreich Hannover und im Herzogthume Oldenburg vorhandenen Waaren nicht erhoben werden.

Ueber die Maaßregeln, welche erforderlich sind, damit nicht die Zoll-Einkünfte des Gesammtvereins durch die Einführung und Anhäufung geringer verzollter Waarenvorräthe beeinträchtigt werden, ist eine besondere Vereinbarung getroffen worden.

Art. 38. Für den Fall, daß andere Deutsche Staaten den Wunsch zu erkennen geben sollten, in den Zollverein aufgenommen zu werden, erklären sich die hohen Kontrahenten bereit, diesem Wunsche, soweit es unter gehöriger Berücksichtigung der besonderen Interessen der Vereins-Mitglieder möglich erscheint, durch desfalls abzuschließende Verträge Folge zu geben.

Art. 39. Auch werden sie sich bemühen, durch Handelsverträge mit anderen Staaten dem Verkehr ihrer Angehörigen jede mögliche Erleichterung und Erweiterung zu verschaffen.

Art. 40. Alles was sich auf die Detail-Ausführung der in dem gegenwärtigen Vertrage und dessen Beilagen enthaltenen Verabredungen bezieht, soll durch gemeinschaftliche Kommissarien vorbereitet werden.

Art. 41. In Folge der Erneuerung der Zollvereins-Verträge treten die daran betheiligten Deutschen Staaten, nach stattgehabter Prüfung, dem zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Handels- und Zollvertrage vom 19. Februar 1853, nach Maaßgabe des Artikels 26. des letztgedachten Vertrages, hiermit förmlich bei, dergestalt, daß dessen sämmtliche Bestimmungen auch auf die oben gedachten Deutschen Staaten vom 1. Januar 1854 ab Anwendung finden werden.

Art. 42. Sofern der gegenwärtige Vertrag nicht vor dem 1. Januar 1864 von dem einen oder dem anderen der kontrahirenden Staaten aufgekündigt wird, so soll er auf weitere zwölf Jahre und so fort von zwölf zu zwölf Jahren als verlängert angesehen werden.

Letztere Verabredung wird jedoch nur für den Fall getroffen, daß nicht in der Zwischenzeit sämmtliche Deutsche Bundesstaaten über gemeinsame Maaßregeln übereinkommen, welche den mit der Absicht des Artikels 19. der Deutschen Bundes-Akte in Uebereinstimmung stehenden Zweck des gegenwärtigen Zollvereins vollständig erfüllen.

Gegenwärtiger Vertrag soll alsbald zur Ratifikation der hohen kontrahirenden Theile vorgelegt und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden spätestens binnen sechs Wochen in Berlin bewirkt werden.

So geschehen Berlin, den 4ten April 1853.

(gez.) von Pommer Esche. (L. S.)
Philipsborn. (L. S.)
Delbrück. (L. S.)
Meirner. (L. S.)

von Schimpff. (L. S.)
Klenze. (L. S.)
von Sigel. (L. S.)
Hack. (L. S.)

Duysing. (L. S.)
von Biegeleben. (L. S.)
Thon. (L. S.)
von Thielau. (L. S.)

Liebe. (L. S.)
Marschall von Bieberstein. (L. S.)
Coester. (L. S.)

Aa.

Uebereinkunft

zwischen

Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt,

wegen

Besteuerung des Rübenzuckers.

Im Zusammenhange mit dem heutigen, die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handels-Vereins betreffenden Vertrage ist zwischen den betheiligten Regierungen folgende Uebereinkunft wegen der Besteuerung des Rübenzuckers getroffen worden.

Art. 1. Der im Umfange des Zollvereins aus Rüben verfertigte Zucker soll mit einer überall gleichen Steuer belegt werden. In Absicht dieser Steuer findet ebenso, wie solches hinsichtlich der gemeinschaftlichen Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszölle der Fall ist, eine völlig übereinstimmende Gesetzgebung und Verwaltung in sämmtlichen Vereinsstaaten statt.

Neben dieser Steuer darf in keinem Falle eine weitere Abgabe von dem Rübenzucker, weder für Rechnung des Staats, noch für Rechnung der Kommunen erhoben werden.

Art. 2. Bei Abmessung der Steuer vom Rübenzucker soll nach folgenden Grundsätzen verfahren werden:

a) die Steuer vom vereinsländischen Rübenzucker soll gegen den Eingangszoll vom ausländischen Zucker stets so viel niedriger gestellt werden, als nöthig ist, um der inländischen Fabrikation einen angemessenen Schutz zu gewähren, ohne zugleich die Konkurrenz des ausländischen Zuckers auf eine, die Einkünfte des Vereins oder das Interesse der Konsumenten gefährdende Weise zu beschränken, es sollen jedoch

b) der Eingangszoll vom ausländischen Zucker und Syrup und die Steuer vom vereinsländischen Rübenzucker zusammen für den Kopf der jeweiligen Bevölkerung des Zollvereins jährlich mindestens eine Brutto-Einnahme gewähren, welche dem Ertrage jenes Zolles und dieser Steuer für den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der drei Jahre $18\frac{4}{4}\frac{7}{9}$ gleichkommt.

Art. 3. Demgemäß soll die Steuer vom inländischen Rübenzucker von dem mit dem 1. September 1853 beginnenden Betriebsjahre an mit sechs Silbergroschen oder einundzwanzig Kreuzern vom Zentner der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben erhoben und demnächst jedesmal nach Ablauf von zwei Betriebsjahren, unter den im Nachfolgenden angegebenen Voraussetzungen, um einen halben Silbergroschen oder einen und dreiviertheil Kreuzer erhöhet werden.

1. In jedem der Jahre 1855, 1857, 1859, 1861 und 1863 wird

a) diejenige Summe festgestellt, welche sich ergiebt, wenn der Betrag von 6,0762 Sgr. mit der Kopfzahl der jeweiligen Bevölkerung des Zollvereins vervielfältigt wird. Als jeweilige Bevölkerung wird im Jahre 1855 die Bevölkerung des Jahres 1854, in jedem der späteren Jahre der Durchschnitt aus der Bevölkerungszahl der beiden Vorjahre angesehen. Das Ergebniß der regelmäßigen Bevölkerungs-Aufnahme mit einer Vermehrung um ein halbes Prozent stellt die Bevölkerung des Jahres, welches auf die Aufnahme folgt, mit einer Vermehrung um ein und ein halbes Prozent die Bevölkerung des zweiten Jahres, und mit einer Vermehrung um zwei und ein halbes Prozent die Bevölkerung des Jahres dar, in welchem die neue Aufnahme Statt findet.

Zugleich wird

b) der Betrag festgestellt, welcher an Rübenzuckersteuer und Eingangs-Abgaben von ausländischem Zucker und Syrup, nach Abzug der Bonifikation für ausgeführten raffinirten Zucker aufgekommen ist, und zwar im Jahre 1855 für die zwölf Monate vom 1. April 1854 bis zum 31. März 1855, in jedem der späteren Jahre für den Durchschnitt der zwei Jahre vom 1. April des vorletzten bis zum 31. März des laufenden Jahres.

2. Erreicht oder übersteigt dieser Betrag (1b.) jene Summe (1a.), so bleibt der jeweilig bestehende Satz der Steuer vom inländischen Rübenzucker für die nächsten zwei Betriebsjahre unverändert; ist dagegen dieser Betrag geringer, als jene Summe, so erfolgt die Erhöhung des alsdann bestehenden Steuersatzes.

Sollten die kontrahirenden Theile über Aenderungen der für ausländischen Zucker gegenwärtig bestehenden Zollsätze, sowie des für ausländischen Syrup vereinbarten Zollsatzes, oder über die Erhebung der Rübenzuckersteuer nach einem anderen Maaßstabe, als nach dem

Gewichte der zur Zuckerbereitung verwendeten rohen Rüben, übereinkommen, so werden sie sich über eine entsprechende Aenderung der vorstehenden Verabredungen verständigen.

Art. 4. In den Jahren 1855, 1857, 1859, 1861 und 1863 wird spätestens am 6. Juli derjenige Steuersatz bekannt gemacht, welcher in der, mit dem 1. September des nämlichen Jahres beginnenden zweijährigen Periode für den Zentner der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben zu entrichten ist.

Gleichzeitig mit diesem Steuersatze werden auch die Eingangs-Zollsätze für den ausländischen Zucker und Syrup bekannt gemacht und in Anwendung gebracht, daher solche aus der Reihe der übrigen, mit dem Kalenderjahr laufenden Sätze des Zolltarifs ausscheiden.

Art. 5. Der Ertrag der Rübenzuckersteuer ist gemeinschaftlich und wird vom 1. Januar 1854 ab nach den nämlichen Grundsätzen unter den Vereinsstaaten getheilt, welche im Artikel 22. des im Eingange erwähnten Vertrages für die Vertheilung der Eingangs-Abgaben verabredet sind.

Art. 6. Alle durch die Zollvereinigungs-Verträge oder in Folge derselben getroffenen Bestimmungen und Verabredungen über die, den Vereins-Regierungen rücksichtlich der Zollabgaben zustehende Theilnahme an der gemeinschaftlichen Gesetzgebung und an der Kontrole der Verwaltung, wohin insbesondere die Stipulationen wegen Anstellung der Vereins-Bevollmächtigten und Stations-Kontroleurs und wegen der jährlichen General-Konferenzen gehören, ingleichen die Vereinbarungen in dem unter den Vereins-Regierungen abgeschlossenen Zollkartel vom 11. Mai 1833, sollen auch in Beziehung auf die Rübenzuckersteuer volle Anwendung finden.

Art. 7. Die Wirksamkeit dieser Uebereinkunft beginnt mit dem 1. September 1853.

Mit demselben Tage tritt die Uebereinkunft zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine verbundenen Staaten, Nassau und der freien Stadt Frankfurt, wegen der Besteuerung des Runkelrübenzuckers, vom 8. Mai 1841, welcher Braunschweig durch Artikel 11. des Zollvereinigungs-Vertrages vom 19. Oktober 1841 beigetreten ist, außer Kraft.

So geschehen Berlin, den 4ten April 1853.

(gez.) von Pommer Esche.	Philipsborn.	Delbrück.	Meirner.
von Schimpff.	Klenze.	von Sigel.	Hack.
Duysing.	von Biegeleben.	Thon.	von Thielau.
Liebe.	Marschall von Bieberstein.		Coester.

B.

Handels- und Zoll-Vertrag

zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich.

Seine Majestät der König von Preußen

und

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich,

von dem Wunsche geleitet, den Handel und Verkehr zwischen Ihren Gebieten durch ausgedehnte Zollbefreiungen und Zollermäßigungen, durch vereinfachte und gleichförmige Zollbehandlung und durch erleichterte Benutzung aller Verkehrsanstalten in umfassender Weise zu fördern, und in der Absicht, Ihre Zolleinnahmen zu sichern, und die allgemeine deutsche Zolleinigung anzubahnen, haben Unterhandlungen eröffnen lassen und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchst Ihren Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn Otto Theodor von Manteuffel

und

Allerhöchst Ihren General-Direktor der Steuern Johann Friedrich von Pommer Esche;

und

Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich:

Allerhöchst Ihren Wirklichen Geheimen Rath Freiherrn Carl von Bruck,

welche, nach geschehener Mittheilung und gegenseitiger Anerkennung ihrer Vollmachten den folgenden Handels- und Zoll-Vertrag vereinbart und abgeschlossen haben:

Art. 1. Die kontrahirenden Theile verpflichten sich, den gegenseitigen Verkehr zwischen ihren Landen durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhr-Verbote zu hemmen.

Ausnahmen hiervon dürfen nur stattfinden:

a) bei Taback, Salz, Schießpulver, Spielkarten und Kalendern;

b) aus Gesundheits-Polizei-Rücksichten;

c) in Beziehung auf Kriegsbedürfnisse unter außerordentlichen Umständen.

Art. 2. Hinsichtlich des Betrages, der Sicherung und der Erhebung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben dürfen von keinem der beiden kontrahirenden Theile dritte Staaten günstiger als der andere kontrahirende Theil behandelt werden. Jede dritten Staaten in diesen Beziehungen eingeräumte Begünstigung ist daher ohne Gegenleistung dem andern kontrahirenden Theile gleichzeitig einzuräumen.

Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Begünstigungen, welche die mit einem der kontrahirenden Theile jetzt oder künftig zollvereinten Staaten genießen, sowie solche Begünstigungen, welche anderen Staaten durch bestehende und vor Abschluß des gegenwärtigen Vertrages mitgetheilte Verträge zugestanden sind, oder diesen anderen Staaten für dieselben Gegenstände in nicht höherem Maße auch nach Ablauf dieser Verträge zugestanden werden sollten.

Art. 3. Die kontrahirenden Theile wollen vom 1. Januar 1854 an gegenseitige Verkehrs-Erleichterungen auf Grundlage des freien Eingangs roher Natur-Erzeugnisse und des gegen ermäßigte Zollsätze zu gestattenden Eingangs gewerblicher Erzeugnisse ihrer Länder eintreten lassen.

Demgemäß sind sie schon jetzt übereingekommen, daß von den in der Anlage I. bezeichneten Waaren, bei deren unmittelbarem Uebergange aus dem freien Verkehr im Gebiete des einen in das Gebiet des andern Staates, keine, beziehungsweise keine höheren, als die in dieser Anlage bestimmten Eingangs-Abgaben erhoben werden sollen. I.

Sie werden ferner im Jahre 1854 Kommissarien zusammentreten lassen, um sich über weitere, dem obigen Gesichtspunkte entsprechende Verkehrs-Erleichterungen zu einigen.

Art. 4. Wenn während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages in dem Gebiete des einen oder des anderen der kontrahirenden Staaten Erhöhungen der allgemeinen tarifmäßigen Eingangszölle gegen den gegenwärtig gültigen Tarif eintreten sollten, so bleiben diese auf die in der Anlage I. vereinbarten Verkehrs-Erleichterungen ohne Einfluß.

Wenn aber einer der kontrahirenden Theile für eine von den in der Anlage I. genannten Waaren eine Ermäßigung seines gegenwärtigen allgemeinen Zolltarifs, sei es allgemein oder für gewisse Grenzstrecken oder Zollämter, eintreten lassen will, so liegt ihm ob, dem anderen Theile von dieser Ermäßigung mindestens drei Monate vor deren Eintreten Nachricht zu geben und es bleibt alsdann, vorbehaltlich anderweiter Verständigung, dem anderen Theile freigestellt, diese Waare einem Zwischenzoll, beziehungsweise einer Erhöhung des Zwischenzolls, und zwar in dem einen wie in dem anderen Falle zu einem der jenseitigen Zollermäßigung entsprechenden Betrage, zu unterwerfen. Wer von dieser Befugniß Gebrauch macht, wird die Veränderung vier Wochen vor deren Eintreten veröffentlichen.

Art. 5. 1. Die kontrahirenden Theile werden bei dem unmittelbaren Uebergange

von Waaren aus dem Gebiete des einen in das Gebiet des anderen Staates Ausgangs-
II. Abgaben von keinen anderen, als den in der Anlage II. verzeichneten Gegenständen und zu keinen höheren, als den in ihren Zolltarifen gegenwärtig für diese Gegenstände festgesetzten Beträgen erheben lassen.

Auf Ausgangs-Abgaben, welche an Stelle der Durchgangszölle erhoben werden, findet die vorstehende Bestimmung keine Anwendung; hinsichtlich des Betrages dieser Ausgangs-Abgaben gilt die nachstehend unter 2. getroffene Verabredung über den Betrag der Durchgangszölle.

2. Die kontrahirenden Theile werden von den nach der Anlage I. im Zwischenverkehr zollfreien Waaren, welche aus dem Gebiete des andern Theiles, ohne Berührung zwischenliegenden Auslandes, durch ihr Gebiet nach dem Auslande durchgeführt werden, Durchgangs-Abgaben nicht erheben lassen.

Sie werden ferner von Waaren, welche aus dem Auslande durch ihr Gebiet nach dem Gebiete des andern Theiles oder umgekehrt, ohne Berührung zwischenliegenden Auslandes, durchgeführt werden, wenn diese Waaren nach ihren allgemeinen Zolltarifen weder bei der Einfuhr noch bei der Ausfuhr einer Abgabe unterliegen, keine Durchgangs-Abgaben, in allen andern Fällen dagegen keine anderen, als die gegenwärtig bestehenden Durchgangs-Abgaben, höchstens jedoch den Betrag von $3\frac{1}{2}$ Silbergroschen oder 10 Kreuzern für den Zoll-Zentner erheben lassen. Die weitere Ermäßigung dieser Durchgangs-Abgabe im Allgemeinen oder für einzelne Grenzstrecken oder Straßenzüge bleibt jedem der kontrahirenden Theile unbenommen.

Die vorstehenden Verabredungen finden sowohl auf die nach erfolgter Umladung oder Lagerung, als auch auf die unmittelbar durchgeführten Waaren Anwendung.

Art. 6. Zur weiteren Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs wird beiderseits Befreiung von Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben zugestanden:

a) für Waaren (mit Ausnahme von Verzehrungs-Gegenständen), welche aus dem einen Staate auf Märkte oder Messen des anderen gebracht oder auf ungewissen Verkauf außer dem Meß- und Marktverkehr aus dem einen Staate nach dem andern versendet, daselbst aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Kontrole der Zollbehörde in öffentlichen Niederlagen (Packhöfen, Hallämtern u. s. w.) gelagert und binnen einer im Voraus zu bestimmenden Frist unverkauft zurückgeführt werden;
b) für Vieh, welches auf Märkte des anderen Staates gebracht und unverkauft von dort zurückgeführt wird;
c) für Glocken zum Umgießen, Wachs zum Bleichen, Seidenabfälle zum Hecheln (Kämmeln), unter Festhaltung der Gewichtsmenge;

d) für Gewebe und Garne zum Waschen, Bleichen, Walken, Appretiren, Bedrucken und Stricken, sowie für Gegenstände zum Lackiren, Poliren und Bemalen;

e) für sonstige zur Reparatur, Bearbeitung und Veredlung bestimmte, in den anderen Staat gebrachte und nach Erreichung jenes Zweckes, unter Beobachtung der deshalb getroffenen besonderen Vorschriften, zurückgeführte Gegenstände, wenn die wesentliche Beschaffenheit und die Benennung derselben unverändert bleibt;

und zwar in den Fällen unter a., b., d. und e., sofern die Identität der aus- und wiedereingeführten Gegenstände außer Zweifel ist.

Art. 7. Hinsichtlich der zollamtlichen Behandlung von Waaren, die dem Begleitschein-Verfahren unterliegen, wird eine Verkehrs-Erleichterung dadurch gegenseitig gewährt werden, daß beim unmittelbaren Uebergange solcher Waaren aus dem Gebiete des einen kontrahirenden Staates in das Gebiet des anderen die Verschlußabnahme, die Anlage eines anderweiten Verschlusses und die Auspackung der Waaren unterbleibt, sofern den dieserhalb vereinbarten Erfordernissen genügt ist, und daß überhaupt die Abfertigung möglichst beschleunigt wird.

Art. 8. Die kontrahirenden Theile werden sich vereinigen, ihre gegenüberliegenden Grenzzollämter, wo es die Verhältnisse gestatten, je an einen Ort zu verlegen, so daß die Amtshandlungen bei dem Uebertritte der Waaren aus einem Zollgebiete in das andere gleichzeitig stattfinden können.

Art. 9. Innere Abgaben, welche in dem einen der kontrahirenden Staaten, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Kommunen und Korporationen, auf der Hervorbringung, der Zubereitung oder dem Verbrauche eines Erzeugnisses ruhen, dürfen Erzeugnisse der kontrahirenden Staaten unter keinem Vorwande höher oder in lästigerer Weise treffen, als die gleichnamigen Erzeugnisse des eigenen Landes.

Von allen Erzeugnissen, die nach der dem Artikel 3 angeschlossenen Anlage I. aus dem einen Staate in den anderen zu ermäßigten Zollsätzen eingehen, und von welchen zollordnungsmäßig dargethan wird, daß sie als ausländisches Eingangsgut die zollamtliche Behandlung bei einer Erhebungsbehörde des letzteren bestanden haben, oder derselben noch unterliegen, darf keine weitere Abgabe irgend einer Art, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung von Kommunen und Korporationen, erhoben werden, jedoch mit Vorbehalt derjenigen inneren Steuern, welche in einem der kontrahirenden Staaten auf die weitere Verarbeitung oder auf anderweite Bereitungen aus solchen Erzeugnissen, ohne Unterschied des ausländischen oder inländischen Ursprungs, allgemein gelegt sind. Dagegen werden Erzeugnisse, welche nach dieser Anlage aus dem einen in den andern Staat zollfrei eingehen, in Beziehung auf die innere Besteuerung als einheimische behandelt.

Art. 10. Die kontrahirenden Theile verpflichten sich, zur Verhütung und Bestrafung des Schleichhandels nach oder aus ihren resp. Gebieten durch angemessene Mittel mitzu-

wirken und zu diesem Zwecke die erforderlichen Strafgesetze zu erlassen, die Rechtshülfe zu gewähren, den Aufsichtsbeamten des andern Staates die Verfolgung der Kontravenienten in ihr Gebiet zu gestatten und denselben durch Steuer-, Zoll- und Polizeibeamte, so wie durch die Ortsvorstände alle erforderliche Auskunft und Beihülfe zu Theil werden zu lassen.

Das nach Maßgabe dieser allgemeinen Bestimmungen abgeschlossene Zollkartel enthält die Anlage III.

III.

Für Grenzgewässer und für solche Grenzstrecken, wo die Gebiete der kontrahirenden Theile mit fremden Staaten zusammentreffen, werden Maßregeln zur gegenseitigen Unterstützung beim Ueberwachungsdienste verabredet werden.

Art. 11. Stapel- und Umschlagsrechte sind in den Staaten der kontrahirenden Theile unzulässig und es darf, vorbehaltlich schifffahrts- und gesundheitspolizeilicher, so wie der zur Sicherung der Abgaben erforderlichen Vorschriften, kein Waarenführer gezwungen werden, an einem bestimmten Orte anzuhalten, aus-, ein- oder umzuladen.

Art. 12. Die kontrahirenden Theile werden die Seeschiffe des anderen Theiles und deren Ladungen unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben, wie die eigenen Seeschiffe, zulassen.

Die Schifffahrt zwischen Seehäfen seines Gebiets kann jeder Staat seinen eigenen Schiffen vorbehalten. Begünstigungen jedoch, welche in Beziehung hierauf einer der kontrahirenden Staaten den Schiffen dritter Staaten durch Uebereinkunft gewährt, wird derselbe auch den Schiffen des anderen Staates zu Theil werden lassen, wenn letzterer die Gegenseitigkeit zugestehet. Die successive Befrachtung oder Entlöschung in mehreren Seehäfen des einen Staates soll den Schiffen des anderen Staates gestattet sein.

Die Staatsangehörigkeit der Schiffe jedes der kontrahirenden Staaten ist nach der Gesetzgebung ihrer Heimath zu beurtheilen.

Zur Nachweisung über die Ladungsfähigkeit der Schiffe des einen Staates sollen die nach der Gesetzgebung ihrer Heimath gültigen Meßbriefe, vorbehaltlich der Reduktion der Schiffsmaße, bei Feststellung von Schifffahrts- und Hafenabgaben im anderen Staate genügen.

Art. 13. Von Schiffen des einen der kontrahirenden Theile, welche in Unglücks- oder Nothfällen in die Seehäfen des andern einlaufen, sollen, wenn nicht der Aufenthalt unnöthig verlängert oder zum Handelsverkehr benutzt wird, Schifffahrts- oder Hafenabgaben nicht erhoben werden.

Von Havarie- und Strandgütern, welche in das Schiff eines der kontrahirenden Theile verladen waren, soll von dem andern, unter Vorbehalt der Durchgangsabgabe bei der Wiederausfuhr zu Lande und des etwaigen Bergelohns, eine Abgabe nur dann erhoben werden, wenn dieselben in den Verbrauch übergehen.

Art. 14. Zur Befahrung aller natürlichen und künstlichen Wasserstraßen in den Gebieten der kontrahirenden Theile sollen Schiffsführer und Fahrzeuge, welche einem derselben angehören, unter denselben Bedingungen und gegen dieselben Abgaben von Schiff oder Ladung zugelassen werden, wie Schiffsführer und Fahrzeuge des eigenen Staates.

Art. 15. Die Benutzung der Chausseen und sonstigen Straßen, Kanäle, Schleusen, Fähren, Brücken und Brückenöffnungen, der Häfen und Landungsplätze, der Bezeichnung und Beleuchtung des Fahrwassers, des Lootsenwesens, der Krahne und Waageanstalten, der Niederlagen, der Anstalten zur Rettung und Bergung von Schiffsgütern und dergleichen mehr, in soweit die Anlagen oder Anstalten für den öffentlichen Verkehr bestimmt sind, soll, gleichviel ob dieselben vom Staate oder von Privatberechtigten verwaltet werden, den Angehörigen des anderen Staates unter gleichen Bedingungen und gegen gleiche Gebühren, wie den Angehörigen des eigenen Staates, gestattet werden.

Gebühren dürfen, vorbehaltlich der beim Seebeleuchtungs- und Seelootsenwesen zulässigen abweichenden Bestimmungen, nur bei wirklicher Benutzung solcher Anlagen oder Anstalten erhoben werden.

Dieselben dürfen die Unterhaltungskosten sammt den landesüblichen Zinsen des Anlage-Kapitals nicht übersteigen.

Weggelder für beladenes Fuhrwerk sollen auf Straßen, welche unmittelbar oder mittelbar zur Verbindung der kontrahirenden Staaten unter sich oder mit dem Auslande dienen, da, wo dieselben den Satz von einem Silbergroschen für ein Zugthier und eine geographische Meile erreichen oder übersteigen, höchstens zu den jetzt geltenden Beträgen und da, wo sie jenen Satz nicht erreichen, höchstens zu diesem letzteren erhoben werden. Weggelder für einen die Landesgrenze überschreitenden Verkehr dürfen auf den erwähnten Straßen nach Verhältniß der Streckenlängen nicht höher sein, als für den auf das eigene Staatsgebiet beschränkten Verkehr.

Für Eisenbahnen gelten nicht diese, sondern die in den Artikeln 16. und 17. enthaltenen Bestimmungen.

Art. 16. Auf Eisenbahnen sollen in Beziehung auf Zeit, Art und Preise der Beförderungen die Angehörigen des anderen Theiles und deren Güter nicht ungünstiger als die eigenen Angehörigen und deren Güter behandelt werden.

Für Durchfuhren nach oder aus dem Gebiete des anderen Staates soll kein Staat höhere als diejenigen Eisenbahnfrachtsätze erheben lassen, welchen auf derselben Eisenbahn die in dem eigenen Gebiete auf- oder abgeladenen Güter verhältnißmäßig unterliegen.

Art. 17. Die kontrahirenden Theile werden dahin wirken, daß die Waarenbeförderung auf den Eisenbahnen in ihren Gebieten durch Herstellung unmittelbarer Schienenverbindungen zwischen den an einem Orte zusammentreffenden Bahnen und durch Ueberführung der Transportmittel von einer Bahn auf die andere möglichst erleichtert werde.

Sie werden ferner, wo an ihren Grenzen unmittelbare Schienenverbindungen vorhanden sind und ein Uebergang der Transportmittel stattfindet, Waaren, welche in vorschriftsmäßig verschließbaren Wagen eingehen und in denselben Wagen nach einem Orte im Innern befördert werden, an welchem sich ein zur Abfertigung befugtes Zoll- oder Steueramt befindet, von der Deklaration, Abladung und Revision an der Grenze, sowie vom Kollo-Verschluß frei lassen, in sofern jene Waaren durch Uebergabe der Ladungs-Verzeichnisse und Frachtbriefe zum Eingange angemeldet sind.

Waaren, welche in vorschriftsmäßig verschließbaren Eisenbahnwagen durch das Gebiet eines der kontrahirenden Theile aus oder nach dem Gebiete des anderen ohne Umladung durchgeführt werden, sollen von der Deklaration, Abladung und Revision, sowie vom Kollo-Verschluß sowohl im Innern als an den Grenzen frei bleiben, in sofern dieselben durch Uebergabe der Ladungs-Verzeichnisse und Frachtbriefe zum Durchgange angemeldet und von den betheiligten Eisenbahn-Verwaltungen die zur Ermittlung und Erhebung der gebührenden Durchgangs-Abgaben erforderlichen Einrichtungen getroffen sind.

Die Verwirklichung der vorstehenden Bestimmungen ist jedoch dadurch bedingt, daß die betheiligten Eisenbahn-Verwaltungen für das rechtzeitige Eintreffen der Wagen mit unverletztem Verschlusse am Abfertigungsamte im Innern oder am Ausgangsamte verpflichtet seien.

Art. 18. Die kontrahirenden Theile wollen gemeinschaftlich dahin wirken, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze die Gewerbsamkeit befördert und der Befugniß der Unterthanen des einen Staates, in dem andern Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde.

Von den Unterthanen des einen der kontrahirenden Theile, welche in dem Gebiete des andern Handel und Gewerbe treiben, oder Arbeit suchen, soll von dem Zeitpunkte ab, wo der gegenwärtige Vertrag in Kraft treten wird, keine Abgabe entrichtet werden, welcher nicht gleichmäßig die in demselben Gewerbsverhältnisse stehenden eigenen Unterthanen unterworfen sind.

Desgleichen sollen Fabrikanten und Gewerbtreibende, welche blos für das von ihnen betriebene Geschäft Ankäufe machen, oder Reisende, welche nicht Waaren selbst, sondern nur Muster derselben bei sich führen, um Bestellungen zu suchen, wenn sie die Berechtigung zu diesem Gewerbebetriebe in dem Staate, in welchem sie ihren Wohnsitz haben, durch Entrichtung der gesetzlichen Abgaben erworben haben, oder im Dienste solcher inländischer Gewerbtreibenden oder Kaufleute stehen, in dem anderen Staate keine weitere Abgabe hiefür zu entrichten verpflichtet sein.

Auch sollen beim Besuche der Märkte und Messen zur Ausübung des Handels und zum Absatze eigener Erzeugnisse oder Fabrikate in jedem der beiden Staaten die Unterthanen des anderen ebenso wie die eigenen Unterthanen behandelt werden.

Die Unterthanen des einen der kontrahirenden Theile, welche das Frachtfuhrgewerbe, die See- oder Flußschifffahrt zwischen Plätzen verschiedener Staaten betreiben, sollen für diesen Gewerbebetrieb in dem Gebiete des anderen Theiles einer Gewerbesteuer nicht unterworfen werden.

Art. 19. Die kontrahirenden Staaten werden noch im Laufe des Jahres 1853 über eine allgemeine Münz-Konvention in Unterhandlung treten.

Schon jetzt haben sie sich dahin verständigt, daß keiner von ihnen die von ihm geprägten Münzen außer Verkehr setzen oder den von ihm denselben beigelegten Werth verringern wird, ohne einen Zeitraum von mindestens vier Wochen zur Einlösung derselben zum bisherigen gesetzlichen Werthe festgesetzt und denselben wenigstens drei Monate vor dessen Ablaufe öffentlich bekannt gemacht und zur Kenntniß des anderen Theiles gebracht zu haben. Nur beim Uebergange zum Vierzehn-Thaler- oder Vier und zwanzig und ein halb Guldenfuße oder zum metrischen Münzsysteme bleibt es dem betreffenden Staate vorbehalten, das Werthverhältniß zu bestimmen, nach welchem er seine bisherigen Münzen einlösen, oder in seinem Gebiete in Umlauf lassen will.

Die kontrahirenden Theile werden ferner Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf Münze oder Papiergeld des anderen Theiles mit gleichen Strafen, wie Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die eigenen Münzen oder das eigene Papiergeld belegen. Das unter ihnen abgeschlossene Münzkartel ist in der Anlage IV. enthalten.

IV.

Art. 20. Jeder der kontrahirenden Theile wird seine Konsuln im Auslande verpflichten, den Angehörigen des andern Theiles, sofern letzterer an dem betreffenden Platze durch einen Konsul nicht vertreten ist, Schutz und Beistand in derselben Art und gegen nicht höhere Gebühren, wie den eigenen Angehörigen zu gewähren.

Art. 21. Die kontrahirenden Theile gestehen sich gegenseitig das Recht zu, an ihre Zollstellen Beamte zu dem Zwecke zu senden, um von der Geschäftsbehandlung derselben in Beziehung auf das Zollwesen und die Grenzbewachung Kenntniß zu erlangen, wozu diesen Beamten alle Gelegenheit bereitwillig zu gewähren ist.

Ueber die Rechnungsführung und Statistik in beiden Zollgebieten wollen die kontrahirenden Staaten sich gegenseitig alle gewünschten Aufklärungen ertheilen.

Ueber die Ausführung dieser Vereinbarung wird nähere Verständigung stattfinden.

Art. 22. In denjenigen einzelnen Landestheilen der kontrahirenden Staaten, welche von deren Zollgebiete ausgeschlossen sind, finden, so lange deren Ausschluß dauert, die Verabredungen in den Artikeln 1. bis 9. des gegenwärtigen Vertrages keine Anwendung.

Art. 23. Noch im Laufe des Jahres 1853 sollen Kommissarien der kontrahirenden Staaten zusammentreten, um die in Gemäßheit der vorstehenden Artikel erforderlichen Vereinbarungen und Vollzugsvorschriften festzustellen.

Art. 24. Die in den Anlagen dieses Vertrages enthaltenen Bestimmungen sind als integrirende Theile desselben anzusehen.

Art. 25. Die Dauer dieses Vertrages wird auf zwölf Jahre, also vom 1. Januar 1854 bis zum 31. Dezember 1865 festgestellt.

Es werden im Jahre 1860 Kommissarien der kontrahirenden Staaten zusammentreten, um über die Zolleinigung zwischen den beiden kontrahirenden Theilen und den ihrem Zollverbande alsdann angehörigen Staaten oder, Falls eine solche Einigung noch nicht zu Stande gebracht werden könnte, über weitergehende, als die am 1. Januar 1854 eintretenden und durch die im Artikel 3. erwähnten kommissarischen Verhandlungen nachträglich festzustellenden Verkehrs-Erleichterungen und über möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zolltarife zu unterhandeln.

Art. 26. Der Beitritt zu diesem Vertrage bleibt denjenigen deutschen Staaten vorbehalten, welche am 1. Januar 1854 oder später zum Zollvereine mit Preußen gehören werden.

Nicht minder steht der Beitritt zu diesem Vertrage den jetzt oder in Zukunft mit Oesterreich zollverbündeten italienischen Staaten frei.

Art. 27. Gegenwärtiger Vertrag soll ratifizirt und es sollen die Ratifikations-Urkunden im Laufe des künftigen Monats in Berlin ausgewechselt werden.

So geschehen Berlin, den Neunzehnten Februar Eintausend acht hundert und drei und funfzig.

(gez.) Otto von Manteuffel. (L. S.)

von Bruck. (L. S.)

Friedrich von Pommer Esche. (L. S.)

I.

Verzeichniß

derjenigen Gegenstände, welche im Zwischenverkehr zwischen Preußen und Oesterreich eingangszollfrei oder zu einem ermäßigten Zwischenzollsatze zuzulassen sind.

A. Zollfreie Gegenstände.

1. Abfälle.

Hierunter sind verstanden: Abfälle und Abschnitze von rohen oder gegerbten Häuten und Fellen; Blut, flüssiges und eingetrocknetes; Dünger, thierischer; Flechsen; Hörner, einschließlich Gemshörner und Hirschgeweihe, Hornspitzen, Hornscheiben und Hornspäne;

Klauen und Füße oder Beine; Knochen, Knochenmehl (Spodium), Knochenschaum (Zuckererde); Leimleder; Abfälle von der Wachsbereitung (Bienenerde, Bienenkeule, Bienenrab); Flockwolle (Abfall beim Spinnen), Tuch- oder Wolltrümmer (Abfall beim Weben), Scheerwolle (Abfall beim Tuchscheeren), Zupfwolle oder Schuddywolle.

Asche von Holz, ausgelaugte; Asche von Torf, Steinkohlen und Braunkohlen; Kalkäscher oder Aschenerde; Lohkuchen oder ausgelaugte Lohe; Oelkuchen und Oelkuchenmehl; Streulaub, Stroh, Häckerling (Häcksel), Spreu (Kaff) und Kleie; Säge- und Hobelspäne; Schlempe und Spülicht; Treber und Treſter; Papierabschnitze (Papierspäne), Hadern oder Lumpen (Strazzen).

Glasgalle und Glasschaum; Schlacken von Erzen; Kupferasche; Münzgekräz (Silbergekräz, Goldschmiedegekräz, Kapellasche); Zinngekräz; Scherben von Glas-, Thon- und Porzellanwaaren.

2. Bettfedern.

3. Bienenstöcke

mit lebenden Bienen; Bienenkörbe, gebrauchte und solche, in welchen die Bienen getödtet sind, mit dem Honig.

4. Chemische Hülfsstoffe und Produkte, nämlich:

Mineralwasser, natürliches, in Flaschen und Krügen; Schwefel; Weinstein, roher, raffinirter, krystallisirter; Vitriol, Eisen-, Kupfer-, gemischter Eisen- und Kupfer-, weißer; Wasserglas.

Ruß- und Kohlenschwarz, Buchdrucker-Schwärze, Frankfurter Schwärze; Leim (Fisch-, Horn-, Leder-); Schmirgelpapier und Schmirgeltuch.

Schwefelfäden; Schwefelhölzer, einschließlich der chemisch bereiteten Zündhölzer, Reibhölzer, Reibfidibus und Zündfläschchen; Lunten.

Krapp; Waid; Wau.

5. Eier aller Art und Milch, ingleichen Rahm.

6. Erden und irdene Waaren.

Hierunter sind verstanden: Amianth und Asbest; Bimsstein, Cement und Tuffstein; Blutstein; Braunstein; Farberden aller Art; Flußspath in Stücken und gemahlen; Graphit (Reißblei, Wasserblei); Kalk und Gyps, ungebrannt und gebrannt; Lehm; Mergel; Moorerde; Puzzolan- oder Lava-Erde; Sand, auch gefärbter (mit Ausnahme der geriebenen Schmalte); Schmirgel; Schwerspath in Stücken und gemahlen; Talkerde; Thon aller Art, einschließlich Pfeifenthon und Porzellanerde; Traß; Tripel; Walkererde.

Gemeine Töpferwaaren, d. h. gewöhnliches, aus gemeiner Thonerde verfertigtes Töpfergeschirr mit oder ohne Glasur, sowie schwarzes oder Graphit-Geschirr; Fliesen; Schmelztiegel.

7. Erze aller Art.

8. Feldfrüchte, Gartengewächse und Waldfrüchte.

Hierunter sind verstanden: alle Feldfrüchte in Garben oder in Stroh, wie solche unmittelbar vom Felde eingeführt werden; Flachs- und Hanfpflanzen; Futterkräuter; Gras und Heu; Cichorien, ungetrocknete; Karden oder Weberdisteln; Kartoffeln.

Getreide und Hülsenfrüchte; Oelsaaten aller Art, einschließlich Mohnsaamen; Gartensämereien; Anis und Kümmel; Kleesaaten; Senfsaat; Senfpulver oder gemahlener Senf, nicht in Blasen, Flaschen oder Krügen verpackt; Beeren aller Art, frisch, getrocknet oder bloß eingekocht, letztere jedoch nicht in Flaschen, Büchsen u. dgl.; Flachs und Hanf (ungehechelt oder gehechelt), Chinesisches Gras, Werg und Heede; Waldwolle; Krapwurzeln.

Bäume, Sträuche, Reben, Schößlinge, Setzlinge, Stauden zum Verpflanzen; lebende Gewächse in Töpfen oder Kübeln; frische Blumen, Blätter und Knospen; frische und getrocknete (auch gesalzene oder in Essig eingelegte, in Fässern) Gemüse, Pilze, Rüben, Wurzeln, Schwämme, einschließlich der Trüffeln, und Zwiebeln; Blumenzwiebeln und Meerzwiebeln; Obst, nämlich: Aepfel, Aprikosen, Birnen, Johannisbeeren, Kirschen, Melonen, Mirabellen, Mispeln, Pfirsiche, Pflaumen, Quitten, Schlehen, Stachelbeeren, frisch, getrocknet oder bloß eingekocht (Mus), jedoch nicht in Flaschen, Büchsen u. dergl.; Nüsse, grüne und trockene; Roßkastanien; Maulbeerblätter.

Feuerschwamm, roher; Binsen; Heide; Kalmus, frischer; Flechten und Moos; Schachtelhalm; Schilfe und Rohre (Dach- und Weberrohre); Bast, roher; Seegras; Waldholzsaamen (Bucheckern, Buchkerne, Eicheln, Zapfen von Nadelhölzern); Eckerdoppern (Knoppern), Knoppernmehl.

9. Flußfische,

frische; Fluß- und Bachkrebse, frische; Landschnecken; Biber; Ottern; Frösche.

10. Geflügel, zahmes und wildes.

11. Glas, nämlich:

Hohlglas (Glasgeschirr), grünes, schwarzes und gelbes in seiner natürlichen Farbe, weder gepreßt, geschliffen, noch abgerieben.

12. Haare

aller Art, rohe, mit Ausschluß der Borsten; Pferdehaare, gesottene, gefärbte, gehechelte.

13. Harze, nämlich:

Pech; Theer (Mineraltheer und anderer); Daggert; Kolophonium; Asphalt und andere Erdharze (Bergpech, Bergtheer); Steinöl, schwarzes.

Terpentinöl; Vogelleim; Wagenschmiere, schwarze.

14. Holz und Holzwaaren.

Hierunter sind verstanden: Brennholz; Bau- und Nutzholz in Stämmen, Stöcken und Scheiten; Balken, Pfosten, Sägewaaren, Faßholz und alles andere vorgearbeitete Nutzholz: Faschinen, Pfahlholz, Flechtweiden, Busch, Reisig, Holzborke und Gerberlohe.

Grobe, rohe, ungefärbte Böttcher-, Drechsler-, Tischler- und bloß gehobelte Holzwaaren und Wagener-Arbeiten, auch grobe Maschinen von Holz, nämlich: Fässer, Fischbehälter und andere Böttcherwaaren, Kisten, Schachteln, Tröge, Mulden, Handschlitten, Schubkarren, ausgearbeitete Achsen, Deichseln, Speichen, Felgen, Naben, Räder, Rad- und Holzschuhe, Tische, Stühle, Bänke, Stiefelhölzer, Schuhmacherleisten, Stiefelknechte, Röhren, Rinnen, Barren, Kumpfe, Joche, Leiter- und Wiesbäume, Leitern, Schneidebretter, Kleider- und Haubenstöcke, Kochlöffel, Teller, Schaufeln, Rechen, Ruder, Schlägel, Keulen, Nägel, Stifte, Hühnersteigen, andere Ackerbau-, Garten- und Küchengeräthe, Pressen, Mangen, Spinnrocken, Webstühle, Reife und Zargen, gerundete Hölzer zu Stielen, Deckel, Resonanzböden, ungetunkte Zündhölzchen, Fidibus, Zahnstocher, Besen u. s. w., weder gefärbt, gebeizt, lackirt oder polirt, noch in Verbindung mit anderen Stoffen.

Anmerkung. Beschläge, Nägel, Schrauben, Scharniere, Reife, Schlösser, ferner Seile, Stricke, Spagate, Bindfäden, Bänder, Schnüre und Riemen zur Befestigung oder Verbindung der einzelnen Bestandtheile schließen die zollfreie Zulassung der vorstehend genannten Waaren nicht aus.

15. Kohlen.

Braun-, Holz- und Steinkohlen, ingleichen Torf.

16. Korbflechterwaaren,

grobe, nämlich aus ungeschälten Ruthen, ingleichen aus geschälten Ruthen, weder gefärbt, gebeizt, lackirt noch gefirnißt, zum Wirthschaftsgebrauch, z. B. Wagenflechten, Fischreusen, Tragkörbe (Hucken), Waschkörbe u. s. w.

17. Metalle.

Hierunter sind verstanden: Arsenik, Operment, arsenige Säure; Gold und Silber in Barren, Platten, Körnern, Pagamenten (Gold- und Silberbarren mit Kupfer vermischt), auch ausgebrannt oder in Bruch; Roh-Kupfer und -Messing, Schwarz-, Gar- und Rosettenkupfer, Stückmessing, altes gebrochenes Kupfer und Messing, Kupfer- und Messingfeile, Glockengut; Nickelmetall; Platina; Spießglanzmetall (Spießglanzkönig); Zink, roher und alter gebrochener Zink; Zinn in Blöcken, Stangen u. s. w. und altes gebrochenes Zinn.

18. Mühlenfabrikate.

Hierunter sind verstanden: geschrotete oder geschälte Körner, Graupe, Gries, Grütze

und Mehl; Nudeln und gleichartiges Teigwerk; Brod; Schiffszwieback; Kraftmehl-Produkte, d. h. Haarpuder, Stärke, Kleister, Pappe, Leogomme, Gummi-Surrogate.

19. Papier, literarische und Kunstgegenstände, nämlich:

ungeleimtes Papier aller Art (Lösch-, Pack- und Druckpapier); Sand- und Schieferpapier, ingleichen Rechentafeln aus Schieferpapier; Pappdeckel und Preßspäne.

Manuskripte (beschriebenes Papier) und Akten; Zeichnungen, Gemälde.

Bücher, gedruckte, sowohl gebunden als ungebunden; Landkarten; Musikalien; Kupfer- und Stahlstiche, Lithographien, Holzschnitte, schwarz oder farbig, ordinaire Bilderbogen; sofern diese Gegenstände in einem der kontrahirenden Staaten gedruckt und verlegt sind.

Schau- und Denkmünzen.

Anmerkung. Die für Zeitungen, Kalender und Ankündigungen etwa bestehende Stempel-Abgabe bleibt vorbehalten.

20. Seidenkokons (Seidengalleten).

21. Steine und Steinwaaren.

Hierunter sind verstanden: alle behauene und unbehauene Bruch-, Kalk-, Schiefer-, Ziegel- und Mauersteine; Mühlsteine; Schleif- und Wetzsteine aller Art; Flintensteine; Lithographirsteine, gravirte oder bezeichnete.

Schieferstifte und Schiefertafeln (auch in hölzernen Rahmen); große Arbeiten aus Marmor, Granit, Sandstein und Gips (Monumente, Statuen, Büsten u. dgl.); Waaren aus Serpentinstein.

22. Stroh-, Rohr- und Bastwaaren, nämlich:

Matten und Fußdecken von Bast, Binsen, Stroh und Schilf, ordinaire, ungefärbte.

23. Vieh, nämlich:

Pferde, Maulesel, Maulthiere, Esel; Kälber; Spanferkel; Schaafvieh, mit Ausschluß der Hammel; Ziegen.

24. Wagen und Schlitten,

ohne Leder- oder Polster-Arbeit.

25. Wildpret,

kleines (Hasen, Kaninchen).

26. Wolle, nämlich:

Schaaf- und Lammwolle, rohe und gekämmte, ingleichen gemahlene, roh, gebleicht und gefärbt.

Gegenstände, welche im Zwischenverkehr einem ermäßigten Zollsatze unterliegen, und zwar:

Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
Bast-, Binsen-, Rohr-, Schilf- und Strohwaaren:					
a) Matten und Fußdecken von Bast, Binsen, Schilf und Stroh, ordinaire, gefärbt, auch rohes, gespaltenes Stuhlrohr . . .	Zentner	1	.	1	30
b) Stroh-, Rohr- und Bastgeflechte und dergleichen Waaren, soweit solche nicht unter A. Nr. 22. oder vorstehend unter a. und nachstehend unter c. genannt sind; Decken von ungespaltenem Stroh; Hüte (mit Ausnahme der Bast- und Strohhüte) ohne Garnitur; gespaltenes, gebeiztes Stuhlrohr	Zentner	3	5	4	30
c) Stroh-, Rohr- und Bastgeflechte, welche mit seidenen oder anderen Gespinnsten oder mit Roßhaaren durchzogen oder durchwebt sind (Sparterie)	Zentner	21	.	30	
Baumwollengarn aller Art, ungemischt oder gemischt mit Wolle oder Leinen, ungebleicht, gebleicht oder gefärbt, eindräthig, mehrdräthig oder gezwirnt, ungeschlichtet oder geschlichtet, ingleichen Baumwollen-Watte	Zentner	1	$22\frac{1}{2}$	2	30
Beinwaaren, einschließlich der Waaren aus Horn, Klauen und anderen thierischen Schnitzstoffen (mit Ausnahme von Schildpatt, Elfenbein und Muschelschaalen):					
a) Fischbein, gerissenes	Zentner	1	.	1	30
b) Beinwaaren, alle anderen, auch in Verbindung mit Holz, lohgarem Leder, Glas, Papier und Pappe, Alabaster, Marmor, Speckstein, Gips, unedlen weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong); Fischbein, geschnittenes und Fischbeinstöcke	Zentner	3	5	4	30
Blei- und Rothstifte . .	Zentner	3	5	4	30

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Sa	
			in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oester Fl.
5.	**Bleiwaaren, feine, nämlich:** Spielzeug, ganz oder theilweise aus Blei; auch andere Bleiwaaren, lackirt, gefirnißt oder bemalt, jedoch weder echt noch unecht vergoldet oder versilbert, noch mit Gold- oder Silberlack überzogen, auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, Holz, lohgarem Leder, Glas, unedlen weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong) . . .	Zentner	5	.	7
	Anmerkung: Spielzeug aus Zinn wird wie Spielzeug aus Blei behandelt.				
6.	**Bürstenbinder-Waaren, grobe, nämlich:** Waaren aus Borsten in Verbindung mit Holz und Eisen, weder gebeizt, lackirt, gefirnißt, gefärbt noch polirt	Zentner	.	15	
7.	**Chemische Hülfsstoffe und Produkte, nämlich:** Alaun, Salzsäure, Schwefelsäure. .	Zentner	.	15	.
8.	**Eisen und Eisenwaaren, mit Ausnahme von Maschinen und Maschinenbestandtheilen:**				
	a) Roheisen, ingleichen Brucheisen, d. h. altes gebrochenes Eisen und Eisenabfälle (Eisenfeile, Hammerschlag oder Schmidzunder)	Zentner	.	$7\frac{1}{2}$	.
	Roheisen bei unmittelbarer Versendung von den Hüttenwerken mit Ursprungs-Zeugnissen der Bergbehörden	Zentner	.	5	.
	b) gefrischtes, d. h. alles geschmiedete und gewalzte Eisen in Stäben (mit Ausnahme des façonnirten, der runden, unter $\frac{1}{2}$ Preußischen oder Wiener Zoll dicken Stäbe und des mehr als sieben Preußische oder Wiener Zoll breiten Flacheisens), Luppeneisen, Eisenbahnschienen; Stahl, roher und raffinirter (gegerbter), Cement- und Gußstahl (mit Ausnahme der Stangen von nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Wiener oder Preußische Zoll Dicke) .	Zentner	.	20	1

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	c) façonnirtes, d. h. in einer für den Gebrauch vorgerichteten Form ausgeschmiedetes oder gewalztes Eisen in Stäben; Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Wagen (Achsen und dergl.) roh vorgeschmiedet ist, sofern dergleichen Bestandtheile einzeln einen Zentner und darüber wiegen; Eisenblech und Eisenplatten (einschließlich des mehr als sieben Preußische oder Wiener Zoll breiten Flacheisens) weder polirt, noch verzinnt, gefirnißt, lackirt oder gelocht; Stahlblech und Stahlplatten weder polirt noch abgeschliffen; Pflugschaareisen; Anker, sowie Anker- und Schiffsketten	Zentner	1	.	1	30
	d) Eisenblech und Eisenplatten, polirt, verzinnt (Weißblech), verzinkt oder gefirnißt; Stahlblech und Stahlplatten, polirt oder abgeschliffen; Eisendrath (einschließlich der runden, unter $\frac{1}{2}$ Preußischen oder Wiener Zoll dicken Stäbe), Stahldrath (einschließlich der nicht mehr als $\frac{1}{2}$ Preußischen oder Wiener Zoll dicken Stangen) roh oder polirt; Stahlsaiten . . .	Zentner	1	22 $\frac{1}{2}$	2	30
	e) Eisengußwaaren, rohe, d. h. alle, die nicht abgedreht, gefeilt, gestemmt, gelocht, gebohrt, geschliffen, polirt, gefirnißt sind	Zentner	.	15	.	45
	Anmerkung: Spuren von abgestemmten Uebergüssen oder von Gußnäthen schließen die Gußwaaren von der Einreihung in diesen Tarifsatz nicht aus.					
	f) Eisenwaaren, gemeine, d. h. grobe aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguß, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Eisen- und Stahldrath gefertigte Waaren, auch verzinnt, verkupfert, mit einem schwarzen Anstrich oder Firniß zum Schutze gegen den Rost versehen (jedoch weder polirt, abgeschliffen, noch lackirt), auch in Verbindung mit Holz, nämlich: gebohrte, gelochte oder zu Gittern verbundene Stäbe und Platten, Amboße, Mauerschließen, Brecheisen (Gaisfüße), grobe Schlägel, Hämmer;					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	Zwischenzoll-Satz in Oesterreich. Fl.	Xr.
	Bestandtheile von Wagen, soweit sie nicht vorstehend unter e. genannt sind; grobe Eisengußwaaren, soweit sie nicht vorstehend unter e. genannt sind, auch glasirte (emaillirte) Kochgeschirre; Nägel, Nieten, Haken, Klammern, Zwecke, Pflüge, Eggen, Harken, Hauen, Kellen, Krampen, Hecheln, Rechen, Schaufeln, Dung-, Heu- und Ofengabeln, Fallen und Fangeisen, Haspeln, Winden, Hemmschuhe, Hufeisen, Striegeln, Ketten (mit Ausschluß der Anker- und Schiffsketten), Bratspieße, Dreifüße, Feuerhunde, Feuerzangen, Gluthschaufeln, Schürhaken, Kessel, Pfannen, Mörser und Mörserstößel, Thür- und Truhenbeschläge, Plätteisen, Holzschrauben, Feilen, Raspeln, Kaffeetrommeln, Kaffeemühlen, Schlösser, grobe Ringe, Schraubstöcke, Stemmeisen, Thurmuhren, grobe Waagebalken, grobe Zangen, Maultrommeln, Kratzbürsten von Eisendrath für Metallarbeiter, grobe Drathwaaren von Eisen- und Stahldrath und dergleichen, außerdem alle Aexte, grobe Sägen, Sicheln, Sensen, Tuchmacher- und grobe Schneiderscheeren (d. h. Zuschneidescheeren), grobe Messer zum Handwerksgebrauch (auch Kneife, Bauernpuffer) . . .	Zentner	2	.	3	
	Anmerkung: Unwesentliche an den vorgedachten Waaren befindliche Bestandtheile von anderen unedlen Metallen, die weder echt noch unecht vergoldet oder versilbert, noch mit Gold- oder Silberlack überzogen sind (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong), schließen diese Waaren von der Zulassung zu dem Satze von 2 Rthlr. oder 3 Fl. für den Zentner nicht aus.					
g)	Eisenwaaren, feine, d. h. Waaren aus feinem Eisenguß, Eisen- und Stahlwaaren, polirt, abgeschliffen, lackirt (gefirnißt), jedoch					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	weder echt noch unecht vergoldet oder versilbert noch mit Gold- oder Silberlack überzogen, auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, Holz, lohgarem Leder, Glas, unedlen weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong), z. B. Messer (mit Ausnahme der vorstehend unter f. genannten), Scheeren, feine Sägen, Hafteln und Schließen, Oesen, Kardätschen, Kratzen und Streichen (Kratzen- und Streichenbeschläge), Waffen und Waffenbestandtheile, feine Drathwaaren von Eisen- oder Stahldrath, jedoch mit Ausnahme der nachstehend unter h. genannten Gegenstände und der Stahlperlen .	Zentner	3	5	4	30
	h) Nähnadeln, Stricknadeln, Häkelnadeln (auch Tambournadeln) ohne Griffe .	Zentner	35	.	50	.
9.	Fette, nämlich: Butter, frisch oder eingeschmolzen; Thierfett, ungeschmolzenes und geschmolzenes (Talg, Schmalz, Gänse- und Schweinefett); Speck; Stearin und Stearinsäure .	Zentner	1	15	2	10
10.	Flußfahrzeuge, hölzerne, sowohl Ruder- als Segelfahrzeuge mit oder ohne Eisen- oder Kupferbeschlag, einschließlich der zur Bewegung und Erhaltung des Schiffs nothwendigen Einrichtungsstücke, z. B. Segel und Segelstangen, Anker und Ankerketten, Schiffseile, Beischiffe, insoweit deren Anzahl über den gewöhnlichen Bedarf nicht hinausgeht, und zwar:					
	in Preußen für die Last von 4000 Pfund Tragfähigkeit . .		.	$7\frac{1}{2}$	.	.
	in Oesterreich für die Tonne von 20 Zoll-Zentnern Tragfähigkeit		.	.	.	12

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Kr.
11.	Glas und Glaswaaren:					
	a) Spiegelglas, rohes, ungeschliffenes	Zentner	.	15	.	45
	b) weißes Hohlglas, ungemustert, ungeschliffen, unabgerieben, ungepreßt, oder nur mit abgeschliffenen Stöpseln, Böden oder Rändern; Fenster- und Tafelglas in seiner natürlichen Farbe (grün, halb und ganz weiß)	Zentner	1	22½	2	30
	c) gepreßtes, geschliffenes, abgeriebenes, geschnittenes, gemustertes weißes Glas; auch Behänge zu Kronenleuchtern von Glas, Glasknöpfe, Glasperlen und Glasschmelz; geschliffenes Spiegelglas belegt oder unbelegt, wenn das Stück nicht über 288 Preußische oder 284 Wiener Quadratzoll mißt	Zentner	2	.	3	.
	d) farbiges, bemaltes, vergoldetes, versilbertes, oder mit Pasten (Kameen) eingelegtes Glas ohne Unterschied der Form; Glaswaaren in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, Holz, lohgarem Leder, Papier und Pappe, Alabaster, Marmor, Speckstein, Gips, unedlen weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong); eingerahmte Spiegel, deren Glastafeln nicht über 288 Preußische oder 284 Wiener Quadratzoll das Stück messen; Glasflüsse (unechte Edelsteine) ohne Fassung	Zentner	3	5	4	30
	e) Spiegelglas, geschliffenes, belegt oder unbelegt, wenn das Stück mehr als 288 Preußische oder 284 Wiener Quadratzoll mißt, und zwar:					
	bei dem Eingange in Oesterreich .	Zentner	.	.	10	.
	bei dem Eingange in Preußen, wenn das Stück mißt:					
	über 288 bis 576 □Zoll Preußisch .	Stück	.	15		
	" 576 " 1000 " "	Stück	1	15		

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	über 1000 bis 1400 □Zoll Preußisch . .	Stück	4	.		
	= 1400 = 1900 = = .	Stück	10	.		
	= 1900 □Zoll Preußisch	Stück	15	.		
	Anmerkung: Spiegel, deren Glastafeln über 288 Preußische oder 284 Wiener Quadratzoll das Stück messen, unterliegen, ohne Rücksicht auf den Rahmen, sowohl bei dem Eingange in Preußen, als auch bei dem Eingange in Oesterreich, demjenigen Zwischenzoll, welcher für die Glastafeln, die sie enthalten, vereinbart ist.					
12.	Holzwaaren, einschließlich der Waaren aus Röhren, Nüssen, Kork und anderen vegetabilischen Schnitzstoffen:					
	a) Fourniere und Parketten, nicht eingelegte; Korkplatten, Kork-Scheiben, Korkstöpseln, Korksohlen; roh vorgearbeitete Hefte und Klaviaturhölzer	Zentner	.	15	.	45
	b) Hausgeräthe (Meubles), gefärbt, gebeizt, lackirt, polirt oder auch in Verbindung mit Eisen, Messing, lohgarem Leder, Bast, Binsen, Korbgeflechten, Schilf, Stroh- und Stuhlrohr, ingleichen alle anderen Böttcher-, Drechsler- und Tischlerwaaren, welche weder unter A. Nr. 14. begriffen, noch vorstehend unter a. oder nachstehend unter c. aufgeführt sind, auch in Verbindung mit Eisen (mit Ausnahme des polirten Stahls) und Messing	Zentner	1	.	1	30
	c) Fourniere, Parketten und andere Waaren mit eingelegter Arbeit; Spielzeug; Kammmacherwaaren; feine Schnitz- und Drechslerwaaren; auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, lohgarem Leder, Glas, Papier und Pappe, Alabaster, Marmor, Speckstein, Gips, unedlen weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong); ingleichen hölzerne Hängeuhren und Uhrkästen,					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	Holzbronze und mit Gold- oder Silberlack überzogene Waaren, Boulle-Arbeiten . .	Zentner	3	5	4	30
13.	Honig .	Zentner	.	10	.	30
14.	Instrumente:					
	a) gefaßte Augengläser (Brillen u. s. w.) und Operngucker . .	Zentner	10	15	15	
	b) astronomische, chirurgische, mathematische, mechanische, musikalische, optische (mit Ausnahme der vorstehend unter a. genannten), physikalische, ohne Rücksicht auf die Materialien, aus denen sie gefertigt sind . . .	Zentner	2	.	3	
15.	Käse . .	Zentner	1	.	1	30
16.	Korbflechterwaaren, feine, nämlich alle unter A. Nr. 16. nicht begriffene, auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, lohgarem Leder, Glas, Papier und Pappe, Alabaster, Marmor, Speckstein, Gips, ungebranntem Thon, unedlen weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong)	Zentner	3	5	4	30
17.	Kürschnerwaaren, nämlich:					
	fertige nicht überzogene Schaafpelze, desgleichen ungefütterte Decken, Pelzfutter und Besätze	Zentner	3	15	5	
18.	Kupfer- und Messingwaaren:					
	a) Kupfer und Messing, geschmiedetes, gewalztes, gegossenes, in Tafeln, Platten, Blechen und Dräthen, Messingsaiten, roh vorgearbeitete, vertiefte Kupferbleche (Kupferschaalen, wie sie vom Hammer kommen)	Zentner	1	22½	2	30

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	b) Kupfer- und Messingwaaren, weder gefirnißt noch lackirt, bemalt oder bedruckt (mit Ausnahme der gepreßten Verzierungen, z. B. Kasten- und Thürbeschläge, Vorhanghalter), auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, Holz, lohgarem Leder, Glas, unedlen, weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong), ingleichen geriebenes Messing (Bronzepulver), Rauschgold und Rauschsilber	Zentner	3	5	4	30
	c) Kupfer- und Messingwaaren, gefirnißt, lackirt, bemalt oder bedruckt, ingleichen gepreßte Verzierungen, alle diese Waaren weder echt noch unecht vergoldet oder versilbert, noch mit Gold- oder Silberlack überzogen, auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, Holz, lohgarem Leder, Glas, unedlen, weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong) . . .	Zentner	10	15	15	
	Anmerkung: Legirungen von Kupfer oder Messing mit unedlen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong) und Waaren aus diesen Legirungen werden wie Kupfer- und Messingwaaren behandelt.					
19.	**Leder und Lederwaaren**, einschließlich der Waaren aus Gummi und Guttapercha:					
	a) Leder aller Art, nämlich: lohgare oder nur lohroth gearbeitete Häute, Fahlleder, Sohlleder, Kalbleder, Sattlerleder, Stiefelschäfte, Juchten, sämisch- und weißgares Leder, Pergament, Brüsseler und Dänisches Handschuhleder, Korduan, Marokin,					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	Saffian, alles gefärbte, lackirte, vergoldete und gepreßte Leder; Gummiplatten; Gummifäden außer Verbindung mit anderen Materialien; Guttapercha mehr oder weniger gereinigt . .	Zentner	1	22½	2	30
	b) Leder- und Gummiwaaren, gemeine, d. h. grobe Schuhmacher-, Sattler- und Täschnerwaaren aus lohgarem, lohrothem oder blos geschwärztem Leder oder aus Gummi, auch in Verbindung mit Holz; Blasebälge; desgleichen andere nicht lackirte, gefärbte, bemalte oder mit gepreßten Verzierungen versehene Gummifabrikate	Zentner	5	.	7	30
	Anmerkung: Die Ausfütterung der vorstehend genannten Waaren mit baumwollenen, leinenen oder wollenen Geweben und die Verbindung dieser Waaren mit Schlössern, Schnallen, Ringen und dergleichen aus unedlen, weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong) schließt dieselben von der Zulassung zu dem Satze von 5 Rthlr. oder 7 Fl. 30 Kr. für den Zentner nicht aus.					
	c) Leder- und Gummiwaaren, feine, d. h. Lederwaaren von Korduan, Saffian, Marokin, Brüsseler und Dänischem Leder, sämisch- und weißgarem Leder, lackirtem, gefärbtem, bemaltem, vergoldetem oder mit gepreßten Verzierungen versehenem Leder (mit Ausnahme der Handschuhe), von Pergament, von lackirtem, gefärbtem, bemaltem oder mit gepreßten Verzierungen versehenem Gummi oder Guttapercha	Zentner	10	15	15	.
	d) Lederne Handschuhe, auch in Verbindung mit gewebten oder gewirkten Stoffen	Zentner	21	.	30	.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
20.	Leinengarn, nämlich:					
	a) rohes, ungezwirnt	Zentner		15		45
	b) gebleichtes, mit Einschluß des blos abgekochten oder gebükten (geäscherten) und gefärbtes, ungezwirnt .	Zentner	5		7	30
	c) gezwirntes aller Art .	Zentner	7		10	
21.	Lichte, Talg-, Wachs-, Wallrath- und Stearin-Lichte, Wachsstöcke .	Zentner	2		3	
22.	Oel, nämlich:					
	Hanf-, Lein- und Rapsöl in Fässern . .	Zentner		15	.	45
23.	Papier:					
	a) alles geleimte Papier; buntes (mit Ausnahme der unter b. genannten Papiergattungen), lithographirtes, bedrucktes oder liniirtes, zu Rechnungen, Etiketten, Frachtbriefen, Devisen u. s. w. vorgerichtetes Papier; Malerpappe . .	Zentner	1		1	30
	b) Gold- und Silberpapier und Papier mit Gold- oder Silbermuster (echt oder unecht, auch bronzirt); gepreßtes und durchgeschlagenes Papier; ingleichen Streifen von diesen Papiergattungen	Zentner	3	5	4	30
24.	Papier- und Pappwaaren:					
	a) Papiertapeten	Zentner	4	.	5	45
	b) Buchbinderarbeiten aus Papier und Pappe, grobe lackirte Waaren aus diesen Urstoffen, auch Formerarbeit aus Steinpappe, Asphalt oder ähnlichen Stoffen .	Zentner	3	5	4	30
25.	Siebmacherwaaren, grobe, nämlich: fertige hölzerne Siebe mit Böden von Holzgeflecht oder von Eisendrath, weder gebeizt, lackirt, gefirnißt, gefärbt noch polirt .	Zentner		15		45

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich Fl.	Xr.
26.	Speisen, zubereitete, nämlich:					
	a) Chokolade und Chokoladen-Surrogate, sowie Chokoladen-Fabrikate, Racahout des Arabes, Konfituren, Zuckerwerk, Kuchenwerk, Zwieback aller Art, mit Ausnahme von Schiffszwieback; mit Zucker, Essig, Oel oder sonst, namentlich alle in Flaschen, Büchsen u. dergl. eingemachte, eingedämpfte oder auch eingesalzene Früchte, Gewürze, Gemüse und andere Konsumtibilien . .	Zentner	7		10	.
	b) Senfpulver in Blasen, Flaschen, Krügen, wie auch zubereiteter Senf .	Zentner	5		7	30
27.	Steinwaaren:					
	a) Waaren aus Marmor, Granit, Sandstein und Gips, soweit solche nicht unter A. Nr. 21. begriffen sind, aus Alabaster und Speckstein	Zentner	3	5	4	30
	b) Halbedelsteine, nämlich: Achat, Adular, Amethyst, Chalcedon, Karneol, Jaspis, Onyx und Chrysopras, geschliffen, geschnitten oder in anderer Weise bearbeitet, ohne Fassung .	Zentner	5		7	30
28.	Thonwaaren:					
	a) einfarbiges oder weißes, ingleichen weißes nur mit farbigen (weder vergoldeten noch versilberten) Randstreifen versehenes Fayence oder Steingut; dergleichen Pfeifen . . .	Zentner	1	22½	2	30
	b) bemaltes, mehrfarbiges, bedrucktes, vergoldetes oder versilbertes Fayence oder Steingut	Zentner	3	5	4	30
	c) weißes, auch mit farbigen (weder vergoldeten noch versilberten) Randstreifen versehenes Porzellan	Zentner	3	5	4	30
	d) farbiges, bemaltes, bedrucktes, vergoldetes oder versilbertes Porzellan	Zentner	5		7	30
	e) Thonwaaren aller Art (mit Ausschluß der vorstehend unter d. genannten), auch Email in Verbindung mit unedlen, weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong)	Zentner	3	5	4	30
29.	Vieh, nämlich:					
	a) Rindvieh:					
	1. Ochsen und Zuchtstiere .	Stück	2	15	3	30
	2. Kühe .	Stück	1	15	2	.
	3. Jungvieh	Stück	1	.	1	30
	b) Schweine, gemästete und magere (mit Ausschluß der Spanferkel)	Stück		20	1	.
	c) Hammel .	Stück		10	.	30
30.	Webe- und Wirkwaaren, nämlich:					
	a) Baumwollenwaaren, gewebte und gewirkte aus Baumwolle oder Baumwolle und anderen nicht seidenen oder wollenen Webe- und Wirkstoffen, auch dergleichen Waaren geleimt, gefirnißt, mit Kautschuk, Guttapercha, anderen Harzen oder Wachs überzogen oder getränkt, oder in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase, und zwar:					
	1. gemeinste, gemeine, mittelfeine und feine, d. i. alle nicht unter 2 und 3 genannte Waaren	Zentner			45	
	2. extrafeine, d. i. alle nicht unter 3 genannte undichte Gewebe, z. B. Jakonets, Organtins, Musselins, Musselinets, Vapeurs, Mulls und Tülls	Zentner	30	.	100	
	3. feinster Art, als: Bobbinets (Tüll anglais), Petinets, Spitzen, gestickte Waaren und alle Baumwollenwaaren in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase	Zentner			200	
	b) Leinenwaaren, gewebte und gewirkte, aus Flachs, Hanf, Werg, Manillahanf, Neuseeländer Flachs, Bast-, See- und chinesischem Gras, Waldwolle und anderen vegetabilischen Fasern, auch dergleichen Waaren getheert, gefirnißt, geleimt, mit Kautschuk, Guttapercha, anderen Harzen oder Wachs überzogen oder getränkt,					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr. Sgr.	Zwischenzoll-Satz in Oesterreich. Fl. Xr.
	oder in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase, und zwar:			
	1. gemeinster Art, gemeine und mittelfeine, d. i. alle nicht unter 2 und 3 genannte Waaren	Zentner		45
	2. feine, als: alle glatte Gewebe (Leinewande) von denen mehr als 100 Kettenfäden auf den Wiener Kurrentzoll gehen, alle leinene Damaste, Battiste und alle undichte Stoffe, mit Ausnahme der unter 3 genannten	Zentner	30 .	75
	3. feinster Art, als: Spitzen, gestickte Waaren und Waaren in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase .	Zentner		200
	c) Wollenwaaren, gewebte und gewirkte, aus Wolle oder Wolle und anderen nicht seidenen Webe- und Wirkstoffen, auch dergleichen Waaren getheert, gefirnißt, geleimt, mit Kautschuck, Guttapercha, anderen Harzen oder Wachs überzogen oder getränkt, oder in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase, und zwar:			
	1. gemeinster Art, gemeine, mittelfeine und feine, d. i. alle nicht unter 2 und 3 genannte Waaren	Zentner		45
	2. extrafeine, d. i. alle undichte Gewebe mit Ausnahme der unter 3 genannten	Zentner	30 .	100
	3. feinster Art, als: Shawls und Shawltücher, Spitzen, gestickte Waaren und alle Waaren in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase .	Zentner		200
	d) Seidenwaaren, und zwar:			
	1. feine, d. i. Waaren aus Seide allein oder in Verbindung mit echten oder unechten Gold- oder Silberfäden oder gesponnenem Glase, ingleichen folgende Waaren, solche mögen aus Seide allein oder in Verbindung mit anderen Webe- oder Wirkmaterialien erzeugt sein: alle Bänder, Velpel, Plüsche			

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	in Oesterreich. Fl.	Xr.
	und Sammte, Musselin, Barege, Crepe, Gaze, Blonden, Spitzen und andere undichte (klare) Gewebe, sowie alle gestickte Waaren	Zentner	80	.	120	.
	2. gemeine, d. i. alle nicht unter 1 genannte Waaren, in denen außer anderen Webe- und Wirkstoffen sich auch Seide befindet, ingleichen seidene, mit Kautschuk, Guttapercha, anderen Harzen oder Wachs überzogene oder getränkte Waaren .	Zentner	50	.	75	
31.	Zinkwaaren:					
	a) Zinkbleche und Zinkdrath, ingleichen Zinkwaaren, weder gefirnißt noch lackirt oder bemalt	Zentner	1	.	1	30
	b) Zinkwaaren, gefirnißt, lackirt, bemalt oder bedruckt, jedoch weder echt noch unecht vergoldet oder versilbert, noch mit Gold- oder Silberlack überzogen, auch in Verbindung mit Bein (mit Ausnahme von Elfenbein), Horn, Klauen, Holz, lohgarem Leder, Glas, unedlen, weder echt noch unecht vergoldeten oder versilberten, noch mit Gold- oder Silberlack überzogenen Metallen (mit Ausnahme von Neusilber oder Packfong) .	Zentner	3	5	4	30
32.	Zusammengesetzte oder kurze Waaren, Quincaillerien u. s. w., nämlich:					
	a) feine, d. h. Waaren, ganz oder theilweise aus echt oder unecht vergoldeten oder versilberten, oder mit Gold- oder Silberlack überzogenen unedlen Metallen (mit Ausnahme der Uhren, der plattirten Tafeln, Bleche und Dräthe aus Kupfer oder Messing, sowie der vergoldeten oder versilberten Perlen und aller Waaren aus Neusilber oder Packfong), außer Verbindung mit edlen Metallen, Edelsteinen, echten Perlen und Gespinnsten von Baumwolle, Leinen, Seide oder Wolle; ferner unechtes Blattgold und unechtes Blattsilber	Zentner	35	.	50	
	b) gemeine, d. h. Beinwaaren, Bleiwaaren, Bürstenbinderwaaren, Eisen- und Stahlwaaren, Glaswaaren, Holzwaaren, Korb-					

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Zwischenzoll-Satz in Preußen. Rthlr.	Sgr.	Zwischenzoll-Satz in Oesterreich. Fl.	Xr.
	flechterwaaren, Kupfer- und Messingwaaren, Lederwaaren, Papier- und Pappwaaren, Siebmacherwaaren, Waaren aus Alabaster, Marmor, Speckstein und Gips, Thonwaaren und Zinkwaaren in Verbindung mit anderen Materialien, soweit sie nicht vorstehend unter A. oder beziehungsweise unter B. Nr. 3. b., Nr. 5., Nr. 6., Nr. 8. f. g., Nr. 11. d., Nr. 12. b. c., Nr. 16., Nr. 18. b. c., Nr. 19. b. c., Nr. 25., Nr. 28. e., Nr. 31. b. begriffen sind, jedoch außer Verbindung mit edlen Metallen, Neusilber oder Packfong, Edelsteinen, echten Perlen, Korallen, Bernstein, Gagat, Schildpatt, Perlmutter, Meerschaum und Gespinnsten von Baumwolle, Leinen, Seide oder Wolle und mit Ausnahme der Uhren .	Zentner	21	.	30	

Allgemeine Bemerkungen.

1. Die in vorstehendem Verzeichniß für Waaren aus einem bestimmten Materiale vereinbarten Zollbefreiungen und Zwischenzollsätze finden auf Waaren, welche aus einem solchen Materiale in Verbindung mit einem oder mehreren anderen Materialien bestehen (zusammengesetzte Waaren), nur insoweit Anwendung, als dergleichen Verbindungen ausdrücklich zugelassen sind.
2. Die in dem jedesmaligen allgemeinen Zolltarife jedes Staates über die Erhebung der Zölle nach dem Brutto-Gewichte oder nach dem Netto-Gewichte und über die Tara-Vergütung für die in der zweiten Abtheilung des vorstehenden Verzeichnisses genannten Gegenstände enthaltenen Bestimmungen kommen auch bei der Erhebung der vereinbarten Zwischenzölle zur Anwendung.
3. Sollten einzelne Gegenstände, welche in der zweiten Abtheilung des vorstehenden Verzeichnisses aufgeführt sind, in dem einen oder dem anderen Staate allgemeinen tarifmäßigen Eingangszollsätzen von geringeren, als dem für den Zwischenverkehr vereinbarten Betrage unterliegen oder künftig unterworfen werden, so wird von solchen Gegenständen auch im Zwischenverkehr der allgemeine tarifmäßige Zollsatz so lange erhoben werden, als er den vereinbarten Zwischenzollsatz nicht erreicht oder übersteigt. Der im Artikel 2. des Vertrages enthaltene Grundsatz findet auch auf diese Gegenstände Anwendung.
4. Hinsichtlich der in dem vorstehenden Verzeichniß nicht enthaltenen Gegenstände kommen die allgemeinen, beziehungsweise die als Ausnahme für gewisse Grenzstrecken oder Zollämter jetzt oder künftig bestehenden Zollsätze in dem allgemeinen Tarife jedes Staates zur Anwendung.

II.

Verzeichniß

derjenigen Gegenstände, von welchen im Zwischenverkehr zwischen Preußen und Oesterreich Ausgangs-Abgaben erhoben werden können.

1. Abfälle und zwar: von Gerbereien das Leimleder; Abfälle und Theile von rohen Häuten und Fellen; abgenutzte alte Lederstücke; Hörner, Hornspitzen, Hornscheiben, Hornspäne; Klauen; Knochen, letztere mögen ganz oder zerkleinert sein.
2. Blutegel.
3. Eckerdoppern (Knoppern), Knoppernmehl, Eicheln, Eichelhülsen, Valonna, Galläpfel; Pottasche und andere unausgelaugte vegetabilische Asche; Weinstein, roher.
4. Gold- und Silberstufen.
5. Granaten, rohe.
6. Häute, Felle und Haare, und zwar: rohe (grüne, gesalzene, trockene) Häute und Felle zur Lederbereitung; rohe behaarte Schaaf-, Lamm- und Ziegenfelle; rohe Hasen- und Kaninchenfelle; Haare aller Art, einschließlich Borsten.
7. Lumpen (Hadern) und andere Abfälle zur Papier-Fabrikation: leinene, baumwollene, seidene und wollene Lumpen, auch macerirte Lumpen (Halbzeug); Papierabschnitzel (Papierspäne); Makulatur (beschriebene und bedruckte); desgleichen alte Fischernetze, altes Tauwerk und Stricke.
8. Nickel und Kobalterze und -Speise; Nickelmetall und Nickelschwamm.
9. Seide und zwar: Seidengalleten (Kokons); Seidenabfälle, ungesponnen; Seide, rohe, unfilirt oder filirt; rohe Nähseide.
10. Töpferthon für Porzellanfabriken (Porzellanerde).

III.

Zollkartel.

§ 1. Jeder der kontrahirenden Staaten verpflichtet sich, zur Verhinderung, Entdeckung und Bestrafung von Uebertretungen (§§ 13. und 14.) der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze des anderen Staates nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen mitzuwirken.

§ 2. Jeder der kontrahirenden Theile wird seinen Angestellten, welche zur Verhinderung oder zur Anzeige von Uebertretungen seiner eigenen Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze angewiesen sind, die Verpflichtung auflegen, sobald ihnen bekannt wird,

daß eine Uebertretung derartiger Gesetze des anderen Theiles unternommen werden soll, oder stattgefunden hat, dieselbe im ersteren Falle durch alle ihnen gesetzlich zustehenden Mittel thunlichst zu verhindern und in beiden Fällen der inländischen Zoll- oder Steuerbehörde (in Preußen Hauptzollämter oder Hauptsteuerämter, in Oesterreich Hauptzollämter oder Finanzwach-Kommissäre) schleunigst anzuzeigen.

§ 3. Die Zoll- oder Steuerbehörden des einen Staates sollen über die zu ihrer Kenntniß gelangenden Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetzen des anderen Staates der zuständigen Zoll- oder Steuerbehörde des letzteren sofort Mittheilung machen und derselben dabei über die einschlagenden Thatsachen, soweit sie diese zu ermitteln vermögen, jede sachdienliche Auskunft ertheilen.

§ 4. Die Erhebungsämter der kontrahirenden Staaten sollen den dazu von dem anderen Staate ermächtigten oberen Zoll- oder Steuerbeamten desselben die Einsicht der Register oder Register-Abtheilungen, welche den Waarenverkehr aus und nach dem letzteren und an der Grenze desselben nachweisen, nebst Belegen auf Begehren jederzeit an der Amtsstelle gestatten.

§ 5. Die Zoll- und Steuerbeamten an der Grenze zwischen beiden kontrahirenden Staaten sollen angewiesen werden, sich zur Verhütung und Entdeckung des Schleichhandels nach beiden Seiten hin bereitwilligst zu unterstützen und nicht allein zu jenem Zwecke ihre Wahrnehmungen sich gegenseitig binnen der kürzesten Frist mitzutheilen, sondern auch ein freundnachbarliches Vernehmen zu unterhalten und zur Verständigung über zweckmäßiges Zusammenwirken von Zeit zu Zeit und bei besonderen Veranlassungen sich miteinander zu berathen.

Bei jeder der einander gegenüberliegenden Aufsichtsstationen soll ein Register geführt werden, in welches die erwähnten Mittheilungen einzutragen sind.

§ 6. Den Zoll- und Steuerbeamten der kontrahirenden Theile soll gestattet sein, bei Verfolgung eines Schleichhändlers oder der Gegenstände oder Spuren einer Uebertretung der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze ihres Staates sich in das Gebiet des anderen Staates zu dem Zwecke zu begeben, um bei den dortigen Ortsvorständen oder Behörden die zur Ermittelung des Thatbestandes und des Thäters und die zur Sicherung des Beweises erforderlichen Maßregeln, das Sammeln aller Beweismittel bezüglich der vollbrachten oder versuchten Zollumgehung, sowie den Umständen nach die einstweilige Beschlagnahme der Waaren und die Festhaltung der Thäter zu beantragen.

Anträgen dieser Art sollen die Ortsvorstände und Behörden jedes der kontrahirenden Theile in derselben Weise genügen, wie ihnen dies bei vermutheten oder entdeckten Uebertretungen der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze des eigenen Staates zusteht und obliegt. Auch können die Zoll- und Steuerbeamten des einen Theiles durch Requisition ihrer vorgesetzten Behörde von Seiten der zuständigen Behörde des andern Theiles aufge-

fordert werden, entweder vor letzterer selbst oder vor der kompetenten Behörde ihres eigenen Landes, die auf die Zollumgehung bezüglichen Umstände auszusagen.

§ 7. Keiner der kontrahirenden Theile wird in seinem Gebiete Vereinigungen zum Zwecke des Schleichhandels nach dem Gebiete des anderen Theiles dulden, oder Verträgen zur Sicherung gegen die möglichen Nachtheile schleichhändlerischer Unternehmungen Gültigkeit zugestehen.

§ 8. Jeder der kontrahirenden Theile ist verpflichtet, zu verhindern, daß Vorräthe von Waaren, welche als zum Schleichhandel nach dem Gebiete des anderen Theiles bestimmt anzusehen sind, in der Nähe der Grenze des letzteren angehäuft, oder ohne genügende Sicherung gegen den zu besorgenden Mißbrauch niedergelegt werden.

Innerhalb des Grenzbezirks sollen Niederlagen fremder unverzollter Waaren nur an solchen Orten, wo sich ein Zollamt befindet, gestattet und in diesem Falle unter Verschluß und Kontrole der Zollbehörde gestellt werden. Sollte in einzelnen Fällen der amtliche Verschluß nicht anwendbar sein, so sollen, statt desselben, anderweite möglichst sichernde Kontrole-Maaßregeln angeordnet werden. Vorräthe von fremden verzollten und von inländischen Waaren innerhalb des Grenzbezirkes sollen das Bedürfniß des erlaubten, d. h. nach dem örtlichen Verbrauche im eigenen Lande bemessenen Verkehrs nicht überschreiten. Entsteht Verdacht, daß sich Vorräthe von Waaren der letztgedachten Art über das bezeichnete Bedürfniß und zum Zweck des Schleichhandels gebildet hätten, so sollen dergleichen Niederlagen, insoweit es gesetzlich zulässig ist, unter spezielle zur Verhinderung des Schleichhandels geeignete Kontrole der Zollbehörde gestellt werden.

§ 9. Jeder der kontrahirenden Theile ist verpflichtet:

a) Waaren, deren Ein- oder Durchfuhr in dem anderen Staate verboten ist, nach demselben nur beim Nachweise dortiger besonderer Erlaubniß zoll- oder steueramtlich abzufertigen;

b) Waaren, welche in dem anderen Staate eingangsabgabenpflichtig und dahin bestimmt sind, nach demselben

1. nur in der Richtung nach einem dortigen mit ausreichenden Befugnissen versehenen Eingangsamte,
2. von den Ausgangsämtern oder Legitimationsstellen nur zu solchen Tageszeiten, daß sie jenseits der Grenze zu dort erlaubter Zeit eintreffen können, und
3. unter Verhinderung jedes vermeidlichen Aufenthaltes zwischen dem Ausgangsamte oder der Legitimationsstelle und der Grenze

zoll- oder steueramtlich abzufertigen, oder mit Ausweisen zu versehen.

§ 10. Auch wird jeder der beiden Staaten die Erledigung der für die Wiederausfuhr unverabgabter Waaren ihm geleisteten Sicherheiten, sowie die für Ausfuhren gebüh-

renden Abgaben-Erlasse oder Erstattungen erst dann eintreten lassen, wenn ihm durch eine vom Eingangsamte auszustellende Bescheinigung nachgewiesen wird, daß die nach dem vorbezeichneten Nachbarlande ausgeführte Waare in dem letzteren angemeldet worden ist. Die Grenzzollämter werden sich wechselseitig wöchentlich beglaubigte Uebersichten aus den Zoll-Registern mittheilen, welche die Gattung und Menge der zur Ausfuhr abgefertigten Waaren der bemerkten Art enthalten.

§ 11. Vor Ausführung der im § 9. unter b und im § 10. enthaltenen Bestimmungen werden die kontrahirenden Theile über die erforderliche Anzahl und die Befugnisse der zum Waarenübergange an der gemeinschaftlichen Grenze bestimmten Anmelde- und Erhebungsstellen, über die denselben, soweit sie zu einander unmittelbar in Beziehung stehen, übereinstimmend vorzuschreibenden Abfertigungsstunden und über, nach Bedürfniß anzuordnende amtliche Begleitungen der ausgeführten Waaren bis zur jenseitigen Anmeldestelle, sowie über besondere Maßregeln für den Eisenbahnverkehr sich bereitwilligst verständigen.

§ 12. Jeder der kontrahirenden Theile hat die in den §§ 13. und 14. erwähnten Uebertretungen der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze des anderen Theiles nicht allein seinen Angehörigen, sondern auch allen denjenigen, welche in seinem Gebiete einen vorübergehenden Wohnsitz haben oder auch nur augenblicklich sich befinden, unter Androhung der zu jenen §§ bezeichneten Strafen zu verbieten. Beide kontrahirende Theile verpflichten sich wechselseitig, die dem andern kontrahirenden Theile angehörigen Unterthanen, welche den Verdacht des Schleichhandels wider sich erregt haben, innerhalb ihrer resp. Gebiete überwachen zu lassen.

§ 13. Uebertretungen von Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten des anderen Theiles und Zoll- oder Steuerdefrauden, d. h. solche Handlungen oder gesetzwidrige Unterlassungen, durch welche dem letzteren eine ihm gesetzlich gebührende Ein-, Aus- oder Durchgangs-Abgabe entzogen wird oder bei unentdecktem Gelingen entzogen werden würde, sind von jedem der kontrahirenden Theile nach seiner Wahl entweder mit Konfiskation des Gegenstandes der Uebertretung, eventuell Erlegung des vollen Werthes, und daneben mit angemessener Geldstrafe oder mit denselben Geld- oder Vermögensstrafen zu bedrohen, welchen gleichartige oder ähnliche Uebertretungen seiner eigenen Abgabengesetze unterliegen.

Im letzteren Falle ist der Strafbetrag, soweit derselbe gesetzlich nach dem entzogenen Abgabenbetrage sich richtet, nach dem Tarife des Staates zu bemessen, dessen Abgabengesetz übertreten worden ist.

§ 14. Für solche Uebertretungen der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze des anderen Staates, durch welche erweislich ein Ein-, Aus- oder Durchfuhrverbot nicht verletzt und eine Abgabe widerrechtlich nicht entzogen werden konnte oder sollte, sind ge-

nügende, in bestimmten Grenzen vom strafrichterlichen Ermessen abhängige Geldstrafen anzudrohen.

§ 15. Freiheits- oder Arbeitsstrafen (vorbehaltlich der nach seinen eigenen Abgabengesetzen eintretenden Abbüßung unvollstreckbarer Geldstrafen durch Haft oder Arbeit), so wie Ehrenstrafen, die Entziehung von Gewerbsberechtigungen oder, als Strafschärfung, die Bekanntmachung erfolgter Verurtheilungen anzudrohen, ist auf den Grund dieses Kartels keiner der kontrahirenden Theile verpflichtet.

§ 16. Dagegen darf durch die nach den §§ 12—15. zu erlassenden Strafbestimmungen die gesetzmäßige Bestrafung der bei Verletzung der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze des anderen Staates etwa vorkommenden sonstigen Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen, als: Beleidigungen, rechtswidrige Widersetzlichkeit, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten, Fälschungen, Bestechungen oder Erpressungen u. dgl. nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

§ 17. Uebertretungen der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze des anderen Theiles hat, auf Antrag einer zuständigen Behörde desselben, jeder der kontrahirenden Theile von denselben Gerichten und in denselben Formen, wie Uebertretungen seiner eigenen derartigen Gesetze untersuchen und gesetzmäßig bestrafen zu lassen,

1. wenn der Angeschuldigte entweder ein Angehöriger des Staates ist, welcher ihn zur Untersuchung und Strafe ziehen soll, oder

2. wenn jener nicht allein zur Zeit der Uebertretung in dem Gebiete dieses Staates einen, wenn auch nur vorübergehenden Wohnsitz hatte oder die Uebertretung von diesem Gebiete aus beging, sondern auch bei oder nach dem Eingange des Antrags auf Untersuchung sich in demselben Staate betreffen läßt,

in dem unter 2. erwähnten Falle jedoch nur dann, wenn der Angeschuldigte nicht Angehöriger des Staates ist, dessen Gesetze Gegenstand der angeschuldigten Uebertretung sind.

§ 18. Zu den im § 17. bezeichneten Untersuchungen sollen das Gericht, von dessen Bezirke aus die Uebertretung begangen ist, und das Gericht, in dessen Bezirke der Angeschuldigte seinen Wohnsitz oder, als Ausländer, seinen einstweiligen Aufenthalt hat, insofern zuständig sein, als nicht wegen derselben Uebertretung gegen denselben Angeschuldigten ein Verfahren bei einem anderen Gerichte anhängig oder durch schließliche Entscheidung beendigt ist.

§ 19. Bei den im § 17. bezeichneten Untersuchungen soll den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des anderen Staates dieselbe Beweiskraft beigelegt werden, welche den amtlichen Angaben der Behörden oder Angestellten des eigenen Staates in Fällen gleicher Art beigelegt ist.

§ 20. Die Kosten eines nach Maßgabe des § 17. eingeleiteten Strafverfahrens und der Strafvollstreckung sind nach denselben Grundsätzen zu bestimmen und aufzulegen, welche

für Strafverfahren wegen gleichartiger Uebertretungen der Gesetze des eigenen Staates gelten.

Für die einstweilige Bestreitung derselben hat der Staat zu sorgen, in welchem die Untersuchung geführt wird.

Diejenigen Kosten des Verfahrens und der Strafvollstreckung, welche, wenn ersteres wegen Uebertretung der eigenen Abgabengesetze stattgefunden hätte, von jenem Staate schließlich zu tragen sein würden, hat, insoweit sie nicht vom Angeschuldigten eingezogen oder durch eingegangene Strafbeträge (§ 21.) gedeckt werden können, der Staat zu erstatten, dessen Behörde die Untersuchung beantragte.

§ 21. Die Geldbeträge, welche in Folge eines nach Maßgabe des § 17. eingeleiteten Strafverfahrens von dem Angeschuldigten oder für verkaufte Gegenstände der Uebertretung eingehen, sind dergestalt zu verwenden, daß davon zunächst die rückständigen Gerichtskosten, sodann die dem anderen Staate entzogenen Abgaben und zuletzt die Strafen berichtigt werden.

Ueber die letzteren hat der Staat zu verfügen, in welchem das Verfahren stattfand.

§ 22. Eine nach Maßgabe des § 17. eingeleitete Untersuchung ist, so lange ein rechtskräftiges Enderkenntniß noch nicht erfolgte, auf Antrag der Behörde desjenigen Staates, welcher dieselbe veranlaßt hatte, sofort einzustellen.

§ 23. Das Recht zum Erlasse und zur Milderung der Strafen, zu welchen der Angeschuldigte in Folge eines nach Maßgabe des § 17. eingeleiteten Verfahrens verurtheilt wurde oder sich freiwillig erboten hat, steht dem Staate zu, bei dessen Gerichte die Verurtheilung oder Erbietung erfolgte.

Es soll jedoch vor derartigen Straferlassen oder Strafmilderungen der zuständigen Behörde des Staates, dessen Gesetze übertreten waren, Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äußern.

§ 24. Die Gerichte jedes der kontrahirenden Staaten sollen in Beziehung auf jedes in dem anderen Staate wegen Uebertretung der Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetze dieses Staates oder in Gemäßheit des § 17. eingeleitete Strafverfahren verpflichtet sein, auf Ersuchen des zuständigen Gerichtes

1. Zeugen und Sachverständige, welche sich in ihrem Gerichtsbezirke aufhalten, auf Erfordern eidlich zu vernehmen und erstere zur Ablegung des Zeugnisses, soweit dasselbe nicht nach den Landesgesetzen verweigert werden darf, z. B. die eigene Mitschuld der Zeugen betrifft, oder sich auf Umstände erstrecken soll, welche mit der Anschuldigung nicht in naher Verbindung stehen, nöthigenfalls anzuhalten;

2. amtliche Besichtigungen vorzunehmen und den Befund zu beglaubigen;

3. Angeschuldigten, welche sich im Bezirke des ersuchten Gerichts aufhalten, ohne

dem Staatsverbande des letzteren anzugehören, Vorladungen und Erkenntnisse behändigen zu lassen;

4. Uebertreter und deren bewegliche Güter, welche im Bezirke des ersuchten Gerichts angetroffen werden, anzuhalten und auszuliefern, insofern nicht jene Uebertreter dem Staatsverbande des ersuchten Gerichts oder einem solchen dritten Staate angehören, welcher durch Verträge verpflichtet ist, die fragliche Uebertretung seinerseits gehörig untersuchen und bestrafen zu lassen.

§ 25. Es sind in diesem Kartel unter „Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgabengesetzen" auch die Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote und unter „Gerichten" die in jedem der kontrahirenden Staaten zur Untersuchung und Bestrafung von Uebertretungen der eigenen derartigen Gesetze bestellten Behörden verstanden.

§ 26. Durch die vorstehenden Bestimmungen werden weiter gehende Zugeständnisse zwischen den kontrahirenden und anderen dem Vertrage vom heutigen Tage und diesem Kartel auf Grund des Artikels 26. des ersteren beitretenden Staaten zum Zwecke der Unterdrückung des Schleichhandels nicht aufgehoben oder geändert.

IV.

Münzkartel.

§ 1. Jeder der kontrahirenden Theile verpflichtet sich, seine Angehörigen wegen eines in Bezug auf die von dem anderen Theile geprägten Münzen, auf das von demselben ausgegebene Papiergeld oder auf diejenigen öffentlichen Kreditpapiere, welche er seinen Münzen als Zahlungsmittel gesetzlich gleichgestellt hat, unternommenen oder begangenen Verbrechens oder Vergehens eben so zur Untersuchung zu ziehen und mit gleicher Strafe zu belegen, als wenn das Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die eigenen Münzen oder das eigene Papiergeld stattgefunden hätte.

§ 2. Jeder der kontrahirenden Theile übernimmt ferner die Verpflichtung, die in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden, von welchen ein solches Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Münzen, das Papiergeld oder die im § 1. bezeichneten Kreditpapiere des andern Theiles unternommen oder begangen worden, auf Requisition des letzteren an dessen Gerichte auszuliefern. Sind jedoch dergleichen Personen Angehörige eines Staates, welcher dem Vertrage vom heutigen Tage und diesem Kartel auf Grund des Artikels 26 des ersteren beigetreten ist, so steht diesem Staate vorzugsweise das Recht zu, die Auslieferung zu verlangen und es ist derselbe deshalb auch von dem requirirten Staate zunächst zur Erklärung über die Ausübung dieses Rechtes aufzufordern.

§ 3. Die im § 2 ausgesprochene Verpflichtung zur Auslieferung soll nicht eintreten, wenn der Staat, in dessen Gebiete ein solcher Fremder sich befindet, entweder

a) in Gemäßheit eines zwischen ihm und einem dritten Staate vor Verkündigung dieses Kartels abgeschlossenen allgemeinen Vertrages über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher verpflichtet ist, denselben dahin auszuliefern, oder

b) die Untersuchung und Bestrafung selbst verhängen zu lassen vorzieht. Im letztern Falle soll jedoch die im § 1 eingegangene Verpflichtung gleichfalls Anwendung finden.

§ 4. Die kontrahirenden Theile wollen die Bestimmungen der §§ 1—3 auch auf Verbrechen und Vergehen, welche die betrügliche Nachahmung oder die Verfälschung der von einem von ihnen ausgestellten Staatsschuldscheine und zum Umlauf bestimmten Papiere, sowie der von andern juristischen Personen unter Genehmigung des Staates auf jeden Inhaber ausgefertigten Kreditpapiere, soweit auf solche nicht der § 1 Anwendung findet, zum Gegenstande haben, oder die aus gewinnsüchtiger Absicht oder doch wissentlich unternommene Verbreitung solcher unechten Papiere betreffen, in der Art ausgedehnt wissen, daß bei der Bestrafung solcher Verbrechen und Vergehen zwischen inländischen Papieren und gleichartigen Papieren aus dem andern Staate ein Unterschied nicht gemacht werden, auch hinsichtlich der Untersuchung oder Auslieferung dasjenige Anwendung finden soll, was in den §§ 1—3 vereinbart ist.

§ 5. Wenn in einem Staate, welcher dem Vertrage vom heutigen Tage und diesem Kartel auf Grund des Artikel 26 des ersteren beigetreten ist, die Unterscheidung zwischen Verbrechen und Vergehen in der Strafgesetzgebung nicht besteht, oder die strafbare Nachahmung oder Verfälschung der in diesem Kartel genannten Münzen oder Kreditpapiere mit einem anderen Namen als mit „Verbrechen und Vergehen" von dem Gesetze bezeichnet sind, so bleibt es diesem Staate anheimgestellt, bei der Bekanntmachung des Kartels, im ersteren Falle die auf jene Unterscheidung bezüglichen Worte „oder Vergehen" wegzulassen, im zweiten Falle an Stelle des Ausdrucks „Verbrechen und Vergehen" diejenige Bezeichnung zu setzen, welche seiner Gesetzgebung entspricht.

C.

Vertrag

zwischen

Preußen, Sachsen und den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine verbundenen Staaten wegen Fortsetzung des Vertrages vom 8. Mai 1841 über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse.

Seine Majestät der König von Preußen, Seine Majestät der König von Sachsen und die außer Seiner Majestät dem König von Preußen noch bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Souveraine haben gleichzeitig mit den über die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins eingeleiteten Verhandlungen auch besondere Unterhandlungen in Beziehung auf die Fortsetzung des zwischen Ihnen bestehenden Vertrages vom 8. Mai 1841 wegen gleicher Besteuerung innerer Erzeugnisse eröffnen lassen und zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt, und zwar:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchst Ihren General-Direktor der Steuern Johann Friedrich von Pommer Esche,

Allerhöchst Ihren Geheimen Legationsrath Alexander Max Philipsborn,

Allerhöchst Ihren Geheimen Regierungsrath Martin Friedrich Rudolph Delbrück;

Seine Majestät der König von Sachsen:

Allerhöchst Ihren Zoll- und Steuer-Direktor Bruno von Schimpff;

die außer Seiner Majestät dem Könige von Preußen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Souveraine, und zwar:

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen:

Höchst Ihren Geheimen Ober-Finanzrath Wilhelm Duysing;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach:

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen,

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Altenburg,

Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha,

Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt,
Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen,
Seine Durchlaucht der Fürst von Reuß älterer Linie,
und
Seine Durchlaucht der Fürst von Reuß jüngerer Linie:
den Großherzoglich Sächsischen Geheimen Staatsrath Gustav Thon,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen worden ist.

Art. 1. Der zwischen den kontrahirenden Theilen wegen Fortsetzung der Verträge vom 30. März und 11. Mai 1833 über die gleiche Besteuerung innerer Erzeugnisse unterm 8. Mai 1841 abgeschlossene Vertrag bleibt vorläufig auf fernere zwölf Jahre, vom 1. Januar 1854 anfangend, also bis zum letzten Dezember 1865 in Kraft.

Art. 2. Sofern der gegenwärtige Vertrag nicht vor dem 1. Juli 1864 von dem einen oder dem anderen der kontrahirenden Staaten aufgekündigt wird, so soll er auf weitere zwölf Jahre, und so fort von zwölf zu zwölf Jahren, als verlängert angesehen werden.

Derselbe soll alsbald zur Ratifikation der hohen kontrahirenden Theile vorgelegt und die Auswechselung der Ratifications-Urkunden spätestens binnen sechs Wochen in Berlin bewirkt werden.

So geschehen Berlin, den 4. April 1853.

(gez.) von Pommer Esche.	Philipsborn.	Delbrück.
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)
von Schimpff.	Duysing.	Thon.
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)

D.

Vertrag

zwischen

Preußen, Sachsen, Hannover, Kurhessen, den außer Preußen und Kurhessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine betheiligten Staaten, Braunschweig und Oldenburg,

die gleiche Besteuerung von Wein und Tabak, sowie den gegenseitig freien Verkehr mit diesen Artikeln und die Gemeinschaftlichkeit der Uebergangs-Abgaben von denselben

betreffend.

Se. Majestät der König von Preußen, Se. Majestät der König von Sachsen, Se. Majestät der König von Hannover, Se. Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen, die außer Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Sr. Königlichen Hoheit dem Kurfürsten von Hessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Souveraine, Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig und Lüneburg und Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg, von dem Wunsche geleitet, durch Herstellung eines gegenseitig freien Verkehrs mit Wein und Tabak zwischen Ihren Landen zur Erreichung des im Artikel 11. des Vertrages wegen Fortdauer und Erweiterung des Zollvereins von Ihnen anerkannten Zieles beizutragen, haben Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

Allerhöchst Ihren General-Direktor der Steuern Johann Friedrich von Pommer Esche,

Allerhöchst Ihren Geheimen Legationsrath Alexander Max Philipsborn

und

Allerhöchst Ihren Geheimen Regierungsrath Martin Friedrich Rudolph Delbrück;

Seine Majestät der König von Sachsen:
Allerhöchst Ihren Zoll- und Steuer-Direktor Bruno von Schimpff;

Seine Majestät der König von Hannover:
Allerhöchst Ihren General-Direktor der indirekten Steuern und Zölle Dr. Otto Klenze;

Seine Königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen:
Höchst Ihren Geheimen Ober-Finanzrath Wilhelm Duysing;

die außer Seiner Majestät dem Könige von Preußen und Seiner Königlichen Hoheit dem Kurfürsten von Hessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Souveraine:

den Großherzoglich Sächsischen Geheimen Staatsrath Gustav Thon;

Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig und Lüneburg:
Höchst Ihren Finanz-Direktor Wilhelm Erdmann Florian von Thielau;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Oldenburg:
Höchst Ihren Geschäftsträger am Königlich Preußischen Hofe, Legationsrath Dr. Friedrich August Liebe,

von welchen Bevollmächtigten, unter Vorbehalt der Ratifikation, folgender Vertrag abgeschlossen worden ist.

Art. 1. Im Königreich Hannover, im Kurfürstenthum Hessen und im Herzogthum Oldenburg soll dieselbe Besteuerung des Tabaksbaues stattfinden, welche auf Grund des Vertrages vom heutigen Tage, beziehungsweise der Uebereinkunft vom 19. Oktober 1841, in den Königreichen Preußen und Sachsen, den zum Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine gehörenden Staaten und im Herzogthum Braunschweig besteht.

Die Besteuerung des Weinbaues, welche auf Grund des Vertrages vom heutigen Tage in den Königreichen Preußen und Sachsen und in den zum Thüringischen Zoll- und Handels-Vereine gehörenden Staaten besteht, wird im Kurfürstenthum Hessen auch fernerhin beibehalten werden und in dem Königreich Hannover, sowie in dem Herzogthum Oldenburg in dem Falle eintreten, daß daselbst Weinbau zur Kelterung von Most betrieben werden sollte.

Art. 2. In Folge dieser Gleichmäßigkeit der inneren Besteuerung werden bei dem Uebergange von Wein und Traubenmost, Tabaksblättern und Tabaksfabrikaten aus dem einen in das andere der im Artikel 1. genannten Gebiete, weder eine Abgaben-Erhebung noch eine Abgaben-Rückvergütung stattfinden, dagegen die Abgaben von den aus anderen Vereinsstaaten eingehenden vorgenannten Erzeugnissen auf gemeinschaftliche Rechnung erhoben werden.

Art. 3. 1. Der Ertrag dieser Abgaben wird, nach Abzug der Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen, in der Weise vertheilt werden, daß derjenige Theil des Ertrages, welcher dem Verhältniß der dem Zollvereine angehörenden Bevölkerung des Königreichs Hannover und des Herzogthums Oldenburg zur Gesammt-Bevölkerung der bei dem gegenwärtigen Vertrage betheiligten Staaten entspricht, nachdem er um drei Viertheile seines einfachen Betrages vermehrt worden, den Antheil des Königreichs Hannover und des Herzogthums Oldenburg, der übrige Theil den Antheil der anderen kontrahirenden Staaten bildet, welche Antheile sodann zwischen den vorgenannten Staaten, nach dem Verhältniß ihrer, dem Zollvereine angehörenden Bevölkerung zur Vertheilung kommen.

2. Von den nach den Abrechnungen zu leistenden Herauszahlungen kommen für den die Zahlung leistenden Theil drei Prozent Erhebungskosten in Abzug.

3. Bei der nach dem Satze 1. stattfindenden Vertheilung der Abgaben wird:

a) die Bevölkerung und resp. der Steuer-Ertrag derjenigen Staaten oder Gebietstheile, welche im Zollvereine von Preußen vertreten und bei der Revenüen-Auseinandersetzung zu Preußen gezählt werden oder künftig in dieses Verhältniß treten sollten, sofern Preußen mit ihnen in Gemeinschaft jener Abgaben steht, auf Preußischer Seite,

b) die Bevölkerung und resp. der Steuer-Ertrag des Fürstenthums Schaumburg-Lippe und der Hannover-Braunschweigischen Kommunion-Besitzungen auf Hannoverscher Seite

mit eingerechnet werden.

Art. 4. Die Wirksamkeit der Vereins-Bevollmächtigten und Stations-Kontroleure, welche von einem der kontrahirenden Theile in den Landen eines der anderen bestellt sind, erstreckt sich auch auf die Kontrole über die Ausführung der wegen der Uebergangs-Abgaben von Wein und Tabak vereinbarten und noch zu vereinbarenden Maaßregeln, unter Anwendung der wegen der Stellung und Befugnisse dieser Beamten im Allgemeinen verabredeten Bestimmungen.

Art. 5. Der gegenwärtige Vertrag tritt mit dem 1. Januar 1854 in Kraft und soll bis zum letzten Dezember 1865 gültig sein.

Mit dem Beginn seiner Wirksamkeit treten folgende zwischen einzelnen der kontrahirenden Staaten abgeschlossene Verträge, nämlich:

der Vertrag zwischen Preußen, Sachsen und den, außer Preußen und Kurhessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten einer Seits, und Kurhessen anderer Seits, betreffend die Fortdauer des gegenseitigen freien Verkehrs mit Wein und Tabak, und die Gemeinschaftlichkeit der Ausgleichungs-Abgaben von diesen Artikeln, vom 8. Mai 1841;

die Uebereinkunft zwischen Preußen, Sachsen, Kurhessen und den Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins einer Seits, und Braunschweig anderer Seits, den gegenseitig freien Verkehr mit Wein und Tabak und die Gemeinschaftlichkeit der Uebergangs-Abgabe von diesen Artikeln betreffend, vom 19. Oktober 1841;

die Uebereinkunft zwischen Preußen für sich und in Vertretung von Sachsen und den außer Preußen und Kurhessen bei dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine betheiligten Staaten einer Seits, und Kurhessen anderer Seits, wegen des freien Verkehrs mit Wein und Tabak und der Gemeinschaftlichkeit der Uebergangs-Abgaben von diesen Artikeln rücksichtlich der Kurhessischen Grafschaft Schaumburg, vom 13. November 1841,

außer Kraft.

Art. 6. Sofern der gegenwärtige Vertrag nicht vor dem 1. Juli 1864 von dem einen oder dem anderen der kontrahirenden Staaten aufgekündigt wird, so soll er auf weitere zwölf Jahre, und so fort von zwölf zu zwölf Jahren, als verlängert angesehen werden.

Derselbe soll alsbald zur Ratifikation der hohen kontrahirenden Theile vorgelegt und die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden spätestens binnen sechs Wochen in Berlin bewirkt werden.

So geschehen Berlin, den 4. April 1853.

(gez.) von Pommer Esche.		Philipsborn.	Delbrück.	von Schimpff.
(L. S.)		(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)
Kleuze.	Duysing.	Thon.	von Thielau.	Liebe.
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)

Letzte Absendung: am 6ten Juli 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

9tes Stück vom Jahre 1853.

№ 40) Verordnung,

den Steuersatz vom inländischen Rübenzucker und die Eingangs-Zollsätze vom ausländischen Zucker und Syrup für den Zeitraum vom 1sten September 1853 bis Ende August 1855 betreffend;

vom 29sten Juni 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

verordnen, nachdem die Regierungen der zum Zollvereine gehörenden Staaten am 4ten April dieses Jahres eine Uebereinkunft wegen Besteuerung des Rübenzuckers abgeschlossen und sich über eine Abänderung des zur Zeit bestehenden Eingangs-Zollsatzes vom ausländischen Syrup vereinigt haben, zur Ausführung dieser Vereinbarungen, was folgt:

§ 1.

Während des zweijährigen Zeitraumes vom 1sten September dieses Jahres bis Ende August 1855 wird die Steuer vom inländischen Rübenzucker mit

sechs Neugroschen

vom Zollcentner der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben erhoben.

§ 2.

Während des im § 1 bezeichneten Zeitraumes ist an Eingangszoll von ausländischem Zucker und Syrup zu erheben und zwar vom

	Nach dem 14 Thaler-fuße.		Nach dem 24½ Gulden-fuße.		Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-gewicht
	Thlr.	Ngr.	Fl.	Xr.	Pfund
1. Zucker:					
a) Brod- und Hut-, Kandis-, Bruch- oder Lumpen- und weißer gestoßener Zucker, vom Centner	10	—	17	30	14 in Fässern mit Dauben von Eichen- und anderm harten Holze; 10 in andern Fässern; 13 in Kisten; 7 in Körben;
b) Rohzucker und Farin (Zuckermehl) vom Centner	8	—	14	—	13 in Fässern mit Dauben von Eichen- und anderm harten Holze; 10 in andern Fässern; 16 in Kisten von 8 Centnern und darüber;
c) Rohzucker für inländische Siedereien zum Raffiniren, unter den besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Controlen, vom Centner	5	—	8	45	13 in Kisten unter 8 Centnern; 10 in außereuropäischen Rohrgeflechten (Kanasters, Kranjahns); 7 in andern Körben; 6 in Ballen;
2. Syrup:					
a) in dem Zeitraume vom 1sten September bis 31sten December 1853 vom Centner	4	—	7	—	
b) in dem Zeitraume vom 1sten Januar 1854 bis Ende August 1855, unter den besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Controlen, vom Centner	2	—	3	30	11 in Fässern.

Hiernach haben sich Unsere Steuer- und Zollbeamte, ingleichen die Abgabepflichtigen zu achten.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen. So geschehen zu Dresden, am 29sten Juni 1853.

Friedrich August.

LS Johann Heinrich August Behr.

Letzte Absendung: am 6ten Juli 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
10tes Stück vom Jahre 1853.

№ 41) Decret
wegen Bestätigung des Statuts für die Sparcasse zu Riesa;
vom 9ten Juni 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

thun hiermit kund, daß wir auf Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von einem Vereine von Privatpersonen, Karl Gottlob Müllern und Genossen, beabsichtigte Errichtung einer von den Unternehmern solidarisch zu vertretenden, außerdem aber unter die subsidiarische Garantie der Stadtcommun Riesa zu stellenden Sparcasse zu Riesa genehmigt und das Uns dafür vorgelegte Statut, unter Bewilligung der in den §§ 34, 37, 39 und 44 beanspruchten Rechtsvergünstigungen, dergestalt bestätigt haben, daß den darin enthaltenen Bestimmungen auf das Genaueste nachgegangen werden soll.

Hierüber ist gegenwärtiges

Bestätigungsdecret

ausgefertigt und von Uns unter Beisetzung Unseres Königlichen Siegels eigenhändig vollzogen worden.

Dresden, den 9ten Juni 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

Statut
für die Sparcasse zu Riesa.

ꝛc. ꝛc.

§ 34. Die eingelegten Gelder sind keiner Verkümmerung unterworfen, indeß wird

dadurch die Hülfsvollstreckung in das bei einem Schuldner sich findende Sparcassenbuch nicht ausgeschlossen.

ꝛc. ꝛc.

§ 37. Wird die Rückzahlung ganz oder theilweise gewünscht, so kann dieß blos in den Stunden einer Cassenexpedition und unter Vorzeigung des Sparcassenbuchs geschehen, in welchen die Kündigung oder Rückzahlung eben so wie bei Einlagen eingetragen und unterzeichnet wird.

Der Ueberbringer des bezüglichen Sparcassenbuchs wird in der Regel für berechtigt zur Kündigung und Empfangnahme der Zahlungen gehalten, und ist daher die Cassenverwaltung nicht für den Nachtheil verantwortlich, welcher durch den Mißbrauch eines solchen Buchs und die in Folge dessen geschehenen Rück- und Zinsenzahlungen entstehen; doch wird dieselbe thunlichst bemüht sein, bei etwaigen Zweifeln über die Identität der betheiligten Person sich Gewißheit zu verschaffen.

ꝛc. ꝛc.

§ 39. Geht ein Sparcassenbuch verloren, so ist solches sofort dem Vorsteher und dem Cassirer anzuzeigen. Hierauf wird von dem Vorsteher der Verlust des Buchs mit Angabe der Nummer desselben im hiesigen Localblatte und in der Leipziger Zeitung bekannt gemacht, und der etwaige Inhaber desselben aufgefordert, binnen drei Monaten seine Ansprüche darauf geltend zu machen.

Wird das Buch innerhalb dieser Frist von einem Anderen, als dem, der den Verlust angezeigt, producirt, so wird die Sache zur gerichtlichen Erörterung übergeben.

Außerdem hat nach Ablauf jener Frist der Anmelder das Eigenthum und den Verlust des fraglichen Buchs bei dem hiesigen Königlichen Gerichte eidlich zu bestärken, worauf ihm gegen Erstattung der durch dieß Verfahren erwachsenen Kosten und Verläge ein neues Buch zu dem oben bestimmten Preise von — 2 Ngr. — ausgefertigt, und das verloren gegangene Buch für ungültig erklärt wird.

ꝛc. ꝛc.

§ 44. Gegen alle in diesem Statute festgesetzten Fristen und angedrohten Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

ꝛc. ꝛc.

№ 42) Verordnung,

die Erwerbung von Grundstücken durch Militärpersonen betreffend;

vom 18ten Juli 1853.

Wie dem Justizministerium bekannt geworden ist, wird von einigen Gerichtsbehörden, wenn im activen Militärdienste stehende Personen Grundstücke durch Kauf oder einen an-

deren Vertrag unter Lebenden erwerben, zur Eintragung der Erwerber als Besitzer in das Grund- und Hypothekenbuch der vorherige Nachweis entweder der Entlassung aus dem Militärdienste, oder der von der vorgesetzten Militärbehörde erlangten Erlaubniß zur Ansässigmachung für nothwendig gehalten.

Da jedoch Grundbesitz keine Befreiung vom Kriegsdienste bewirkt, und nach § 26 des Gesetzes über Erfüllung der Militärpflicht, vom 1sten August 1846, verbunden mit § 31 des Gesetzes, einige Abänderungen des Gesetzes über Militärpflicht vom 9ten November 1848 betreffend, vom 3ten Juni 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1846, Seite 112, vom Jahre 1848, Seite 211, und vom Jahre 1852, Seite 105) nicht die Ansässigmachung oder die Erwerbung von Grundstücken überhaupt, sondern die Etablirung eines eigenen Hausstandes den Mannschaften der Kriegsreserve, im Gegensatze zu denen der activen Armee, als ein Vortheil, welchen sie im Friedensstande zu genießen haben, vorbehalten ist, und nun weiter Etablirung eines eigenen Hausstandes zwar mit der Ansässigmachung verbunden sein kann, aber nicht nothwendig damit verbunden sein muß, vielmehr der Besitz von Grundstücken ganz wohl ohne eigenen Hausstand gedacht werden und bestehen kann, so ist der active Militärdienst nicht als ein Hinderniß der Erwerbung von Grundbesitz zu betrachten und haben daher, wenn im activen Militärdienste stehende Personen Grundstücke erwerben, die Grund- und Hypothekenbehörden der nachgesuchten Eintragung der Erwerber als neuer Besitzer in das Grund- und Hypothekenbuch um der militärischen Eigenschaft derselben willen keinen Anstand zu geben, noch die Beibringung einer Erlaubniß der Militärbehörde oder der militärischen Vorgesetzten dazu zu verlangen.

Nach Einvernehmung und im Einverständnisse mit dem Kriegsministerium wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht und haben sich die Gerichte als Grund- und Hypothekenbehörden in vorkommenden Fällen darnach zu achten.

Dresden, am 18ten Juli 1853.

Ministerium der Justiz.

Dr. Zschinsky.

Manitius.

№ 43) Verordnung,

den Beitritt des Königreichs Württemberg und der freien Stadt Frankfurt a. M. zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 betreffend;

vom 18ten Juli 1853.

Dem zwischen der Königlich Sächsischen und mehreren anderen deutschen Regierungen über die gegenseitige Verpflichtung zur Uebernahme von Auszuweisenden am 15ten Juli

1851 zu Gotha abgeschlossenen, für das Königreich Sachsen durch Verordnung vom 9ten December 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1851, Seite 407) publicirten Staatsvertrage sind neuerdings auch die Königlich Württembergische Regierung, sowie der Senat der freien Stadt Frankfurt a. M., und zwar Beide vom 1sten des laufenden Monats an, beigetreten, was hierdurch mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß von dem bemerkten Tage an die zwischen der diesseitigen Regierung und der des Königreichs Württemberg wegen der Uebernahme der Ausgewiesenen zeither bestandene Uebereinkunft (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1846, Seite 31) außer Kraft tritt, auch nunmehr auf die Angehörigen beider obengenannten Staaten die Bestimmungen der Ministerialverordnungen vom 5ten Februar 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1852, Seite 18) und vom 25sten Januar dieses Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1853, Seite 28) ebenfalls Anwendung zu leiden haben.

Zugleich wird unter ⊙ eine übersichtliche Zusammenstellung der zur Zeit bei dem obgedachten Staatsvertrage betheiligten auswärtigen Staaten zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, den 18ten Juli 1853.

Ministerium des Innern.
Freiherr von Beust.

Eppendorf.

⊙

Königreich Preußen.
" Bayern.
" Hannover.
" Württemberg.
Kurfürstenthum Hessen.
Großherzogthum Hessen.
" Sachsen-Weimar.
" Meklenburg-Schwerin,
" Meklenburg-Strelitz.
Herzogthum Braunschweig.
" Nassau.
" Sachsen-Meiningen.
Herzogthum Sachsen-Coburg und Gotha.
" Sachsen-Altenburg.
" Anhalt-Dessau-Köthen.
" Anhalt-Bernburg.
Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt.
" Schwarzburg-Sondershausen.
" Schaumburg-Lippe.
" Lippe.
" Waldeck.
" Reuß-Plauen älterer Linie.
" Reuß-Plauen jüngerer Linie.
Freie Stadt Frankfurt a. M.
Freie Stadt Bremen.

№ 44) Verordnung,

die Erlaubnißertheilung zur Binnenschifffahrt auf der Elbe und den Nachweis der Fertigkeit im Schwimmen als Bedingung der Erlangung des Schifferpatents betreffend;

vom 14ten Juli 1853.

Nach der Verordnung der Landesregierung vom 4ten März 1822, die zu Betreibung der Elbschifffahrt erforderlichen Erlaubnißscheine betreffend, (Gesetzsammlung vom Jahre 1822, Seite 173) unter II, ingleichen nach der Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Innern vom 21sten Februar 1846, die Betreibung der Elbschifffahrt, ingleichen die Ausstellung der Schiffs- und Schifferpatente betreffend, §§ 4 und 21 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1846, Seite 5 und 10) ist bei der Prüfung der Beschaffenheit und Tüchtigkeit der Elbschiffe und der Befähigung der Schiffsführer, je nachdem sich die Betreibung der Schifffahrt auf das Gebiet anderer Elbuferstaaten erstrecken oder auf die Frachtschifffahrt innerhalb Landes beschränken soll, nach verschiedenen Grundsätzen zu verfahren. Diese Einrichtung hat sich in mehrfacher Beziehung als unzweckmäßig erwiesen und es finden sich daher, da die Schifffahrt auf der inländischen Elbstrecke hinsichtlich der Tüchtigkeit der Fahrzeuge und der Befähigung der Schiffsführer nicht geringere Rücksichten verdient, als die Schifffahrt nach den ausländischen Elbstrecken, die Ministerien des Innern und der Finanzen veranlaßt, mit Allerhöchster Genehmigung Nachstehendes zu verordnen:

§ 1. Die Vorschrift wegen der Erlaubnißertheilung zur Frachtschifffahrt auf der Elbe innerhalb Landes im § II der Verordnung der Landesregierung vom 4ten März 1822 und im § 21 der Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Innern vom 21sten Februar 1846 wird hierdurch dahin abgeändert, daß diese Erlaubnißertheilung auch in Ansehung derjenigen, zur Frachtschifffahrt auf der Elbe innerhalb Landes bestimmten Fahrzeuge, deren Tragfähigkeit fünf Lasten oder mehr beträgt, von jetzt an nicht weiter den Obrigkeiten des Wohnorts, sondern den im § 4 der Verordnung vom 21sten Februar 1846 genannten Elbzollbehörden in der dort angegebenen Weise zustehen soll und die der Erlaubnißertheilung vorausgehende Erörterung der Tauglichkeit der Fahrzeuge und der Befähigung des Nachsuchenden zur Betreibung der Elbschifffahrt durch diese Behörden zu erfolgen hat.

§ 2. Von Publication dieser Verordnung an sind daher Alle, welche die Elbschifffahrt mit Schiffen der § 1 bezeichneten Tragfähigkeit innerhalb Landes betreiben wollen, verbunden, sich einer Prüfung zu unterwerfen und nur, wenn sie dieselbe bestanden und ein

Schifferpatent erlangt haben, zur Schiffsführung als berechtigt anzusehen. Bei dieser Prüfung wird für jetzt und bis mit Ablauf des Jahres 1858 ein ermäßigter, auf den Nachweis der Kenntnisse des practischen Schiffsdienstes, die Bekanntschaft mit den Verhältnissen der Sächsischen Elbstrecke und mit den bei der Binnenschifffahrt innerhalb derselben einschlagenden Bestimmungen der Strom- und Schifffahrtspolizei, sowie der Zoll- und Steuergesetzgebung beschränkter Maaßstab festgehalten werden. Dagegen hört von und mit 1stem Januar 1859 jeder Unterschied auf und es sind, von diesem Zeitpunkte an, an Alle, welche sich um das Schifferpatent bewerben, gleichviel ob sie die Schifffahrt nur innerhalb Sachsens oder über die Grenzen hinaus betreiben wollen, die gleichen Anforderungen bei der Prüfung zu stellen. Die bis dahin blos zur Inlandsschifffahrt zu ertheilenden Schifferpatente sind nach Form und Inhalt so einzurichten, daß eine Verwechselung mit den nach dem Schema B. zur Verordnung vom 21sten Februar 1846 ausgefertigten Schifferpatenten nicht eintreten kann. Es ist sich dabei des Schema's unter # zu bedienen.

§ 3. Die nach der Vorschrift der Verordnung vom 4ten März 1822 legitimirten Führer der zu Inlandsfahrten bestimmten Fahrzeuge, selbst wenn dieselben mehr als fünf Lasten halten, verbleiben gegen Empfang eines neuen Patents im Genusse der erlangten Gewerbeberechtigung, dafern sie nächst der Beibringung von Zeugnissen über ihre Unbescholtenheit und Zuverlässigkeit nachweisen können, daß sie bei Publication gegenwärtiger Verordnung bereits drei Jahre lang als Schiffsführer Dienste verrichtet und Elbschiffe oder Flosse zweckmäßig geführt haben.

§ 4. Bei der nach §§ 1 und 2 stattfindenden Erörterung und der danach erfolgenden Ertheilung von Schiffer- und beziehendlich Schiffspatenten ist, soweit nicht im § 2 für die Zeit bis zum 1sten Januar 1859 etwas Anderes bestimmt ist, allenthalben nach den Vorschriften der §§ 4 bis 19 der Verordnung vom 21sten Februar 1846 zu verfahren.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden nach Analogie der in §§ 14 bis 17 der Elbschifffahrts-Additionalacte vom 13ten April 1844 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1844, 18tes Stück, Seite V) enthaltenen Vorschriften mit Geldstrafen von 5 bis 50 Thalern und in Wiederholungsfällen mit den dort angegebenen höheren Strafen geahndet.

Die Untersuchung der fraglichen Contraventionen, sowie die Zuerkennung und Einziehung der Strafen liegt den Elbzollbehörden innerhalb ihrer Bezirke ob.

§ 6. Rücksichtlich der Fahrzeuge, welche die im § 1 angegebene Tragfähigkeit von fünf Lasten nicht besitzen und der Führung derselben, bewendet es bei den bestehenden Vorschriften.

§ 7. In Gemäßheit des im § 14 der Verordnung vom 21sten Februar 1846 gemachten Vorbehalts wegen des Nachweises der Fertigkeit im Schwimmen als Bedingung der Erlangung des Schifferpatents wird gleichzeitig hierdurch verordnet, daß von und mit

dem 1sten Januar 1855 an die Kenntniß der Schwimmkunst unter die regelmäßigen Prüfungsgegenstände mit aufzunehmen ist, dergestalt, daß jeder Bewerber um das Schifferpatent — gleichviel ob zur Schifffahrt innerhalb Landes oder über die Grenzen hinaus — sich über den Besitz der nöthigen Fertigkeit im Schwimmen entweder durch ein glaubwürdiges Zeugniß auszuweisen, oder eine Probe der erlangten Geschicklichkeit vor der Prüfungsbehörde, beziehendlich einem dazu Beauftragten, abzulegen hat.

Von diesem Nachweise ist lediglich bei denjenigen abzusehen, welche am 1sten Januar 1855 das 35ste Lebensjahr bereits überschritten haben, oder durch ein bezirksärztliches Zeugniß nachweisen, daß sie ihrer körperlichen Beschaffenheit nach zum Erlernen des Schwimmens nicht geeignet sind.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, am 14ten Juli 1853.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen.

Frhr. von Beust. Behr.

Demuth.

Muster eines Schifferpatents zur inländischen Binnenschifffahrt.

Schifferpatent

zur Binnenschifffahrt auf der Sächsischen Elbe.

Vorzeiger dieses

N. N.

aus . . . . . in . . . . . .

hat sich über seine Kenntnisse und Fähigkeiten im Betriebe der Elbschifffahrt dergestalt ausgewiesen, daß ihm die Erlaubniß zur Führung jedes auf der Elbe innerhalb der Grenzen des Königreichs Sachsen fahrenden Segelschiffs oder Holzflosses unterm heutigen Tage ertheilt worden ist.

Nach vorgängiger Angelobung der nöthigen Sorgfalt und Vorsicht bei der Schiffsführung und der gehörigen Beobachtung der elbschifffahrts- und strompolizeilichen Vorschriften ist ihm hierüber gegenwärtiges Schifferpatent, gehörig vollzogen und besiegelt, ausgestellt worden.

. . . . . den . . . . . .

(Name der Behörde.)

L. S. (Unterschrift.)

№ 45) Bekanntmachung,

die Eröffnung des Betriebstelegraphen der Sächsisch-Böhmischen und der Sächsisch-Schlesischen Staatseisenbahn für die allgemeine telegraphische Correspondenz betreffend;

vom 21sten Juli 1853.

Im § 3 der Verordnung vom 27sten November 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 319), die Ermäßigung der Gebühren für die telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens betreffend, ist die Veröffentlichung der Bestimmungen über Benutzung des Betriebstelegraphen zwischen Dresden und Bautzen für die allgemeine Correspondenz vorbehalten worden.

Nachdem nun immittelst der Betriebstelegraph der Sächsisch-Schlesischen Staatseisenbahn nicht allein auf der eben bemerkten Strecke, sondern auch zwischen den übrigen auf Königlich Sächsischem Staatsgebiete befindlichen Stationen der genannten Bahn (Radeberg, Bischofswerda und Löbau) für die allgemeine Correspondenz eröffnet, zugleich aber auch beschlossen worden ist, von und mit dem 1sten August dieses Jahres den Betriebstelegraphen der Sächsisch-Böhmischen Linie zum telegraphischen Verkehre zwischen den Stationen Dresden, Pirna, Königstein und Krippen ebenfalls für die Correspondenz benutzen zu lassen; so werden die Bestimmungen und resp. Beschränkungen, unter welchen jene Benutzung eintreten kann, nunmehr in Nachstehendem zu allgemeiner Kenntniß gebracht:

1. Die Beförderung von Staats- und Privatdepeschen mittelst der bezeichneten Telegraphenleitungen kann nur insoweit beansprucht werden, als der zunächst zu berücksichtigende Eisenbahndienst solches gestattet.

2. Die Wahrung des Telegraphengeheimnisses ist zwar ebenso wie die pünktliche und möglichst textgetreue Beförderung der aufgegebenen Correspondenz den betheiligten Beamten zur Pflicht gemacht; eine weiter gehende Gewähr kann jedoch mit Rücksicht auf gleichzeitige und beziehendlich vorzugsweise Verwendung der betreffenden Telegraphenapparate für den Eisenbahndienst nicht geleistet werden.

3. In vorbemerkter Weise steht die Benutzung des Betriebstelegraphen der Sächsisch-Böhmischen sowohl, als der Sächsisch-Schlesischen Staatsbahn Jedermann frei, auch sind sämmtliche vorgenannte Stationen beider Linien zur Annahme telegraphischer Depeschen nach allen Stationen des Deutsch-Oesterreichischen Telegraphenvereins ermächtigt.

4. Die Büreaus der genannten Betriebstelegraphen sind bis auf Weiteres täglich — mit Einschluß der Sonn- und Festtage — für die Aufgabe von Staats- und Privatdepeschen von 7 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends geöffnet.

5. Die nach den Stationen der mehrgedachten beiden Staatsbahnen gerichteten Depeschen sind in Dresden — nach Wahl des Absenders und ohne Unterschied der Richtung — bei der Telegraphenstation im Bahnhofe der Sächsisch-Böhmischen Bahn oder im Hauptbüreau auf dem Bahnhofe der Sächsisch-Schlesischen Staatsbahn aufzugeben.

6. Wenn Depeschen deshalb nicht bestellt werden können, weil der Adressat nicht zu ermitteln ist, so wird dieß durch Anschlag an der Billetausgabe der Eisenbahnstation des Bestimmungsorts bekannt gemacht.

7. Sollten Depeschen durch Betriebsstörungen oder sonst dergestalt aufgehalten werden, daß sie ihr Ziel mit einem dahin abgehenden Bahnzuge früher erreichen können, so wird deren Beförderung mittelst dieses Zuges bewirkt.

8. Der durch Verordnung vom heutigen Tage veröffentlichte Tarif für die telegraphische Correspondenz innerhalb Landes leidet auf den hier in Frage kommenden telegraphischen Verkehr ebenfalls Anwendung.

Bei Depeschen jedoch, welche zwischen den Stationen der Sächsisch-Böhmischen und Sächsisch-Schlesischen Staatsbahnen einerseits und einer nicht-Sächsischen Station des Deutsch-Oesterreichischen Telegraphenvereins andererseits gewechselt und daher nicht allein durch die Betriebs- sondern auch durch den Staats-Telegraphen befördert werden, tritt zu dem inländischen Tarifsatze der betreffende Betrag der Vereinstaxe hinzu.

9. Insofern nicht in Vorstehendem besondere Bestimmungen getroffen sind, leiden auf die Correspondenz mittelst der Betriebstelegraphen der Sächsisch-Böhmischen und der Sächsisch-Schlesischen Staatsbahnen die wegen des Telegraphenverkehrs getroffenen allgemeinen Anordnungen ebenfalls Anwendung. Dresden, am 21sten Juli 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Opelt.

№ 46) Verordnung,

die weitere Ermäßigung der Gebühren für die telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens betreffend;

vom 21sten Juli 1853.

In Folge des Ergebnisses der nach der Verordnung vom 27sten November 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 319) eingetretenen Ermäßigung der Gebühren für die telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens hat mit Sr. Majestät des Königs Allerhöchster Genehmigung das Finanzministerium die fraglichen Gebühren versuchsweise ferner-weit in nachstehender Maaße herabzusetzen beschlossen:

1. Die Gebühr für eine Depesche zwischen den Stationen des Staatstelegraphen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Riesa und Zwickau beträgt künftig:

bis zu	20	Worten einschließlich	—	Thlr.	15	Ngr.	—
von 21	"	" 50	"	"		1	"	—	" —
" 51	"	" 100	"	"	. . . . .	1	"	15	" —

und für je weitere 50 Worte — 15 Ngr. — mehr.

2. Durch vorstehende Bestimmungen wird an dem mittelst Verordnung vom 15ten Januar 1853 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 6) veröffentlichten, bereits ermäßigten Gebührentarife für die amtliche telegraphische Correspondenz innerhalb Sachsens etwas nicht geändert.

3. Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem 1sten August laufenden Jahres in Kraft.

Dresden, am 21sten Juli 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Opelt.

№ 47) Decret

wegen Bestätigung der Statuten des Actienvereins zur Grubenräumung in der Stadt Dresden;

vom 18ten Juli 1853.

Nachdem Se. Königliche Majestät auf Vortrag der Ministerien der Justiz und des Innern die von einem Vereine von Privatpersonen beschlossene Errichtung eines Actienvereins zur Grubenräumung in der Stadt Dresden genehmigt, auch den Allerhöchsten Orts vorgelegten Statuten dieses Vereins, unter Bewilligung der in §§ 17 und 19 derselben enthaltenen Rechtsvergünstigungen, die nachgesuchte Bestätigung mit der Wirkung ertheilt haben, daß dem Inhalte dieser Statuten in allen Punkten auf das Genaueste nachgegangen werden soll, so ist zu dessen Beurkundung von dem auf die Dauer der immittelst erfolgten Reise Sr. Majestät in das Ausland von Allerhöchstderselben mit Besorgung der Regierungsangelegenheiten beauftragten Gesammtministerium dieses

Decret

ausgestellt und vollzogen worden.

Dresden, den 18ten Juli 1853.

Das Gesammtministerium.

LS

Rabenhorst.

Roßberg.

Statuten

des Actienvereins zur Grubenräumung in der Stadt Dresden.

ꝛc. ꝛc.

Verjährung unerhobener Zinsen und Dividenden.

§ 17. Zinsen und Dividenden, welche innerhalb vier Jahren, vom Zahlungstermine an gerechnet, nicht erhoben sind, verfallen der Gesellschaftscasse.

Die Zinsen- und Dividendenscheine werden mit Ablauf dieser Frist ungültig. Wenn wegen verloren gegangener Zinsen- und Dividendenscheine ein Mortificationsverfahren stattgefunden hat (§ 19), so verfallen diejenigen bei Eintritt der Rechtskraft des Präclusiverkenntnisses schon zahlbar gewesenen Zinsen und Dividenden, welche blos wegen Mangels der Zinsen- und Dividendenscheine vor beendigtem Mortificationsverfahren nicht ausgezahlt werden konnten, der Gesellschaftscasse, wenn sie innerhalb eines Jahres, von Eintritt der Rechtskraft dieses Erkenntnisses an gerechnet, nicht erhoben werden.

Durch den Ablauf dieser vierjährigen und beziehendlich einjährigen Verjährung erlischt jeder Anspruch an die Gesellschaft.

ꝛc. ꝛc.

Mortificationsverfahren.

§ 19. Wegen verlorener oder untergegangener Actien, Interimsscheine, Zinsen- und Dividendenscheine findet, auf Antrag der Betheiligten und auf deren Kosten, das Edictalverfahren zum Behufe ihrer Mortification Statt. Dasselbe erfolgt ganz in derselben Maaße, wie dieß für Königl. Sächsische Staatspapiere vorgeschrieben ist, und zwar dergestalt, daß die Actien- und Interimsscheine in dieser Beziehung ganz so, wie Königl. Sächsische Staatsschuldscheine, hingegen Zinsen- und Dividendenscheine ganz so, wie die Zinsscheine von Königl. Sächsischen Staatsschuldscheinen behandelt werden. Nur wird hierdurch bestimmt, daß die in Hinsicht der Staatspapiere durch Rescript vom 6ten October 1824 vorgeschriebene zehnjährige Verjährungsfrist rücksichtlich der Vereinsactien und Interimsscheine auf eine Frist von vier Jahren beschränkt sein soll.

Nach vollständiger Beendigung dieses Mortificationsverfahrens durch eingetretene Rechtskraft des Präclusiverkenntnisses findet sodann die Ausfertigung neuer Documente Statt.

Die § 24 genannte Gerichtsbehörde ist auch die competente Behörde für die Einleitung des Mortificationsverfahrens.

ꝛc. ꝛc.

№ 48) Verordnung,

die Richtung mehrerer Zweigbahnen zur Verbindung der Kohlengruben mit der vom Bahnhofe Zwickau nach Cainsdorf führenden Eisenbahn betreffend;

vom 29sten Juli 1853.

Unter Bezugnahme auf den im § 3 der Verordnung vom 11ten April dieses Jahres, die Erbauung einer Eisenbahn von Zwickau nach Cainsdorf betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 67 fg.) gemachten Vorbehalt wegen der anzulegenden Zweigbahnen, und auf Grund der von der Direction der Sächsisch-Bayerischen Staatseisenbahn vorgelegten, vom Ministerium des Innern im Einverständnisse mit dem Finanzministerium genehmigten Detailpläne wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Bau

1) der Zweigbahn nach den Schächten Aurora und Vereinsglück die Fluren der Stadt Zwickau und des Dorfs Schedewitz, dagegen der Bau
2) der Verbindungsbahnen zwischen der Königin Marienhütte und den Planitzer Kohlenwerken die Fluren von Planitz, Cainsdorf und Bockwa,

berührt.

Die im § 1 der Eingangs gedachten Verordnung angezogenen, auf die Expropriation bezüglichen Bestimmungen haben daher auf die genannten Flurbezirke und die innerhalb derselben von den Eisenbahnlinien betroffenen Grundstücke allenthalben Anwendung zu leiden.

Dresden, am 29sten Juli 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. von Beust.

Demuth.

№ 49) Verordnung,

den Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes vom 2ten Juni 1852 in Bezug auf die Albertsbahn betreffend;

vom 28sten Juli 1853.

Von den Organen der zur Herstellung einer Eisenbahn zwischen Dresden und Tharandt nebst den erforderlichen Zweigbahnen, um mit der ersteren die Kohlengruben sowohl im Plauenschen Grunde als in der Nähe desselben und bei Hänichen in Verbindung zu setzen, gebildeten Actiengesellschaft sind die Vorbereitungen zur Ausführung der gedachten Eisenbahnanlage, welcher auf Allerhöchste Anordnung Sr. Majestät des Königs die Bezeich-

nung: „Albertsbahn“ beigelegt worden ist, soweit beendigt worden, daß der Angriff des Baues der Hauptbahn zwischen Dresden und Tharandt auf Grund der von dem Ministerium des Innern genehmigten Pläne demnächst erfolgen kann.

Mit Beziehung hierauf wird auf Grund des Gesetzes vom 2ten Juni 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 143), die Abtretung von Grundeigenthum für innenbenannte Eisenbahnanlagen betreffend, § 1 unter 3 und §§ 2 und 3 mit Genehmigung des während der Abwesenheit Sr. Königlichen Majestät mit Allerhöchstem Auftrage versehenen Gesammtministeriums hierdurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Das Gesetz vom 2ten Juni 1852 tritt für die Albertsbahn mit der Publication gegenwärtiger Verordnung in Wirksamkeit.

Es leiden daher die Vorschriften des Gesetzes wegen Abtretung des zu Erbauung einer von Leipzig nach Dresden anzulegenden, und nach Befinden bis zur Grenze zu verlängernden Eisenbahn erforderlichen Grundeigenthums vom 3ten Juli 1835 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1835, Seite 371) und, insoweit die Bestimmungen desselben durch das Gesetz vom 9ten September 1843, die Einführung des neuen Grundsteuersystems betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1843, Seite 97) das Gesetz vom 6ten November 1843, die Grund- und Hypothekenbücher und das Hypothekenwesen betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1843, Seite 189) und das Gesetz vom 30sten November 1843, die Theilbarkeit des Grundeigenthums betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1843, Seite 255) Abänderungen erlitten haben, die einschlagenden Vorschriften dieser späteren Gesetze auf die Abtretung des für die Zwecke der Albertsbahn erforderlichen Grundeigenthums allenthalben Anwendung.

§ 2. Bei der Expropriation selbst haben, sowohl, was das Verfahren im Allgemeinen, als die dießfalls von den Straßenbau-Commissionen und den Taxatoren zu befolgenden Grundsätze anlangt, diejenigen Bestimmungen zum Anhalten zu dienen, welche in der Vollziehungsverordnung zum Gesetze vom 3ten Juli 1835 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1835, Seite 374), sowie beziehendlich in den zu deren Erläuterung ergangenen Verordnungen vom 14ten März 1836 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1836, Seite 72) und vom 5ten März 1844 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1844, Seite 122) enthalten sind.

§ 3. Wegen der nach Maaßgabe der Bestimmung unter Pct. 3 der Verordnung vom 14ten März 1836 zu dem dort angegebenen Zwecke von der Albertsbahn-Actiengesellschaft zu bestellenden Caution wird das Erforderliche regulirt, und zur Kenntniß der Betheiligten gebracht werden.

§ 4. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß durch die demnächst in Angriff zu

nehmende Hauptbahn zwischen Dresden und Tharandt die Fluren der nachbenannten Ortschaften:

Stadt Dresden,	Pottschappel,
Plauen,	Döhlen,
Dölzschen,	Deuben,
Coschütz,	Hainsberg,
Gittersee,	Somsdorf,
Neu-Coschütz,	Opitz,

Stadt Tharandt,

berührt werden, und es haben demnach die Vorschriften in §§ 1 und 2 auf die genannten Flurbezirke, und die darin von der Eisenbahnlinie betroffenen Grundstücke Anwendung zu leiden.

§ 5. Ueber die Richtungslinien der von der Hauptbahn abzuzweigenden Seitenbahnen erfolgt künftig weitere Verordnung.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, am 28sten Juli 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. von Beust.

Demuth.

№ 50) Berichtigung.

In dem zwischen dem Zollvereine und der Ottomannischen Pforte im Jahre 1851 vereinbarten, Seite 331 fg. des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen vom Jahre 1851 abgedruckten neuen Zolltarife ist ein bei Posit. 12 der Einfuhr „Flanell" vorgekommener Irrthum dahin zu berichtigen, daß es daselbst Seite 333 in der vorletzten Spalte statt: „das Stück 35 Ellen"

„das Stück 55 Ellen"

heißen muß.

Dresden, den 1sten Juli 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. von Beust.

Demuth.

Letzte Absendung: am 12ten August 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
11tes Stück vom Jahre 1853.

№. 51) Verordnung,

die Vertretung der Revierbetriebsanstalten und Cassen beim Regalbergbaue in Rechtsangelegenheiten betreffend;

vom 16ten August 1853.

Wenn im § 107 der unterm 16ten December 1851 ergangenen Verordnung, die Ausführung des Gesetzes vom 22sten Mai 1851 über den Regalbergbau betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 441) vorgeschrieben ist, daß die den Revierausschüssen nach § 144 des erwähnten Gesetzes und Punkt m des zugehörigen Regulativs D (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 227 fg. und 270) obliegende Vertretung der Gesammtheit der Bergwerkseigenthümer einer Revier oder der betreffenden Classen derselben auch in Rechtsangelegenheiten stattfinden soll, welche die im Reviereigenthume befindlichen Revierbetriebsanstalten und Cassen betreffen, so hat hierdurch selbstverständlich die Verwaltung dieser Anstalten und Cassen, welche durch §§ 158 und 159 des angezogenen Gesetzes der Bergbehörde übertragen worden ist, nicht beeinträchtigt oder vereitelt werden sollen.

Da indessen über das Verhältniß jener Vertretung zu der Behördenverwaltung Frage erhoben worden ist, so wird hierdurch von dem Finanzministerium, auf Grund der Allerhöchsten Publicationsverordnung vom 22sten Mai 1851, zu Beseitigung jeden Zweifels und als Zusatz zu § 107 der eingangserwähnten Verordnung bestimmt,

daß die Revierausschüsse bei der Vertretung der Revierbetriebsanstalten und Cassen in Rechtsangelegenheiten zu allen rechtsverbindlichen Handlungen und Erklärungen die Genehmigung der verwaltenden Bergbehörde bedürfen und solche beizubringen haben.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, vorkommenden Falls zu achten.

Dresden, am 16ten August 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Neubert.

№ 52) Verordnung,

die Ablösung der auf Trennstücken haftenden Oblastenantheile betreffend;

vom 28sten Juli 1853.

Nachdem wahrzunehmen gewesen ist, daß hinsichtlich des bei Ablösung der auf Trennstücken haftenden Oblastenantheile einzuhaltenden Verfahrens sowohl bei den Behörden als bei den Betheiligten mehrfache Zweifel obwalten, so wird zur Beseitigung derselben und zu Erzielung eines gleichmäßigen Verfahrens deshalb hierdurch verordnet, wie folgt:

§ 1. Insoweit bei Dismembrationen Grundzinsen oder andere Realleistungen des Stammgrundstücks in der Maaße auf das Trennstück vertheilt worden sind, daß die Leistung von Seiten des Trennstücksbesitzers zu seinem Antheile unmittelbar an den betreffenden Realberechtigten zu erfolgen hat, ist die Ablösung der Trennstücksverpflichtung in jedem Falle nur zwischen dem letzteren und dem Trennstücksbesitzer ohne Dazwischenkunft des Besitzers des Stammgrundstücks zu verhandeln und dabei auf die Eigenschaft des verpflichteten Grundstücks als Trennstück keine Rücksicht zu nehmen.

§ 2. Ist dagegen bei der Dismembration auf das Trennstück ein in das Stammgrundstück zu entrichtender Beitrag zu den Oblasten des letzteren gelegt worden, so ist zu unterscheiden, ob und inwieweit

A. dieser Beitrag in Gestalt einer Quote oder wegen jeder einzelnen Last des Stammgrundstücks in einer festen Summe oder Menge ausgeworfen worden ist, z. B. $\frac{1}{4}$ zu den Oblasten des Stammguts, oder — — 3 Pf. jährlich zu dem Teichfrohngelde in das Stammgut, oder
$2\frac{1}{2}$ Metzen Korn jährlich zu dem von dem Stammgrundstücke an das Pfarrlehn zu N. zu entrichtenden Martinizinse an überhaupt fünf Scheffeln Korn

oder ob

B. der auf das Trennstück gelegte Beitrag in einer bestimmten Geldsumme besteht, welche die antheilige Leistung zu mehreren verschiedenen Oblasten des Stammguts in sich begreift, ohne daß sich daraus erkennen läßt, nach welchen Antheilen der Trennstücksbeitrag auf die einzelnen Lasten des Stammguts sich vertheilen soll, z. B.

1 Thlr. — — zu den Lasten des Stammgrundstücks

oder

— 20 Ngr. jährlich in's Stammgut anstatt der zu den Oblasten desselben zu leistenden Beiträge.

§ 3. Dafern die abzulösenden Trennstücksbeiträge zu der im § 2 unter A bezeichneten Gattung gehören, sind folgende Grundsätze zur Anwendung zu bringen:

a) Wenn die Reallast des Stammgrundstücks an sich der Ablösung nach den bestehenden Gesetzen nicht unterliegt, so ist auch der dazu zu leistende Trennstücksbeitrag der Ablösung nicht unterworfen.

b) Ist dieser Beitrag zu einer solchen Reallast des Stammgrundstücks zu leisten, welche von dessen Besitzer bereits durch eine an die Landrentenbank überwiesene Rente abgelöst worden ist, so wird derselbe ebenso wie § 9 der Verordnung vom 15ten Februar 1841 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1841, Seite 15) bezüglich der Hülfsrentenbeiträge bestimmt worden ist, zugleich mit der Rente des Stammguts amortisirt, kann auch vor dessen Erfolg ebenfalls nur durch Capitalzahlung in der durch § 10 jener Verordnung vorgeschriebenen Art und Weise abgelöst werden. Sollte jener Beitrag noch in einer Naturalleistung bestehen, so hat vorerst die Verwandlung desselben in einen Geldbeitrag im gesetzlichen Wege zu erfolgen.

c) Ist der Trennstücksbeitrag zu einer Oblast des Stammgrundstücks zu leisten, welche durch Capitalzahlung bereits abgelöst ist, oder gleichzeitig abgelöst werden soll, so hat die Ablösung des Beitrags des Trennstücks lediglich dem Stammgrundstücke gegenüber zu erfolgen und es kann dieselbe sowohl durch Capitalzahlung als durch Vermittelung der Landrentenbank bewerkstelligt werden.

d) Ist der Trennstücksbeitrag zu einer Oblast des Stammgrundstücks zu entrichten, welche gleichzeitig durch eine der Landrentenbank überwiesene Rente zur Ablösung gelangen soll, so kann derselbe abgelöst werden:

aa) durch Vermittelung der Landrentenbank, welchenfalls die auf das Trennstück zu übernehmende Rente von dem Besitzer des Stammgrundstücks an den an letzterem Berechtigten abzutreten und um den Betrag derselben die außerdem wegen der gesammten Last auf das Stammgrundstück zu legende Rente zu mindern ist, oder

bb) durch Capitalzahlung, welchenfalls letztere nicht dem Stammgrundstücksbesitzer, sondern dem am Stammgrundstücke Berechtigten zu gewähren und die auf das Stammgrundstück außerdem wegen der gesammten Last zu übernehmende Rente um den jährlichen Werth des Trennstücksbeitrags zu mindern ist.

e) Ist der Trennstücksbeitrag zu einer Oblast des Stammguts zu entrichten, welche nicht gleichzeitig zur Ablösung gelangen soll, so kann derselbe dessenungeachtet abgelöst werden, dafern das Ablösungscapital oder die auszufertigenden Rentenbriefe zu Minderung der Oblast des Stammgrundstücks verwendet, also dem am Stammgrundstücke Realberech-

tigten überlassen werden. Solchenfalls ist das Ablösungsgeschäft zwar zunächst zwischen den Besitzern des Stammgrundstücks und des Trennstücks zu verhandeln, der an ersterem Realberechtigte aber, ohne ihm einen Kostenbeitrag anzusinnen, zuzuziehen und die auf dem Stammgute haftende Reallast nach Verhältniß des zur Ablösung gelangenden Trennstücksbeitrags zu mindern.

§ 4. Dafern die abzulösenden Trennstücksbeiträge zu der im § 2 unter B bezeichneten Gattung gehören, kann die Ablösung derselben nur dann und beziehendlich nur insoweit erfolgen, wenn ablösbare Lasten am Stammgute überhaupt nicht mehr vorhanden oder ein mindestens gleich großer Betrag derselben bereits abgelöst oder zur Ablösung angemeldet worden ist.

Die Ablösung des Trennstücksbeitrags ist solchenfalls lediglich zwischen den Besitzern des Trennstücks und des Stammgrundstücks zu verhandeln.

Hierbei sind folgende Fälle zu unterscheiden:

a) Ist die oben vorausgesetzte Ablösung beim Stammgrundstücke durch Capitalzahlung bewirkt worden, oder soll sie in dieser Weise erfolgen, so ist bei Ablösung des Trennstücksbeitrags der oben unter § 3 c gegebenen Vorschrift nachzugehen.

b) Ist jene Ablösung ausschließlich durch Uebernahme einer Rente des Stammguts auf die Landrentenbank erfolgt, so ist die Ablösung des Trennstücksbeitrags zwar auch lediglich zwischen den Besitzern des Trennstücks und des Stammgrundstücks zu verhandeln, es hat jedoch der Besitzer des letzteren das Ablösungscapital, gleichviel, ob er es baar oder in Landrentenbriefen empfängt, zur Minderung der obgedachten Rente zu verwenden.

c) Steht die vorausgesetzte Ablösung beim Stammgrundstücke durch die ausschließliche Vermittelung der Landrentenbank noch bevor, so kann der Trennstücksbeitrag abgelöst werden:

aa) durch Vermittelung der Landrentenbank, welchenfalls die auf das Stammgut zu legende Rente um den Betrag der vom Trennstücke zu entrichtenden Rente zu mindern ist,

bb) durch Capitalzahlung, welchenfalls diese zur Minderung der auf das Stammgrundstück zu legenden Rente zu verwenden ist.

d) Ist jene Ablösung endlich theils durch Capitalzahlung theils durch Vermittelung der Landrentenbank ausgeführt worden, oder noch auszuführen, so ist bei Ablösung des Trennstücksbeitrags, dafern der durch Capitalzahlung abgelöste Theil der Stammgutsoblasten mindestens dem Trennstücksbeitrage gleich kommt, nach der vorstehend unter a, wenn

und insoweit dieß aber nicht der Fall ist, nach den unter c gegebenen Vorschriften zu verfahren.

§ 5. Da hiernächst die Trennstücksbeiträge und beziehendlich die an ihre Stelle tretenden, sowie auch andere Ablösungsrenten in vielen Fällen so geringfügig sind, daß die Vortheile, welche den Verpflichteten aus der Ueberweisung derselben zur Landrentenbank erwachsen, nicht in angemessenem Verhältnisse zu dem Kostenaufwande stehen, welcher mit der Errichtung eines Recesses und der Eintragung der Renten in's Grund- und Hypothekenbuch, sowie mit der Ausstellung des darauf bezüglichen Zeugnisses für die Betheiligten verbunden sind, so haben die Behörden im vorkommenden Falle die Betheiligten hierüber zu verständigen und darauf hinzuwirken, daß die fraglichen Beiträge und Renten durch Capitalzahlung abgelöst und getilgt werden.

§ 6. Dafern ablösbare Grundlasten und Dienstbarkeiten nach § 23 des Gesetzes vom 15ten Mai 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 135) wegen unterbliebener Provocation die Natur von blos persönlichen Verbindlichkeiten annehmen, geht diese veränderte Natur der Oblasten zugleich auch auf die bis dahin nicht zur Ablösung gelangten auf Trennstücke der betreffenden Stammgüter gelegten Hülfsbeiträge zu jenen Grundlasten und Dienstbarkeiten mit über.

§ 7. Wird zu einem Vertrage über Ablösung von Trennstücksbeiträgen die Bestätigung der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen erforderlich, so sind in jedem Falle beglaubigte Abschriften der ersten Rubrik der für die betroffenen Stamm- und Trenngrundstücke angelegten Grundbuchsfolien zu den einzusendenden Acten zu bringen.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, zu achten.

Dresden, am 28sten Juli 1853.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen.

Frhr. von Beust. Behr.

Demuth.

№ 53) Bekanntmachung,

den freien Verkehr zwischen dem Harz-Leine-District des Herzogthums Braunschweig und den übrigen Theilen des Zollvereins betreffend;

vom 13ten August 1853.

In Gemäßheit einer Vereinbarung unter den zollvereinsländischen Regierungen wird hierdurch bekannt gemacht, daß zwischen dem Harz-Leine-District des Herzogthums Braunschweig und den übrigen Theilen des Zollvereins

vom 15ten dieses Monats an

gegenseitiger freier Verkehr eintritt.

Dem zu Folge wird daher die Verordnung vom 11ten Mai 1844 (Seite 183 des Gesetz- und Verordnungsblattes), soweit selbige in Bezug auf den Harz-Leine-District andere Bestimmungen enthält, von oben gedachter Zeit an außer Wirksamkeit gesetzt.

Dresden, am 13ten August 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Schäfer.

Letzte Absendung: am 27sten August 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

12tes Stück vom Jahre 1853.

№ 54) Bekanntmachung,

die Eröffnung des Betriebstelegraphen der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn für die allgemeine Staats- und Privat-Correspondenz betreffend;

vom 19ten August 1853.

Das Finanzministerium hat beschlossen, vom 1sten September dieses Jahres an auch den electromagnetischen Betriebstelegraphen der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn unter den durch die Bekanntmachung vom 21sten Juli dieses Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt von diesem Jahre, Seite 156) rücksichtlich der Beförderung von telegraphischen Correspondenzen mittelst der Eisenbahnbetriebstelegraphen überhaupt unter 1 bis mit 9 festgesetzten Bestimmungen für die allgemeine telegraphische Staats- und Privat-Correspondenz zwischen den Stationen Chemnitz, Waldheim, Döbeln und Riesa, jedoch mit der Beschränkung, daß die directe Depeschenbeförderung zwischen Chemnitz und Riesa der Staatstelegraphenanstalt vorbehalten bleibt, benutzen zu lassen, was hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Dresden, den 19ten August 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Opelt.

№ 55) Bekanntmachung,

die Abgabe von Patrimonialgerichten betreffend;

vom 24sten August 1853.

Zu Beseitigung der in neuerer Zeit darüber entstandenen Zweifel, ob und wieweit die Bekanntmachung des Justizministeriums vom 26sten April 1838, die Abgabe von Patrimonialgerichten betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 367 fg.) dermalen noch Geltung habe, findet sich das Justizministerium veranlaßt, im Einverständnisse mit den übrigen betheiligten Ministerien, Folgendes zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

§ 1. Die Bekanntmachung vom 26sten April 1838 nebst Beilage unter ⊙ ist noch jetzt für freiwillige Abtretungen von Gerichtsbarkeiten als maaßgebend zu betrachten, insoweit die Bestimmungen derselben nicht durch die Gesetzgebung verändert worden sind und insoweit nicht von den Gerichtsinhabern bei Abtretung der Gerichtsbarkeit auf einzelne der in jener Bekanntmachung ihnen zugesicherten Rechte verzichtet worden ist oder noch verzichtet wird. Für eine solche Verzichtsleistung ist es jedoch nicht anzusehen, wenn die Gerichtsinhaber, wie zuweilen geschehen, erklärt haben, daß die Abtretung der Gerichtsbarkeit nach Maaßgabe des Gesetzes vom 23sten November 1848 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 295 fg.) erfolgen solle.

§ 2. Als solche Punkte, welche seit dem Erlasse der fraglichen Bekanntmachung durch die Gesetzgebung eine Veränderung erlitten haben, sind folgende anzusehen:

a) Die im § 5 der Beilage zu jener Bekanntmachung erwähnten nutzbaren Rechte greifen nur noch insoweit Platz, als dieselben nach dem Gesetze vom 12ten Mai 1851, die Aufhebung der zu Publication der deutschen Grundrechte ergangenen Verordnung vom 2ten März 1849 betreffend, dem Gesetze vom 15ten Mai 1851, Nachträge zu den bisherigen Ablösungsgesetzen betreffend, und dem Gesetze vom 22sten Mai 1851, den Regalbergbau betreffend, (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 127 fg., 129 fg., 199 fg.) noch bestehen.

b) Die Gerichtsbehörden, welche in Veräußerungsfällen den Eintrag eines neuen Besitzers in das Grund- und Hypothekenbuch bewirken, haben nicht mehr die Vorschrift im § 7 zu befolgen, sondern die zeitherigen Gerichtsinhaber, welchen das betreffende Grundstück lehngeld- und zinspflichtig ist, von dem erfolgten Besitzereintrage binnen 8 Tagen, bei Vermeidung von Fünf Thalern Strafe für jeden Contraventionsfall, zu benachrichtigen.

c) Bei Aufnahme von Ausländern ist nicht weiter der Bestimmung im § 10 unter 5, sondern demjenigen nachzugehen, was § 7 des Gesetzes vom 2ten Juli 1852, die Erwerbung und den Verlust des Unterthanenrechts im Königreiche Sachsen betreffend, und

§ 7 der dazu gehörigen Ausführungsverordnung von demselben Tage (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 241, 249) vorschreibt.

d) Inwieweit den Gutsherren die denselben im § 15 unter 5 eingeräumte Concurrenz bei Setzung von Handwerkern und Betreibung des Dorfkrams annoch zusteht, ist hinsichtlich der Erblande nach §§ 8, 9 und 24 des Gesetzes vom 9ten October 1840, den Gewerbsbetrieb auf dem Lande betreffend, in Verbindung mit § 2 der Ausführungsverordnung von demselben Tage (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 248 fg. und 254) zu beurtheilen, wogegen in der Oberlausitz das in der dortigen Provincial-Gewerbeverfassung begründete Verfahren einzutreten hat.

e) Das im § 15 vorbehaltene Recht der Concessionsertheilung zu den unter 6, 8 und 11 genannten Gewerben hat sich erledigt und das Reservat der damit verbundenen Emolumente nach § 4 fg. des Gesetzes vom 15ten Mai 1851, Nachträge zu den bisherigen Ablösungsgesetzen betreffend, seine Bedeutung verloren.

f) Ebenso kann das im § 15 unter 7 erwähnte Recht, zu freien Nächten Erlaubniß zu ertheilen, als mit den Bestimmungen der Armenordnung vom 22sten October 1840, § 137 fg. unvereinbar, (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 284) von den Gutsherren nicht weiter ausgeübt werden.

Endlich ist noch zu § 10 unter 4 zu bemerken, daß zwar den Gutsherren auch jetzt noch ein Exemplar des Gesetz- und Verordnungsblattes unentgeldlich zu verabfolgen ist, daß jedoch dieses lediglich mit Rücksicht auf die ihnen nach der Bekanntmachung vom 26sten April 1838 verbliebene obrigkeitliche Stellung und so lange sie dieselbe einnehmen, geschieht. Sie haben daher nach Abtretung ihrer Gerichtsbarkeit und dafern sie die ebengedachte obrigkeitliche Stellung einzunehmen Willens und im Stande sind, solches dem Ministerium des Innern anzuzeigen und dessen Verfügung an die Redaction des Gesetz- und Verordnungsblattes zu erwarten, beim Aufhören ihrer obrigkeitlichen Stellung aber das ihnen zugetheilte Exemplar des gedachten Blattes an diejenige Behörde abzugeben, auf welche ihre obrigkeitlichen Befugnisse übergehen.

Dresden, den 24sten August 1853.

Ministerium der Justiz.
Dr. Zschinsky.

Lamm.

№ 56) Verordnung

an sämmtliche Untergerichte, die Einlieferung von Inhaftaten in die Straf- und Correctionsanstalten betreffend;

vom 25sten August 1853.

Da wahrzunehmen gewesen, daß bisweilen Inhaftaten mit Ungeziefer behaftet in die Straf- und Correctionsanstalten eingeliefert worden sind, die Beseitigung dieses Uebelstandes aber im Interesse sowohl der gedachten Anstalten, als auch derjenigen Gerichte, in deren Gefängnisse dergleichen Inhaftaten auf dem Transporte vorübergehend aufgenommen werden müssen, dringend nothwendig erscheint, so werden sämmtliche Gerichte hierdurch angewiesen, streng darauf zu halten, daß nicht nur diejenigen Personen, welche von ihnen selbst in die Straf- und Correctionsanstalten einzuliefern sind, sondern auch diejenigen, welche ihnen von anderen Gerichten Behufs des Weitertransports übergeben werden, vor dem Transporte, beziehendlich dem Weitertransporte, genau untersucht und, da nöthig, gereinigt werden.

Auch haben die Gerichte, denen Inhaftaten zum Weitertransporte übergeben werden, bei der darüber auszustellenden Empfangsbescheinigung jedesmal ausdrücklich zu bemerken, ob der Transportat frei von Ungeziefer bei ihnen angekommen ist, Vernachlässigungen hierunter aber der vorgesetzten Behörde des betreffenden Gerichts anzuzeigen.

Dresden, den 25sten August 1853.

Ministerium der Justiz.
Dr. Zschinsky. Lamm.

Letzte Absendung: am 6ten September 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
13tes Stück vom Jahre 1853.

№. 57) Verordnung

zu Bekanntmachung der mit den Vereinigten Staaten von Nordamerica wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern getroffenen Uebereinkunft;

vom 27sten August 1853.

Mit den Vereinigten Staaten von Nordamerica ist durch die Königlich Preußische Regierung zugleich mit für das Königreich Sachsen eine Uebereinkunft wegen gegenseitiger Auslieferung von Verbrechern nach Inhalt der nachstehenden Vertragsurkunde vom 16ten Juni 1852 geschlossen worden. Nachdem nun die Ratification dieser Uebereinkunft und des dazu gehörigen, unter dem 16ten November 1852 vereinbarten, hier ebenfalls beigefügten Additionalartikels erfolgt ist, so wird mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs die gedachte Uebereinkunft zur Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Dresden, den 27sten August 1853.

Ministerium der Justiz.

Dr. Zschinsky. Manitius.

Vertrag

zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutschen Bundes einerseits und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika andererseits wegen der in gewissen Fällen zu gewährenden Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher.

Da es Behufs besserer Verwaltung der Rechtspflege und zur Verhütung von Verbrechen innerhalb des Gebietes und der Ge-

Convention

for the mutual delivery of criminals, fugitives from justice, in certain cases, concluded between Prussia and other States of the Germanic Confederation on the one part, and the United States on the other part.

Whereas, it is found expedient for the better administration of justice and the prevention of crime, within the ter-

richtsbarkeit der contrahirenden Theile zweckmäßig befunden worden ist, daß Individuen, welche gewisse schwere Verbrechen begehen, und vor der Justiz flüchtig geworden sind, unter Umständen gegenseitig ausgeliefert werden, auch daß die betreffenden Verbrechen namentlich aufgezählt werden; und da die Gesetze und Verfassung Preußens und der anderen Deutschen Staaten, welche diesen Vertrag contrahiren, ihnen nicht gestatten, ihre eigenen Unterthanen einer auswärtigen Jurisdiction zu überliefern, also die Regierung der Vereinigten Staaten mit Rücksicht darauf, daß der Vertrag unter strenger Reciprocität geschlossen wird, gleicherweise von jeder Verpflichtung frei sein soll, Bürger der Vereinigten Staaten auszuliefern: so haben einerseits Seine Majestät der König von Preußen, sowohl für Sich, als im Namen Seiner Majestät des Königs von Sachsen, Seiner Königlichen Hoheit des Kurfürsten von Hessen, Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein, Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Meiningen, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg, Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha, Seiner Hoheit des Herzogs von Braunschweig, Seiner Hoheit des Herzogs von Anhalt-Dessau, Seiner Hoheit des Herzogs von Anhalt-Bernburg, Seiner Hoheit des Herzogs von Nassau, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, Ihrer Durchlaucht der Fürstin und Regentin von

ritories and jurisdiction of the parties, respectively, that persons committing certain heinous crimes, being fugitives from justice, should, under certain circumstances, be reciprocally delivered up; and also to enumerate such crimes explicitly; and whereas the laws and constitution of Prussia and of the other German States, parties to this Convention, forbid them to surrender their own citizens to a foreign jurisdiction, the Government of the United States, with a view of making the Convention strictly reciprocal, shall be held equally free from any obligation to surrender citizens of the United States; therefore, on the one part His Majesty the King of Prussia, in His own name, as well as in the name of His Majesty the King of Saxony, His Royal Highness the Elector of Hesse, His Royal Highness the Grand Duke of Hesse and on Rhine, His Royal Highness the Grand Duke of Saxe-Weimar-Eisenach, His Highness the Duke of Saxe-Meiningen, His Highness the Duke of Saxe-Altenburg, His Highness the Duke of Saxe-Coburg-Gotha, His Highness the Duke of Brunswick, His Highness the Duke of Anhalt-Dessau, His Highness the Duke of Anhalt-Bernburg, His Highness the Duke of Nassau, His Serene Highness the Prince of Schwarzburg-Rudolstadt, His Serene Highness the Prince of Schwarzburg-Sondershausen, Her Serene Highness the Princess and Regent of Waldeck, His Serene Highness the Prince of Reuss,

Waldeck, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Reuß älterer Linie, Seiner Durchlaucht des Fürsten von Reuß jüngerer Linie, Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Lippe, Seiner Durchlaucht des Landgrafen von Hessen-Homburg, so wie der freien Stadt Frankfurt, und andererseits die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, beschlossen, über diesen Gegenstand zu verhandeln, und zu diesem Behufe ihre respectiven Bevollmächtigten ernannt, um eine Uebereinkunft zu verhandeln und abzuschließen; nämlich:

elder branch, His Serene Highness the Prince of Reuss, junior branch, His Serene Highness the Prince of Lippe, His Serene Highness the Landgrave of Hesse-Homburg as well as the free city of Francfort and on the other part, the United States of America, having resolved to treat on this subject, have for that purpose appointed their respective plenipotentiaries to negotiate and conclude a convention; that is to say:

Seine Majestät der König von Preußen in Seinem eigenen Namen sowohl, als Namens der anderen, oben aufgezählten Deutschen Souveräne und der freien Stadt Frankfurt, Allerhöchst Ihren Minister-Residenten bei der Regierung der Vereinigten Staaten, Friedrich Carl Joseph von Gerolt, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika den Staats-Secretair Daniel Webster,

His Majesty the King of Prussia in His own name as well as in the name of the other German Sovereigns above enumerated, and the free city of Francfort, Frederic Charles Joseph von Gerolt, His said Majesty's Minister Resident near the Government of the United States, and the President of the United States of America, Daniel Webster, Secretary of State,

welche nach gegenseitiger Mittheilung ihrer respectiven Vollmachten, die folgenden Artikel vereinbart und unterzeichnet haben:

who after reciprocal communication of their respective powers, have agreed to and signed the following articles:

Artikel I.

Man ist dahin übereingekommen, daß Preußen nebst den anderen Staaten des Deutschen Bundes, die in diese Uebereinkunft mit eingeschlossen sind oder die derselben später beitreten mögen, und die Vereinigten Staaten, auf gegenseitige Requisitionen, welche respective sie selbst oder ihre Gesandten, Beamten oder Behörden erlassen, alle Individuen der Justiz ausliefern sollen, welche beschuldigt, das Verbrechen des Mordes, oder

Article I.

It is agreed that Prussia and the other States of the Germanic Confederation included in, or which may hereafter accede to this Convention, and the United States, shall, upon mutual requisitions by them or their Ministers, officers or authorities, respectively made, deliver up to justice all persons who, being charged with the crime of murder, or assault with intent to commit

eines Angriffs in mörderiſcher Abſicht, oder des Seeraubes, oder der Brandſtiftung, oder des Raubes, oder der Fälſchung, oder des Ausgebens falſcher Dokumente, oder der Verfertigung oder Verbreitung falſchen Geldes, — ſei es gemünztes oder Papiergeld —, oder des Defekts oder der Unterſchlagung öffentlicher Gelder, innerhalb der Gerichtsbarkeit eines der beiden Theile begangen zu haben — in dem Gebiete des andern Theils eine Zuflucht ſuchen oder dort aufgefunden werden: mit der Beſchränkung jedoch, daß dies nur auf ſolche Beweiſe für die Strafbarkeit geſchehen ſoll, welche nach den Geſetzen des Orts, wo der Flüchtling oder das ſo beſchuldigte Individuum aufgefunden wird, deſſen Verhaftung und Stellung vor Gericht rechtfertigen würden, wenn das Verbrechen oder Vergehen dort begangen wäre; und die reſpectiven Richter und andere Behörden der beiden Regierungen ſollen Macht, Befugniß und Autorität haben, auf eidlich erhärtete Angabe einen Befehl zur Verhaftung des Flüchtlings oder ſo beſchuldigten Individuums zu erlaſſen, damit er vor die gedachten Richter oder anderen Behörden zu dem Zwecke geſtellt werde, daß der Beweis für die Strafbarkeit gehört und in Erwägung gezogen werde; und wenn bei dieſer Vernehmung der Beweis für ausreichend zur Aufrechthaltung der Beſchuldigung erkannt wird, ſo ſoll es die Pflicht des prüfenden Richters oder der Behörde ſein, ſelbigen für die betreffende executive Behörde feſtzuſtellen, damit ein Befehl zur Auslieferung eines ſolchen Flüchtlings erlaſſen werden könne. Die Koſten einer ſolchen Verhaftung und Auslieferung

murder, or piracy, or arson, or robbery, or forgery, or the utterance of forged papers, or the fabrication or circulation of counterfeit money, whether coin or paper money, or the embezzlement of public moneys committed within the jurisdiction of either party, shall seek an asylum, or shall be found within the territories of the other: provided, that this shall only be done upon such evidence of criminality as, according to the laws of the place where the fugitive or person so charged shall be found, would justify his apprehension and commitment for trial, if the crime or offence had there been committed and the respective judges and other magistrates of the two Governments shall have power, jurisdiction and authority, upon complaint made under oath, to issue a warrant for the apprehension of the fugitive or person so charged, that he may be brought before such judges or other magistrates, respectively, to the end that the evidence of criminality may be heard and considered; and if, on such hearing, the evidence be deemed sufficient to sustain the charge, it shall be the duty of the examining judge or magistrate, to certify the same to the proper Executive authority, that a warrant may issue for the surrender of such fugitive. The expense of such apprehension and delivery shall be borne and defrayed by the party who makes the requisition and receives the fugitive.

sollen von dem Theil getragen und erstattet werden, welcher die Requisition erläßt und den Flüchtling in Empfang nimmt.

Artikel II.

Die Bestimmungen dieser Uebereinkunft sollen auf jeden andern Staat des Deutschen Bundes Anwendung finden, der später seinen Beitritt zu derselben erklärt.

Artikel III.

Keiner der contrahirenden Theile soll gehalten sein, in Gemäßheit der Bestimmungen dieser Uebereinkunft seine eigenen Bürger oder Unterthanen auszuliefern.

Artikel IV.

Wenn ein Individuum, das eines der in dieser Uebereinkunft aufgezählten Verbrechen angeklagt ist, ein neues Verbrechen in dem Gebiete des Staates begangen haben sollte, wo er eine Zuflucht gesucht hat oder aufgefunden wird, so soll ein solches Individuum nicht eher in Gemäßheit der Bestimmungen dieser Uebereinkunft ausgeliefert werden, als bis dasselbe vor Gericht gestellt worden sein und die auf ein solches neues Verbrechen gesetzte Strafe erlitten haben oder freigesprochen worden sein wird.

Artikel V.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll bis zum 1. Januar 1858 in Kraft bleiben, und wenn kein Theil dem andern sechs Monate vorher Mittheilung von seiner Absicht macht, dieselbe dann aufzuheben, so soll sie ferner in Kraft bleiben bis zu dem Ablauf von zwölf Monaten, nachdem einer der hohen contrahirenden Theile dem andern von einer sol-

Article II.

The stipulations of this Convention shall be applied to any other State of the Germanic Confederation which may hereafter declare its accession thereto.

Article III.

None of the contracting Parties shall be bound to deliver up its own citizens or subjects under the stipulations of this Convention.

Article IV.

Whenever any person, accused of any of the crimes enumerated in this Convention, shall have committed a new crime in the territories of the State where he has sought an asylum, or shall be found, such person shall not be delivered up under the stipulations of this Convention, until he shall have been tried, and shall have received the punishment due to such new crime, or shall have been acquitted thereof.

Article V.

The present Convention shall continue in force until the Ist of January, 1858, and if neither party shall have given to the other six months previous notice of its intention then to terminate the same, it shall further remain in force until the end of twelve months after either of the high contracting parties

chen Absicht Kenntniß gegeben; wobei jeder der hohen contrahirenden Theile sich das Recht vorbehält, dem andern eine solche Mittheilung zu jeder Zeit nach dem Ablauf des gedachten ersten Januar 1858 zugehen zu lassen.

shall have given notice to the other of such intention, each of the high contracting parties reserving to itself the right of giving such notice to the other, at any time after the expiration of the said first day of January, 1858.

Artikel VI.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratificirt werden von der Preußischen Regierung und von dem Präsidenten unter und mit der Genehmigung und Zustimmung des Senates der Vereinigten Staaten und die Ratificationen sollen zu Washington innerhalb sechs Monaten von dem heutigen Datum, oder wo möglich früher, ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben wir, die respectiven Bevollmächtigten, diese Uebereinkunft unterzeichnet und hierunter unsere Siegel beigedrückt.

In dreifacher Ausfertigung geschehen zu Washington, den sechszehnten Juni 1852, im 76sten Jahre der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten.

(gez.) Fr. von Gerolt.
(L. S.)

(gez.) Dan. Webster.
(L. S.)

Article VI.

The present Convention shall be ratified by the Government of Prussia, and by the President by and with the advice and consent of the Senate of the United States, and the ratifications shall be exchanged at Washington within six months from the date hereof or sooner if possible.

In faith whereof we, the respective Plenipotentiaries, have signed this Convention and have hereunto affixed our seals.

Done in triplicate at Washington the sixteenth day of June, one thousand eight hundred and fifty-two, and the seventy-sixth year of the Independence of the United States.

(signed) Dan. Webster.
(L. S.)

(signed) Fr. von Gerolt.
(L. S.)

Additional-Artikel

zu dem

am 16. Juni Eintausend acht hundert und zwei und funfzig zu Washington zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutschen Bundes einerseits, und den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika andererseits, abgeschlossenen Vertrage wegen der in gewissen Fällen gegenseitig zu gewährenden Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher.

Da es nicht thunlich sein möchte, daß die Ratificationen des am 16. Juni 1852 zu Washington unterzeichneten Vertrages zwischen Preußen und anderen Staaten des Deutschen Bundes einerseits, und den Vereinigten Staaten andererseits, wegen der in gewissen Fällen zu gewährenden gegenseitigen Auslieferung der vor der Justiz flüchtigen Verbrecher, innerhalb der im genannten Vertrage verabredeten Frist ausgewechselt werden, und da beide Theile wünschen, daß derselbe zur vollständigen Ausführung gelange, so hat zu dem Ende Seine Majestät der König von Preußen in Seinem eigenen Namen sowohl, als Namens der anderen in dem vorgenannten Vertrage erwähnten Deutschen Souveräne, Allerhöchst Ihren Minister-Residenten bei der Regierung der Vereinigten Staaten, Friedrich Carl Joseph von Gerolt, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika seinerseits den Staats-Secretair der Vereinigten Staaten, Edward Everett, mit der nöthigen Voll-

Additional Article

to the

Convention for the mutual delivery of criminals, fugitives from justice, in certain cases, concluded between Prussia and other States of the Germanic Confederation on the one part, and the United States on the other part, at Washington the 16th day of June one thousand eight hundred and fifty-two.

Whereas it may not be practicable for the ratifications of the Convention for the mutual delivery of criminals, fugitives from justice, in certain cases, between Prussia and other States of the Germanic Confederation on the one part and the United States on the other part, signed at Washington on the 16th day of June 1852, to be exchanged within the time stipulated in said Convention; and whereas both parties are desirous that it should be carried into full and complete effect; His Majesty the King of Prussia, in His own name as well as in the name of the other German Sovereigns, enumerated in the aforesaid Convention, has fully empowered Frederick Charles Joseph von Gerolt, His said Majesty's Minister Resident near the Government of the United States and the President of the United States of America has likewise fully empowered on his part Edward Everett, Secretary of

macht verſehen, welche den folgenden Artikel vereinbart und unterzeichnet haben:

Die Ratificationen des am 16. Juni 1852 abgeſchloſſenen Vertrages wegen der in gewiſſen Fällen zu gewährenden gegenſeitigen Auslieferung der vor der Juſtiz flüchtigen Verbrecher ſollen zu Waſhington innerhalb eines Jahres von dem Datum dieſer Uebereinkunft an gerechnet, oder wo möglich früher, ausgewechſelt werden.

Der gegenwärtige Additional-Artikel ſoll dieſelbe Kraft und Wirkung haben, als ob er Wort für Wort in vorgenannten Vertrag vom 16. Juni 1852 mit aufgenommen worden wäre und ſoll in der in demſelben vorgeſchriebenen Weiſe genehmigt und ratificirt werden.

Zu Urkund deſſen haben wir, die reſpectiven Bevollmächtigten, dieſe Uebereinkunft gezeichnet und unſere Siegel hier beigedrückt.

Geſchehen zu Waſhington, den ſechszehnten November Eintauſend acht hundert zwei und funfzig und im ſieben und ſiebenzigſten Jahre der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten.

(gez.) **Fr. von Gerolt.**
(L. S.)

(gez.) **Edward Everett.**
(L. S.)

State of the United States, who have agreed to and signed the following article:

The ratifications of the Convention for the mutual delivery of criminals, fugitives from justice, in certain cases, concluded on the 16th of June 1852, shall be exchanged at Washington within one year from the date of this agreement or sooner, should it be possible.

The present Additional Article shall have the same force and effect, as if it had been inserted word for word in the aforesaid Convention of the 16th of June 1852 and shall be approved and ratified in the manner therein prescribed.

In faith whereof we, the respective Plenipotentiaries have signed this agreement and have hereunto affixed our seals.

Done at Washington this sixteenth day of November one thousand eight hundred and fifty-two and the seventy-seventh year of the Independence of the United States.

(signed) Fr. von Gerolt.
(L. S.)

(signed) Edward Everett.
(L. S.)

№ 58) Bekanntmachung,

die Uebergangsstraßen für Getränke und Malz im Königreiche Württemberg betreffend;

vom 29sten August 1853.

Unter Beziehung auf die Bekanntmachung wegen der Uebergangsstraßen für Getränke und Malz im Königreiche Württemberg vom 11ten Februar 1853 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21) wird hierdurch ferner bekannt gemacht, daß vom 1sten künftigen Monats an als weitere Uebergangsstraßen für den Verkehr mit Wein, Obstmost, Branntwein, Bier und Malz, die durch die Württembergischen Grenzorte

Röthenbach,	Cameralamts und Oberamts Oberndorf,
Dürrenmettstetten,	Cameralamts und Oberamts Sulz,
Leinstetten,	
Sulz,	
Vöhringen,	
Rosenfeld,	
Binsdorf,	
Aschhausen,	Cameralamts Schönthal und Oberamts Künzelsau,
Westernhausen,	

führenden Straßen eröffnet, dagegen die in dem unterm 11ten Februar dieses Jahres bekannt gemachten Verzeichnisse aufgeführten Uebergangsstationen Röthenberg, Cameralamts und Oberamts Oberndorf, als entbehrlich wieder aufgehoben worden sind.

Dresden, am 29sten August 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Schäfer.

№ 59) Verordnung,

den Eingangszoll für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mühlenfabrikate betreffend;

vom 9ten September 1853.

In Folge einer unter sämmtlichen Zollvereinsstaaten getroffenen Vereinbarung wird, mit Allerhöchster Genehmigung, hierdurch bekannt gemacht, daß die Erhebung des Eingangs-

zolls von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und anderen Mühlenfabrikaten, nämlich: geschroteten und geschälten Körnern, Graupen, Gries und Grütze, gestampfter oder geschälter Hirse,

vom 15ten dieses Monats an bis Ende dieses Jahres,

vorbehältlich einer Verlängerung dieses Termins, wenn weitere Erörterungen deren Nothwendigkeit ergeben sollten, einzustellen ist.

Hiernach haben sich die Zoll- und Steuerbehörden und alle Betheiligte zu achten.

Dresden, am 9ten September 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Schäfer.

Berichtigung.

Das Seite 152 unter ⊙ befindliche Verzeichniß der bei dem Staatsvertrage d. d. Gotha den 15ten Juli 1851 betheiligten auswärtigen Bundesstaaten bedarf in Folge einer durch einen Schreibfehler veranlaßten Weglassung der Vervollständigung, und wird daher in berichtigter Form nachstehend anderweit veröffentlicht.

⊙

Königreich Preußen.
" Bayern.
" Hannover.
" Württemberg.
Kurfürstenthum Hessen.
Großherzogthum Hessen.
" Oldenburg.
" Sachsen-Weimar.
" Meklenburg-Schwerin.
" Meklenburg-Strelitz.
Herzogthum Braunschweig.
" Nassau.
" Sachsen-Meiningen.
Herzogthum Sachsen-Coburg und Gotha.
" Sachsen-Altenburg.
" Anhalt-Dessau-Köthen.
" Anhalt-Bernburg.
Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt.
" Schwarzburg-Sondershausen.
" Schaumburg-Lippe.
" Lippe.
" Waldeck.
" Reuß-Plauen älterer Linie.
" Reuß-Plauen jüngerer Linie.
Freie Stadt Frankfurt am Main.
" " Bremen.

Letzte Absendung: am 14ten September 1853.

Gesetz-und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
14tes Stück vom Jahre 1853.

№. 60) Verordnung,

die Publication des wegen des Standesverhältnisses der Gräflichen Familie Bentinck von der deutschen Bundesversammlung unterm 12ten Juni 1845 gefaßten Beschlusses betreffend;

vom 26sten August 1853.

Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

verkünden hiermit, daß von der deutschen Bundesversammlung unterm 12ten Juni 1845 nachstehender Beschluß gefaßt worden ist:

> Die Bundesversammlung erklärt, daß der Gräflichen Familie Bentinck nach ihrem Standesverhältnisse zur Zeit des deutschen Reichs die Rechte des hohen Adels und der Ebenbürtigkeit im Sinne des Artikels 14 der deutschen Bundesacte zustehen.

Nachdem nun durch eine in der 15ten dießjährigen Bundestagssitzung unterm 12ten Mai dieses Jahres erfolgte fernerweite Beschlußnahme sämmtliche Bundesregierungen ersucht worden sind, die öffentliche Bekanntmachung des vorstehenden Beschlusses auf landesgesetzlichem Wege, insofern dieselbe nicht bereits geschehen, zu verfügen und von der geschehenen Bekanntmachung Anzeige an die Bundesversammlung gelangen zu lassen, so haben Wir dem gemäß und auf Grund von § 89 der Verfassungsurkunde die Publication des gedachten Beschlusses hiermit verfügt und zu dessen Beurkundung gegenwärtige Verordnung eigenhändig vollzogen und mit dem Königlichen Siegel bedrucken lassen.

Dresden, am 26sten August 1853.

Friedrich August.

LS

Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

№ 61) Decret

wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse der Parochie Niederschönau;

vom 18ten August 1853.

Das Gesammtministerium, während der Abwesenheit Sr. Majestät des Königs mit Allerhöchstem Auftrage versehen, hat die nachgesuchte Genehmigung zu Errichtung einer Sparcasse für die Parochie Niederschönau, welche von sämmtlichen zur gedachten Parochie gehörigen Dorfgemeinden den Einlegern gegenüber vertreten werden und für die unbemittelten Einwohner in gedachter Parochie und den Nachbarorten bestimmt sein soll, ertheilt, auch das für diese Anstalt entworfene Regulativ unter Bewilligung der in §§ 14, 15 und 18 enthaltenen Rechtsvergünstigungen dergestalt bestätigt, daß dessen Inhalte in allen Punkten genau nachzugehen ist.

Hierüber ist gegenwärtiges

Bestätigungsdecret

unter Siegel und Unterschrift des Gesammtministeriums ausgefertigt worden.

Dresden, den 18ten August 1853.

Im Allerhöchsten Auftrage:

Das Gesammtministerium.

LS Dr. Zschinsky.

Roßberg.

Regulativ

für die Sparcasse der Parochie Niederschönau.

ꝛc. ꝛc.

Verfahren bei verloren gegangenen Einlage- u. Quittungsbüchern.

§ 14. Rückzahlungen erfolgen nur an den Ueberbringer des Einlage- und Quittungsbuchs. Geht ein Einlage- und Quittungsbuch verloren, so ist der Verlust sofort vom Eigenthümer dem Rechnungsführer anzuzeigen. Die Deputation macht den Verlust mit Angabe der Nummer und des Namens, auf welchen das Buch ausgestellt ist, in den in Freiberg erscheinenden Localblättern bekannt, und fordert den etwaigen Inhaber auf, binnen drei Monaten seine Ansprüche geltend zu machen. Vor Ablauf dieser Frist werden weder Capital noch Zinsen ausgezahlt. Wird das Buch von einem anderen, als dem, welcher den

Verlust angezeigt, vorgelegt, so wird die Sache der Gerichtsbehörde über Hetzdorf zur Erörterung und Entscheidung übergeben. Außerdem hat nach Ablauf der dreimonatlichen Frist der Anmelder den Verlust und das Eigenthum des fraglichen Einlage- und Quittungsbuchs vor der genannten Behörde eidlich zu bestärken, worauf ihm, gegen Erstattung der durch die Bekanntmachung ꝛc. erwachsenen Kosten, ein neues Buch ausgefertigt, dieses im Hauptbuche eingetragen, das verlorene Buch aber auf vorangegebene Weise öffentlich für ungültig erklärt wird.

Die Casse ist für den Nachtheil, der aus dem Mißbrauche eines Einlage- und Quittungsbuchs für den Eigenthümer entsteht, durchaus nicht verantwortlich, daher Jeder sein Buch äußerst sorgfältig aufzubewahren hat.

§ 15. Die in die Sparcasse eingelegten Gelder und deren Zinsen, sowie die darüber ausgestellten Einlage- und Quittungsbücher, sind einer Verkümmerung nicht unterworfen; doch kann die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner etwa aufgefundenen Einlage- und Quittungsbücher nicht gehindert werden. Verkümmerung und Abpfändung der Einlage- und Quittungsbücher.

ꝛc. ꝛc.

§ 18. Gegen die in dieser Sparcassenordnung angedrohten Rechtsnachtheile und gegen das Versäumniß der darin festgesetzten Fristen findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt. Unstatthaftigkeit der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

ꝛc. ꝛc.

№ 62) Decret

wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcasse zu Frauenstein;

vom 18ten August 1853.

Das Gesammtministerium, während der Abwesenheit Sr. Majestät des Königs mit Allerhöchstem Auftrage versehen, hat auf den Vortrag der Ministerien der Justiz und des Innern die Errichtung einer Sparcasse in der Stadt Frauenstein, welche nach dem einverständlichen Beschlusse des Stadtraths und der Stadtverordneten von der dasigen Stadtgemeinde vertreten werden und zur Benutzung für die unbemittelten Bewohner der Stadt Frauenstein und der umliegenden Ortschaften bestimmt sein soll, genehmigt, auch dem vorgelegten Sparcassenregulative die nachgesuchte Bestätigung dergestalt ertheilt, daß demselben in allen Punkten auf das Genaueste nachgegangen werden, auch der Sparcassenanstalt der Genuß der in den §§ 14, 16, 17 und 18 erwähnten Rechtsvergünstigungen zustehen soll.

Hierüber ist gegenwärtiges

Bestätigungsdecret

ausgefertigt und unter Beidruckung des Siegels des Gesammtministeriums vollzogen worden.

Dresden, den 18ten August 1853.

Im Allerhöchsten Auftrage:

Das Gesammtministerium.

LS Dr. Zschinsky.

Roßberg.

Regulativ

der Sparcasse zu Frauenstein.

ꝛc. ꝛc.

Rückzahlung von Einlagen.

§ 14. Die Rückzahlung der Einlagen erfolgt, mit Ausnahme des § 16 gedachten Falls, unweigerlich an den Ueberbringer des Einlage- und Quittungsbuchs, von welchem, wenn er mit der Person des Einlegers nicht identisch ist, vorausgesetzt wird, daß er zur Erhebung der Einlage resp. der Zinsen berechtigt sei. Die Casse ist daher für den Nachtheil, der aus dem Mißbrauche eines solchen Buchs für den Eigenthümer entstehen sollte, nicht verantwortlich, weswegen auch jeder Einleger das ihm ausgehändigte Einlage- und Quittungsbuch auf das Sorgfältigste aufzubewahren und sich den durch dessen Verlust oder Mißbrauch ihm entstehenden Nachtheil selbst beizumessen hat.

ꝛc. ꝛc.

Verfahren bei verloren gegangenen Quittungs- und Einlagebüchern.

§ 16. Sollte einem Einleger sein Einlage- und Quittungsbuch abhanden kommen, so hat er diesen Verlust an einem und, wo möglich, am nächsten Expeditionstage während der bestimmten Expeditionsstunden dem Cassirer anzuzeigen, welcher die Deputation davon in Kenntniß setzt.

Diese wird sodann, dafern nicht etwa inzwischen die Zurückzahlung erfolgt ist, gegen Erlegung der dadurch erwachsenen Kosten, den Verlust unter Bemerkung der Nummer des Buchs und des Namens, auf welchen solches ausgestellt ist, dreimal öffentlich bekannt machen (s. § 24), und dabei den unbekannten etwaigen Inhaber auffordern, sich, wenn er Anspruch an dieses Buch zu haben glaubt, damit bei deren Verlust binnen drei Monaten, bei dem Cassirer zu melden, auch während dieser Frist Capital und Zinsen nicht auszahlen.

Wird innerhalb dieser Frist das Buch durch einen Anderen, als den, der den Verlust angezeigt hat, bei dem Cassirer producirt, so wird die Sache zur Erörterung und Entscheidung an die Gerichtsbehörde über Frauenstein abgegeben.

Im entgegengesetzten Falle erhält der Anzeigende nach Verlauf jener drei Monate, wenn er zuvor bei der bemerkten Justizbehörde oder auf deren Requisition vor seinem persönlichen Richter sein Eigenthum des Buchs und dessen Verlust eidlich bestärkt oder sonst genügend bescheinigt hat, Zahlung oder ein neues Buch und das alte wird für ungültig erklärt und dieß hierauf mit Angabe der Nummer und des Namens, auf welchen solches ausgestellt ist, ein Mal öffentlich bekannt gemacht (s. § 24).

§ 17. Die in die Sparcasse eingelegten Gelder und deren Zinsen, sowie die Einlage- und Quittungsbücher können, außer in dem § 16 bemerkten Falle, nicht verkümmert werden. Unzulässigkeit der Verkümmerungen.

Doch soll die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner etwa aufgefundenen Einlage- und Quittungsbücher nicht gehindert werden.

§ 18. Gegen die in diesem Regulative angedrohten Rechtsnachtheile und gegen die Versäumniß der darin festgesetzten Fristen findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt. Unstatthaftigkeit der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

ꝛc. ꝛc.

№ 63) Verordnung,

anderweite Zollerleichterungen zwischen den Staaten des Zollvereins und den Staaten des Steuervereins betreffend;

vom 16ten September 1853.

Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

In Folge der Uebereinkunft der zum Zollvereine gehörenden Regierungen, einerseits, und der dem Steuervereine angehörigen Regierungen, andererseits, treten für nachgenannte gegenseitige Erzeugnisse, bei deren unmittelbarem Uebergange aus dem einen in das andere Vereinsgebiet,

vom 24sten September dieses Jahres an,

folgende anderweite Zollerleichterungen ein.

A. Man wird gegenseitig zulassen

a) zollfrei:

1) Bleiweiß (Kremserweiß), rein oder versetzt;

2) Chlorkalk;

3) Soda, gereinigte oder ungereinigte (bei dem Uebergange in den Zollverein gegen beglaubigte Ursprungszeugnisse der Verfertiger);

4) Mennige, Schmalte, Kupfervitriol, gemischten Kupfer- und Eisenvitriol, weißen Vitriol, Wasserglas, Grünspan, raffinirten (destillirten, kristallisirten) oder gemahlenen;

5) Salzsäure und Schwefelsäure;

6) aa) gebleichtes, desgleichen blos abgekochtes oder gebüktes (geäschertes) Leinengarn, sowie gefärbtes Leinengarn;

bb) gebleichte und gefärbte Leinwand; diese Leinwand jedoch nur auf der Grenze zwischen dem Hannoverschen Landdrosteibezirke Osnabrück und den angrenzenden Königlich Preußischen Landestheilen (bei dem Uebergange in den Zollverein beschränkt auf die mit dem Stempel einer steuervereinsländischen Legge versehene Leinwand);

7) aa) Talg und Stearin;

bb) Lichte (Talg-, Wachs-, Wallrath- und Stearin-);

8) Butter, eingeschlagene;

9) Pferde, Maulesel, Maulthiere, Esel;

10) Rindvieh, und zwar: Ochsen und Zuchtstiere, Kühe, Jungvieh und Kälber;

b) zu einem Zollsatze von 2 Thalern für den Zentner:
Meubles, gepolsterte;

c) zu einem Zollsatze von 3 Thalern für den Zentner:
Wachstafft;

d) zu einem Zollsatze von 4 Thalern für den Zentner:
Papiertapeten.

B. Die Zollvereinsstaaten werden außerdem, mit Rücksicht auf die in dem steuervereinsländischen Abgabetarife bestehenden milderen Bestimmungen, von Erzeugnissen der Steuervereinsstaaten zulassen

a) zollfrei:

Hopfen;

b) zu einem Zollsatze von 1 Thaler für den Zentner:

Hohlglas, weißes, ungemustertes, welches mit abgeschliffenen Stöpseln, Böden oder Rändern versehen, sonst aber nicht geschliffen ist, sofern es von Glashütten im Steuervereine mit beglaubigten Ursprungszeugnissen der Verfertiger versendet wird;

c) zu einem Zollsatze von $2\frac{1}{2}$ Thaler für den Zentner:

Gold- und Silberpapier; Papier mit Gold- oder Silbermuster, durchgeschlagenes Papier, ingleichen Streifen von diesen Papiergattungen;

d) zu einem Zollsatze von 3 Thalern für den Zentner:

farbiges, bemaltes oder vergoldetes Glas ohne Unterschied der Form; Glaswaaren in Verbindung mit unedeln Metallen und anderen, nicht zu den Gespinsten gehörigen Urstoffen, desgleichen Spiegel, deren Glastafeln nicht über 354 Sächsische □Zoll das Stück messen, sofern diese Waaren von Glashütten im Steuervereine mit beglaubigten Ursprungszeugnissen der Verfertiger versendet werden.

Diese vereinbarten Bestimmungen werden hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und haben sich Unsere Zoll- und Steuerbehörden, sowie alle hierbei Betheiligte darnach zu achten.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

Gegeben zu Dresden, den 16ten September 1853.

Friedrich August.

(LS) Johann Heinrich August Behr.

№ 64) Bekanntmachung,

die Wiederaufhebung der Bestätigung des Altenbacher Braunkohlenbauvereins betreffend;

vom 9ten September 1853.

Da sich bei deshalb angestellten Erörterungen gezeigt hat, daß Antheilscheine im Sinne von §§ 2 und 5 des unterm 5ten Juni 1850 bestätigten Altenbacher Braunkohlenbauvereins (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1850, Seite 175), welchen die rechtliche Natur von Actien zukäme, niemals ausgestellt worden sind, und daß somit die Voraussetzung für das Bestehen eines Actienvereins auf Grund der bestätigten Statuten nicht eingetreten ist, so hat es sich als nothwendig ergeben, die, wie obengedacht, den Statuten des Altenbacher Braunkohlenbauvereins ertheilte Bestätigung wieder aufzuheben und wird solches hierdurch im Einverständnisse mit dem Justizministerium öffentlich bekannt gemacht.

Dresden, am 9ten September 1853.

Ministerium des Innern.

Freiherr von Beust.

Demuth.

Letzte Absendung: am 22sten September 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
15tes Stück vom Jahre 1853.

№. 65) Verordnung,
die Erweiterung des Paßkartenrayons betreffend;
vom 8ten September 1853.

Nachdem die Regierung des Großherzogthums Oldenburg der Uebereinkunft beigetreten ist, welche besage der Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 30sten December 1850, 30sten April und 29sten September 1851, sowie vom 26sten Januar, 17ten Mai und 24sten December 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1851, Seite 1 fg., 99 und 355, und von 1852, Seite 10, 84 und 337) wegen Legitimation der Reisenden durch Paßkarten zwischen der Königlich Sächsischen und mehreren anderen deutschen Regierungen besteht, so wird solches und daß demnach die in der erstgedachten Verordnung enthaltenen Bestimmungen jener Uebereinkunft in allen Punkten nunmehr auch auf das Großherzogthum Oldenburg Anwendung zu leiden haben, und insonderheit die von den dortigen zuständigen Behörden ausgestellten Paßkarten bei Reisen im Königreiche Sachsen als genügende Legitimation angesehen werden sollen, andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, am 8ten September 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. v. Beust.

Jäppelt.

№. 66) Verordnung,
die Bekanntmachung der mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung wegen der in Straffachen erwachsenden Kosten getroffenen Uebereinkunft betreffend;
vom 19ten September 1853.

Mit der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung ist nach Inhalt der nachstehenden Ministerialerklärung vom 30sten August dieses Jahres, welche gegen eine gleichlautende

Erklärung des Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsministeriums vom 13ten Juli dieses Jahres ausgewechselt worden ist, eine Vereinbarung wegen der in Strafsachen erwachsenden Kosten geschlossen worden, welche mit Genehmigung Seiner Majestät des Königs hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht wird.

Dresden, den 19ten September 1853.

Ministerium der Justiz.

Dr. Zschinsky.

Lamm.

Ministerialdeclaration,

die zwischen der Königlich Sächsischen und der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung wegen der in strafrechtlichen Untersuchungen erwachsenden Kosten getroffene Uebereinkunft betreffend.

Zwischen der Königlich Sächsischen und der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung ist wegen der in strafrechtlichen Untersuchungen erwachsenden Kosten folgende Uebereinkunft geschlossen worden:

Art. 1. Wenn in strafrechtlichen Untersuchungen durch die Requisition einer Gerichtsbehörde des einen Staats an eine solche des anderen bei letzterer baare Auslagen nothwendig werden, oder sonst Gebühren und Kosten entstehen, so soll der requirirenden Behörde eine Vergütung dieser Auslagen und Kosten niemals angesonnen werden und zwar ohne Unterschied, ob das endliche Erkenntniß die Tragung der Kosten einer Untersuchung der Staatscasse, oder dem Angeschuldigten oder sonst einem Verpflichteten zuweisen wird (vergl. jedoch Art. 2).

Zu solchen baaren Auslagen und sonstigen Kosten werden insbesondere gerechnet: alle Auslagen für Verpflegung, Transport und Bewachung der Gefangenen, Botenlöhnungen, dann Protocollirungs-, Schreib- und Abschriftgebühren, Stempeltaxen, sowie alle an Gerichtspersonen, Zeugen und Sachverständige oder an Gerichtscassen sonst zu entrichtende Gebühren und andere Kosten dieser Art.

Art. 2. Die in dieser Weise erwachsenen Kosten sind von der requirirten Behörde nach den im Inlande geltenden Normen in gehöriger Weise anzusetzen, und gleich den anderen durch die öffentlichen Cassen zu berichtigenden Kosten in Verrechnung zu bringen und in Ausgabe decretiren zu lassen.

Da übrigens durch diese Uebereinkunft die Verbindlichkeit derjenigen angeschuldigten Privaten, welche die Kosten zu tragen verurtheilt werden, nicht aufgehoben sein soll, so wird die requirirte Gerichtsbehörde ein Verzeichniß der durch Erfüllung der Requisition erwachsenen Kosten der requirirenden Behörde mittheilen, welche ihrerseits diese Kosten in die allgemeine Kostenliquidation der betreffenden Sache aufnehmen und geeigneten Falls zur Vereinnahmung decretiren, auch, dafern sie von dem hierzu Verpflichteten erlangt werden, der requirirten Behörde kostenfrei übermitteln wird.

Art. 3. Die dergleichen Requisitionen betreffenden Correspondenzen der Behörden sollen, wenn sie mit entsprechender Aufschrift versehen und mit dem vorschriftsmäßigen Dienstsiegel verschlossen sind, als Officialsachen im Sinne des Art. 28 des revidirten Postvereinsvertrags vom Jahre 1852 behandelt werden.

Art. 4. Dieselben Grundsätze sollen bezüglich der Requisitionen in polizeilichen Untersuchungsfällen zur Anwendung kommen.

Art. 5. Vorstehende Bestimmungen sollen vom Tage ihrer Bekanntmachung an in Vollzug gesetzt werden und vorläufig auf die Dauer von zwölf Jahren, vom 1sten Januar 1854 an gerechnet, dann aber so lange gültig sein, bis einer der beiden contrahirenden Theile durch vorgängige einjährige Kündigung dem anderen Theile seine Absicht mitgetheilt haben wird, gegenwärtige Vereinbarung außer Vollzug zu setzen.

Dresden, den 30sten August 1853.

Königlich Sächsische Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und der Justiz.

Frhr. von Beust. Dr. Zschinsky.

№ 67) Bekanntmachung,

die Direction der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn betreffend;

vom 22sten September 1853.

Die zur Zeit in Döbeln befindliche Direction und Hauptverwaltung der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn wird vom 1sten October dieses Jahres an ihren Sitz in

Chemnitz

nehmen, was hierdurch zu Jedermanns Nachachtung bekannt gemacht wird.

Dresden, am 22sten September 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Opelt.

№ 68) Verordnung,

die Bestimmung der Einnehmergebühr bei der außerordentlichen Gewerbe- und Personalsteuer auf das Jahr 1853 betreffend;

vom 21sten September 1853.

Wegen der Einnehmergebühr bei der außerordentlichen Gewerbe- und Personalsteuer wird die im § 5 der Verordnung vom 30sten April laufenden Jahres (Seite 73 des Gesetz- und Verordnungsblattes) vorbehaltene Bestimmung auf das Jahr 1853 in Folgendem hiermit ertheilt:

§ 1. Für Erhebung, Ablieferung und Berechnung der außerordentlichen Gewerbe- und Personalsteuer auf das Jahr 1853, soweit sie nach der obgedachten Verordnung vom 30sten April laufenden Jahres zur Verrechtung gekommen, wird von der baaren Einnahme an Einnehmergebühr bewilligt:

ein halbes Procent den Städten Dresden und Leipzig, ingleichen den Steuergemeinden zu Waldenburg und Lichtewalde,

ein Procent den Mittelstädten, ingleichen den Steuergemeinden zu Hainsbach (bei Tharandt), Miltitz (im Steuerbezirke Meißen), Siebeneichen, Dittersbach mit Kleinelbersdorf (im Steuerbezirke Hohnstein), Bärenclause, Wiederoda, Cainsdorf, Liebschwitz, Niederpfannenstiel, Niederplanitz, Niederlösnitz (im Steuerbezirke Zwickau), Schedewitz und Herrnhut,

und

zwei Procent den sämmtlichen übrigen kleinen Städten und Ortschaften des platten Landes.

§ 2. Wegen Berechnung der Einnehmergebühr sowohl bei der Grund- als Gewerbe- und Personalsteuer, ingleichen wegen Berechnung der Einnahmen und Ausgaben auf die außerordentliche Steuer bei beiden Abgabenbranchen wird für die Steuerbehörden besondere Anordnung ergehen.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, den 21sten September 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Zenker.

№ 69) Bekanntmachung,

die Anleihe der Stadt Plauen betreffend;

vom 1sten October 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

thun hiermit kund und zu wissen, daß Wir, nachdem von dem Stadtrathe zu Plauen unter Zustimmung der Stadtverordneten daselbst zu Regulirung des communlichen Schuldenwesens die Eröffnung einer Anleihe von Achtzig Tausend Thalern — — gegen jährliche Verzinsung mit 4 vom Hundert, und Ausgabe von auf den Inhaber lautenden, Seiten des Letzteren unaufkündbaren, und vom Jahre 1854 an in jährlichen Raten auszuloosenden Schuldscheinen über 500 Thaler, 200 Thaler, 100 Thaler, 50 Thaler und 25 Thaler beschlossen worden, zu diesem Unternehmen unter den deshalb festgestellten Bedingungen auf Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern Unsere Genehmigung ertheilt haben.

Auch haben Wir demnächst den gedachten Schuldscheinen die rechtlichen Vorzüge der inländischen Staatspapiere, welche diesen in Betreff des Verfahrens wegen vernichteter oder verloren gegangener dergleichen Papiere, sowie der dazu gehörigen Zinsscheine und Zinsleisten in den Rescripten vom 25sten Juli (Cod. Aug. Forts. II, Abth. 2, Seite 901) und 29sten November 1777 (ebendaselbst Seite 23), sowie vom 28sten Juni 1791 (ebendaselbst Seite 74) und in der Verordnung vom 6ten October 1824 (Gesetzsammlung desselben Jahres, Seite 195) zugestanden sind, dergestalt verliehen, daß diese Bestimmungen auch auf die Papiere der Anleihe der Stadt Plauen in Anwendung zu bringen sind, und soll dießfalls das Mortificationsverfahren vor Unserem Justizamte zu Plauen oder dem künftig an dessen Stelle tretenden Gerichte stattfinden.

Hiernach haben sich Unsere Collegien, Dicasterien, Gerichte und Obrigkeiten, sowie sonst Jedermann, dem es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, am 1sten October 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.

Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

№ 70) Bekanntmachung

wegen des Beitritts innengedachter Regierungen zu der, der allgemeinen Münzconvention vom 30sten Juli 1838 sub B angefügten besonderen protocollarischen Uebereinkunft vom nämlichen Tage;

vom 7ten October 1853.

Mit Bezugnahme auf Artikel 14 des unterm 18ten Juni dieses Jahres (Seite 79 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1853) bekannt gemachten, die Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins betreffenden Vertrags sub A, wird hierdurch annoch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß

die Regierungen des Königreichs Hannover und des Großherzogthums Oldenburg zugleich der, der allgemeinen Münzconvention vom 30sten Juli 1838 sub B angefügten besonderen protocollarischen Uebereinkunft vom nämlichen Tage (Seite 10 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1839) mit beigetreten sind.

Dresden, am 7ten October 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Geuder.

№ 71) Verordnung,

die Bestellung von Commissarien zu Landtagswahlen betreffend;

vom 6ten October 1853.

Nachdem der Justizamtmann Edler zu Wolkenstein, welcher früher als Vorstand des Justizamtes zu Zwickau mit Leitung der im 18ten bäuerlichen Landtagswahlbezirke erforderlichen Neuwahl eines Abgeordneten und seines Stellvertreters beauftragt gewesen, (cfr. Verordnung des Ministeriums des Innern vom 14ten December 1852, Gesetz- und Verordnungsblatt von 1852, Seite 335) wegen seiner immittelst erfolgten Versetzung von Zwickau nach Wolkenstein auf sein Ansuchen des gedachten Auftrags wieder enthoben und an seiner Stelle zu Fortstellung des Wahlgeschäfts in dem genannten Bezirke

der Amtshauptmann von Welck zu Zwickau,

demnächst aber zu Veranstaltung der immittelst nöthig gewordenen Neuwahl eines Stellvertreters des einen der beiden Landtagsabgeordneten der Stadt Dresden

der Director des Landgerichts zu Dresden, Hofrath Damm,

commissarisch mit Auftrag versehen worden ist, so wird dieß zur Nachachtung andurch bekannt gemacht, und werden, unter Verweisung auf die Verordnung vom 4ten Januar 1842 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21), alle bei den gedachten beiden Wahlen betheiligten Behörden zu deren Beschleunigung noch besonders angewiesen.

Dresden, am 6ten October 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust.

Eppendorf.

№ 72) Verordnung,

das Ausschreiben der katholischen Kirchenanlage betreffend;

vom 1sten October 1853.

Zur Deckung des Bedarfs der römisch-katholischen Kirchen zu Dresden (mit Neustadt, Friedrichstadt, Freiberg und Meißen), zu Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Hubertusburg ist auch in dem laufenden Jahre eine Anlage zu machen.

Es ist dieselbe von den in gedachte Kirchen Eingepfarrten nach den durch die Verordnung vom 12ten October 1841 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1841, Seite 232) §§ 7, 8, 10, 11 und 13 bestimmten Sätzen, von denen jedoch die im § 7 sub b, c und d bemerkten Sätze, wie im vorigen Jahre, (vergl. Verordnung vom 20sten September 1852, Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 291) für dießmal ebenfalls wieder auf die Hälfte, mithin auf resp. $\frac{1}{6}$, $\frac{1}{12}$ und $\frac{1}{24}$ des von den betreffenden Parochianen zu entrichtenden Gewerbe- und Personalsteuersatzes, hiermit herabgesetzt werden, zu zahlen und es hat daher jeder Beitragspflichtige nach § 19 der erstgedachten Verordnung den auf ihn fallenden Beitrag bis zum 1sten November dieses Jahres an die § 18 geordnete Recepturbehörde unerinnert abzuführen.

Das Ausschreiben einer Schulanlage bleibt auch für das Jahr 1853 ausgesetzt.

Dresden, am 1sten October 1853.

Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

von Falkenstein.

Schreyer.

№ 73) Bekanntmachung,

die Benutzung des Betriebstelegraphen zu Mittweida für die allgemeine Correspondenz betreffend;

vom 13ten October 1853.

Das Finanzministerium hat beschlossen, die nach der Bekanntmachung vom 19ten August dieses Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 169) bereits stattfindende Benutzung des Betriebstelegraphen der Chemnitz-Riesaer Staatseisenbahn für die allgemeine Staats- und Privat-Correspondenz zwischen den Stationen Riesa, Döbeln, Waldheim einer- und Chemnitz, Waldheim, Döbeln andererseits vom 1sten November dieses Jahres ab unter den in jener Bekanntmachung enthaltenen Bedingungen auch auf die Station

Mittweida

ausdehnen zu lassen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Dresden, am 13ten October 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Opelt.

Letzte Absendung: am 24sten October 1853.

Gesetz-und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

16tes Stück vom Jahre 1853.

№ 74) Verordnung,

die Bekanntmachung der zu dem Gesammt-Zollvereine gehörigen deutschen Bundesstaaten und Gebietstheile betreffend;

vom 13ten October 1853.

In dem wegen der Fortdauer und Erweiterung des Zoll- und Handelsvereins zwischen Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt unter dem 4ten April dieses Jahres abgeschlossenen, mittels Allerhöchster Verordnung vom 18ten Juni dieses Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 79 fg.) in der Beilage A publicirten Staatsvertrage ist im Artikel 3 bestimmt, daß in den Gesammtverein insbesondere auch diejenigen Staaten einbegriffen seien, welche schon früher entweder mit ihrem ganzen Gebiete, oder mit einem Theile desselben dem Zoll- und Handelssysteme des einen oder des anderen der contrahirenden Staaten beigetreten sind und zwar unter Berücksichtigung ihrer auf den Beitrittsverträgen beruhenden besonderen Verhältnisse zu den Staaten, mit welchen sie jene Verträge abgeschlossen haben.

Diese Vertragsbestimmung leidet zur Zeit auf nachverzeichnete Staaten und Gebietstheile Anwendung:

1) Mecklenburg-Schwerin, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 2ten December 1826 in Beziehung auf seine von Preußen umschlossenen Gebietstheile Rossow, Netzeband und Schönberg;

2) Sachsen-Coburg-Gotha, vermöge seines Vertrags mit Bayern und Württemberg vom 14ten Juni 1831 in Beziehung auf das Amt Königsberg;

3) Schwarzburg-Rudolstadt, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 25sten Mai 1833 in Beziehung auf seine von Preußen umschlossenen Landestheile;

4) Sachsen-Weimar-Eisenach, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 30sten Mai 1833 in Beziehung auf die Aemter Allstedt und Oldisleben;

5) Schwarzburg-Sondershausen, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 8ten Juni 1833 in Beziehung auf die in dem Preußischen Gebiete eingeschlossenen Theile des Fürstenthums;

6) Sachsen-Coburg-Gotha, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 26sten Juni 1833 in Beziehung auf das Amt Volkenrode;

7) Hessen-Homburg, vermöge seines Vertrags mit dem Großherzogthume Hessen vom 20sten Februar 1835 in Beziehung auf das Amt Homburg;

8) Oldenburg, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 31sten December 1836 in Beziehung auf das Fürstenthum Birkenfeld;

9) Waldeck und Pyrmont, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 9ten Januar 1838 in Beziehung auf das Fürstenthum Waldeck und vermöge seines Vertrags mit Preußen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereins vom 11ten December 1841 in Beziehung auf das Fürstenthum Pyrmont;

10) Anhalt-Köthen und Anhalt-Dessau, vermöge ihres Vertrags mit Preußen vom 26sten April 1839, betreffend die Zoll- und Verkehrsverhältnisse zwischen den beiderseitigen Ländern;

11) Anhalt-Bernburg, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 11ten Juli 1839, betreffend die Erneuerung der Verträge wegen Anschließung der Anhalt-Bernburgischen Landestheile an das Preußische indirecte Steuersystem;

12) Hessen-Homburg, vermöge seines Vertrags mit Preußen vom 5ten December 1840 in Beziehung auf das Oberamt Meisenheim;

13) Lippe, vermöge seines Vertrags mit Preußen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereins vom 18ten October 1841 in Beziehung auf das Fürstenthum Lippe und vermöge seines Vertrags mit Preußen von demselben Tage in Beziehung auf die Fürstlichen Gebietstheile Lipperode, Cappel und Grevenhagen;

14) Sachsen-Weimar-Eisenach, vermöge seines Vertrags mit Bayern vom 24sten Mai 1843 in Beziehung auf das Vordergericht Ostheim;

15) Luxemburg, vermöge seines Vertrags mit Preußen und den übrigen Mitgliedern des Zollvereins vom 2ten April 1847, die Fortdauer des Anschlusses des Großherzogthums Luxemburg an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins betreffend;

16) Schaumburg-Lippe, vermöge seines Vertrags mit Hannover vom 25sten September 1851.

Auf Grund besonderer unter den eingangsbenannten Staaten hierüber getroffenen Vereinbarung wird demnach vorstehendes Verzeichniß andurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Hannover-Braunschweigischen Communion-Besitzungen hinsichtlich aller aus dem Staatsvertrage vom 4ten April 1853 herrührenden Rechte und Verbindlichkeiten eben so betrachtet werden, als wenn sie einen Theil des Königreichs Hannover bildeten.

Hiernach haben sämmtliche Behörden des Landes, sowie Alle, die es sonst angeht, sich gebührend zu achten.

Dresden, am 13ten October 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Schäfer.

№ 75) Verordnung, den Eingangszoll für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate betreffend;

vom 20sten October 1853.

Einer unter sämmtlichen Zollvereinsstaaten getroffenen weiteren Vereinbarung gemäß wird, mit Allerhöchster Genehmigung, hierdurch bekannt gemacht, daß die durch Verordnung vom 9ten September dieses Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 181) vorläufig bis Ende dieses Jahres verfügte Einstellung der Erhebung des Eingangszolls für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, nämlich: geschrotete und ge-

schälte Körner, Graupe, Gries und Grütze, gestampfte und geschälte Hirse, bis Ende September künftigen Jahres auszudehnen ist.

Hiernach haben sich die Zoll- und Steuerbehörden und alle Betheiligte zu achten.

Dresden, am 20sten October 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr.

Schäfer.

№ 76) Verordnung,

die Ablösung der Naturalleistungen an Pfarr- und Schullehne betreffend;

vom 22sten October 1853.

Durch eine unterm 20sten August 1844 von der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen an sämmtliche Specialcommissarien erlassene Verordnung sind mehrere bis dahin vorgekommene Zweifel über die Ablösung der an geistliche- und Schullehne zu leistenden Naturalabentrichtungen auf einseitigen Antrag erledigt worden. Da dieß aber nur durch eine an die Ablösungsbehörden ergangene Anweisung und nur rücksichtlich der Naturalabentrichtungen der Gemeinden geschehen ist, dermal aber es nöthig erscheint, durch eine allgemein zu veröffentlichende Verordnung die Zweifel zu erledigen, welche insonderheit auch bei den Kirchen- und Schulinspectionen, in der Oberlausitz bei den Collaturbehörden, Ungewißheit darüber herbeiführen könnten, welche den Pfarr- und Schullehnen zustehende Befugnisse von der § 23 des Gesetzes vom 15ten Mai 1851 (Seite 135 des Gesetz- und Verordnungsblattes) enthaltenen Bestimmung, wonach längstens bis zum 31sten December dieses Jahres wegen aller auf einseitigen Antrag ablöslichen Grundlasten und Dienstbarkeiten auf Ablösung zu provociren ist, getroffen werden: so hat das Ministerium des Innern für angemessen befunden, die hierüber geltenden und von den Ablösungsbehörden zu beobachtenden Grundsätze, zugleich zur Vervollständigung der denselben unterm 20sten August 1844 ertheilten Anweisung, nachstehend zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Blos privatrechtliche Rechtsverhältnisse hat das Ablösungsgesetz vom 17ten März 1832 der Ablösung auf einseitigen Antrag unterworfen, dagegen von dieser Bestimmung Berechtigungen und Verpflichtungen der Gemeinwesen des Staats, der politischen, sowie

der Kirchen- und Schulgemeinden, inwiefern die Berechtigungstitel dem öffentlichen Rechte angehören, § 52, a und b ausdrücklich ausgenommen.

Da nun

1) die Kirchen- und Schulgemeinden kirchenrechtlich, also vermöge eines Titels des öffentlichen Rechts, zur Unterhaltung ihrer Pfarrer und Schullehrer verbunden sind, und daher, so oft sie dem Pfarr- oder Schullehne rücksichtlich einer Leistung an dasselbe gegenüberstehen, die öffentlich-rechtliche Natur dieses gegenseitigen Rechtsverhältnisses, bis zum Erweis des Gegentheils, vermuthet werden muß, so müssen die ihnen, als Gemeinden und nicht etwa auf Grund eines anderen, zufälligen Verhältnisses, obliegenden Leistungen an das Pfarr- oder Schullehn, bis zum Erweis des Gegentheils, als solche angesehen werden, mittels deren die Gemeinde ihrer kirchenrechtlichen, mithin auf einem Titel des öffentlichen Rechts beruhenden Verbindlichkeit genügen will, und welche daher der Ablösung auf einseitigen Antrag nicht unterliegen.

Es kann dabei nichts darauf ankommen, daß eine Gemeinde dergleichen Leistungen zeither aus den Nutzungen gewisser ihr zugehörigen Grundstücke unmittelbar bestritten, oder vielleicht sogar förmlich darauf angewiesen hat, und sie als Reallast eines Gemeindegrundstücks behandelt worden sind, da neben dem privatrechtlichen Titel dieser Reallast der die Gemeinde, als solche, verbindende Titel des öffentlichen Rechts, bis zum Erweis des Gegentheils, dergestalt wirksam geblieben ist, daß, auch nach Befreiung des betreffenden Grundstücks von der Reallast, die Gemeinde zur unveränderten Fortgewährung der Naturalleistung verbunden bleiben würde, und daher eine Ablösung dieser Verbindlichkeit der Gemeinde durch eine dem Pfarr- oder Schullehne zu gewährende Geldentschädigung nur im Wege freier Vereinigung stattfinden kann.

Ein Anderes würde nur in dem Falle anzunehmen sein, wenn die Gemeinde ein mit einer Naturalleistung an das Pfarr- oder Schullehn schon behaftetes Grundstück an sich gebracht hätte, da solchenfalls ihre Verbindlichkeit nicht aus dem Parochial- oder Schulverbande, sondern aus dem Besitze des privatrechtlich verhafteten Grundstücks abzuleiten wäre.

Von der Anwendung dieser Grundsätze ist auch der Fall nicht auszunehmen, wo nicht sämmtliche, sondern nur einzelne der eingepfarrten oder eingeschulten Gemeinden eine Naturalleistung an das Kirchen- oder Schullehn über sich haben, weil, wenn schon bei der ersten Bildung des Parochial- oder Schulverbandes und bei der ersten Dotirung der Kirchen- und Schulstellen blos eine der eingepfarrten oder eingeschulten Gemeinden eine gewisse Naturalleistung übernommen hat, andere dergleichen Gemeinden aber vielleicht andere Leistungen übernommen haben, oder, sei es nun sogleich ursprünglich davon freigelassen oder bei ihrer vielleicht erst später erfolgten Aufnahme in den Verband damit verschont worden sind.

Dagegen sind Naturalleistungen, welche den Pfarr- und Schullehnen nicht von den Pfarr- und Schulgemeinden, sondern von anderen Personen, insbesondere auch von einzelnen Mitgliedern der Pfarr- oder Schulgemeinde selbst, aus privatrechtlichen Gründen zu gewähren sind, der Ablösung auf einseitigen Antrag zwar allerdings unterworfen. Allein es ist zugleich eine Folge des obgedachten obersten Grundsatzes, daß

2) gleichviel ob in Abentrichtungen oder in gewissen Verrichtungen (z. B. Fuhren) bestehende Naturalleistungen, welche entweder allen Mitgliedern einer Pfarr- oder Schulgemeinde, oder gewissen Classen derselben, nach ganz gleichen oder doch mit Rücksicht auf die Besitzverhältnisse gleichmäßig geordneten Vertheilungsbestimmungen zum Besten der Geistlichen, Lehrer oder Kirchendiener obliegen, aber erweislich, nicht vermöge eines bloßen Privatrechtstitels auf einem Grundstücke oder Grundstückencomplexe haften, als ablösliche Parochiallasten anzusehen sind.

Vorstehende, zugleich die Competenz der Ablösungsbehörden bedingende Grundsätze haben letztere bei den an sie gelangenden Provocationen zu beobachten.

Gegenwärtige Verordnung ist von den Herausgebern der § 21 des Gesetzes, die Angelegenheiten der Presse betreffend, vom 14ten März 1851 (Blatt 67 des Gesetz- und Verordnungsblattes) gedachten Arten von Zeitschriften in diese nach den daselbst enthaltenen Bestimmungen aufzunehmen.

Dresden, den 22sten October 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust.

Demuth.

Letzte Absendung: am 11ten November 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
17tes Stück vom Jahre 1853.

№ 77) Verordnung,
Abänderungen des Vereins-Zolltarifs betreffend;
vom 2ten November 1853.

Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Die Regierungen der zum Zollvereine gehörenden Staaten sind übereingekommen, den seit dem 1sten October 1851 gültigen Zolltarif in einzelnen Bestimmungen weiter abzuändern und zu ergänzen.

Demzufolge wird hierdurch bestimmt, daß nachstehende Abänderungen und Zusätze zu diesem Tarife, welcher mit den seit der Publication desselben ergangenen Verordnungen im Uebrigen in Kraft bleibt, vom 1sten Januar 1854 an in Wirksamkeit treten sollen.

Erste Abtheilung des Tarifs.

Den Gegenständen, welche keiner Abgabe unterworfen sind, treten aus der zweiten Abtheilung des Tarifs folgende Artikel hinzu:

aus Pos. 1: Abfälle von Glashütten, desgleichen Scherben und Bruch von Glas und Porzellan; von der Bleigewinnung (Bleigekräz, Bleiabzug oder Abstrich und Bleiasche); von der Gold- und Silberbearbeitung (Münzgrätze); von Seifensiedereien die Unterlauge; Blut von geschlachtetem Vieh, sowohl flüssiges als eingetrocknetes.

aus Pos. 7: Wasserblei (Reißblei), Kobalt in folgender Fassung: Graphit (Wasserblei, Reißblei); Kobalterze.

aus Pos. 17: Karden oder Weberdisteln.

aus Pos. 38 a: Töpferthon für Porzellanfabriken (Porzellanerde).

Außerdem:

Abfälle von Seidencocons, ingleichen Flockseide (Abfälle vom Haspeln und Spinnen der rohen Seide).

Zweite Abtheilung des Tarifs.

Bei den Gegenständen, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind, treten folgende Abänderungen ein:

A. In Bezug auf die Zollsätze:

I. Vom Ausgangszoll werden befreit:

Roheisen aller Art; altes Brucheisen, Eisenfeile, Hammerschlag (Pos. 6. Eisen und Stahl).

II. Von folgenden bisher theils in der ersten Abtheilung des Tarifs stehenden, theils im Tarife nicht namentlich aufgeführten Artikeln sind die beigefügten Eingangszollsätze zu erheben und zwar:

1) von Eisenbeizen, einschließlich Eisenrostwasser $7\frac{1}{2}$ Ngr. oder $26\frac{1}{4}$ Xr. vom Centner (Pos. 5. Droguerie- ꝛc. Waaren);

2) von nachstehenden Waaren auch in Verbindung mit Gummi elasticum oder Gutta percha, als: Waaren ganz oder theilweise aus edlen Metallen, aus feinen Metallgemischen; aus Metall echt vergoldet oder versilbert; aus Schildpatt; Perlmutter, echten Perlen, Corallen oder Steinen gefertigt, oder mit edlen Metallen belegt, 50 Thlr. oder 87 Fl. 30 Xr. vom Centner (Pos. 20. kurze Waaren ꝛc.);

3) von Kratzenleder, auch künstlichem, für inländische Kratzenfabriken auf Erlaubnißscheine unter Controle vom Centner 3 Thlr. oder 5 Fl. 15 Xr. (Pos. 21. Leder ꝛc.);

4) von allen mit Gummi elasticum oder Gutta percha überzogenen Geweben vom Centner 20 Thlr. oder 35 Fl.;

5) von Gummidrucktüchern für Fabriken auf Erlaubnißscheine unter Controle vom Centner 10 Thlr. oder 17 Fl. 30 Xr. (Pos. 40. Wachsleinwand ꝛc.)

III. Von nachfolgenden Artikeln sind anstatt der bisherigen Ein- oder Ausgangszollsätze die beigefügten Sätze zu erheben und zwar:

1) von schwefelsaurem Natron (gereinigtem, ungereinigtem, calcinirtem, krystallisirtem), beim Eingange vom Centner 15 Ngr. oder $52\frac{1}{2}$ Xr. (Pos. 5. Droguerie- ꝛc. Waaren);

2) von Myrobalanen und Palmnüssen nur beim Ausgange vom Centner 5 Ngr. oder $17\frac{1}{2}$ Xr. (Pos. 5. Droguerie- ꝛc. Waaren);

3) von Ziegenhaaren nur beim Ausgange vom Centner 5 Ngr. oder $17\frac{1}{2}$ Xr. (Pos. 11. Häute ꝛc.);

4) von Schreibfedern aus Stahl oder Metallcomposition beim Eingange vom Centner 50 Thlr. oder 87 Fl. 30 Xr. (Pos. 20. kurze Waaren ꝛc.);

5) von Mühlsteinen mit eisernen Reifen beim Eingange vom Stück 2 Thlr. oder 3 Fl. 30 Xr. (Pos. 33. Steine ꝛc.);

6) von rohem Zink beim Eingange vom Centner 1 Thlr. oder 1 Fl. 45 Xr. (Pos. 42. Zink ꝛc.).

B. In Bezug auf die Tarasätze.

An Tara wird bewilligt für:

1) Tabaksblätter, unbearbeitete, und Stengel (Pos. 25. v. 1.):

a) in Seronen (nicht von Thierhäuten) 12 Pfund vom Centner Bruttogewicht;

b) in Thierhäuten 8 Pfund vom Centner Bruttogewicht;

2) Tabaksfabrikate (Pos. 25. v. 2α. und β.) in Kanasterkörben 12 Pfund vom Centner Bruttogewicht.

C. In Bezug auf die Fassung einzelner Positionen.

1) In der Pos. 5. l. „Schwefelsaures ꝛc. Kali" fallen die Worte: „alle Abfälle von der Fabrikation der Salpetersäure" hinweg.

2) An die Stelle der Anmerkung 2 zur Pos. 6 „Eisen und Stahl" tritt folgende Bestimmung:

Von Rohstahl, seewärts von der Russischen Grenze bis zur Weichselmündung einschließlich auf Erlaubnißscheine für Stahlfabriken eingehend, wird nur die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.

3) Bei Pos. 6f2. „Grobe Eisen- und Stahlwaaren" fallen die Worte: „Maschinen von Eisen" hinweg.

4) Die Ausnahme zu Pos. 22e „Rohe Leinwand ꝛc." soll künftig dahin lauten:

Ausnahme. Rohe, ungebleichte Leinwand geht frei ein:

aa) in Preußen:

auf den Grenzlinien von Leobschütz bis Seidenberg in der Oberlausitz und von Gronau bis Anholt nach Bleichereien oder Leinwandmärkten;

bb) in Sachsen:

auf der Grenzlinie von Ostritz bis Schandau auf Erlaubnißscheine.

Dritte Abtheilung des Tarifs.

Bei der Durchfuhr von Waaren, welche

A. rechts der Oder, seewärts oder landwärts über die Grenzlinie von Memel bis Myslowitz (die Eisenbahnstraße über Myslowitz ausgeschlossen) ein- und über irgend welchen Theil der Vereinszollgrenze wieder ausgehen; desgleichen welche

B. durch die Odermündungen oder links der Oder eingehen, und rechts der Oder seewärts oder landwärts über die Grenzlinie von Memel bis Myslowitz (die Eisenbahnstraße über Myslowitz ausgeschlossen) wieder ausgehen; und endlich, welche

C. auf der Eisenbahn über Myslowitz ein- und rechts der Oder wieder ausgehen,

wird — mit Ausnahme der unter Nr. 8, 9 und 10. des ersten Abschnitts genannten Gegenstände, für welche die bisherigen Sätze gültig bleiben — erhoben vom Centner $3\frac{1}{2}$ Ngr. oder $12\frac{1}{4}$ Xr.

Fünfte Abtheilung des Tarifs.

Die Bestimmung im zweiten Satze unter Ziffer V, wonach, im Falle eine Waare aus Seide oder Floretseide in Verbindung mit anderen Gespinnsten aus Baumwolle, Leinen oder

Wolle besteht, die Declaration als „halbseidene Waare" genügt, findet auf Gold- und Silberstoffe und auf Bänder keine Anwendung.

Der vollständige Vereins-Zolltarif, wie derselbe nach Vorstehendem vom 1sten Januar 1854 ab in Wirksamkeit tritt, ist in der Beilage ⊙ enthalten.

Hiernach haben sich die Zoll- und Steuerbeamten, sowie Alle, die es angeht, zu achten.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und das Königliche Siegel beidrucken lassen.

So geschehen zu Dresden, den 2ten November 1853.

Friedrich August.

(LS) Johann Heinrich August Behr.

⊙

Vereins-Zolltarif.

Erste Abtheilung.

Gegenstände, welche gar keiner Abgabe unterworfen sind.

1. Abfälle von Glashütten, desgleichen Scherben und Bruch von Glas und Porzellan; von der Bleigewinnung (Bleigekrätz, Bleiabzug oder Abstrich und Bleiasche); von der Gold- und Silberbearbeitung (Münzgrätze); von Seifensiedereien die Unterlauge; Blut von geschlachtetem Vieh, sowohl flüssiges als eingetrocknetes;
2. Bäume, Sträuche und Reben zum Verpflanzen, ingleichen lebende Gewächse in Töpfen oder Kübeln;
3. Bienenstöcke mit lebenden Bienen;
4. Branntweinspülig;
5. Dünger, thierischer; desgleichen andere Düngungsmittel, als: ausgelaugte Asche, Kalkäscher, Knochenschaum oder Zuckererde, Düngesalz, letzteres nur auf besondere Erlaubnißscheine und unter Controle der Verwendung;
6. Eier;
7. Erden und Erze, die nicht mit einem Zollsatze namentlich betroffen sind, als: Bolus, Bimsstein, Blutstein, Braunroth, Braunstein; gelbe, grüne, rothe Farbenerde; roher Flußspath in Stücken, roher Gips, gebrannter Gips und Kalk, Graphit (Reißblei, Wasserblei); Kobalterze; rohe Kreide, Lehm, Mergel, Oker, Rothstein,

Sand, Schmirgel, Schwerspath (in krystallisirten Stücken), gewöhnlicher Töpferthon und Pfeifenerde, Töpferthon für Porzellanfabriken (Porzellanerde), Tripel, Umbra, Walkererde u. a.;

8. Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht eines einzelnen von der Zollgrenze durchschnittenen Landgutes, dessen Wohn- oder Wirthschaftsgebäude innerhalb dieser Grenze belegen sind;
9. Fische, frische, und Krebse (Flußkrebse); desgleichen frische, unausgeschälte Muscheln;
10. Feldfrüchte und Getreide in Garben, wie dergleichen unmittelbar vom Felde eingeführt werden; Flachs und Hanf, geröstet oder ungeröstet, in Stengeln und Bunden; ferner Gras, Futterkräuter und Heu, auch Heusaamen;
11. Gartengewächse, frische, als: Blumen, Gemüse und Krautarten, Kartoffeln und Rüben, eßbare Wurzeln ꝛc., auch frische Krappwurzeln, ingleichen Feuerschwamm, roher; ungetrocknete Cichorien; Flechten, Moos und Erdnüsse (Erdpistazien); Karden oder Weberdisteln;
12. Geflügel und kleines Wildpret aller Art;
13. Glasur- und Hafnererz (Alquifoux);
14. Gold und Silber, gemünzt, in Barren und Bruch, mit Ausschluß der fremden silberhaltigen Scheidemünze; auch Kupferasche;
15. Hausgeräthe und Effecten, gebrauchte, getragene Kleider und Wäsche, gebrauchte Fabrikgeräthschaften und gebrauchtes Handwerkszeug, von Anziehenden zur eigenen Benutzung; auch auf besondere Erlaubniß neue Kleider, Wäsche und Effecten, insofern sie Ausstattungsgegenstände von Ausländern sind, welche sich aus Veranlassung ihrer Verheirathung im Lande niederlassen;
16. Holz: Brennholz beim Landtransporte, auch Reisig und Besen daraus, ferner Bau- und Nutzholz (einschließlich Flechtweiden), welches zu Lande verfahren wird und nicht nach einer Holzablage zum Verschiffen bestimmt ist;

Anmerkung. Dem Landtransporte wird das Verflößen in losen Stücken auf Floßcanälen und Floßbächen gleich geachtet.

17. Kleidungsstücke und Wäsche, welche Reisende, Fuhrleute und Schiffer zu ihrem Gebrauche, auch Handwerkszeug, welches reisende Handwerker, sowie Geräthe und Instrumente, welche reisende Künstler zur Ausübung ihres Berufs mit sich führen; ingleichen Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben, die nur zum Gebrauche als solche geeignet sind; dann die Wagen der Reisenden, ferner die beim Eingange über die Grenze zum Personen- oder Waarentransporte dienenden und nur deshalb eingehenden Wagen und Wasserfahrzeuge, letztere mit Einschluß der darauf befindlichen gebrauchten Inventarienstücke, insofern die Schiffe Ausländern gehören, oder insofern inländische Schiffe die nämlichen oder gleichartige Inventarienstücke einführen, als sie beim Ausgange an Bord hatten; Reisegeräthe, auch Verzehrungsgegenstände zum Reiseverbrauche;

18. Kunstsachen, welche zu Kunstausstellungen oder für landesherrliche Kunstinstitute und Sammlungen, auch andere Gegenstände, welche für Bibliotheken und andere wissenschaftliche, besonders naturhistorische Sammlungen öffentlicher Anstalten eingehen;
19. Lohkuchen (ausgelaugte Lohe als Brennmaterial);
20. Milch;
21. Obst, frisches;
22. Papier, beschriebenes (Acten und Manuscripte);
23. Saamen von Waldhölzern;
24. Schachtelhalm, Schilf- und Dachrohr;
25. Scheerwolle (Abfälle beim Tuchscheeren); Flockwolle (Abfälle von der Spinnerei); Tuchtrümmer (Abfälle von der Weberei), und die aus Lumpen gewonnene Zupfwolle (Shuddywolle);
26. Seidencocons und Abfälle derselben, ingleichen Flockseide (Abfälle vom Haspeln und Spinnen der rohen Seide);
27. Steine, alle behauene und unbehauene, Bruch-, Kalk-, Schiefer-, Ziegel- und Mauersteine; Mühlsteine ohne eiserne Reifen; grobe Schleif- und Wetzsteine; Tufsteine und Traß;
28. Stroh, Spreu, Häckerling, Streulaub, Kleie;
29. Thiere, alle lebenden, für welche kein Tarifsatz ausgeworfen ist;
30. Torf und Braunkohlen, auch Steinkohlenasche;
31. Treber und Trester;
32. Weinstein.

Zweite Abtheilung.

Gegenstände, welche bei der Einfuhr oder bei der Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind.

Funfzehn Neugroschen oder ein halber Thaler im 14-Thalerfuß, oder zwei und funfzig und ein halber Kreuzer im 24½-Guldenfuß vom Centner Bruttogewicht wird in der Regel bei dem Eingange, und weiter keine Abgabe bei dem Verbrauche im Lande, noch auch dann erhoben, wenn Waaren ausgeführt werden.

Ausnahmen hiervon treten bei allen Gegenständen ein, welche entweder nach dem Vorhergehenden (Erste Abtheilung) ganz frei, oder nach dem Folgenden namentlich:

a) einer geringeren oder höheren Eingangsabgabe, als einem halben Thaler oder zwei und funfzig und einem halben Kreuzer vom Centner, unterworfen,

oder

b) bei der Ausfuhr mit einer Abgabe belegt sind.

Es sind dieses folgende Gegenstände, von welchen die beigesetzten Gefälle erhoben werden:

Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
Abfälle:										
von Gerbereien das Leimleder; Thierflechsen, Abfälle und Theile von rohen Häuten und Fellen, abgenutzte alte Lederstücke, Hörner, Hornspitzen, Hornspäne, Klauen und Knochen, letztere mögen ganz oder zerkleinert sein	1 Centr.	frei.			15	frei.			52½	
Anmerk. Knochen, seewärts von der Russischen bis zur Mecklenburgischen Grenze ausgehend, zollfrei.										
Baumwolle und Baumwollenwaaren:										
a) Rohe Baumwolle	1 Centr.	frei.			5	frei.			17½	
b) Baumwollengarn, ungemischt oder gemischt mit Wolle oder Leinen:										
1. ungebleichtes ein- und zweidrähtiges, und Watten	1 Centr.	3				5	15			18 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 7 in Ballen.
2. ungebleichtes drei- und mehrdrähtiges, ingleichen alles gezwirnte, gebleichte oder gefärbte Garn . . .	1 Centr.	8				14				
c) Baumwollene, desgleichen aus Baumwolle und Leinen, ohne Beimischung von Seide, Wolle und anderen Thierhaaren gefertigte Zeuge und Strumpfwaaren, Spitzen (Tüll), Posamentier-, Knopfmacher-, Sticker- und Putzwaaren; auch dergleichen Zeug-										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht Pfund.
	und Strumpfwaaren mit Wolle gestickt oder brochirt; ferner Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden (Lahn) und Baumwolle oder Baumwolle und Leinen, außer Verbindung mit Seide, Wolle, Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing, Stahl und anderen Materialien	1 Centr.	50				87	30			18 in Fässern u. Ki 7 in Ballen.
3	Blei:										
	a) Rohes, in Blöcken, Mulden ꝛc., auch altes, desgleichen Blei-, Silber- und Gold-Glätte	1 Centr.		7½				26¼			
	b) Grobe Bleiwaaren, als: Kessel, Röhren, Schrot, Platten u. s. w., auch gerolltes Blei	1 Centr.	2				3	30			6 in Fässern u. Ki
	c) Feine Bleiwaaren, als: Spielzeug ꝛc. ganz oder theilweise aus Blei, auch dergleichen lackirte Waaren	1 Centr.	10				17	30			20 in Fässern u. K 13 in Körben.
4	Bürstenbinder- u. Siebmacherwaaren:										
	a) Grobe, in Verbindung mit Holz oder Eisen, ohne Politur und Lack .	1 Centr.	3				5	15			16 in Fässern u. K 6 in Ballen.
	b) Feine, in Verbindung mit anderen Materialien (mit Ausnahme von edlen Metallen, feinen Metallgemischen, echt vergoldetem oder versilbertem Metall, Schildpatt, Perlmutter,										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	echten Perlen, Korallen oder Steinen), auch Siebböden aus Pferdehaaren	1 Centr.	10	.	.	.	17	30	.	.	20 in Fäffern u. Kiften.
5	Droguerie- und Apotheker-, auch Farbewaaren:										
	a) Chemische Fabrikate für den Medicinal- und Gewerbsgebrauch, auch Präparate, ätherische und andere Oele, Säuren, Salze, eingedickte Säfte; desgl. Maler-, Wasch-, Pastellfarben und Tusche, Farben- und Tuschkasten, feine Pinsel, Mundlack (Oblaten), Englisch-Pflaster, Siegellack u. s. w.; überhaupt die unter Droguerie-, Apotheker- und Farbewaaren gemeiniglich begriffenen Gegenstände, sofern sie nicht besonders ausgenommen sind	1 Centr.	3	10			5	50		.	16 in Fäffern u. Kiften. 9 in Körben. 6 in Ballen.
	Ausnahmen treten jedoch folgende ein, und zahlen weniger:										
	b) Alaun	1 Centr.	1	10			2	20	.	.	11 in Fäffern.
	c) Bleiweiß (Kremserweiß), rein oder versetzt, Chlorkalk	1 Centr.	2	.			3	30	.	.	6 in Fäffern.
	d) Eisenvitriol (grüner); Eisenbeizen, einschließlich Eisenrostwasser . . .	1 Centr.	.	7½	.	.	.	26¼	.		

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	e) Erzeugnisse, folgende rohe, des Mineral-, Thier- und Pflanzenreichs:										
	1. Krapp	1 Centr.		2½	.	.	.	8¾	.	.	
	2. Aloe, Galläpfel; Harze aller Gattung, europäische und außereuropäische, roh und gereinigt; Kreuzbeeren, Kurkume, Quercitron, Saflor; Salpeter, gereinigter und ungereinigter; salpetersaures Natron; Sumach, Schwefel, Terpentin, Waid und Wau	1 Centr.	.	2½	.	.	.	8¾	.	.	
	3. Alcanna, Alkermes, Avignonbeeren, Berberisholz, Berberiswurzeln, Buchsbaum, Cedernholz, Korkholz, Pockholz; Catechu (japanische Erde); Citronensaft in Fässern; Cochenille, Derbyspath, Eckerdoppern (Knoppern), Elephanten- und andere Thierzähne, Färberginster; Färbe- und Gerbewurzeln, nicht besonders genannte; Flohsaamen, Fraueneis (Gipsspath); Gummi arabicum; Gummi elasticum in der ursprünglichen Form von Schuhen, Flaschen ꝛc.; Gummi senegal; Gutta percha, rohe ungereinigte; Hölzer, außereuropäische für Drechsler, Tischler u. s. w., in Blöcken und Bohlen;										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½ Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	Hornplatten, Indigo, Kino; Knochenplatten, rohe blos geschnittene; Kokosnüsse, Lac dye; Meerschaum, roher; Muschelschalen, Myrobalanen, Orlean, Palmnüsse, Perlmutterschalen; Rohr, spanisches, ostindisches, marseiller; Pfefferrohr, Stuhlrohr; Salep; Schildkrötenschalen, rohe; Tragant, Wallfischbarden (rohes Fischbein)	1 Centr.	.	.	5	.	.	.	17½		
	Anmerk. zu e. Die allgemeine Eingangsabgabe tragen: 1. rohe Erzeugnisse des Mineral-, Thier- und Pflanzenreichs zum Gewerbe- und Medicinalgebrauche, die nicht besonders höher oder niedriger besteuert sind; 2. schwefelsaures Natron (gereinigtes, ungereinigtes, calcinirtes, krystallisirtes).										
	f) Farbehölzer:										
	1. in Blöcken	1 Centr.	.	.	2½	.	.	.	8¾		
	2. gemahlen oder geraspelt	1 Centr.	. 5	.	.	.	17½	.	.		
	g) Mennige, Schmalte, ungereinigte und gereinigte Soda (Mineral-Alkali), Kupfervitriol, gemischter Kupfer- und Eisenvitriol, weißer Vitriol, Wasserglas; Grünspan, raffi-										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	nirter (destillirter, krystallisirter) oder gemahlener	1 Centr.	1	.		.	1	45		.	
	Anmerk. zu g. Mennige kann zur Weißglasfabrikation auf Erlaubnißscheine zu einem Viertheile der tarifmäßigen Eingangsabgabe eingeführt werden.										
	h) Mineralwasser, natürliches in Flaschen und Krügen	1 Centr.		7½				26¼			
	i) Pott- (Waid-) Asche; gemahlene Kreide	1 Centr.	.	5			.	17½			
	k) Salzsäure und Schwefelsäure . .	1 Centr.	1	10			2	20			23 in Kisten. 9 in Körben.
	l) Schwefelsaures und salzsaures Kali	1 Centr.		5				17½			
	m) Terpentinöl (Kienöl)	1 Centr.		10				35			
6	Eisen und Stahl:										
	a) Roheisen aller Art; altes Brucheisen, Eisenfeile, Hammerschlag	1 Centr.		10				35			
	b) Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonirten) in Stäben von 88 □Linien Sächsisch (½ Quadratzoll Rheinländisch) im Querschnitt und darüber; desgleichen Luppeneisen, Eisenbahnschienen, auch Roh- und Cementstahl, Guß- und raffinirter Stahl	1 Centr.	1	15	.	.	2	37½		.	10 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben. 4 in Ballen.
	c) Geschmiedetes und gewalztes Eisen (mit Ausnahme des façonirten) in Stäben von weniger als 88 □Li-										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	nien Sächsisch (½ Quadratzoll Rheinländisch) im Querschnitt	1 Centr.	2	15			4	22½	.	.	
	d) Façonirtes Eisen in Stäben; desgl. Eisen, welches zu groben Bestandtheilen von Maschinen und Wagen (Kurbeln, Achsen und dergl.) roh vorgeschmiedet ist, insofern dergleichen Bestandtheile einzeln einen Centner und darüber wiegen, auch Pflugschaareneisen; schwarzes Eisenblech, rohes Stahlblech, rohe (unpolirte) Eisen- und Stahlplatten; Anker, sowie Anker- und Schiffsketten	1 Centr.	3				5	15	.		10 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben. 4 in Ballen.
	e) Weißblech, gefirnißtes Eisenblech, polirtes Stahlblech, polirte Eisen- und Stahlplatten, Eisen- und Stahldraht	1 Centr.	4		.	.	7	.	.	.	

Anmerk. 1. Von Rohstahl, seewärts von der Russischen Grenze bis zur Weichselmündung einschließlich auf Erlaubnißscheine für Stahlfabriken eingehend, wird nur die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.

" 2. Geknoppertes Zaineisen kann in Bayern auf der Grenze von Hindelang bis zur Donau einschließlich zu dem Zollsatze von 1½ Rthlr. (2 Fl. 37½ Xr.) pro Centner eingehen.

" 3. Radkranzeisen zu Eisenbahnwagen wird nach Pos. d. verzollt.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	f) Eisen- und Stahlwaaren:										
	1. Ganz grobe Gußwaaren in Oefen, Platten, Gittern ꝛc.	1 Centr.	1	.	.	.	1	45	.	.	
	2. Grobe, die aus geschmiedetem Eisen oder Eisenguß, aus Eisen und Stahl, Eisenblech, Stahl- und Eisendrath, auch in Verbindung mit Holz gefertigt; ingleichen Waaren dieser Art, die gefirnißt, verkupfert oder verzinnt, jedoch nicht polirt sind, als: Aexte, Degenklingen, Feilen, Hämmer, Hecheln, Haspeln, Holzschrauben, Kaffeetrommeln und -Mühlen, Ketten (mit Ausschluß der Anker- und Schiffsketten), Nägel, Pfannen, Plätteisen, Schaufeln, Schlösser, grobe Ringe (ohne Politur), Schraubstöcke, Sensen, Sicheln, Stemmeisen, Striegeln, Thurmuhren, Tuchmacher- und Schneiderscheeren, grobe Waagebalken, Zangen u. s. w.	1 Centr.	6	.	.	.	10	30	.	.	10 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben. 4 in Ballen.
	3. Feine, sie mögen ganz aus feinem Eisenguß, polirtem Eisen oder Stahl, oder aus diesen Urstoffen in Verbindung mit Holz, Horn, Knochen, lohgarem Leder, Kupfer, Messing, Zinn (letzteres polirt) und anderen										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	unedlen Metallen gefertigt sein, als: Gußwaaren (feine), Messer, Scheeren, Streichen, Schwertfegerarbeit u. s. w. (mit Ausschluß der Nähnadeln, metallenen Stricknadeln, metallenen Häkelnadeln ohne Griffe); lackirte Eisenwaaren; auch Gewehre aller Art	1 Centr.	10	.	.	.	17	30	.	.	13 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben. 4 in Ballen.
7	Erze, nämlich: Eisen- und Stahlstein, Stufen, Galmei	1 Centr.	frei.	.	.	5	frei.	.	.	17½	
	Anmerk. An den Bayerischen, Sächsischen, Würtembergischen, Badischen und Luxemburgisch-Belgischen Grenzen, Eisenerz	—	frei.	.	frei.	.	frei.	.	frei.	.	
8	Flachs, Werg, Hanf, Heede	1 Centr.	.	5	.		.	17½	.	.	
9	Getreide, Hülsenfrüchte, Sämereien, auch Beeren:										
	a) Getreide und Hülsenfrüchte, als: Weizen, Spelz oder Dinkel, Gerste (auch gemälzte), Hafer, Heidekorn oder Buchweizen, Roggen, Bohnen, Erbsen, Hirse, Linsen und Wicken	1 Dresdner Scheffel.	.	9½	.			33¼	.	.	
		1 Preuß. Scheffel.	.	5	.	.	.	17½	.	.	
		1 Bayer. Scheffel.	.	20	.	.	1	10	.	.	
	Anmerk. 1. In Bayern an der Grenze von Berchtesgaden	1 Bayer. Scheffel.	.	.	.	.	.	24			
	Anmerk. 2. Auf der Sächsisch-Böhmischen Grenze gehen die unter a. genannten Getreidearten und Hülsenfrüchte beim Landtransporte zu folgenden ermäßigten Sätzen ein:										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	a) links der Elbe, diese ausgeschlossen:										
	1. Weizen, Spelz oder Dinkel . .	1 Dresdner Scheffel.	.	2	.	.	.	.	.	.	
	2. Roggen, Gerste, Hafer, Bohnen, Erbsen, Hirse, Linsen, Heidekorn und Wicken	1 dito.	.	1		.	.	.	.	.	
	b) rechts der Elbe, diese ausgeschlossen:										
	1. Weizen, Spelz oder Dinkel . .	1 dito.		2				.			
	2. Roggen, Gerste, Bohnen, Erbsen, Hirse, Linsen und Wicken . . .	1 dito.		1	.		.			.	
	3. Hafer und Heidekorn	1 dito.	.	½		.		.	.		
	Anmerk. 3. Hafer in Quantitäten unter 8 Sächsischen Metzen oder einem Preußischen Scheffel oder beziehungsweise unter 2 Bayerischen Metzen und andere Getreidearten, sowie Hülsenfrüchte unter 4 Sächsischen Metzen oder einem halben Preußischen Scheffel oder unter 1 Bayerischen Metzen frei										
	b) Sämereien und Beeren:										
	1. Anis und Kümmel	1 Centr.	1			.	1	45	.	.	
	2. Oelsaat, als: Hanfsaat, Leinsaat und Leindotter oder Doder, Mohnsamen, Raps, Rübesaat	1 Centr.		1 3/10	.	.	.	4 ¼	.	.	
	3. Kleesaat und alle nicht namentlich im Tarif genannten Sämereien; ingleichen Wachholderbeeren . .	1 Centr.	.	5			.	17 ½		.	
	Anmerk. Ein halber Sächsischer oder ein Preuß. Scheffel Kleesaat wird mit Einschluß des Sackes zu 89 Pfund, ein Bayerischer Scheffel desgl. zu 360 Pfund gerechnet.										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
10	Glas und Glaswaaren:										
	a) Grünes Hohlglas (Glasgeschirr)	1 Centr.	1	.			1	45	.	.	
	Anmerk. Bei loser Verpackung werden zu 1 Centner veranschlagt 7¼ Sächsische, 5⅓ Preußische, 6⅔ Altbayerische, 4½ Rheinbayerische } Kubikfuß.										
	b) Weißes Hohlglas, ungemustertes, ungeschliffenes; ingleichen Fenster- und Tafelglas in seiner natürlichen Farbe (grün, halb- und ganz weiß)	1 Centr.	3				5	15	.	.	23 in Fäßern u. Kisten. 13 in Körben und Gestellen.
	Anmerk. Vorgedachtes Hohlglas nur mit abgeschliffenen Stöpseln, Böden oder Rändern .	1 Centr.	4	15	.		7	52½	.		
	c) Gepreßtes, geschliffenes, abgeriebenes, geschnittenes, gemustertes weißes Glas; auch Behänge zu Kronleuchtern von Glas, Glasknöpfe, Glasperlen und Glasschmelz . . .	1 Centr.	6				10	30	.	.	23 in Fäßern u. Kisten. 13 in Körben.
	d) Spiegelglas:										
	1. wenn das Stück nicht über 354 Sächsische oder 288 Preußische oder 333 Altbayerische oder 255 Rheinbayerische □Zoll mißt:										
	α) gegossenes, belegtes oder unbelegtes,										
	aa) wenn das Stück nicht über 177 Sächsische oder 144 Preußische □Zoll mißt	1 Centr.	6	.	.		10	30	.	.	17 in Kisten

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	bb) wenn das Stück über 177 bis 354 Sächsische oder 144 und bis 288 Preußische □Zoll mißt	1 Centr.	8				14	.			} 17 in Kisten.
	β) geblasenes, belegtes oder unbelegtes	1 Centr.	3				5	15		.	
	2. belegtes und unbelegtes, gegossenes und geblasenes, wenn das Stück mißt:										
	□Zoll über Sächs. / Preuß. / Altbayer. / Rheinbayer.										
	354 bis 707 oder 288 bis 576 oder bis 666 oder 511	1 Stück.	1				1	45		.	
	707 = 1228 = 576 = 1000 = = 1156 = 886	1 Stück.	3				5	15		.	
	1228 = 1719 = 1000 = 1400 = 1618 = 1241	1 Stück.	8				14				
	1719 = 2333 = 1400 = 1900 = = 2196 = 1684	1 Stück.	20				35	.		.	
	2333 —— = 1900 □Zoll Preußisch	1 Stück.	30				52	30			
	Anmerk. Rohes ungeschliffenes Spiegelglas wird gegen die allgemeine Eingangsabgabe eingelassen.										
	e) Farbiges, bemaltes oder vergoldetes Glas ohne Unterschied der Form, auch Glaswaaren in Verbindung mit unedlen Metallen und anderen nicht zu den Gespinnsten gehörigen Urstoffen; desgleichen Spiegel, deren Glastafeln nicht über 354 Sächsische oder 288 Preußische □Zoll das Stück messen	1 Centr.	10				17	30			} 20 in Fäffern u. Kisten. } 13 in Körben.
	Anmerk. Spiegel von größeren Dimensionen des Glases zahlen, ohne Rücksicht auf die Rahmen, den Eingangszoll nach obigen Stücksätzen für Spiegelglas,										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	den Dimensionen des Glases gemäß; falls sich der Eingangszoll danach aber geringer als 10 Rthlr. oder 17 Fl. 30 Xr. vom Centner berechnet, diesen Satz.										
11	**Häute, Felle und Haare:**										
	a) Rohe (grüne, gesalzene, trockene) Häute und Felle zur Lederbereitung; rohe behaarte Schaf-, Lamm- und Ziegenfelle; rohe Pferdehaare . .	1 Centr.	frei.		1	20	frei.	.	2	55	13 in Fässern u. Kisten. 6 in Ballen.
	b) Felle zur Pelzwerk- (Rauchwaaren-) Bereitung	1 Centr.	.	20	.	.	1	10	.	.	
	c) Hasen- und Kaninchenfelle, rohe, und -Haare	1 Centr.	frei.		.	15	frei.			52½	
	d) Haare von Rindvieh; Ziegenhaare	1 Centr.	frei.			5	frei.		.	17½	
12	**Holz, Holzwaaren ꝛc.**										
	a) Brennholz beim Wassertransport	144 Sächsische Kubikfuß Klaftermaaß. 1 Preuß. Klafter. 1 Bayerisches Klafter.	.	2½			.		.	.	
	b) Bau- und Nutzholz beim Wassertransport, oder beim Landtransport zur Verschiffungs-Ablage:				.			8		.	
	1. Eichen-, Ulmen-, Eschen-, Ahorn-, Kirsch-, Birn-, Apfel-, Pflaumen-, Kornel- und Nußbaumholz . . .	1 Schiffslast (37½ Ctr.) oder beim Flößen 100 Sächsische oder 75 Preuß. Kubikfuß.	1		.		1	45	.	.	

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	2. Buchen-; auch Fichten-, Tannen-, Lerchen-, Pappeln-, Erlen- und anderes weiche Holz; ferner Bandstöcke, Stangen, Faschinen, Pfahlholz, Flechtweiden ꝛc. .	1 Schiffslast oder beim Flößen 120 Sächsische oder 90 Preuß. Kubikfuß.	.	10	.			35	.		
	3. Sägwaaren, Faßholz (Dauben) und alles andere vorgearbeitete Nutzholz:										
α)	aus den unter 1. genannten Holzarten	1 Schiffslast.	1	10	.		2	20	.		
β)	aus den unter 2. genannten Holzarten . .	1 dito.	.	20	.		1	10	.		
Anmerk.	1. Holz in geschnittenen Fournieren, ohne Unterschied des Ursprungs, sowohl beim Wasser- als beim Landtransporte . .	1 Centr.	1	.			1	45			
	2. In den östlichen Provinzen des Preußischen Staates, ferner in den Häfen von Hannover und Oldenburg wird erhoben, für										
aa)	Blöcke oder Balken von hartem Holze	5 Stück.	1	.							
bb)	Blöcke oder Balken von weichem Holze	25 dito.	1	.							
cc)	Bohlen, Bretter, Latten, Faßholz (Dauben), Bandstöcke, Stangen, Faschinen, Pfahlholz, Flechtweiden ꝛc. .	1 Schiffslast.		15							
c)	Holzborke oder Gerberlohe, desgleichen Holzkohlen . .	1 Centr.	frei.	.			$2\frac{1}{2}$	frei.			$8\frac{3}{4}$
d)	Holzasche	1 Centr.	frei.	.			10	frei.			35

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	e) Hölzerne Hausgeräthe (Meubles) und andere Tischler-, Drechsler- und Böttcherwaaren, welche gefärbt, gebeizt, lackirt, polirt, oder auch in einzelnen Theilen in Verbindung mit Eisen, Messing oder lohgarem Leder verarbeitet sind; auch gerissenes Fischbein	1 Centr.	3				5	15			16 in Fässern u. Kisten. 6 in Ballen.
	f) Feine Holzwaaren (ausgelegte Arbeit), sogenannte Nürnberger Waaren aller Art, Spielzeug, feine Drechsler-, Schnitz- und Kammmacherwaaren, auch Meerschaumarbeit, ferner dergleichen Waaren, in Verbindung mit anderen Materialien (mit Ausschluß von edlen Metallen, feinen Metallgemischen, echt vergoldetem oder versilbertem Metall, Schildpatt, Perlmutter, echten Perlen, Korallen oder Steinen), ingleichen Holzbronce, hölzerne Hängeuhren, feine Korb- und Holzflechterarbeit ohne Unterschied, Fourniere mit eingelegter Arbeit und geschnittenes Fischbein, auch Blei- und Rothstifte	1 Centr.	10				17	30			20 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 9 in Ballen.
	g) Gepolsterte Meubels, wie grobe Sattlerwaaren.										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	h) Grobe Böttcherwaaren, gebrauchte	1 Centr.		5			.	17½			
	Anmerk. zu e) und h): Grobe, rohe, ungefärbte Böttcher-, Drechsler-, Tischler- und blos gehobelte Holzwaaren und Wagnerarbeiten, grobe Maschinen von Holz und grobe Korbflechterwaaren tragen die allgemeine Eingangsabgabe.										
13	Hopfen	1 Centr.	2	15			4	22½			
14	Instrumente, astronomische, chirurgische, mathematische, mechanische, musikalische, optische, physikalische, ohne Rücksicht auf die Materialien, aus denen sie gefertigt sind	1 Centr.	6				10	30			23 in Fässern u. Kisten 9 in Ballen.
15	Kalender,										
	a) die für's Inland bestimmt sind, werden nach den, der Stempelabgabe halber gegebenen besonderen Vorschriften behandelt;										
	b) die durchgeführt werden, tragen die Durchgangsabgabe. Der Wiederausgang muß nachgewiesen werden.										
16	Kalk und Gyps, gebrannter. (Ist in die erste Abtheilung aufgenommen worden.)										
17	Karden oder Weberdisteln. (Ist in die erste Abtheilung aufgenommen worden.)										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
18	Kleider, fertige neue; desgleichen getragene Kleider und getragene Leibwäsche, beide letztere, wenn sie zum Verkauf eingehen	1 Centr.	110				192	30			20 in Kisten. 11 in Körben. 9 in Ballen.
19	Kupfer und Messing:										
	a) Geschmiedetes, gewalztes, gegossenes zu Geschirren; auch Kupferschalen, wie sie vom Hammer kommen, ferner Blech, Dachplatten, gewöhnlicher und plattirter Drath, desgleichen polirte, gewalzte, auch plattirte Tafeln und Bleche	1 Centr.	6				10	30			
	b) Waaren: Kessel, Pfannen und dergleichen; auch alle sonstigen Waaren aus Kupfer und Messing; Gelb- und Glockengießer-, Gürtler- und Nadlerwaaren, außer Verbindung mit edlen Metallen; ingleichen lackirte Kupfer- und Messingwaaren . . .	1 Centr.	10				17	30			13 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben. 4 in Ballen.
	Anmerk. Von Roh- (Stück-) Messing, Roh- oder Schwarzkupfer, Gar- oder Rosettenkupfer, von altem Bruchkupfer oder Bruchmessing, desgl. von Kupfer- und Messingfeile, Glockengut, Kupfer- und andern Scheidemünzen zum Einschmelzen (die Münzen auf besondere Erlaubnißscheine eingehend), wird die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
20	Kurze Waaren, Quincaillerien ꝛc.: Waaren, ganz oder theilweise aus edlen Metallen, aus feinen Metallgemischen; aus Metall, echt vergoldet oder versilbert; aus Schildpatt, Perlmutter, echten Perlen, Korallen oder Steinen gefertigt, oder mit edlen Metallen belegt; ferner Waaren aus vorgenannten Stoffen in Verbindung mit Alabaster, Bernstein, Elfenbein, Fischbein, Gyps, Glas, Gummi elasticum, Gutta percha, Holz, Horn, Knochen, Kork, Lack, Leder, Marmor, Meerschaum, unedlen Metallen, Perlmutter, Schildpatt, unechten Steinen u. dergl.; feine Galanterie- und Quincaillerie-Waaren (Herren- und Frauenschmuck, Toiletten- und sogenannte Nippestisch-Sachen u. s. w.) aus unedlen Metallen, jedoch fein gearbeitet, und entweder mehr oder weniger vergoldet oder versilbert oder auch vernirt, oder in Verbindung mit Alabaster, Elfenbein, Email, Korallen, Lava, Perlmutter, Schildpatt, feinen Steinarten, unechten Steinen oder auch mit Schnitzarbeiten, Pasten, Kameen,										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	Ornamenten in Metallguß u. dgl.; feine Parfümerien, wie solche in kleinen Gläsern, Kruken ꝛc. im Galanteriehandel und als Galanteriewaaren geführt werden; Taschenuhren, Stutz- und Wanduhren, letztere mit Ausnahme der hölzernen Hängeuhren; Kronleuchter in Verbindung mit echt vergoldetem oder versilbertem Metall; Gold- und Silberblatt (echt oder unecht); Nähnadeln, metallene Stricknadeln, metallene Häkelnadeln (ohne Griffe); Schreibfedern aus Stahl oder aus Metallcomposition; gefaßte Brillen aller Art; feine lackirte Waaren von Metall oder Pappmasse (papier maché), feine bossirte Wachswaaren, Regen- und Sonnenschirme, Fächer, Blumen, zugerichtete Schmuckfedern, Wachsperlen, Perückenmacherarbeit u. s. w.; überhaupt alle zur Gattung der Kurzen-, Quincaillerie- oder Galanteriewaaren gehörigen unter den Nummern 2. 3. 4. 5. 6. 10. 12. 19. 21. 22. 27. 30. 31. 33. 35. 38. 40. 41. 42. und 43. der zweiten Abtheilung dieses										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang Rthlr.	Ngr.	Ausgang Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang Fl.	Xr.	Ausgang Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	Tarifes nicht mit inbegriffenen Gegenstände; ingleichen Waaren aus Gespinnsten von Baumwolle, Leinen, Seide, Wolle, welche mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing, Papier, Pappe oder Stahl verbunden sind, z. B. Tuch- oder Zeugmützen in Verbindung mit Leder, Knöpfe auf Holzformen, Klingelschnüre u. dgl. mehr	1 Centr.	50	. *)			87	30*)			20 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 9 in Ballen.
21	Leder, Lederwaaren und ähnliche Fabrikate:										
	a) Lohgare oder nur lohroth gearbeitete Häute, Fahlleder, Sohlleder, Kalbleder, Sattlerleder, Stiefelschäfte, auch Juchten; ingleichen sämisch- und weißgares Leder, auch Pergament, Gummiplatten und mehr oder weniger gereinigte Gutta percha .	1 Centr.	6				10	30			16 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.
	Anmerk. Kratzenleder, auch künstliches, für inländische Kratzenfabriken auf Erlaubnißscheine unter Controle	1 Centr.	3				5	15			
	b) Brüsseler- und Dänisches Handschuh-										

*) Nach der Verordnung vom 1sten November 1845 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1845, Seite 201) unterliegen Waaren aus Gold oder Silber, feinen Metallgemischen, Metallbronce (echt vergoldet), echten Perlen, Korallen oder Steinen gefertigt, oder mit Gold oder Silber belegt; ferner Waaren aus vorgenannten Stoffen in Verbindung mit Alabaster, Bernstein, Elfenbein, Perlmutter, Schildpatt und unechten Steinen; feine Parfümerien, wie solche in kleinen Gläsern, Kruken ꝛc. im Galanteriehandel und als Galanteriewaaren geführt werden; Stutzuhren mit Ausnahme derer in hölzernen Gehäusen; Kronleuchter mit Bronce; Gold- oder Silberblatt; Fächer; künstliche Blumen und zugerichtete Schmuckfedern bis auf weitere Bestimmung einem Eingangszolle von 100 Rthlr. (175 Fl.) pro Centner.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr. | Ngr.	Ausgang. Rthlr. | Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl. | Xr.	Ausgang. Fl. | Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	leder, auch Korduan, Marokin, Saffian und alles gefärbte und lackirte Leder; desgl. Gummifäden außer Verbindung mit anderen Materialien	1 Centr.	8		14		16 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.
	Anmerk. Halbgare Ziegen- und Schaffelle für inländische Saffian- und Lederfabrikanten werden unter Controle gegen die allgemeine Eingangsabgabe eingelassen.						
c)	Grobe Schuhmacher-, Sattler- und Täschnerwaaren aus Leder oder Gummi; Blasebälge, auch Wagen, woran Leder- oder Polsterarbeiten; desgleichen andere nicht lackirte Gummifabrikate außer Verbindung mit anderen Materialien	1 Centr.	10		17	30	16 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.
d)	Feine Lederwaaren von Korduan, Saffian, Marokin, Brüsseler- und Dänischem Leder, von sämisch- und weißgarem Leder, von lackirtem Leder, lackirtem Gummi und Pergament; Sattel- und Reitzeuge und Geschirre mit Schnallen und Ringen, ganz oder theilweise von feinen Metallen und Metallgemischen, Handschuhe von Leder und feine Schuhe aller Art	1 Centr.	22	. *)	38	30*)	. 20 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.

*) Nach der Verordnung vom 1sten November 1845 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1845, Seite 201) unterliegen lederne Handschuhe bis auf weitere Bestimmung einem Eingangszolle von 44 Rthlr. (77 Fl.) pro Centner.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
22	Leinengarn, Leinwand und andere Leinenwaaren:										
	a) Rohes Garn:										
	1. Maschinengespinnst	1 Centr.	2	.			3	30			13 in Kisten. 6 in Ballen.
	2. Handgespinnst	1 Centr.		5				17½			
	b) Gebleichtes, desgleichen blos abgekochtes oder gebühtes (geäschertes) Garn, ferner gefärbtes Garn . .	1 Centr.	3				5	15			13 in Kisten. 6 in Ballen.
	c) Zwirn	1 Centr.	4	.			7	.			
	d) Graue Packleinwand und Segeltuch	1 Centr.		20			1	10			
	e) Rohe Leinwand, roher Zwillich und Drillich	1 Centr.	4				7				13 in Kisten. 6 in Ballen.
	Ausnahme. Rohe, ungebleichte Leinwand geht frei ein:										
	aa. in Preußen: auf den Grenzlinien von Leobschütz bis Seidenberg in der Oberlausitz und von Gronau bis Anholt, nach Bleichereien oder Leinwandmärkten;										
	bb. in Sachsen: auf der Grenzlinie von Ostritz bis Schandau, auf Erlaubnißscheine;										
	f) Gebleichte, gefärbte, gedruckte oder in anderer Art zugerichtete, auch aus gebleichtem Garn gewebte Leinwand; gebleichter oder in anderer Art zugerichteter Zwillich und Drillich; rohes und gebleichtes, auch verarbeitetes										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	Tisch-, Bett- und Handtücherzeug, leinene Kittel, auch neue Leibwäsche										
g)	Bänder, Batist, Borten, Fransen, Gaze, Kammertuch, gewebte Kanten, Schnüre, Strumpfwaaren, Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden und Leinen, jedoch außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl.	1 Centr.	20				35				13 in Kisten. 9 in Körben. 6 in Ballen.
		1 Centr.	30				52	30			18 in Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.
h)	Zwirnspitzen . .	1 Centr.	60				105	.			23 in Kisten. 11 in Ballen.
23	Lichte, (Talg-, Wachs-, Wallrath- und Stearin-) .	1 Centr.	6				10	30	.		16 in Kisten.
24	Lumpen und andere Abfälle zur Papierfabrikation:										
	leinene, baumwollene und wollene Lumpen, auch macerirte Lumpen (Halbzeug); Papierspäne, Makulatur (beschriebene und bedruckte), desgleichen alte Fischernetze, altes Tauwerk und Stricke	1 Centr.	frei.				3		frei.		5 15
Anmerk.	Alte Fischernetze, altes Tauwerk und Stricke beim Ausgange über Preußische, Hannoversche und Oldenburgische Seehäfen	1 Centr.	frei.						10		.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
25	**Material- u. Spezerei-, auch Conditorwaaren u. andere Consumtibilien:**										
	a) Bier aller Art in Fässern, auch Meth in Fässern	1 Centr.	2	15			4	22½			11 in Ueberfässern.
	b) Branntwein aller Art, auch Arrack, Rum, Franzbranntwein und versetzte Branntweine, desgleichen Hefe aller Art mit Ausnahme der Bier- und Weinhefe .	1 Centr.	8				14	.			24 in Kisten, 16 in Körben, für Branntwein ꝛc. nur beim Eingange in Flaschen. 11 in Ueberfässern.
	c) Essig aller Art in Fässern . . .	1 Centr.	1	10			2	20			
	d) Bier und Essig, in Flaschen oder Kruken eingehend	1 Centr.	8				14				24 in Kisten. 16 in Körben.
	e) Oel, in Flaschen oder Kruken eingehend	1 Centr.	8				14				
	f) Wein und Most, auch Cider:										
	α) in Fässern eingehend	1 Centr.	6	.		.	10	30		.	11 in Ueberfässern.
	β) in Flaschen.	1 Centr.	8	.		.	14	.			24 in Kisten, 16 in Körben,
	g) Butter	1 Centr.	3	20		.	6	25			16 in Fässern u. Töpfen
	Anmerk. 1. Frische, ungesalzene Butter auf der Linie von Lindau bis Hemmenhofen eingehend	1 Centr.		.		.	1	45		.	
	2. Einzelne Stücke in Mengen von nicht mehr als 3 Pfund werden zollfrei eingelassen, vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauchs örtlich anzuordnenden Aufhebung oder Beschränkung dieser Begünstigung.										
	h) Fleisch, ausgeschlachtetes: frisches und zubereitetes; auch ungeschmolze-										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	nes Fett, Schinken, Speck, Würste; desgleichen großes Wild	1 Centr.	2		.		3	30			16 in Fässern u. Kisten. 9 in Körben. 6 in Ballen.
i)	Früchte (Südfrüchte), auch Blätter:										
α)	Frische Apfelsinen, Citronen, Limonen, Pommeranzen, Granaten und dergleichen	1 Centr.	2				3	30			20 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.
	Verlangt der Steuerpflichtige die Auszählung, so zahlt er für hundert Stück 20 Ngr. oder 1 Fl. 10 Kr.										
	Im Falle der Auszählung bleiben verdorbene unversteuert, wenn sie in Gegenwart von Beamten weggeworfen werden.										
β)	Trockene und getrocknete Datteln, Feigen, Kastanien, Korinthen, Mandeln, Pfirsichkerne, Rosinen, Lorbeerblätter, Pommeranzen, Pomeranzenschalen und dergleichen .	1 Centr.	4				7				13 in Fässern. 16 in Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.
k)	Gewürze, nämlich: Galgant, Ingber, Cardamomen, Cubeben, Muskatnüsse und -Blumen (Macis), Nelken, Pfeffer, Piement, Saffran, Sternanis, Vanille, Zimmt und Zimmt-Cassia, Zimmtblüthe	1 Centr.	6	15			11	22½			18 in Kisten. 16 in Fässern. 13 in Körben. 4 in Ballen.
l)	Heringe .	1 Tonne	1				1	45			

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
m)	α) Kaffee, roher, und Kaffeesurrogate	1 Centr.	5				8	45			13 in Fässern mit Dauben von Eichen- und anderem harten Holze und in Kisten. 10 in anderen Fässern. 9 in Körben. 3 in Ballen oder Säcken.
	β) Kakao in Bohnen und Kakaoschalen .	1 Centr.	6	15			11	22½			
n)	Gebrannter Kaffee, ingleichen Kakaomasse, gemahlener Kakao, Chokolade und Chokolade-Surrogate . . .	1 Centr.	11				19	15			20 in Fässern u. Kisten 13 in Körben. 6 in Ballen.
o)	Käse aller Art .	1 Centr.	3	20			6	25			20 in Kisten von 1 Ctr und darüber. 16 in Kisten unter 1 Ctr 11 in Fässern u. Kübeln 8 in Körben. 6 in Ballen.
p)	Konfitüren, Zuckerwerk, Kuchenwerk aller Art; mit Zucker, Essig, Oel oder sonst, namentlich alle in Flaschen, Büchsen und dergl. eingemachte, eingedämpfte oder auch eingesalzene Früchte, Gewürze, Gemüse und andere Consumtibilien (Pilze, Trüffeln, Geflügel, Seethiere und dergl.); ferner Kaviar, Sago und Surrogate dieser Artikel, Sardellen in Oel, Oliven, Kapern, Pasteten, zubereiteter Senf, Tafelbouillon, Saucen und andere ähnliche Gegenstände des feineren Tafelgenusses	1 Centr.	11				19	15			20 in Fässern u. Kisten 13 in Körben. 6 in Ballen.
q)	Kraftmehl, worunter Nudeln, Puder, Stärke mitbegriffen, desgleichen Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, nämlich: geschrotete oder										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	geschälte Körner, Graupe, Gries, Grütze, Mehl	1 Centr.	2		.	.	3	30		.	13 in Fässern, Kisten und Körben. 6 in Ballen.
	Anmerk. 1. Gewöhnliches Roggenmehl (Schwarzmehl), bei dem Eingange zu Lande auf der Sächsischen Grenzlinie gegen Böhmen	1 Centr.		7½	.	.	.	.	.	.	
	2. Gewöhnliches Roggenbrod bei dem Eingange zu Lande auf derselben Grenzlinie . .	1 Centr.		5	.	.	.	.	.	.	
	r) Muschel- oder Schalthiere aus der See, als: Austern, Hummern, ausgeschälte Muscheln, Schildkröten und dergleichen . .	1 Centr.	4		.	.	7		.	.	
	s) Reis:										
	1. geschälter . .	1 Centr.	1	.		.	1	45	.	.	
	2. ungeschälter	1 Centr.		20		.	1	10	.	.	
	t) Salz (Kochsalz, Steinsalz) ist einzuführen verboten; bei gestatteter Durchfuhr wird die Abgabe besonders bestimmt.										
	u) Syrop *)										

*) Die Zollsätze für Zucker und Syrop sind bis zum 1sten September 1855 durch die Verordnung vom 29sten Juni 1853 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 147 flg.) bestimmt und betragen bis dahin vom

	Maaßstab der Verzollung.	Eingangsabgabe. Rthlr.	Ngr.	Fl.	Kr.	
1) Zucker:						
a) Brod- und Hut-, Kandis-, Bruch- oder Lumpen- und weißer gestoßener Zucker	1 Centner.	10	—	17	30	14 in Fässern mit Dauben von Eichen- und anderem harten Holze. 10 in anderen Fässern. 13 in Kisten. 7 in Körben.
b) Rohzucker und Farin (Zuckermehl)	1 „	8	—	14	—	13 in Fässern mit Dauben von Eichen- und anderem harten Holze. 10 in anderen Fässern. 16 in Kisten v. 8 Ctr. u. darüber. 13 in Kisten unter 8 Centner. 10 in außereuropäischen Rohrgeflechten (Canassers, Cranjans). 7 in anderen Körben. 6 in Ballen.
c) Rohzucker für inländische Siedereien zum Raffiniren unter den besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Controlen	1	5	—	8	45	
2) Syrop unter den besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Controlen	1 „	2	—	3	30	11 in Fassern.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	v) Taback:										
	1. Tabacksblätter, unbearbeitete, und Stengel . . .	1 Centr.	4				7				12 in Fäffern, Seronen (nicht von Thierhäuten) und Kanafferkörben. 9 in Körben. 8 in Thierhäuten. 4 in Ballen aller Art.
	2. Tabacksfabrikate:										
	α) Rauchtaback in Rollen, abgerollten oder entrippten Blättern, oder geschnitten; Carotten oder Stangen zu Schnupftaback, auch Tabacksmehl und Abfälle	1 Centr.	11				19	15			16 in Fäffern. 13 in Körben. 12 in Kanafferkörben. 6 in Ballen.
	β) Cigarren und Schnupftaback .	1 Centr.	20				35				Bei Cigarren außer der vorstehenden Tara für die äußere Umschließung, noch 24 Pfund, falls die Cigarren in kleinen Kisten, und 12 Pfund, falls sie in Korbchen oder Pappkästchen verpackt sind.
	w) Thee . . .	1 Centr.	8				14				23 in Kisten.
	x) Zucker*)										
26	Oel, in Fäffern eingehend . . .	1 Centr.	1	10			2	20			
	Anmerk. 1. Baumöl, in Fäffern eingehend, wenn bei der Abfertigung auf den Centner ein Pfund Terpentinöl zugesetzt worden	1 Centr.	frei.			5	frei.				17½
	2. Kokosnuß-, Palm-, Wallrath-Oel trägt die allgemeine Eingangsabgabe.										
	3. Sogenannte Oelkuchen, als Rückstände beim Oelschlagen aus Lein, Raps, Rübsaamen u. s. w., ingleichen Mehl aus solchen Kuchen und Rückständen	1 Centr.		1				3½			

*) Siehe Anmerkung zu Pos. 25 u

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
27	**Papier- und Pappwaaren:**										
	a) ungeleimtes ordinäres (grobes graues und halbweißes) Druckpapier, auch grobes (weißes und gefärbtes) Packpapier und Pappdeckel	1 Centr.	1				1	45			
	b) geleimtes Papier; ungeleimtes feines; buntes (mit Ausnahme der unter c. genannten Papiergattungen); lithographirtes, bedrucktes oder liniirtes, zu Rechnungen, Etiketten, Frachtbriefen, Devisen u. s. w. vorgerichtetes Papier; ordinäre Bilderbogen, desgleichen Malerpappe	1 Centr.	5				8	45			16 in Kisten. 6 in Ballen.
	c) Gold- und Silberpapier; Papier mit Gold- oder Silbermuster; durchgeschlagenes Papier; ingleichen Streifen von diesen Papiergattungen .	1 Centr.	10				17	30			
	Anmerk. Vom grauen Lösch- und Packpapier wird die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.										
	d) Papiertapeten	1 Centr.	10		*)		17	30*)			
	e) Buchbinderarbeiten aus Papier und Pappe; grobe lackirte Waaren aus diesen Urstoffen, auch Formerarbeit aus Steinpappe, Asphalt oder ähnlichen Stoffen .	1 Centr.	10				17	30			16 in Kisten. 13 in Körben. 6 in Ballen.

*) Nach der Verordnung vom 1sten November 1845 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1845, Seite 201) unterliegen Papiertapeten bis auf weitere Bestimmung einem Eingangszolle von 20 Rthlr. (35 Fl.) pro Centner.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
28	Pelzwerk (fertige Kürschnerarbeiten):										
	a) Ueberzogene Pelze, Mützen, Handschuhe; gefütterte Decken, Pelzfutter und Besätze; und dergleichen . . .	1 Centr.	22				38	30			16 in Fässern. 20 in Kisten. 6 in Ballen.
	b) Fertige, nicht überzogene Schafpelze, desgleichen weißgemachte und gefärbte, nicht gefütterte Angora- und Schaffelle; ungefütterte Decken, Pelzfutter und Besätze	1 Centr.	6				10	30			13 in Fässern u. Kisten. 6 in Ballen.
29	Schießpulver . .	1 Centr.	2				3	30			13 in Fässern.
30	Seide und Seidenwaaren:										
	a) Gefärbte, auch weißgemachte Seide und Floretseide:										
	1. Ungezwirnt	1 Centr.	8				14				16 in Fässern u. Kisten. 9 in Ballen.
	2. Gezwirnt; auch Zwirn aus roher Seide, (Nähseide, Knopflochseide u. s. w.)	1 Centr.	11				19	15			
	b) Seidene Zeug- und Strumpfwaaren, Tücher (Shawls), Blonden, Spitzen, Petinet, Flor (Gaze), Posamentier-, Knopfmacher-, Sticker- und Putzwaaren, Gespinnste und Tressenwaaren aus Metallfäden und Seide, außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl; ferner Gold- und Silberstoffe (echt oder un-										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr. | Ngr.	Ausgang. Rthlr. | Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl. | Kr.	Ausgang. Fl. | Kr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
	echt); Bänder, ganz oder theilweise aus Seide; endlich obige Waaren aus Floretseide (bourre de soie), oder Seide und Floretseide . . .	1 Centr.	1 10		1 92	30	22 in Kisten. 13 in Ballen.
	c) Alle obigen Waaren, in welchen außer Seide und Floretseide auch andere Spinnmaterialien: Wolle oder andere Thierhaare, Baumwolle, Leinen, einzeln oder verbunden enthalten sind, mit Ausschluß der Gold- und Silberstoffe, sowie der Bänder . . .	1 Centr.	55		96	15	20 in Kisten. 11 in Ballen.
31	Seife:						
	a) Grüne, schwarze und andere Schmierseife	1 Centr.	1		1	45	
	b) Gemeine weiße	1 Centr.	3	10	5	50	13 in Kisten. 6 in Ballen.
	c) Feine, in Täfelchen, Kugeln, Büchsen, Krügen, Töpfen u. s. w.	1 Centr.	10		17	30	16 in Kisten.
32	Spielkarten von jeder Gestalt und Größe, in sofern sie in einzelnen Vereinsstaaten zum Gebrauche im Lande eingeführt werden dürfen, und unter Berücksichtigung der besonderen Stempel- und Control-Vorschriften . .	1 Centr.	10		17	30	
	Anmerk. 1. Werden dergleichen zum Durchgange angemeldet, so wird die Durchgangsabgabe erhoben. 2. Deren Einführung ist im Königreiche Sachsen verboten.						

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
33	Steine:										
	a) Mühlsteine mit eisernen Reifen . .	1 Stück	2				3	30			
	b) Waaren aus Alabaster, Marmor und Speckstein; ferner geschliffene echte und unechte Steine, Perlen und Korallen ohne Fassung	1 Centr.	10				17	30			16 in Fässern u. Kisten.
	Anmerk. Große Marmorarbeiten (Statuen, Büsten und dergleichen), Flintensteine; feine Schleif- und Wetzsteine; auch Waaren aus Serpentinstein zahlen die allgemeine Eingangsabgabe.										
34	Steinkohlen	1 Centr.			1 3/10			4 1/4			
	Anmerk. 1. An der Preußischen Seegrenze und auf der Elbe, desgleichen auf besondere Erlaubnißscheine auf der Weser oder Werra eingehend	1 Centr.			3/10						
	2. An der Badischen Grenze oberhalb Kehl, desgleichen an der Württembergischen Grenze und an der Bayerischen Grenze rechts des Rheins eingehend	1 Centr.						1			
35	Stroh-, Rohr- und Bastwaaren:										
	a) Matten und Fußdecken von Bast, Stroh und Schilf, ordinäre:										
	1. ungefärbt	1 Centr.		5				17 1/2			
	2. gefärbt	1 Centr.	3				5	15			16 in Fässern u. Kisten. 6 in Ballen.
	b) Stroh- und Bastgeflechte, Decken von ungespaltenem Stroh, Span- und Rohrhüte ohne Garnitur	1 Centr.	10				17	30			20 in Kisten.
	c) Bast- und Strohhüte ohne Unterschied	1 Centr.	50				87	30			9 in Ballen.

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
36	Talg (eingeschmolzenes Thierfett) und Stearin	1 Centr.	3				5	15			13 in Fässern u. Kisten.
37	Theer (Mineraltheer und anderer), Daggert, Pech	1 Centr.		5				17½			
38	Töpferwaaren:										
	a) Gemeine Töpferwaaren, Fliesen, Schmelztiegel	1 Centr.		10				35			
	b) Einfarbiges oder weißes Fayence oder Steingut, irdene Pfeifen	1 Centr.	5				8	45			
	c) Bemaltes, bedrucktes, vergoldetes oder versilbertes Fayence oder Steingut	1 Centr.	10				17	30			
	d) Porzellan, weißes	1 Centr.	10				17	30			
	e) Porzellan, farbiges, und weißes mit farbigen Streifen, auch dergleichen mit Malerei oder Vergoldung	1 Centr.	25				43	45			22 in Kisten. 13 in Körben.
	f) Fayence, Steingut und anderes Erdgeschirr, auch weißes Porzellan und Email in Verbindung mit unedlen Metallen	1 Centr.	10				17	30			
	g) Dergleichen in Verbindung mit Gold, Silber, Platina, Semilor und anderen feinen Metallgemischen, ingleichen alles übrige Porzellan in Verbindung mit edlen oder unedlen Metallen	1 Centr.	50				87	30			

№	Benennung der Gegenstände.	Maaß-stab der Ver-zollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
39	Vieh:										
	a) Pferde, Mauleſel, Maulthiere, Eſel	1 Stück.	1	10			2	20			
	b) Rindvieh:										
	1. Ochſen und Zuchtſtiere.	1 Stück.	5				8	45			
	2. Kühe . . .	1 Stück.	3				5	15			
	3. Jungvieh . .	1 Stück.	2				3	30			
	4. Kälber . .	1 Stück.		5				17½			
	c) Schweine:										
	1. gemäſtete	1 Stück.	1				1	45			
	2. magere.	1 Stück.		20			1	10			
	3. Spanferkel .	1 Stück.		5				17½			
	d) Hämmel	1 Stück.		15				52½			
	e) Anderes Schafvieh und Ziegen .	1 Stück.		5				17½			
	Anmerk. 1. Pferde und andere vorgenannte Thiere ſind zollfrei, wenn aus dem Gebrauche, der von ihnen beim Eingange gemacht wird, überzeugend hervorgeht, daß ſie als Zug- oder Laſtthiere zum Angeſpann eines Reiſe- oder Frachtwagens gehören, oder zum Waarentragen dienen, oder die Pferde von Reiſenden zu ihrem Fortkommen geritten werden müſſen. Fohlen, welche der Mutter folgen, gehen frei ein.										
	2. Auf der Grenzlinie von Oberwieſenthal in Sachſen bis Schuſterinſel in Baden werden zu folgenden ermäßigten Sätzen eingelaſſen:										
	a) Magere Ochſen	1 Stück.	1	10			2	20			
	b) Zuchtſtiere und Kühe.	1 Stück.	1				1	45			
	c) Jungvieh	1 Stück.		20			1	10			

Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½ Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
Anmerk. 3. Auf der Grenzlinie von Harburg bis Leer, beide Orte eingeschlossen, werden zu folgenden ermäßigten Sätzen eingelassen:										
a) Füllen unter einem Jahr . .	1 Stück.	.	15	.	.	.	52½			
b) magere Ochsen .	1 Stück.	2	15			4	22½		.	
c) magere Kühe . .	1 Stück.	1	15			2	37½			
d) magere Rinder	1 Stück.	1			.	1	45			
zu b, c und d, wenn sie zur Mastung bestimmt sind und unter den erforderlichen Controlen.										
Wachsleinwand, Wachsmousselin, Wachstaft:										
a) Grobe unbedruckte Wachsleinwand	1 Centr.	2			.	3	30		.	
b) Alle anderen Gattungen, ingleichen Wachsmousselin und Malertuch .	1 Centr.	5			.	8	45		.	13 in Kisten. 9 in Körben. 6 in Ballen.
c) Wachstafft	1 Centr.	11	.			19	15		.	
d) Alle mit Gummi elasticum oder Gutta percha überzogenen Gewebe . . .	1 Centr.	20			.	35	.		.	
Anmerk. Gummidrucktücher, für Fabriken auf Erlaubnißscheine unter Controle	1 Centr.	10	.		.	17	30		.	
Wolle und Wollenwaaren:										
a) Schafwolle, rohe und gekämmte, einschließlich der Gerberwolle	1 Centr.	frei.		.		10	frei.		.	35
Anmerk. Haidschnuckenwolle zahlt beim Ausgange über die Hannoversche und Oldenburgische Grenze 2½ Ngr. (8¾ Xr.) vom Centner.										

№	Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	Ausgang. Rthlr.	Ngr.	Abgabensätze nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	Ausgang. Fl	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht Pfund.
	b) Weißes drei- oder mehrfach gezwirntes wollenes und Kameelgarn, auch Garn aus Wolle und Seide; desgleichen alles gefärbte Garn . . .	1 Centr.	8				14				16 in Fässern u. Kist 6 in Ballen.
	c) Waaren aus Wolle (einschließlich anderer Thierhaare) allein oder in Verbindung mit anderen, nicht seidenen Spinnmaterialien gefertigt:										
	1. bedruckte Waaren aller Art; ungewalkte Waaren (ganz oder theilweise aus Kammgarn), wenn sie gemustert (d. h. façonirt gewebt, gestickt oder brochirt) sind; Umschlagetücher mit angenähten gemusterten Kanten; Posamentier-, Knopfmacher- und Stickereiwaaren, außer Verbindung mit Eisen, Glas, Holz, Leder, Messing und Stahl . . .	1 Centr.	50				87	30			
	2. gewalkte unbedruckte Tuch-, Zeug- und Filzwaaren; Strumpfwaaren aller Art; sowie alle ungewalkte ungemusterte Waaren	1 Centr.	30				52	30			20 in Kisten. 7 in Ballen.
	3. Fußteppiche	1 Centr.	20				35				
	Anmerk. Einfaches und doublirtes ungefärbtes Wollengarn, sowie Oeltücher aus Roßhaaren, ingleichen ganz grobe Gewebe aus Kälberhaaren und Werg zahlen die allgemeine Eingangsabgabe.										

Benennung der Gegenstände.	Maaßstab der Verzollung.	Abgabensätze nach dem 14-Thalerfuß (mit der Eintheilung des Thalers in 30stel), beim Eingang. Rthlr.	Ngr.	beim Ausgang. Rthlr.	Ngr.	nach dem 24½-Guldenfuß, beim Eingang. Fl.	Xr.	beim Ausgang. Fl.	Xr.	Für Tara wird vergütet vom Centner Brutto-Gewicht: Pfund.
Zink und Zinkwaaren:										
a) Roher Zink	1 Centr.	1	.			1	45			
b) Bleche und grobe Zinkwaaren .	1 Centr.	3	10			5	50			10 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben.
c) Feine, auch lackirte Zinkwaaren	1 Centr.	10				17	30			20 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben.
Zinn und Zinnwaaren:										
a) Grobe Zinnwaaren, als: Schüsseln, Teller, Kessel und andere Gefäße, Röhren und Platten	1 Centr.	2				3	30			10 in Fässern u. Kisten. 6 in Körben.
b) Andere feine, auch lackirte Zinnwaaren, Spielzeug und dergleichen . .	1 Centr.	10				17	30			20 in Fässern u. Kisten. 13 in Körben.

Anmerk. Von Zinn in Blöcken, Stangen u. s. w. und altem Zinn wird die allgemeine Eingangsabgabe erhoben.

Dritte Abtheilung.

Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Durchfuhr angemeldet werden.

1. Die in der ersten Abtheilung des Tarifs benannten Gegenstände bleiben auch bei der Durchfuhr in der Regel abgabenfrei.
2. Von Gegenständen, welche nach der zweiten Abtheilung des Tarifs beim Eingange oder Ausgange, oder in beiden Fällen zusammen genommen, mit weniger als 10 Ngr. oder 35 Xr. vom Centner, oder nach Maaß oder Stückzahl belegt sind, ist in der Regel als Durchgangsabgabe der Betrag jener Eingangs- und Ausgangsabgaben zu entrichten.
3. Für Gegenstände, bei welchen die Eingangs- oder Ausgangsabgabe, oder beide zusammen, 10 Ngr. oder 35 Xr. vom Centner erreichen oder übersteigen, wird in der Regel nur jener Satz von 10 Ngr. oder 35 Xr. vom Centner, sodann:

		vom Stück:
a)	von Pferden, Mauleseln, Maulthieren, Eseln	$1\frac{1}{3}$ Rthlr. oder 2 Fl. 20 Xr.
b)	= Ochsen und Zuchtstieren	1 = = 1 = 45 =
c)	= Kühen und Jungvieh . .	$\frac{1}{2}$ = = — = $52\frac{1}{2}$ =
d)	= Schweinen und Schafvieh	$\frac{1}{6}$ = = — = $17\frac{1}{2}$ =
e)	= Heringen, auch beim Durchgange auf den im II. Abschnitte genannten Straßen, für je zwei Tonnen . . .	$\frac{1}{4}$ = — = 26

als Durchgangsabgabe entrichtet.

4. Für den Transit auf gewissen Straßen oder für gewisse Gegenstände sind ausnahmsweise geringere Sätze festgestellt.

Diese Ausnahmen sind folgende:

I. Abschnitt.

Bei der Durchfuhr von Waaren, welche

A. rechts der Oder seewärts oder landwärts über die Grenzlinien von Memel bis Myslowitz (die Eisenbahnstraße über Myslowitz ausgeschlossen) ein- und über irgend welchen Theil der Vereinszollgrenze wieder ausgehen; desgleichen welche

B. durch die Odermündungen oder links der Oder eingehen, und rechts der Oder seewärts oder landwärts über die Grenzlinie von Memel bis Myslowitz (die Eisenbahnstraße über Myslowitz ausgeschlossen) wieder ausgehen; und endlich, welche

C. auf der Eisenbahn über Myslowitz ein- und rechts der Oder wieder ausgehen, wird erhoben vom Centner $3\frac{1}{2}$ Ngr. oder $12\frac{1}{4}$ Xr.

Ausnahmsweise ist zu entrichten:

1. Von Salz (25 t.), wenn solches durch die Häfen von Danzig, Memel und über Pillau eingeführt wird zum Bedarf der Königlich Polnischen Salz-Administration unter Controle der Königlich Preußischen Salz-Administration, von der Preußischen Last . . . . . 3 Rthlr.
2. Von Weizen und anderen unter Nr. 3. nicht besonders genannten Getreidearten, desgleichen von Hülsenfrüchten, als: Bohnen, Erbsen, Linsen, Wicken, auf der Weichsel, dem Niemen und der Warthe eingehend und durch die Häfen von Danzig und Memel, auch über Elbing und Königsberg über Pillau, sowie über Stettin ausgehend, vom Preußischen Scheffel . . . . . 2 Ngr.
3. Von Roggen, Gerste und Hafer, auf denselben Strömen ein- und über die vorgenannten Häfen ausgehend, vom Preußischen Scheffel . . . . . $\frac{1}{2}$ Ngr.

II. Abschnitt.

Bei der Durchfuhr durch nachgenannte Theile des Vereinsgebiets oder auf nachgenannten Straßen wird von den beim Ein- und Ausgange höher belegten Gegenständen an Durchgangsabgabe nur erhoben:

A. Von Waaren, welche durch die Odermündungen oder links der Oder, oder auf der Straße über Neu-Berun, oder endlich auf der Eisenbahn über Myslowitz ein- und links der Oder oder auf der Straße über Neu-Berun, oder auf der Eisenbahn über Myslowitz, oder endlich durch die Odermündungen wieder ausgehen (mit Ausschluß der Durchfuhr auf den nachstehend unter B. und C. bezeichneten Straßenzügen), vom Centner . . . . . 5 Ngr. oder $17\frac{1}{2}$ Xr.

B. Von Waaren, welche

1. über die südliche Grenzlinie von Saarbrücken bis zur Donau (beide eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen; ingleichen, welche
2. rheinwärts eingeführt, aus den Häfen zu Mainz und Biebrich oder oberhalb gelegenen Rheinhäfen, aus Mainhäfen oder aus Neckarhäfen über die Grenzlinie von Mittenwald bis zur Donau (diese eingeschlossen) wieder ausgehen, und umgekehrt; ferner, welche
3. über die Grenzlinie von Schusterinsel in Baden bis Waidhaus in Bayern (beide Orte eingeschlossen) ein- und wieder ausgehen, vom Centner $2\frac{1}{2}$ Ngr. oder $8\frac{3}{4}$ Xr.

C. Von Waaren, welche rheinwärts eingeführt, aus den Häfen zu Mainz und Biebrich oder aus oberhalb gelegenen Rheinhäfen über die Grenzlinie von Saarbrücken bis

Neuburg a. R. (beide Orte eingeschlossen) wieder ausgehen, oder umgekehrt, vom Centner . . . . . $1\frac{3}{10}$ Ngr. oder $4\frac{3}{8}$ Xr.

D. Von Vieh, welches auf den vorstehend unter B. und C. bezeichneten Straßen durchgeführt wird, sowie von demjenigen, welches

1. auf der linken Rheinseite ein- und wieder ausgeht, und
2. auf der linken Rheinseite nördlich von Saarbrücken eingeht und über die südliche Grenzlinie zwischen Neuburg am Rhein und Mittenwald in Bayern (diesen Ort eingeschlossen) wieder ausgeht, oder umgekehrt,

und zwar:

	vom Stück.			
	Rthlr.	Ngr.	Fl.	Xr.
von Pferden, Maulthieren, Eseln, Ochsen und Zuchtstieren, Kühen und Jungvieh	—	$\frac{9}{10}$	—	3
von Säugefüllen, Schweinen und Schafvieh	—	$\frac{3}{10}$	—	1

III. Abschnitt.

Bei der Durchfuhr auf Straßen, welche das Vereinsgebiet auf kurzen Strecken durchschneiden und für welche die örtlichen Verhältnisse eine weitere Ermäßigung der Durchgangsgefälle oder deren Verwandlung in eine nach Pferdesladungen zu entrichtende Controlgebühr erfordern, werden die obersten Finanzbehörden der betheiligten Regierungen solche Ermäßigungen anordnen und zur allgemeinen Kunde bringen lassen.

Vierte Abtheilung.

Hinsichts der Schifffahrtsabgaben bei dem Transport von Waaren auf der Elbe, der Weser, dem Rhein und dessen Nebenflüssen (Mosel, Main und Neckar), bewendet es im Allgemeinen bei den in der Wiener Congreßacte enthaltenen Bestimmungen, oder den, auf den Grund derselben über die Schifffahrt auf einzelnen dieser Ströme bereits abgeschlossenen Uebereinkünften.

Fünfte Abtheilung.

Allgemeine Bestimmungen.

I. Der Ein-, Aus- und Durchgangszoll wird nach denjenigen Tarifsätzen und Vorschriften entrichtet, welche an dem Tage gültig sind, an welchem:

1. die zum Eingange bestimmten Waaren bei der competenten Zollstelle zur Verzollung oder zur Abfertigung auf Begleitschein II.,

2. die zum Ausgange bestimmten ausgangszollpflichtigen Waaren bei einer zur Erhebung des Ausgangszolles befugten Abfertigungsstelle,
3. die zum Durchgange bestimmten Waaren:
   a) im Falle der unmittelbaren Durchfuhr, bei dem Grenzeingangsamte zur Durchfuhr,
   b) im Falle der mittelbaren Durchfuhr, bei dem Niederlageamte zur Versendung nach dem Auslande

angemeldet und zur Abfertigung gestellt werden.

II. Der dem Tarife zu Grunde liegende, mit den in den Großherzogthümern Baden und Hessen allgemein eingeführten Gewichten übereinstimmende Centner, der Zollcentner, ist in hundert Pfunde getheilt, und es sind von diesen

Zollpfunden:

$935\frac{422}{1000}$ = 1000 Preußischen (Kurhessischen) Pfunden,
1120 = 1000 Bayerischen Pfunden,
2000 = 1000 Rheinbayerischen Kilogrammen,
$935\frac{456}{1000}$ = 1000 Württembergischen Pfunden,
$933\frac{673}{1000}$ = 1000 Sächsischen (Dresdener) Pfunden.

Demnach sind gleich zu achten:

Zollpfunde:

14 = 15 Preußischen (Kurhessischen) Pfunden,
28 = 25 Bayerischen Pfunden,
2 = 1 Rheinbayerischen Kilogramm,
14 = 15 Württembergischen Pfunden,
14 = 15 Sächsischen (Dresdener) Pfunden;

und

Zollcentner:

36 = 35 Preußischen (Kurhessischen) Centnern zu 110 Pfunden,
28 = 25 Bayerischen Centnern zu 100 Pfunden,
2 = 1 Rheinbayerischen Quintal zu 100 Kilogrammen,
36 = 37 Württembergischen Centnern zu 104 Pfunden,
36 = 35 Sächsischen (Dresdener) Centnern zu 110 Pfunden.

III. Werden Waaren unter Begleitscheincontrole versandt, oder bedarf es zum Waarenverschlusse der Anlegung von Bleien, so wird erhoben:

für einen Begleitschein 2 Ngr. oder 7 Kreuzer,
für ein angelegtes Blei 1 Ngr. oder $3\frac{1}{2}$ Kreuzer.

Wegen der Meßgebühren (Meßunkosten) ist das Nöthige in den Meßordnungen, hinsichtlich der Leipziger Meßgebühren insonderheit aber in der Verordnung vom 24sten

December 1836 (Seite 339 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1836), enthalten. Andere Nebenerhebungen sind unzulässig.

IV. a) Die Zölle werden entweder nach dem Bruttogewichte, oder nach dem Nettogewichte erhoben.

Unter Bruttogewicht wird das Gewicht der Waare in völlig verpacktem Zustande, mithin in ihrer gewöhnlichen Umgebung für die Aufbewahrung und mit ihrer besonderen für den Transport verstanden.

Das Gewicht der für den Transport nöthigen besonderen äußeren Umgebung wird Tara genannt.

Ist die Umgebung für den Transport und für die Aufbewahrung nothwendig ein und dieselbe, wie es z. B. bei Syrop u. s. w. die gewöhnlichen Fässer sind, so ist das Gewicht dieser Umgebung die Tara.

Das Nettogewicht ist das Gewicht nach Abzug der Tara. Die kleineren, zur unmittelbaren Sicherung der Waaren nöthigen Umschließungen (Flaschen, Papier, Pappen, Bindfaden und dergl.) werden bei Ermittelung des Nettogewichts nicht in Abzug gebracht; eben so wenig Unreinigkeiten und fremde Bestandtheile, welche der Waare beigemischt sein möchten.

b) Die Zölle werden vom Bruttogewichte erhoben:

1. von allen verpackt transitirenden Gegenständen;
2. von den im Lande verbleibenden, wenn die Abgabe einen Thaler oder einen Gulden und fünf und vierzig Kreuzer vom Centner nicht übersteigt;
3. von anderen Waaren, wenn nicht eine Vergütung für Tara im Tarife ausdrücklich festgesetzt ist.

c) Von allen Gegenständen, von welchen nach vorstehender Bestimmung der Zoll nicht nach dem Bruttogewichte zu erheben ist, wird das Nettogewicht der Verzollung zu Grunde gelegt.

d) Bei Bestimmung dieses Nettogewichts ist Folgendes zu beobachten:

1. In der Regel wird die Vergütung für Tara nach den im Zolltarife bestimmten Sätzen berechnet.
2. Gehen Waaren, für welche eine Taravergütung zugestanden ist, blos in einfache Säcke von Pack- oder Sackleinen, in Schilf- oder Strohmatten oder ähnlichem Material gepackt ein, so können, mit Ausnahme der Bestimmung bei Pos. 25. m. Abth. II., 4 Pfund vom Zollcentner für Tara gerechnet werden.

   Unter den im Tarife mit einem höheren Tarasatze als 4 Pfund aufgeführten Ballen wird in der Regel eine doppelte Umschließung von dem für einfache Säcke bezeichneten Material verstanden. Auf einfache Emballage

ist diese höhere Tara für Ballen nur dann anwendbar, wenn das dazu verwandte Material nach dem Ermessen der Zollbehörde erheblich schwerer als bei Säcken ins Gewicht fällt.

Bei Waaren, für welche der Tarif eine 4 Pfund übersteigende Tara für Ballen vorschreibt, ist es, wenn Ballen von einem Bruttogewichte über 8 Centner zur Verzollung angemeldet werden, der Wahl des Zollpflichtigen überlassen, entweder sich mit der Taravergütung für 8 Centner zu begnügen, oder auf Ermittelung des Nettogewichts durch Verwiegung anzutragen.

Bei baumwollenen und wollenen Geweben (Tarif, Abth. II. 2 c. und 4 l c.) findet diese Bestimmung schon Anwendung, wenn Ballen von einem Bruttogewichte über 6 Centner angemeldet werden, dergestalt, daß dabei nur von 6 Centnern eine Tara bewilligt wird.

3. Es ist der Wahl des Zollpflichtigen überlassen, ob er bei Gegenständen, deren Verzollung nach dem Nettogewichte stattfindet, den Taratarif gelten, oder das Nettogewicht entweder durch Verwiegung der Waaren ohne die Tara, oder der letzteren allein, ermitteln lassen will.

   Bei Flüssigkeiten und anderen Gegenständen, deren Nettogewicht nicht ohne Unbequemlichkeit ermittelt werden kann, weil ihre Umgebung für den Transport und die Aufbewahrung dieselbe ist, wird die Tara nach dem Tarife berechnet, und der Zollpflichtige hat kein Widerspruchsrecht gegen Anwendung desselben.

4. In Fällen, wo eine von der gewöhnlichen abweichende Verpackungsart der Waare und eine erhebliche Entfernung von dem in dem Tarife angenommenen Tarasatze bemerkbar wird, ist auch die Zollbehörde befugt, die Nettoverwiegung eintreten zu lassen.

e) Wo bei der Waarendurchfuhr auf kurzen Straßenstrecken (Dritte Abtheilung, Abschnitt III.) geringere Zollsätze stattfinden, kann, auch wenn sonst die Abschätzung des Gewichts nachgelassen wird, mit Vorbehalt der speciellen Verwiegung, im Ganzen berechnet werden:

   die Traglast eines Lastthieres zu drei Centner,
   die Ladung eines Schubkarrens zu zwei Centner,
   " " einspännigen Fuhrwerks zu funfzehn Centner,
   " " zweispännigen Fuhrwerks zu vier und zwanzig Centner,

   und für jedes weiter vorgespannte Stück Zugvieh zwölf Centner mehr.

V. Bei den aus gemischten nicht seidenhaltigen Gespinnsten gefertigten Waaren muß bei der Declaration auf das darin vorhandene Material, insofern dasselbe zu der eigentlichen Waare gehört, Rücksicht genommen und es müssen aus Baumwolle und Lei-

nen ꝛc. ohne Beimischung von Wolle, gefertigte Waaren nach ihren Urstoffen oder als baumwollene Waaren declarirt werden. Besteht eine Waare (mit Ausschluß der Gold- und Silberstoffe und der Bänder) aus Seide oder Floretseide in Verbindung mit anderen Gespinnsten aus Baumwolle, Leinen oder Wolle, so genügt die Declaration als halbseidene Waare. Die gewöhnlichen Weberkanten (Anschroten, Saumleisten, Saalband, Lisière) an den Zeugwaaren bleiben dabei und bei der Zollclassification außer Betracht.

VI. Sind in einem und demselben Collo Waaren zusammengepackt, welche verschiedenen Zollsätzen unterliegen, so muß bei der Declaration zugleich die Menge einer jeden Waarengattung nach ihrem Nettogewichte angegeben werden.

Geschieht dieß nicht, so muß entweder der Inhaber der Waaren dieselben Behufs der speciellen Revision beim Grenzzollamte auspacken, oder es wird, Falls er das letztere, ungeachtet der ihm über die Folgen der Unterlassung gemachten Eröffnung, ablehnt und seine dießfällige Erklärung in den Begleitschein amtlich aufgenommen worden, im Bestimmungsorte von dem ganzen Gewichte des Collo der Abgabensatz erhoben, welcher von der am höchsten besteuerten Waare, die darin enthalten, zu erlegen ist. Ausgenommen hiervon sind: Glas, Glaswaaren, Instrumente, Porzellan, Steingut und kurze Waaren, sowie alle sprachgebräuchlich zu den kurzen Waaren (Mercerie) gehörigen, im Tarife nicht als solche bezeichneten, sondern unter anderen Nummern aufgeführten Gegenstände, wenn die Beschaffenheit der Emballage solcher Waaren einen ganz zuverlässigen Verschluß gestattet.

VII. Die Declaration der sprachgebräuchlich zu den kurzen Waaren (Mercerie) gehörigen, im Tarife nicht als solche bezeichneten, sondern unter anderen Nummern aufgeführten Gegenstände als „Kurze Waaren“ (Tarif, Abtheilung II. Nr. 20.) soll nicht die Verzollung derselben nach dem höheren Tarifsatze für kurze Waaren zur Folge haben, sondern es soll die Abgabenentrichtung nach dem Revisionsbefunde zulässig bleiben, wenn der Zollpflichtige vor der Revision auf specielle Ermittelung anträgt.

VIII. a) Von Waaren, welche zum Durchgange bestimmt sind, wird:

1. sofern dieselben zu einer Niederlage (Packhof, Hallamt) declarirt werden, die Durchgangsabgabe erst bei dem weiteren Transport von der Niederlage erhoben;
2. sofern dieselben zum unmittelbaren Durchgang declarirt werden, erfolgt die Entrichtung der Durchgangsabgabe in der Regel gleich beim Eingangsamte, wo nicht aus örtlichen Rücksichten Ausnahmen angeordnet, oder, bei veränderter Richtung des Waarenzugs, Nacherhebungen beim Ausgangs- oder Packhofsamte nöthig werden.

b) Von Waaren, welche keine höhere Abgabe beim Eingange tragen, als die allgemeine Eingangsabgabe ($\frac{1}{2}$ Thaler oder $52\frac{1}{2}$ Kreuzer vom Centner), und nach der dritten Abtheilung beim Durchgange nicht mit einer geringeren Abgabe belegt sind, als an Eingangsabgabe oder Ausgangsabgabe, oder an beiden zusammen genommen davon zu entrichten sein würde, müssen die Gefälle gleich beim Eingangsamte erlegt werden, vorbehaltlich örtlicher Ausnahmen wie bei a. 2.

c) Waaren dagegen, welche höher belegt, oder nicht unter vorstehender Ausnahme begriffen und nach einem Orte, wo sich ein Haupt-Zoll- oder Haupt-Steueramt oder eine andere competente Hebestelle befindet, adressirt sind, können unter Begleitscheincontrole von den Grenzämtern dorthin abgelassen und es können daselbst die Gefälle davon entrichtet werden. An solchen Orten, wo Niederlagen befindlich sind, erfolgt sodann die Gefälleentrichtung erst, wenn die Waaren aus der Niederlage entnommen werden sollen.

IX. a) Bei Nebenzollämtern erster Classe können Gegenstände, von welchen die Gefälle nicht über fünf Thaler oder $8\frac{3}{4}$ Gulden vom Centner betragen, in unbeschränkter Menge eingehen.

Höher belegte Gegenstände dürfen nur dann über solche Aemter eingeführt werden, wenn die Gefälle von dergleichen auf einmal eingehenden Waaren den Betrag von funfzig Thalern oder $87\frac{1}{2}$ Gulden nicht übersteigen.

Den Ausgangszoll können Nebenzollämter erster Classe ohne Beschränkung hinsichtlich des Betrags erheben.

b) Bei Nebenämtern zweiter Classe kann Getreide in unbeschränkter Menge eingehen.

Waaren, welche mit geringeren Sätzen als sechs Thalern oder $10\frac{1}{2}$ Gulden vom Centner belegt sind, und Vieh dürfen über Nebenzollämter zweiter Classe in Mengen eingeführt werden, von welchen die Gefälle für die ganze Waarenladung oder den ganzen Viehtransport den Betrag von zehn Thalern oder $17\frac{1}{2}$ Gulden nicht übersteigen.

Der Eingang von höher belegten Gegenständen ist aber nur in Mengen von höchstens zehn Pfund im Einzelnen über solche Nebenämter zulässig, mit der Maaßgabe, daß auch die Gefälle von den in einem Transport eingehenden Waaren solcher Art den Betrag von zehn Thalern oder $17\frac{1}{2}$ Gulden nicht übersteigen dürfen.

Den Ausgangszoll können Nebenzollämter zweiter Classe bis zum Betrage von zehn Thalern oder $17\frac{1}{2}$ Gulden erheben.

c) Insoweit Nebenzollämter von der betreffenden obersten Finanzbehörde erweiterte Abfertigungsbefugnisse erhalten, werden darüber geeignete Bekanntmachungen ergehen.

Die Gefälle müssen bei den Nebenzollämtern sogleich erlegt werden, insofern dieselben nicht ausnahmsweise zur Ertheilung von Begleitscheinen ermächtigt werden.

X. Es bleiben bei der Abgabenerhebung außer Betracht und werden nicht versteuert: alle Waarenquantitäten unter $\frac{1}{1000}$ des Centners. — Gefällebeträge von weniger als einem halben Neugroschen oder einem Kreuzer werden überhaupt nicht erhoben. In beiderlei Beziehungen bleiben im Falle des Mißbrauchs örtliche Beschränkungen vorbehalten.

XI. Hinsichtlich des Verhältnisses, nach welchem die Gold- und Silbermünzen der sämmtlichen Vereinsstaaten — mit Ausnahme der Scheidemünze — bei Entrichtung der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben anzunehmen sind, wird auf die besonderen Kundmachungen verwiesen.

Tag der Ausgabe: der 5te November 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
18tes Stück vom Jahre 1853.

№ 78) Verordnung,

die Provocation auf Ablösung aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Naturalleistungen, Lehngeldberechtigungen und Dienste betreffend, welche Kirchen, Stiftungen, Geistlichen, Lehrern und Kirchendienern zustehen;

vom 25sten October 1853.

Das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts hat durch Verordnung vom 6ten August 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 306) die Kirchen- und Schulinspectionen angewiesen, die Ablösung der den Kirchen, Schulen und Stiftungen, sowie den Pfarr- und Schullehnen zustehenden Natural- und Geldgefälle, Lehngeldberechtigungen und Dienste des Förderſamſten einzuleiten und eine freie Vereinigung darüber zwischen den Verpflichteten und den Berechtigten zu vermitteln.

Es bewendet auch fernerhin bei den Bestimmungen dieser Verordnung, welcher von den Kirchen- und Schulinspectionen, wo es nicht bereits geschehen, mit möglichster Beschleunigung nachzugehen ist.

Da jedoch der Termin, bis zu welchem nach § 23 des Gesetzes vom 15ten Mai 1851, „Nachträge zu den bisherigen Ablösungsgesetzen betreffend" (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 129), auf Ablösung aller auf einseitigen Antrag ablösbaren Grundlasten und Dienstbarkeiten, mit Ausnahme der Geldgefälle, bei Verlust des Realrechts und später des ganzen Anspruchs, provocirt werden muß, nahe bevorsteht und sehr viele Ablösungen noch nicht bis zur Bestätigung der Recesse durch die Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen gelangten, allen Ablösungsverhandlungen aber, welche nicht vor dazu bestellten Specialcommissionen eingeleitet worden sind, die Wirkung einer bei der Generalcommission angebrachten Provocation nicht beigelegt werden kann, so findet das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts für nöthig, noch Folgendes anzuordnen:

1. Alle Kirchen- und Schulinspectionen, in der Oberlausitz die Collaturbehörden, haben wegen aller den Kirchen, Schulen und Stiftungen, den geistlichen- und Schullehnen ihrer Inspection zustehenden Naturalbezüge, Spann- und Handdienste, Lehngeld- und andern, namentlich der § 101 des Ablösungsgesetzes vom 17ten März 1832 benannten Berechtigungen, über deren Ablösung ein von der Generalcommission bestätigter Vertrag

noch nicht vorliegt, oder vor einer von dieser Commission bestellten Specialcommission Verhandlungen nicht schon anhängig sind, sofort und jedenfalls noch im Laufe des Monats December 1853 eine Provocation bei der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen einzureichen, derselben aber dabei zugleich anzuzeigen, in welcher Lage sich die in Folge der Verordnung vom 6ten August 1851 eingeleiteten Verhandlungen über eine Ablösung durch freie Vereinigung befinden.

2. Diese Provocation erscheint nothwendig selbst in dem Falle, wenn über eine zum Abschlusse gekommene freie Vereinigung ein Receß abgefaßt, von beiden Theilen vollzogen und der Generalcommission schon vorgelegt worden ist, da auch gegen einen solchen, bevor er die Bestätigung der Commission erlangt hat, wegen etwaiger Mängel Zweifel über das Vorhandensein eines beide Theile rechtlich verbindenden Vertragsabschlusses mit Erfolg erhoben werden könnten.

3. Es ist dem Ministerium wiederholt der Fall vorgekommen, daß die Gemeinden Naturalbezüge ihrer Lehrer bei der Fixation der Gehalte derselben oder bei anderer Gelegenheit zur Schulcasse gezogen und die Schulinspectionen solche Leistungen deshalb von der Ablösung ausgeschlossen haben. Da jedoch die Ueberweisung einer Befugnißabgabe an die Schulcasse die Natur derselben nicht verändern, sie nicht in eine unablösliche Parochiallast verwandeln kann, so werden die Inspectionen noch insbesondere erinnert, auch wegen solcher Naturalleistungen im Namen der Schullehne oder kirchlichen Nebenämter, für deren Rechnung sie zur Ablösung zu bringen sind, rechtzeitig zu provociren.

4. Zu unterlassen dagegen ist die Provocation bei solchen Naturalleistungen, welche auf einem Grunde des öffentlichen Rechts beruhen und deshalb als Parochiallasten einer Ablösung nicht unterliegen*).

Die Kirchen- und Schulinspectionen, welche sich übrigens in Befolgung der Verordnung vom 6ten August 1851 schon jetzt eine genaue Kenntniß aller ablösbaren Bezüge der in ihren Bezirken befindlichen Kirchen, Schulen und Stiftungen, der geistlichen- und Schullehne verschafft haben werden, erhalten hiermit Anweisung, bei eigener Verantwortung der vorstehenden Verordnung pünktlich und vollständig nachzugehen.

Die Herausgeber von Zeitschriften, welche auch andere als literarische Anzeigen gegen Insertionsgebühren aufnehmen, haben diese Verordnung unentgeldlich in einer der beiden nächsten Nummern ihrer Zeitschrift aufzunehmen. Dresden, am 25sten October 1853.

Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts.

von Falkenstein. Schreyer.

*) Gesetz vom 17ten März 1832, § 52 a. (Sammlung der Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1832, Seite 163.) Gesetz vom 15ten Mai 1851, § 10. (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1851, Seite 129.) Verordnung des Ministeriums des Innern vom 22sten October 1853. (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 202.)

Letzte Absendung: am 11ten November 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
19tes Stück vom Jahre 1853.

№ 79) Decret
wegen Bestätigung der Sparcassenordnung für Siebenlehn;
vom 22sten September 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

thun hiermit kund und zu wissen, daß Wir auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern die von dem Stadtrathe zu Siebenlehn im Einverständnisse mit den dasigen Stadtverordneten beabsichtigte Errichtung einer von der Stadtgemeinde zu vertretenden Sparcassenanstalt für die Stadt Siebenlehn genehmigt und die Uns vorgelegte Sparcassenordnung, welche in den §§ 16, 18, 19 und 20 einige Abweichungen von dem gemeinen Rechte enthält, dergestalt bestätigt haben, daß deren Inhalte von Allen, die sie angeht, genau nachgegangen werden soll.

Zu dessen Beurkundung ist dieses

Decret

ausgefertigt und unter Beidruck Unseres Königlichen Siegels von Uns eigenhändig vollzogen worden.

Dresden, den 22sten September 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.

Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

Sparcassenordnung
für die Stadt Siebenlehn im Amtsbezirke Nossen.

ꝛc. ꝛc.

§ 16. Alle Zahlungen der Einlagen und Zinsen werden an den Vorzeiger des Sparcassenbuchs, welcher als rechtmäßiger Inhaber angesehen wird, geleistet und die Sparcasse wird durch die darin bewirkte Abschreibung der gezahlten Gelder, sowie bei Rückzahlung des ganzen Capitals, durch die Rückgabe des Sparcassenbuchs, von allen weiteren Ansprüchen befreit. Zahlungsleistungen.

ꝛc. ꝛc.

Verlust eines Sparcassenbuchs.

§ 18. Wird einem Einleger das Sparcassenbuch entwendet oder kommt es ihm sonst auf eine andere Art abhanden, so hat er von dem Verluste dem Vorstande der Sparcassendeputation Anzeige zu machen. Die Deputation hat hierauf, wenn nicht etwa die Rückzahlung der Einlage bereits erfolgt ist, den Verlust auf Kosten des Verlierers durch die Leipziger Zeitung wie durch das Localblatt bekannt zu machen und den Inhaber aufzufordern, wenn er gerechte Ansprüche an das Buch zu haben vermeine, selbige binnen drei Monaten von dieser Bekanntmachung an bei der Deputation anzubringen.

Während dieser Zeit wird mit der Auszahlung der Einlage und der Zinsen angestanden.

Wird innerhalb dieser Zeit das Buch durch einen Anderen, als den, welcher den Verlust anzeigte, producirt, so wird die Sache zur weiteren Erörterung sofort an das Königliche Justizamt Nossen, vor welchem auch alle Streitigkeiten über das Eigenthum an Sparcassenbüchern und Einlagen ausschließlich entschieden werden sollen, abgegeben; wird aber das Sparcassenbuch binnen drei Monaten nicht producirt, so erhält der Verlierer, wenn er zuvor den Verlust und sein Eigenthum an dem verlorenen Buche bei der vorbemerkten Behörde eidlich bestärkt hat, ein neues Buch, wogegen das alte für ungültig zu erklären und solches in der vorstehenden Weise öffentlich bekannt zu machen ist.

Verkümmerungen.

§ 19. Verkümmerung in die Sparcasse eingelegter Gelder, mit Ausnahme des im § 18 erwähnten Falles, findet nicht Statt, doch kann die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner sich etwa vorfindenden Quittungsbücher der Sparcasse nicht verhindert werden.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

§ 20. Gegen die in gegenwärtiger Sparcassenordnung festgesetzten Fristen und Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

2c. 2c.

№ 80) Verordnung,

den Eingangszoll für Reis betreffend;

vom 7ten November 1853.

Einer unter sämmtlichen Zollvereinsstaaten getroffenen weiteren Vereinbarung gemäß wird, mit Allerhöchster Genehmigung, hierdurch bekannt gemacht, daß die Erhebung des Eingangszolls von Reis

vom 10ten dieses Monats an bis Ende dieses Jahres

einzustellen ist.

Hiernach haben sich die Zoll- und Steuerbehörden und alle Betheiligte zu achten.

Dresden, am 7ten November 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Schäfer.

Letzte Absendung: am 12ten November 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Königreich Sachsen,

20stes Stück vom Jahre 1853.

№ 81) Verordnung,

die Bestellung eines Landtagswahlcommissars betreffend;

vom 3ten November 1853.

Nachdem mit Leitung der erforderlich gewordenen Wahl eines Stellvertreters für den Landtagsabgeordneten im VIIten bäuerlichen Wahlbezirke

der Justizamtmann Lehmann zu Dippoldiswalda

mit Auftrag versehen worden ist, so wird dieß zur Nachachtung andurch bekannt gemacht und werden, unter Verweisung auf die Verordnung vom 4ten Januar 1842 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 21), alle bei dieser Wahl betheiligten Behörden zu deren Beschleunigung noch besonders angewiesen.

Dresden, den 3ten November 1853.

Ministerium des Innern.

Freiherr von Beust.

Eppendorf.

№ 82) Verordnung

an sämmtliche Untergerichte,

die Beschleunigung der nach § 18 der Ausführungsverordnung zum Preßgesetze vom 14ten März 1851 zu erstattenden Anzeigen betreffend;

vom 7ten November 1853.

Nach § 18 der Ausführungsverordnung zu dem Gesetze vom 14ten März 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 77), die Angelegenheiten der Presse betreffend, hat, wenn von der zuständigen Gerichtsbehörde in Verfolg einer eingeleiteten Untersuchung auf

Confiscation und Vernichtung eines Preßerzeugnisses wegen seines verbrecherischen Inhalts erkannt worden ist, die Untersuchungsbehörde dieß der Kreisdirection des Bezirks anzuzeigen, Letztere aber solches sodann in der Leipziger Zeitung öffentlich bekannt zu machen.

Da wahrzunehmen gewesen ist, daß die hier vorgeschriebenen Anzeigen der Gerichte bisweilen zu spät erfolgt sind, als daß von der darauf zu gründenden Bekanntmachung annoch ein dem Zwecke derselben entsprechender Erfolg zu erwarten gewesen wäre, so werden sämmtliche Untergerichte hierdurch angewiesen, nicht nur im Allgemeinen Untersuchungen, in denen ein Erkenntniß der obigen Art zu erwarten steht, möglichst zu beschleunigen, sondern auch die gedachten Anzeigen sofort, nachdem das zweite Erkenntniß bekannt gemacht ist, oder sich der Angeschuldigte dem ersten Erkenntnisse unterworfen hat, nach Befinden ohne Beifügung der Acten, zu erstatten.

Dresden, den 7ten November 1853.

Ministerium der Justiz.
Dr. Zschinsky.

Lamm.

№ 83) Bekanntmachung,

die erweiterte Anwendbarkeit des Oesterreichisch-Preußischen Handels- und Zollvertrags betreffend;

vom 15ten November 1853.

Unter Beziehung auf die Vereinbarung im Artikel 26 alin. 2 des Oesterreichisch-Preußischen, später auf sämmtliche Zollvereinsstaaten ausgedehnten Handels- und Zollvertrags vom 19ten Februar 1853 (Gesetz- und Verordnungsblatt von demselben Jahre Seite 112) wird hierdurch bekannt gemacht, daß, nachdem die Herzoglichen Regierungen von Modena und Parma diesem Vertrage beigetreten sind, dessen sämmtliche Bestimmungen auch auf die genannten Italienischen Staaten, nicht minder ebenso auf das Fürstenthum Liechtenstein, welches vermöge seines Vertrags mit Oesterreich vom 5ten Juni 1852 dem Zoll- und Steuersysteme des Kaiserstaats beigetreten ist, vom 1sten Januar 1854 ab Anwendung zu finden haben.

Hiernach haben sämmtliche Behörden des Landes, sowie Alle, die es sonst angeht, sich zu achten.

Dresden, am 15ten November 1853.

Finanz-Ministerium.
Behr. Schäfer.

№ 84) Verordnung,

den Transport von Schüblingen und die Einlieferung von Sträflingen und Correctionärs in die bezüglichen Anstalten betreffend;

vom 14ten November 1853.

Hinsichtlich der Schubtransporte besteht die den Polizeiobrigkeiten wiederholt eingeschärfte Anordnung, daß solche an Sonn-, Fest- und Bußtagen, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Generale vom 24sten Juli 1811 (C. A. 3te Forts. I. Abth. Seite 496), die Beobachtung einer zweckmäßigen Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier betreffend, weder einzuleiten noch fortzustellen seien.

Auf den nicht mittels Schubes, sondern im Wege der directen Einlieferung erfolgenden Transport von Sträflingen und Correctionärs in die Straf- und Correctionsanstalten ist jene Anordnung zwar ausdrücklich nicht erstreckt worden; es liegt jedoch zu Tage, daß hinsichtlich dieser Transporte die auf die Sonn- und Festtagsfeier zu nehmenden Rücksichten nicht nur ebenfalls einschlagen, sondern daß sie sogar dabei, wegen der aus der Vollziehung eines Aufnahmeactes an einem Sonn- oder Feiertage für die betreffende Anstalt und das dabei angestellte Beamtenpersonal hervorgehenden Störungen, noch in verstärktem Grade hervortreten. Da denselben gleichwohl, den noch neuerlich zu machen gewesenen Wahrnehmungen zu Folge, nicht immer die erforderliche Beachtung zu Theil zu werden pflegt, so finden sich die Ministerien der Justiz und des Innern veranlaßt, hiermit zu verordnen, daß, sowie Schubtransporte an Sonn-, Fest- und Bußtagen weder eingeleitet noch fortgestellt werden sollen, so auch bei der Einlieferung von Sträflingen und Correctionärs in die Straf- und Correctionsanstalten die Veranstaltungen Seiten der einliefernden Behörde stets so zu treffen sind, daß der Transport und die Abgabe an die Anstalt nicht auf einen Sonn- oder Feiertag falle.

Hiernach haben sich sämmtliche Behörden, die es angeht, zu achten.

Dresden, den 14ten November 1853.

Die Ministerien der Justiz und des Innern.

Dr. Ferdinand Zschinsky. Freiherr von Beust.

Eppendorf.

№ 85) Decret

wegen Bestätigung des Regulativs für die Sparcassenanstalt zu Radeburg;

vom 29sten October 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

thun hiermit kund und zu wissen, daß Wir auf den Vortrag Unserer Ministerien der Justiz und des Innern zu der von dem Stadtrathe zu Radeburg in Uebereinstimmung mit den Stadtverordneten daselbst beabsichtigten Errichtung einer von der Stadtgemeinde zu vertretenden Sparcassenanstalt für die Stadt Radeburg und die Umgegend Unsere Genehmigung ertheilt, und das dafür entworfene Regulativ unter Bewilligung der in den §§ 12, 13, 14 und 20 beanspruchten Rechtsvergünstigungen dergestalt bestätigt haben, daß dem Inhalte desselben von Allen, die es angeht, genau nachgegangen werden soll.

Zu dessen Urkund ist hierüber dieses

Decret

ausgefertigt und unter Beidruckung Unseres Königlichen Siegels von Uns eigenhändig vollzogen worden.

Dresden, den 29sten October 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.

Regulativ
für die Sparcassenanstalt in Radeburg.

ꝛc. ꝛc.

§ 12. Die Zurückzahlung der Einlagen erfolgt an den Ueberbringer des Quittungs- und Einlagebuchs bei einer Summe von und resp. bis zu fünf Thalern an jedem Expeditionstage auf dießfallsiges Verlangen sofort, bei einer Summe über fünf Thaler bis zu 25 Thaler — — nach acht Tage vorher bewirkter Aufkündigung, bei einer Summe über 25 Thaler — — bis zu 50 Thaler — — nach vierzehntägiger, bei einer Summe von 50 bis zu 100 Thaler — — nach vierwöchentlicher und bei einer Summe über 100 Thaler — — nach achtwöchentlicher Aufkündigung.

§ 13. Um Eigenthümer entwendeter oder auf andere Weise abhanden gekommener Quittungs- und Einlagebücher so viel als möglich zu unterstützen, wird man auf eine, mit Angabe der Nummer des angeblich abhanden gekommenen Buchs, bei der Expedition gemachte Anzeige sofort, wenn nicht etwa die Rückzahlung bereits geschehen ist, den Verlust gegen Erlegung der dadurch erwachsenen Kosten, durch Einrückung behufiger Nachricht in das Wochenblatt für Pulsnitz, Radeberg, Radeburg ꝛc. — deren Vertauschung mit einem anderen, zuvor öffentlich bekannt zu machenden Localblatte jedoch vorbehalten wird, — öffentlich bekannt machen, und den Inhaber auffordern, wenn er gerechte Ansprüche an das Buch zu haben vermeine, sich alsbald damit bei der Expedition zu melden, auch wird dann drei Monate lang mit der Zahlung des Guthabens angestanden.

Wird in dieser Zeit das Buch durch einen anderen, als den, welcher den Verlust anzeigte, bei der Expedition producirt, so wird die Sache sofort zunächst an den Stadtrath und von diesem an die Gerichtsbehörde über Radeburg abgegeben, wo nicht, so erhält der Eigenthümer des abhanden gekommenen Buchs nach Ablauf von drei Monaten, wenn er dessen unvorsätzlichen Verlust bei hiesiger Gerichtsbehörde eidlich erhärtet, unter Cassation des verlorenen, ein neues Quittungs- und Einlagebuch.

Um das Verlorengehen von dergleichen Büchern thunlichst zu vermeiden, sind selbige Kindern und anderen unzuverlässigen Personen niemals anzuvertrauen.

§ 14. Die eingezahlten Gelder nebst Zinsen, sowie die darüber ausgestellten Quittungsbücher und Einlagebücher sind einer Verkümmerung, in welchem Wege sie auch gesucht werden möchte, nicht unterworfen; jedoch mag dadurch die Hülfsvollstreckung in die bei einem Schuldner sich etwa vorfindenden Quittungs- und Einlagebücher keineswegs ausgeschlossen werden.

ꝛc. ꝛc.

§ 20. Gegen das Versäumniß an den im vorstehenden Regulative bestimmten Fristen, sowie gegen die darin angedrohten Rechtsnachtheile findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht Statt.

ꝛc. ꝛc.

№ 86) Verordnung,

die Bekanntmachung des Staatsvertrags wegen gegenseitiger Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehöriger des anderen Staats betreffend;

vom 17ten November 1853.

Durch den nachstehend unter ⊙ abgedruckten, zu Eisenach am 11ten Juli dieses Jahres unterzeichneten Staatsvertrag ist zwischen der Königlich Sächsischen und den darin genann-

ten deutschen Regierungen eine Uebereinkunft wegen gegenseitiger Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehöriger des anderen Staats zu Stande gekommen.

Nachdem nunmehr die vorbehalten gebliebene Genehmigung dieses Vertrags Seiten sämmtlicher betheiligter Regierungen erfolgt ist, so gelangt derselbe für das Königreich Sachsen hiermit unter der Bemerkung zur Publication, daß ihm in Gemäßheit des § 5 bis jetzt noch folgende Regierungen:

1) die K. K. Oesterreichische mittelst Erklärung vom 27sten October dieses Jahres,
2) die Königlich Württembergische mittelst Erklärung vom 19ten September dieses Jahres,
3) die Herzoglich Nassauische mittelst Erklärung vom 15ten September dieses Jahres,
4) die Fürstlich Waldecksche mittelst Erklärung vom 15ten August dieses Jahres, endlich
5) die freie Stadt Lübeck mittelst Erklärung vom 23sten Juli dieses Jahres,

nachträglich beigetreten sind.

Sowie daher diese Uebereinkunft außer auf die im Eingange derselben verzeichneten auch auf die vorgenannten Staaten von und mit dem 1sten Januar künftigen Jahres an Anwendung findet, so treten dagegen die zwischen dem Königreiche Sachsen und den bei gegenwärtiger Uebereinkunft betheiligten Staaten zeither in gleicher Beziehung bestandenen Vereinbarungen vom nämlichen Zeitpunkte an außer Wirksamkeit.

Hiernach haben sich Alle, die es angeht, gebührend zu achten.

Dresden, am 17ten November 1853.

Ministerium des Innern.

Freiherr von Beust.

Eppendorf.

Die Regierungen von Sachsen, Preußen, Hannover, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Anhalt-Dessau-Köthen, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Schaumburg-Lippe, Lippe, Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie, sowie die freien Städte Frankfurt und Bremen sind übereingekommen, über die Grundsätze, welche gegenseitig in Bezug auf die Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehörigen des anderen Staats Anwendung finden sollen, sich vertragsmäßig zu einigen und haben zu diesem Zwecke Bevollmächtigte ernannt und zwar:

die Königlich Sächsische Regierung
den Regierungsrath Schmalz,
die Königlich Preußische Regierung
den Geh. Ober-Regierungsrath Frantz
und
den Geh. Legationsrath Hellwig,
die Königlich Hannoversche Regierung
den Geh. Regierungsrath Bening,
die Kurfürstlich Hessische Regierung
den Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium des Innern von Stiernberg,
die Großherzoglich Hessische Regierung
den Geheimenrath Freiherrn von Starck,
die Großherzoglich Sächsische Regierung
den Geh. Regierungsrath Schambach,
die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche und
die Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzische Regierung
den Regierungsrath von Bassewitz,
die Großherzoglich Oldenburg'sche Regierung
den Ministerialrath Buchholtz,
die Herzoglich Braunschweig'sche Regierung
den Kreisdirector, Kammerherrn von Hohnhorst,
die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung
den Staatsrath Oberlaender,
die Herzoglich Sachsen-Altenburgsche Regierung
den Regierungspräsidenten Schuderoff,
die Herzoglich Sachsen-Koburg-Gothaische Regierung
den Ministerialrath Brückner,
die Herzoglich Anhalt-Dessau-Köthensche Regierung
den Ministerialrath Walther,
die Herzoglich Anhalt-Bernburgsche Regierung
den Regierungsrath Zachariae,
die Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtsche und
die Fürstlich Schwarzburg-Sondershausensche Regierung
den Geh. Regierungsrath Schambach,
die Fürstlich Schaumburg-Lippesche Regierung
den Regierungsrath von Campe,

die Fürſtlich Lippeſche Regierung
den Regierungsrath Meyer,
die Fürſtlich Reuß-Plauiſche Regierung älterer Linie und
die Fürſtlich Reuß-Plauiſche Regierung jüngerer Linie
den Geh. Regierungsrath Schambach,
die freie Stadt Frankfurt
den Dr. von Boltog und
die freie Stadt Bremen
den Senator Olbers,

welche demgemäß mit Vorbehalt der Genehmigung ihrer Regierungen folgende Beſtimmungen vereinbart haben:

§ 1. Jede der contrahirenden Regierungen verpflichtet ſich, dafür zu ſorgen, daß in ihrem Gebiete denjenigen hülfsbedürftigen Angehörigen anderer Staaten, welche der Kur und Verpflegung benöthigt ſind, dieſe nach denſelben Grundſätzen, wie bei eignen Unterthanen, bis dahin zu Theil werde, wo ihre Rückkehr in den zur Uebernahme verpflichteten Staat ohne Nachtheil für ihre oder anderer Geſundheit geſchehen kann.

§ 2. Ein Erſatz der hiebei (§ 1) oder durch die Beerdigung erwachſenden Koſten kann gegen die Staats-, Gemeinde- oder andere öffentlichen Caſſen desjenigen Staats, welchem der Hülfsbedürftige angehört, nicht beanſprucht werden.

§ 3. Für den Fall, daß der Hülfsbedürftige oder daß andere privatrechtlich Verpflichtete zum Erſatze der Koſten im Stande ſind, bleiben die Anſprüche auf letztere vorbehalten. Die contrahirenden Regierungen ſichern ſich auch wechſelſeitig zu, auf Antrag der betreffenden Behörde die nach der Landesgeſetzgebung zuläſſige Hülfe zu leiſten, damit denjenigen, welche die gedachten Koſten beſtritten haben, dieſe nach billigen Anſätzen erſtattet werden.

§ 4. Gegenwärtige Uebereinkunft tritt mit dem 1ſten Januar 1854 in Kraft. Mit demſelben Tage erliſcht die Wirkſamkeit derjenigen Verabredungen, welche bisher über den gleichen Gegenſtand zwiſchen einzelnen der contrahirenden Regierungen beſtanden haben. Die Dauer der Wirkſamkeit der gegenwärtigen Uebereinkunft wird zunächſt auf den Zeitraum von drei Jahren verabredet. Sie iſt aber auf je weitere drei Jahre als in Kraft befindlich für jede der contrahirenden Regierungen zu betrachten, welche nicht ſpäteſtens ſechs Monate vor dem Ablaufe der Gültigkeit der Uebereinkunft dieſelbe gekündigt hat.

§ 5. Allen deutſchen Bundesſtaaten, welche die gegenwärtige Uebereinkunft nicht mit abgeſchloſſen haben, ſteht der Beitritt zu derſelben offen. Dieſer Beitritt wird durch eine, die Uebereinkunft genehmigende und einer der contrahirenden Regierungen Behufs weiterer Benachrichtigung der übrigen Contrahenten zu übergebende Erklärung bewirkt.

Zu Urkund deſſen haben die Bevollmächtigten die gegenwärtige Uebereinkunft unterzeichnet und unterſiegelt.

Eiſenach, den 11ten Juli 1853.

(L. S.) Karl Schmalz.
(L. S.) Carl Friedrich Frantz.
(L. S.) Friedrich Hellwig.
(L. S.) Heinrich Bening.
(L. S.) Heinrich Eduard v. Stiernberg.
(L. S.) Auguſt Rinck Freiherr v. Starck.
(L. S.) Ferdinand Schambach.
(L. S.) Friedrich v. Baſſewitz.
(L. S.) Carl Bucholtz.
(L. S.) Friedrich Eduard Oberlaender.
(L. S.) Herrmann Schuderoff.
(L. S.) Karl Chriſtian Rudolf Brückner.
(L. S.) Carl Heinrich Adolph von Hohnhorſt.
(L. S.) Franz Walther.
(L. S.) Friedrich Wilhelm Zachariae.
(L. S.) Ferdinand Schambach, für Schwarzburg-Rudolſtadt und Sondershauſen.
(L. S.) Franz Alexander v. Campe.
(L. S.) Bernhard Meyer.
(L. S.) Ferdinand Schambach für Reuß ä. u. j. L.
(L. S.) Dr. jur. Auguſt von Boltog.
(L. S.) Georg Heinrich Olbers.

№ 87) Bekanntmachung,

die Vereinigung der Steuerbezirke Hohnſtein und Pirna betreffend;

vom 22ſten November 1853.

Es iſt beſchloſſen worden, vom 1ſten Januar 1854 ab die bis jetzt in Hohnſtein beſtandene Bezirksſteuereinnahme einzuziehen und den daſigen Steuerbezirk mit dem Steuer-

bezirke Pirna zu vereinigen. Dagegen wird, zu Erhebung der Grundsteuern und Ablösungsrenten aus dem bisherigen Bezirke Hohnstein, eine Nebeneinnahme und zwar bis auf Weiteres in der Stadt Schandau errichtet werden.

Solches wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Dresden, am 22sten November 1853.

Finanz-Ministerium.

Behr. Kretzschmar.

№ 88) Verordnung,

den für Provocationen auf Ablösungen für den 31sten December 1853 anstehenden Präclusivtermin betreffend;

vom 1sten December 1853.

Das Gesetz, Nachträge zu den bisherigen Ablösungsgesetzen betreffend, vom 15ten Mai 1851 (Seite 129 des Gesetz- und Verordnungsblattes) enthält § 23 die Bestimmung:

Vom ersten Januar des Jahres Eintausend Achthundert und Vier und Funfzig kommen, mit alleiniger Ausnahme der Ablösungsrenten und baaren Geldgefälle, alle auf einseitigen Antrag ablösbare Grundlasten und Dienstbarkeiten, auf deren Ablösung nicht bis dahin provocirt worden ist, dergestalt in Wegfall, daß sie nur als persönliche Verbindlichkeiten des am 1sten Januar 1854 vorhandenen Besitzers und seiner Erben, so lange ersterer oder letztere das Grundstück nicht veräußern, fortdauern.

Von denjenigen, welche für die nach vorstehender Bestimmung in Wegfall kommenden Grundlasten oder Dienstbarkeiten eine Entschädigung in Anspruch zu nehmen haben, ist daher, bei Verlust derselben, längstens bis mit 31sten December Eintausend Achthundert und Drei und Funfzig bei der Generalcommission für Ablösungen und Gemeinheitstheilungen der Antrag auf Ermittelung dieser Entschädigung anzubringen (auf Ablösung zu provociren).

Unter diese gesetzliche Bestimmung fallen, da blos die darin ausdrücklich genannten baaren Geldgefälle und Ablösungsrenten, zu welchen auch die Geldgefällsrenten gehören, davon ausgenommen sind, alle

nach §§ 51 und 101 des Gesetzes über Ablösungen und Gemeinheitstheilungen vom 17ten März 1832 (Seite 163 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen),

nach §§ 1 und 10 des Gesetzes A., einige nachträgliche Bestimmungen zum Ablösungsgesetze betreffend, vom 21sten Juni 1846 (Seite 70 des Gesetz- und Verordnungsblattes) und

nach § 1 des Gesetzes, die Ablösung der Naturalleistungen an Geistliche und Schullehrer betreffend, vom 10ten Februar 1851 (Seite 45 des Gesetz- und Verordnungsblattes),

auf einseitigen Antrag ablösbaren Berechtigungen, mithin beispielsweise auch Lehngeldberechtigungen, Frohnen und Dienste, Hutungsbefugnisse auf fremdem Grund und Boden, das Recht zum Erholen von Holz, Streu, Lehm, Sand und Rasen, Berechtigungen auf Naturalabentrichtungen aller Art mit Einschluß der Holzdeputate, das Recht auf Benutzung in fremdem Eigenthume befindlicher Bullen und Hauer, sowie auf Leistung von Mühlsteinfuhren, Leichenfuhren und dergl. und zwar allenthalben ohne Unterschied, ob mit diesen Befugnissen Verbindlichkeiten zu Gegenleistungen, sei es in baarem Gelde oder Naturalien oder Verrichtungen, verbunden sind, oder nicht.

Hiernächst ist durch die obige gesetzliche Bestimmung nur einer bei der Generalcommission, und zwar längstens bis mit 31sten December dieses Jahres angebrachten Provocation die Wirkung beigelegt, den dadurch angedrohten Rechtsnachtheil des Verlustes der Ansprüche auf Entschädigung auszuschließen. Eine Sicherstellung dagegen gewähren daher weder

vor anderen öffentlichen Behörden (Gerichtsbehörden, Stadträthen, Kirchen- und Schulinspectionen) angebrachte Provocationen

noch

vor dergleichen Behörden eingeleitete gütliche Verhandlungen,

und zwar letztere selbst dann nicht, wenn deren Einleitung in Gemäßheit der Verordnung vom 30sten September 1846, § 3 (Seite 237 des Gesetz- und Verordnungsblattes) und vom 9ten Juli 1851 (Seite 298 des Gesetz- und Verordnungsblattes) der Generalcommission angezeigt und von dieser die Fortstellung der Verhandlungen den anzeigenden Behörden ausdrücklich überlassen und Anzeige vom Erfolge aufgegeben worden ist, als wodurch ein nur vor einer bestellten Specialcommission statthaftes wirkliches Abfindungsverfahren nicht eingeleitet wird. Es wird daher auch in Fällen dieser Art eine bis zu Ende dieses Jahres bei der Generalcommission anzubringende Provocation nur insoweit unterbleiben können, als es in Folge der eingeleiteten gütlichen Unterhandlungen unter den einzelnen einander gegenüber stehenden Berechtigten und Belasteten bereits zu einem beiderseits verbindlichen Abschlusse über die Ablösung und insbesondere über die dem Berechtigten zu gewährende Entschädigung gekommen ist.

Uebrigens wird es einer noch vor Ablauf des Jahres anzubringenden Provocation auch dann bedürfen, wenn das rechtliche Bestehen eines behaupteten Befugnisses der obgedachten Arten oder der Umfang desselben streitig und deshalb ein Rechtsstreit vor einer Justizbehörde anhängig geworden, aber noch nicht beendigt ist.

Ungeachtet nun auf gehörige Wahrnehmung des den 31sten dieses Monats anstehen-

den Präclusivtermins schon durch die Ausführungsverordnung vom 24sten October 1851, § 11 (Seite 383 des Gesetz- und Verordnungsblattes), sowie durch Veröffentlichungen anderer Art hingewirkt worden ist, so hat doch das Ministerium des Innern — in Betracht, daß nach ihm erstatteter Anzeige viele bei den obigen Bestimmungen Betheiligte noch immer nicht gehörige Kunde davon genommen haben sollen — sich bewogen gefunden, gegenwärtige Verordnung zu Verwarnung derselben vor dem ihnen drohenden Rechtsverluste zu erlassen.

Auch werden alle Stadträthe und Gemeindevorstände hiermit angewiesen, schleunig auf geeignete Weise die Angesessenen ihres Orts auf den Inhalt dieser Verordnung aufmerksam zu machen.

Obstehende Verordnung ist nach § 21 des Gesetzes vom 14ten März 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 62 fg.) in allen daselbst gedachten Zeitschriften abzudrucken.

Dresden, den 1sten December 1853.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:

Kohlschütter.

Demuth.

Letzte Absendung: am 10ten December 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
21stes Stück vom Jahre 1853.

№ 89) Verordnung,
die Bestellung eines Landtagswahlcommissars betreffend;
vom 1sten December 1853.

Nachdem mit Leitung der erforderlich gewordenen Wahl eines stellvertretenden Landtagsabgeordneten im VIIten städtischen Wahlbezirke

der Justizamtmann von Scheibner zu Hohnstein

mit Auftrag versehen worden ist, so wird dieß zur Nachachtung andurch bekannt gemacht, und werden, unter Verweisung auf die Verordnung vom 4ten Januar 1842 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1842, Seite 21), alle bei dieser Wahl betheiligten Behörden zu deren Beschleunigung noch besonders angewiesen.

Dresden, am 1sten December 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust. Eppendorf.

№ 90) Verordnung
über die Bestrafung der Vergehen gegen die Zollgesetze der durch Handels- und Zollvertrag mit dem Zollvereine verbundenen K. K. Oesterreichischen Staaten;
vom 3ten December 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

finden, auf Anlaß der Vereinbarung in den Paragraphen 12, 13 und 14 des mit der K. K. Oesterreichischen Regierung abgeschlossenen, durch Verordnung vom 18ten Juni dieses Jahres (Seite 79 des Gesetz- und Verordnungsblattes) in der Beilage III bekannt gemachten Zollcartels, Uns bewogen, auf Grund des § 88 der Verfassungsurkunde nachstehende, vom 1sten Januar 1854 an in Kraft tretende Bestimmungen hiermit festzusetzen:

§ 1. Wer es unternimmt, Gegenstände, deren Ein-, Aus- oder Durchfuhr in den

durch Handels- und Zollvertrag mit dem Zollvereine, mithin auch mit dem Königreiche Sachsen verbundenen K. K. Oesterreichischen Staaten verboten ist, diesem Verbote zuwider, ein-, aus- oder durchzuführen, hat die Confiscation der Gegenstände, womit das Vergehen (Contrebande) begangen worden und zugleich eine Geldbuße verwirkt, welche dem zweifachen Werthe jener Gegenstände gleich kommen, doch mindestens Zehn Thaler betragen soll.

§ 2. Wer es unternimmt, jenen Staaten die Ein-, Aus- oder Durchgangsabgaben zu entziehen, hat die Confiscation der Gegenstände, in Bezug auf welche das Vergehen (Zolldefraudation, Zollhinterziehung) begangen worden ist, und zugleich eine dem vierfachen Betrage der vorenthaltenen Abgaben gleich kommende Geldbuße, welche jedoch in keinem Falle unter Einem Thaler betragen soll, verwirkt.

§ 3. In Fällen, in welchen die Confiscation der Gegenstände, in Bezug auf welche die Contrebande oder Zolldefraudation begangen worden ist, nicht vollzogen werden kann, ist statt derselben auf Erlegung des Werths der Gegenstände, und, wenn dieser nicht zu ermitteln ist, auf Zahlung einer Geldbuße von Fünf und zwanzig bis zu Eintausend Thalern zu erkennen.

§ 4. Wer in anderer, als der in §§ 1 und 2 gedachten Weise die Zollgesetze jener Staaten übertritt, hat wegen eines solchen Vergehens (Zollcontravention) eine Ordnungsstrafe von Einem bis mit Zehn Thalern — — verwirkt.

§ 5. Wenn eine Geldbuße von dem Verurtheilten, Unvermögens halber, nicht einzubringen ist, tritt an deren Stelle, nach den Bestimmungen des Zollstrafgesetzes vom 3ten April 1838 (Seite 337 des Gesetz- und Verordnungsblattes), verhältnißmäßige Gefängnißstrafe, welche jedoch die Dauer Eines Jahres nicht übersteigen darf.

§ 6. Die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen wider die Zollgesetze der K. K. Oesterreichischen Staaten erfolgt durch dieselben Behörden und in denselben Formen, wie die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen wider die hierländischen Zollgesetze.

Hiernach haben sich Unsere Behörden, sowie Alle, die es angeht, zu achten.

Urkundlich ist diese Verordnung von Uns eigenhändig vollzogen und mit Unserem Königlichen Siegel bedruckt worden.

Gegeben zu Dresden, am 3ten December 1853.

Friedrich August.

LS

Dr. Ferdinand Zschinsky.
Friedrich Ferdinand Freiherr von Beust.
Bernhard Rabenhorst.
Johann Heinrich August Behr.
Johann Paul von Falkenstein.

№ 91) Verordnung,

die Cautionen der Auswanderungsagenten betreffend;

vom 6ten December 1853.

Zu Beseitigung des bei Handhabung der Verordnung, die gewerbmäßige Beförderung von Auswanderern betreffend, vom 3ten Januar dieses Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 2) entstandenen Zweifels darüber, wie es im Falle der durch das Ableben des Concessionars, freiwillige Aufgabe oder Wiederentziehung eintretenden Erledigung einer Concession zur Auswanderungsagentur mit der Zurückgabe der nach § 7 der obgedachten Verordnung bestellten Caution zu halten sei, verordnet das Ministerium des Innern hierdurch, daß die Zurückgabe der Caution, insoweit diese überhaupt einzutreten hat und nicht die gänzliche oder theilweise Innebehaltung zu Deckung von Ansprüchen oder Strafen sich nöthig macht, nicht früher, als nach sechs Monaten, von dem Tage der nach § 9 der Verordnung vom 3ten Januar dieses Jahres durch die betreffende Kreisdirection in allen den obgedachten Fällen zu erlassenden Bekanntmachung an gerechnet, erfolgen darf.

Hiernach haben sich die Ortsobrigkeiten, bei welchen nach § 7 der Verordnung die Cautionsbestellung zu erfolgen hat, bei Vermeidung eigener Vertretung gebührend zu achten.

Dresden, am 6ten December 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust. Demuth.

№ 92) Verordnung,

die Beschleunigung der Einlieferung geisteskranker Personen in die Heilanstalt zu Sonnenstein betreffend;

vom 29sten November 1853.

Da wahrzunehmen gewesen ist, daß durch die ärztlichen und obrigkeitlichen Erörterungen und Berichterstattungen, welche den bestehenden Vorschriften gemäß behufs der Unterbringung geisteskranker Personen in eine Landesirrenanstalt stattzufinden haben, nicht selten die Einlieferung noch heilbarer Geisteskranker in die Anstalt zu Sonnenstein zum Nachtheile des Heilzwecks verzögert wird, so wird zur Beseitigung dieses Uebelstandes hiermit Folgendes verordnet:

1. Es soll künftig nicht blos in den § 1 der Beilage △ zur Bekanntmachung vom 6ten November 1840 (Seite 336 des Gesetz- und Verordnungsblattes) bestimmten Fällen, sondern überhaupt dann, wenn es sich um die Aufnahme eines noch für heilbar zu erachtenden Geisteskranken in die Heilanstalt zu Sonnenstein han-

delt, gestattet sein, den Kranken unerwartet der durch die gedachte Bekanntmachung, durch das Generale vom 29sten Juni 1810 (Cod. Aug. Forts. 3, Abth. I, Seite 475) und durch das Gesetz und die Bekanntmachung vom 26sten Mai 1834 (Seite 125 des Gesetz- und Verordnungsblattes) vorgeschriebenen ärztlichen und obrigkeitlichen Erörterungen und Berichterstattungen sofort in diese Anstalt zu bringen, wenn

a) von einem verpflichteten Bezirks- oder Gerichtsarzte unter dessen dienstlicher Verantwortlichkeit bescheinigt wird, daß die betreffende Person geisteskrank und noch begründete Hoffnung auf deren Heilung vorhanden, dieselbe daher zur Heilbehandlung in Sonnenstein geeignet sei;

b) wenn überdieß ein Heimathsschein des Aufzunehmenden, oder wenigstens eine obrigkeitliche Bescheinigung darüber beigebracht wird, daß er Königlich Sächsischer Staatsangehöriger und zur Feststellung seines Heimathsorts das Nöthige eingeleitet sei.

2. Auf Geisteskranke, welche mit ansteckenden, oder Ekel erregenden Körperkrankheiten behaftet sind, oder welche sich in schwangerem Zustande befinden, leidet die Bestimmung unter Punkt 1 keine Anwendung.

3. Wenn das unter 1, a erwähnte, zur sofortigen Einlieferung eines Geisteskranken ermächtigende ärztliche Zeugniß nicht zugleich einen vollständigen ärztlichen Fundbericht nach Vorschrift des Generales vom 29sten Juni 1810 enthält, so ist ein solcher binnen längstens vier Wochen noch nachzubringen, auch soviel wie möglich dafür zu sorgen, daß wenigstens unter der Begleitung des Einzuliefernden sich Jemand befinde, welcher über dessen Gesundheits- und Lebensverhältnisse den Anstaltsärzten die zu einer zweckmäßigen Behandlung desselben nöthigen vorläufigen mündlichen Mittheilungen machen kann.

4. Alle Behörden und Beamten, deren dienstliche Mitwirkung zur Aufnahme Geisteskranker nach Sonnenstein in Anspruch genommen wird, haben das ihnen dießfalls Obliegende mit thunlichster Beschleunigung zu besorgen.

5. Die Obigem gemäß erfolgte vorläufige Einlieferung eines Geisteskranken nach Sonnenstein überhebt dessen Angehörige oder Obrigkeit der Verbindlichkeit nicht, die nachträgliche Genehmigung zu seiner Beibehaltung bei dem Ministerium des Innern einzuholen und das wegen Beibringung der Ausstattungserfordernisse, Feststellung und pünktlicher Abführung der Verpflegungsbeiträge und sonst etwa noch Erforderliche den bestehenden Vorschriften gemäß noch später zu besorgen und sind auch hierbei unnöthige Verzögerungen der Sache thunlichst zu vermeiden.

Dresden, den 29sten November 1853.

Ministerium des Innern.

Frhr. von Beust. Weigel.

Letzte Absendung: am 23sten December 1853.

Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Königreich Sachsen,
22stes Stück vom Jahre 1853.

№ 93) Decret

wegen Bestätigung der Statuten des Actienvereins für Gasbeleuchtung der Stadt Zwickau;

vom 29sten November 1853.

Das Ministerium des Innern hat im Einverständnisse mit dem Justizministerium den Statuten des Actienvereins für Gasbeleuchtung der Stadt Zwickau die nachgesuchte Bestätigung dergestalt hiermit ertheilt, daß den darin enthaltenen Bestimmungen auf das Genaueste nachgegangen werden soll.

Zu dessen Beurkundung ist dieses

Decret

bei dem Ministerium des Innern ausgefertigt und unter Beidruckung des Ministerialsiegels vollzogen worden.

Dresden, den 29sten November 1853.

Ministerium des Innern.

LS Frhr. von Beust.

Demuth.

№ 94) Verordnung,

den Beitritt der Regierung der Landgrafschaft Hessen-Homburg und der freien Stadt Hamburg zu dem Staatsvertrage vom 15ten Juli 1851 betreffend;

vom 17ten December 1853.

Nachdem neuerdings auch die Regierung der Landgrafschaft Hessen-Homburg, sowie der Senat der freien Stadt Hamburg dem zwischen der Königlich Sächsischen und der Mehrzahl der anderen deutschen Regierungen über die gegenseitige Verpflichtung zur Uebernahme von Auszuweisenden am 15ten Juli 1851 zu Gotha abgeschlossenen, für das

Königreich Sachsen durch Verordnung vom 9ten December 1851 (Gesetz- und Verordnungsblatt von 1851, Seite 407) publicirten Staatsvertrage dergestalt beigetreten sind, daß dieser Vertrag der genannten Landgrafschaft gegenüber mit dem 1sten Januar 1854, gegenüber dem Hamburger Staatsgebiete aber sofort in Wirksamkeit tritt, so wird dieß hiermit, unter dem gleichzeitigen Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß, von den gedachten Zeitpunkten ab, auf die Angehörigen beider vorgenannten Staaten die Bestimmungen der in dem Gesetz- und Verordnungsblatte erschienenen Ministerialverordnungen vom 5ten Februar 1852 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1852, Seite 18) und vom 25sten Januar laufenden Jahres (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1853, Seite 28) ebenfalls Anwendung zu leiden haben.

Dresden, am 17ten December 1853.

Ministerium des Innern.
Frhr. von Beust. Eppendorf.

№ 95) Verordnung,

den wegen Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins abgeschlossenen Vertrag betreffend;

vom 22sten December 1853.

Wir, Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

bringen in der Beilage ⊙ den Vertrag zu öffentlicher Kenntniß, welcher von den Staaten des größeren deutschen Zollverbandes mit dem Fürstenthume Waldeck wegen Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins am 3ten September dieses Jahres in Berlin abgeschlossen und nunmehr allseitig ratificirt worden ist.

Hiernach haben sich Unsere Behörden und Unterthanen zu achten.

Urkundlich ist diese Verordnung von Uns eigenhändig unterzeichnet und mit Unserem Königlichen Siegel bedruckt.

Geschehen zu Dresden, am 22sten December 1853.

Friedrich August.

LS

Johann Heinrich August Behr.

Vertrag

zwischen

Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Kurhessen, dem Großherzogthume Hessen, den zu dem Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Staaten, Braunschweig, Oldenburg, Nassau und der freien Stadt Frankfurt einerseits und Waldeck andererseits,

die

Fortdauer des Anschlusses des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins betreffend.

Bei dem bevorstehenden Ablaufe des Vertrags vom 11ten December 1841 über den Anschluß des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins, haben die contrahirenden Theile, in Anerkennung der wohlthätigen Wirkungen des gedachten Anschlusses für den Handel und Verkehr der beiderseitigen Unterthanen zum Zweck der Verlängerung jenes Vertrags Unterhandlungen eröffnen lassen, und deshalb zu Bevollmächtigten ernannt:

einerseits

Seine Majestät der König von Preußen für Sich und in Vertretung der übrigen Mitglieder des kraft der Verträge vom 22sten und 30sten März und 11ten Mai 1833, 12ten Mai und 10ten December 1835, 2ten Januar 1836, 8ten Mai, 19ten October und 13ten November 1841, endlich vom 4ten April 1853 bestehenden Zoll- und Handelsvereins, nämlich der Kronen Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, des Großherzogthums Baden, des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen, der den Thüringischen Zoll- und Handelsverein bildenden Staaten — namentlich des Großherzogthums Sachsen, der Herzogthümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Koburg-Gotha, und der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen, sowie der Fürstlich Reußischen Länder älterer und jüngerer Linie, — des Herzogthums Braunschweig, des Großherzogthums Oldenburg, des Herzogthums Nassau und der freien Stadt Frankfurt:

Allerhöchst Ihren Geheimen Ober-Finanzrath Friedrich Leopold Henning

und

Allerhöchst Ihren Geheimen Legationsrath Alexander Max Philipsborn

und andererseits

Seine Durchlaucht der Fürst zu Waldeck und Pyrmont:

Höchst Ihren Geheimen Rath Carl Wilhelm von Stockhausen,

von welchen Bevollmächtigten, unter dem Vorbehalte der Ratification, folgender Vertrag abgeschlossen worden ist.

Artikel 1. Der wegen des Beitritts Sr. Durchlaucht des Fürsten Waldeck und Pyrmont mit dem Fürstenthume Pyrmont zu dem Zollsysteme Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins am 11ten December 1841 abgeschlossene Vertrag soll bis zum letzten December 1865, jedoch mit nachfolgenden Veränderungen, verlängert werden.

Artikel 2. Seine Durchlaucht der Fürst zu Waldeck und Pyrmont übernehmen auch ferner die Verbindlichkeit, im Fürstenthume Pyrmont den im Inlande bereiteten Rübenzucker derselben Besteuerung zu unterwerfen, welche in den übrigen Staaten des Zollvereins besteht. Zu dem Ende sollen wegen Anwendung der dieserhalb im Zollvereine bestehenden gesetzlichen und administrativen Bestimmungen und Einrichtungen im Fürstenthume Pyrmont und wegen deren etwaiger künftiger Abänderung dieselben Verabredungen maaßgebend sein, welche in den Artikeln 2 und 3 des Vertrags vom 11ten December 1841, den Anschluß des Fürstenthums Pyrmont an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins betreffend, und in dem dazu gehörigen Separatartikel 2, in Bezug auf die Zölle getroffen worden sind. In Folge dessen wird zwischen dem Königreiche Preußen und den mit ihm zum Zollvereine verbundenen Staaten und dem Fürstenthume Pyrmont ferner eine Gemeinschaft der Rübenzuckersteuer stattfinden und der Ertrag dieser Steuer nach dem Verhältnisse der Bevölkerung getheilt werden.

Artikel 3. Soweit sich nach der bisherigen Erfahrung einzelne Abänderungen, Ergänzungen und nähere Bestimmungen der bestehenden Vereinbarungen als im Bedürfnisse liegend zu erkennen gegeben haben, ist darüber eine besondere Uebereinkunft getroffen worden.

Artikel 4. Die Einrichtung der Zoll- und Rübenzucker-Steuerverwaltung im Fürstenthume Pyrmont soll, soweit sie einer Abänderung bedarf, in gegenseitigem Einvernehmen mit Hülfe der von beiden Seiten zu diesem Behufe zu ernennenden Ausführungs-Commissarien angeordnet werden.

Artikel 5. Wenn der gegenwärtige Vertrag nicht spätestens neun Monate vor dessen Ablaufe gekündigt wird, soll derselbe auf zwölf Jahre und sofort von zwölf zu zwölf Jahren als verlängert angesehen werden.

Derselbe soll alsbald sämmtlichen betheiligten Regierungen vorgelegt und sollen die Ratificationsurkunden mit möglichster Beschleunigung, spätestens binnen vier Wochen, ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und untersiegelt.

So geschehen Berlin, den 3ten September 1853.

(gez.) Friedrich Leopold Henning. (L.S.)

Alexander Max Philipsborn. (L.S.)

Carl Wilhelm von Stockhausen. (L.S.)

№ 96) Verordnung,

die Eingangszollsätze vom ausländischen Syrup betreffend;

vom 30sten December 1853.

Friedrich August, von GOTTES Gnaden König von Sachsen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

In der wegen des Steuersatzes vom inländischen Rübenzucker und der Eingangszollsätze vom ausländischen Zucker und Syrup für den Zeitraum vom 1sten September 1853 bis Ende August 1855 unter dem 29sten Juni dieses Jahres erlassenen Verordnung (Gesetz- und Verordnungsblatt von diesem Jahre Seite 147) ist, unter Anderem, § 2 unter 2 festgestellt, daß Syrup in dem Zeitraume vom 1sten September bis 31sten December 1853 einem Eingangszolle von Vier Thalern — —, dagegen in dem Zeitraume vom 1sten Januar 1854 bis Ende August 1855 unter den besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Controlen einem solchen von Zwei Thalern — — für den Centner unterliegen solle.

Nachdem jedoch nunmehr unter den Zollvereinsstaaten eine weitere Vereinbarung über die Ausführung der Verabredungen wegen Verzollung des ausländischen Syrups getroffen worden ist, so verordnen Wir demgemäß, was folgt:

§ 1.

Der für den Zeitraum vom 1sten Januar 1854 bis Ende August 1855 vorgeschriebene Zollsatz von Zwei Thalern — — für den Centner ausländischen Syrups bezieht sich nur auf gewöhnlichen Syrup, d. h. solchen, welcher nach dem Ergebnisse der darüber von der Steuerbehörde anzuordnenden Ermittelungen krystallisirbaren Zucker gar nicht oder nur in geringer Menge enthält.

Der nach dem Ergebnisse der Ermittelung nicht unter diesen Satz fallende Syrup hingegen bleibt für den gedachten Zeitraum mit dem Eingangszolle von Vier Thalern — — für den Centner belegt.

§ 2.

Diese Anordnung ist auf alle vom 1sten Januar 1854 an zu bewirkenden Verzollungen von Syrup zur Anwendung zu bringen.

Hiernach haben sich Unsere Steuer- und Zollbeamte, ingleichen die Abgabepflichtigen zu achten.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig vollzogen und Unser Königliches Siegel beidrucken lassen.

So geschehen zu Dresden, am 30sten December 1853.

Friedrich August.

LS Johann Heinrich August Behr.

Letzte Absendung: am 4ten Januar 1854.